

BHS

IX

56

BHS IX 56



1059^a

Die Frage

der

internationalen Münzeinigung

von

Friedrich Keller

und

mit Rücksicht auf den deutschen Stand

von

Friedrich Keller

und

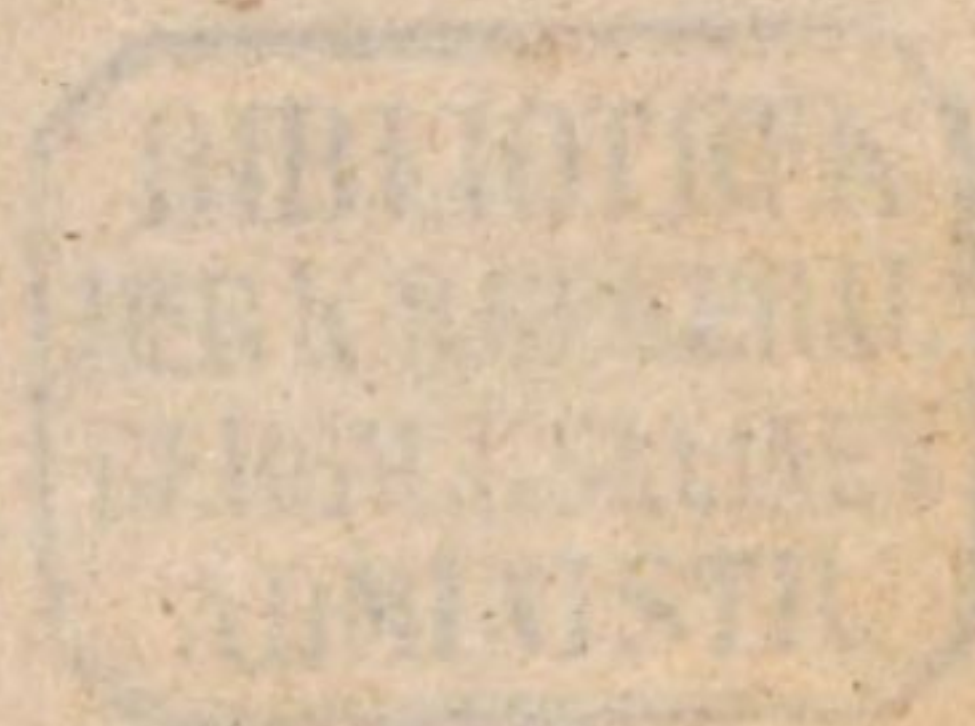
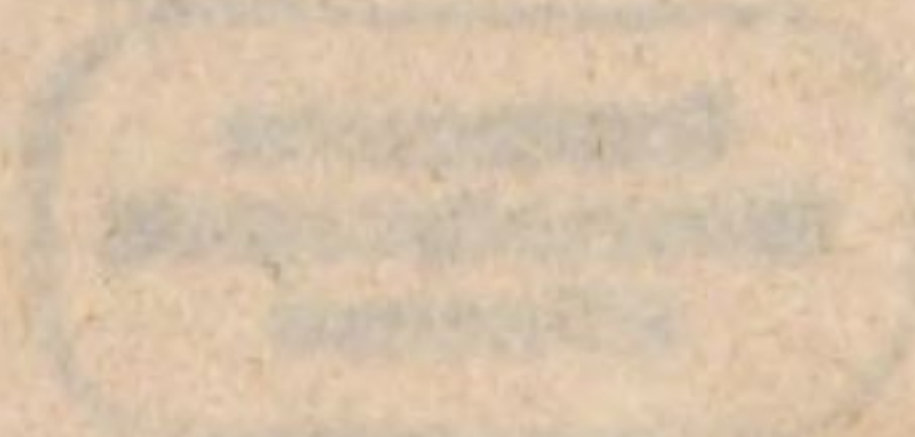
Friedrich Keller

Verlag von J. B. Metzger in Stuttgart

Stuttgart

Verlag von J. B. Metzger

1869



Die Frage

der

Internationalen Münzeinigung

und der

Reform des deutschen Münzwesens

mit

besonderer Rücksicht auf Süddeutschland.

Kritisch und geschichtlich beleuchtet

von

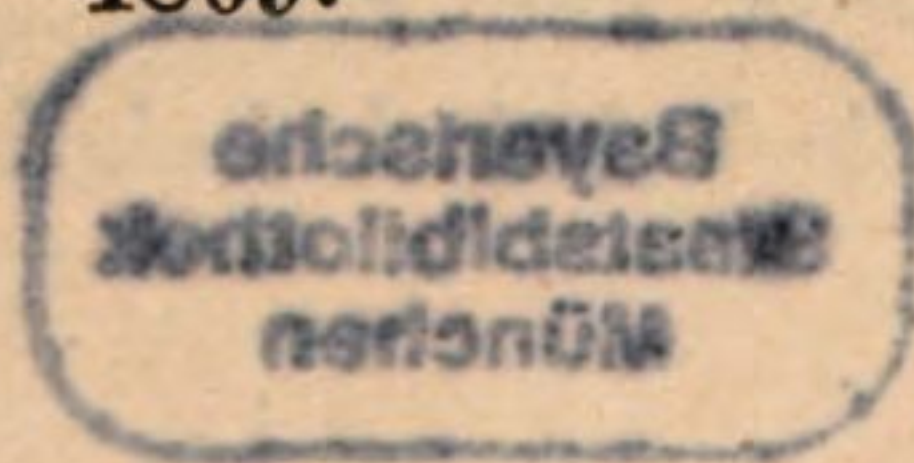
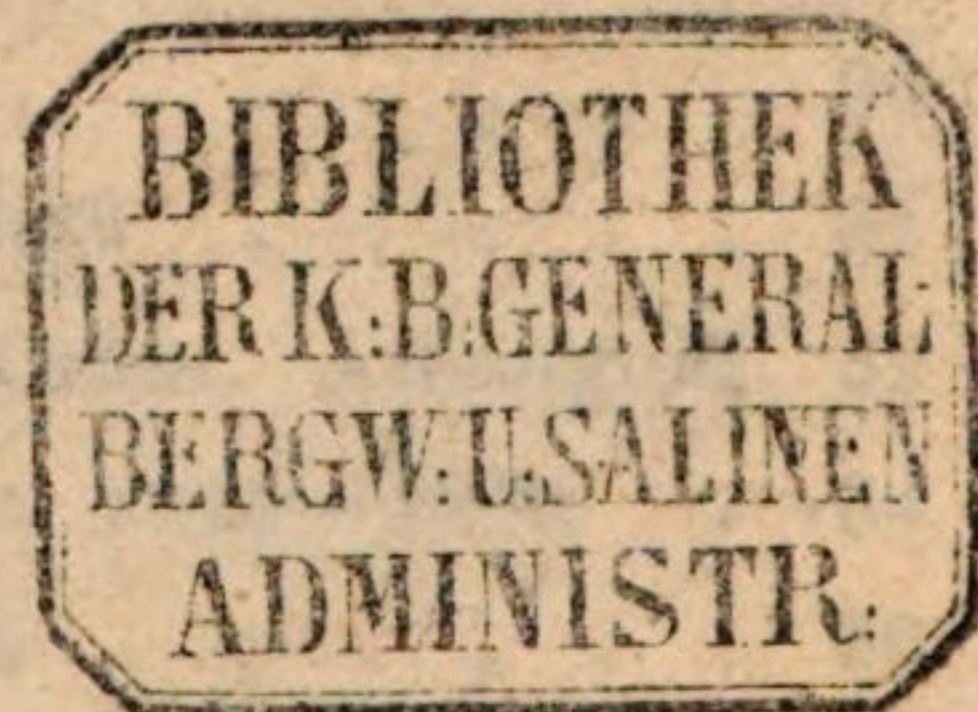
Friedrich Xeller,

Bergrath und Münzwardein in Stuttgart.

Stuttgart.

Verlag von Ed. Hallberger.

1869.



Die Frage

der

Internationalen Münzeinigung

und der

Reform des deutschen Münzwesens

mit

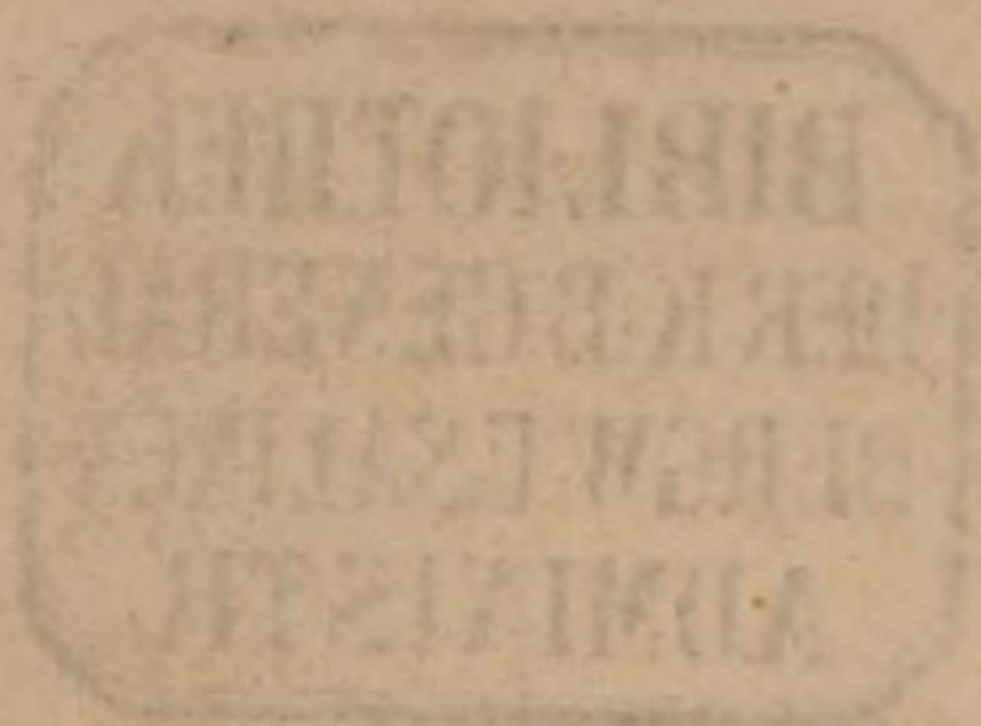
besonderer Rücksicht auf Süddeutschland.

Kritisch und geschichtlich beleuchtet

von

Friedrich Keller

Regent und Münzmeister in Stuttgart



Stuttgart

Verlag von E. G. Hallberg
Schnellpressendruck von Aug. Wörner, vorm. J. G. Sprandel, in Stuttgart.



Inhalts-Verzeichniss.

Erster Abschnitt.

Production und Vorrath von edlen Metallen in früheren Zeiten. Aenderungen in den Preisverhältnissen.	Seite
Gegenseitige Beziehungen der Preise der Edelmetalle und anderer Waaren, namentlich des Getreides	1
Umlauf von Edelmetallen im Alterthum. Preisverhältnisse und Werth- relation zwischen Silber und Gold	2
Metallzuflüsse nach der Entdeckung von Amerika. Wirkungen derselben auf das Münzwesen in Spanien, England, Frankreich und Deutschland.	6
Steigen der Waarenpreise und Löhne. Aenderungen in der Werthrelation der Edelmetalle	8
Production von Gold und Silber von 1492—1847	11
Silberabfluss nach Ostasien	17
Verluste durch Abnützung und andere Ursachen	18
Fonds von Edelmetallen in den einzelnen Zeitperioden bis 1848. Baar- vorräthe von geprägtem Geld	21

Zweiter Abschnitt.

Die Goldfelder in Californien und Australien. Deren seitherige und künftige Wirkungen auf das Geldwesen.	
Entdeckung der Goldfelder in Californien. Deren Betrieb und Ausbeute	28
Goldfunde in Australien	30
Production in Californien und Australien von 1848—1866	31
Gold- und Silbergewinnung in Sibirien und an anderen Orten. Affinirgold	32
Zusammenstellung der Production von Edelmetallen von 1848—1866 .	34
Contantenversendungen durch den Handel mit Ostasien	36
Vorräthe von Edelmetallen pro 1866	38
Verbrauch in der Kunst und Industrie. Baarfonds in Circulation. Aus- münzungen der neueren Zeit	—
Seitherige Wirkungen der erhöhten Goldgewinnung auf Preise u. Werth- relation	42

	Seite
Künftige Aussichten in den Minendistricten	44
Ursachen des jetzigen Rückgangs der Silberpreise	46
Zunahme des Handels mit Ostindien, China und Japan. Münzwesen in Ostindien	47
Einfluss der Goldgewinnung auf den Zinsfuss	50
Volkswirthschaftliche Fortschritte der Neuzeit	51

Dritter Abschnitt.

Die Währungsfrage. Münzgeschichte und Münzgesetzgebung der verschiedenen Länder.

Wirkungen der Doppelwährung im Allgemeinen	53
Münzgeschichte von England. Das jetzige englische Münzsystem und seine Vorzüge	—
Münzgeschichte von Frankreich. Umgestaltung des französischen Münz- wesens durch die Revolution von 1789. Folgen der Doppelwährung. Pariser Münzvertrag vom 23. Decbr. 1865	57
Specielle Erörterungen über die französische Doppelwährung	63
Frühere Ansichten über die Währungsfrage in Deutschland. Belege aus einigen Schriftstellern	66
Kursächsisches Münzdict vom 14. Mai 1763	68
Rechnung nach Thaler Gold in Norddeutschland. Pistolen, Friedrichs- d'ore und Ducaten	70
Bestrebungen zur Einführung gemeinschaftlicher Goldmünzen in Deutschland	71
Die Goldkrone und deren Schicksal	72
Rücktritt Oesterreichs vom Wiener Münzvertrag	74
Vorschläge der österreichischen Münzcommission von 1867	75
Neuere Münzgeschichte der Niederlande. Streit über die Währungsfrage. Münzreform von 1842—1849	76
Das Münzwesen in Belgien, Italien und in der Schweiz	79
Weitere Belege aus der Münzgeschichte u. Münzgesetzgebung anderer Länder:	
Schweden und Norwegen	81
Dänemark	82
Russland	—
Spanien und Portugal	84
Kirchenstaat, Griechenland und die Donaufürstenthümer	85
Persien, Brasilien, Chili etc.	86
Vereinigte Staaten von Nordamerika	—

	Seite
Folgerungen zu Gunsten der Goldwährung. Hegewisch. Büsch. Hoffmann	87
Erörterungen über die Münzfrage auf deutschen Congressen und Handelstagen	94
Die Reform des deutschen Münzwesens vor den württembergischen Handelskammern	96

Vierter Abschnitt.

Die Pariser Münzconferenzen im Jahre 1867.

Berathungen und Ergebnisse der Pariser internationalen Münzconferenz im Jahre 1867	99
Beschlüsse der freien Conferenzen zu Paris von 1867. Motive zu denselben	105
Die französisch-österreichische Präliminar-Convention vom 31. Juli 1867	109
Betrachtungen über diesen Vertragsentwurf und über den Pariser Münzvertrag von 1865, namentlich bezüglich der Ausprägung und des Einzugs der Scheidemünze, der Controlirung der Ausmünzungen und der Umlaufsbefähigung der Goldstücke	112
Verfahren in England beim Einzug abgenützter Goldmünzen	122
Anschauungen in Frankreich über die Aufrechthaltung des Goldmünzsystems	124

Fünfter Abschnitt.

Münzzustände in Süddeutschland. Neuere Münzgeschichte von Deutschland überhaupt.

Münzwesen in Süddeutschland	126
Verdrängung des früheren Conventionsfusses durch die französischen Laubthaler und die Brabanter Kronenthaler	127
Der 14-Thalerfuss in Preussen und die Beseitigung der früheren Unordnungen im preussischen Münzwesen durch das Gesetz vom 30. September 1821	128
Gleichzeitige vergebliche Reformversuche der süddeutschen Regierungen. Verrufung der halben und Viertel-Kronenthaler	130
Die süddeutsche Münzconvention vom 25. August 1837 und die nächsten Folgen derselben	131
Vorbereitungen zu der allgemeinen Münzconferenz in Dresden im Jahr 1838 und Verhandlungen auf derselben. Münzconvention v. 30. Juli 1838	134
Münzconferenz zu München im Jahr 1845. Convention vom 27. März 1845. Kronenthalereinzüge	135

Störungen des süddeutschen Münzwesens durch das Eindringen österreichischer Scheidemünze	136
Verhandlungen des Münzcongresses zu Wien im Jahr 1856. Betrachtungen über den Münzvertrag vom 24. Januar 1857	137
Die Verrufung der Zwanziger und Zehner. Vereinbarung über das Coursverhältniss dieser Münzen vom 6. August 1858	141
Berathungen der Münchener Conferenz vom Jahre 1858 über die Revision der süddeutschen Münzverträge durch den neuen Münzvertrag vom 7. August 1858	143
Gegenwärtiger Münzzustand in Süddeutschland. Die Scheidemünz-Calamität. Berechnung des Scheidemünzumlaufs	145
Die alten preussischen Thaler und deren Theilstücke	148
Die Unhaltbarkeit des süddeutschen Münzsystems	150

Sechster Abschnitt.

Internationale Münzeinigung. Vorschläge für dieselbe und für die Errichtung eines deutschen Münzsystems.

Die gegenwärtig in Deutschland noch bestehenden Münzsysteme	151
Die Einführung einer allgemeinen deutschen Rechnungsmünze. Vorzüge und Nachtheile der französischen Münzeinheit. Verwerfung des Marksystems. Die preussische und die österreichische Münzeinheit	152
Anforderungen an das künftige deutsche Münzsystem mit Rücksicht auf die internationale Münzeinigung	154
Die jetzigen Hauptgoldmünzen in Frankreich, England, Russland und Nordamerika. Gleichstellung des goldenen Fünffrankenstücks mit dem Dollar und mit dem deutschen Doppelgulden oder englischen 2 Florinsstück	157
Die Münzreform in den verschiedenen Staatengruppen	159
Der volkswirtschaftliche Congress zu Hamburg vom Jahr 1867 und der norddeutsche Reichstag gegenüber der Münzfrage	161
Vorbereitungen und Massregeln für den Uebergang zum neuen deutschen Münzsystem	162
Ueber die Kosten der Münzreform in Süddeutschland	168
Schlusswort	169

ander ausdrückt. Der Werth einer Waare richtet sich nach dem Verhältnis und nach der zur Production nöthigen Arbeit oder den Productionskosten, wodurch Nachfrage und Angebot bedingt werden. Auch die Werthe der edlen Metalle Gold und Silber, welche in der Form von Geld zur Bestimmung des Preises aller Waaren dienen, sind den gleichen Gesetzen und desshalb fortwährenden Schwankungen unterworfen, welche zwar im Verlaufe weniger Jahre sich nicht viel bemerklich machen, im so mehr aber in längeren Zeiträumen hervorströmen. Den brauchbarsten Massstab für diese Werthveränderungen der Edelmetalle geben die Durchschnittspreise des Getreides, da dieser Nahrungsstoff mehr als alle übrigen Güter einem beständigen, sich ziemlich gleichbleibenden Leben bedient, das der Menschen entspricht und daher in ausgedehnten Zeitabschnitten einen steten Werth bewahrt, wenn auch in einzelnen Jahren in Folge des Wechsels der Ernte sehr bedeu-

I.

Die höchst wichtige Frage der internationalen Einigung auf dem Gebiete des Münzwesens ist nicht allein aus den Bedürfnissen des immer grossartiger sich entwickelnden Völkerverkehrs, sondern viel mehr noch durch andere zwingende Umstände entstanden, welche auch ihre Lösung beschleunigen werden. Denn in unseren Tagen geht durch die Placers Californiens und die Diggers Australiens eine ähnliche Umwälzung in der Production der edlen Metalle vor sich, wie zu der Zeit, welche der Entdeckung von Amerika nachgefolgt ist. Damals brachte der von Westen herkommende Metallstrom grosse Veränderungen im politischen, socialen und wirthschaftlichen Leben der europäischen Völker hervor, welche geraume Zeit andauerten, bis die Fluth alle Canäle der Production und des Verkehrs aufgefunden hatte, in denen sie ihre belebende Wirkung äussern konnte. Die bleibende Folge war eine bedeutende Entwerthung der edlen Metalle und damit ein Steigen der Preise anderer Güter, zugleich aber auch eine Aenderung des Werthverhältnisses von Gold und Silber unter sich. Sind die gleichen Erscheinungen auch jetzt wieder sichtbar oder werden sie sich erst später noch zeigen, wenn die Goldfelder in Californien und Australien fortfahren, so bedeutende Massen des edlen Metalles wie seither zu Tage zu fördern? Um diese Frage zu untersuchen, ist es vor Allem erforderlich, die Productions- und Preisverhältnisse der Edelmetalle in früheren Zeiten kennen zu lernen.

Einen unveränderlichen Massstab, wie die Einheiten für die Gewichte, Längen-, Flächen- und Körpermaasse, gibt es bekanntlich für das Messen der Werthe nicht, weil kein Ding einen absoluten, für sich allein bestimmbar, sondern nur einen relativen und individuellen Werth hat, also letzterer das Verhältniss zweier veränderlicher Grössen zu ein-

ander ausdrückt. Der Werth einer Waare richtet sich nach dem Bedürfniss und nach der zur Production nöthigen Arbeit oder den Productionskosten, wodurch Nachfrage und Ausgebot bedingt werden. Auch die Werthe der edlen Metalle Gold und Silber, welche in der Form von Geld zur Bestimmung des Preises aller Waaren dienen, sind den gleichen Gesetzen und desshalb fortwährenden Schwankungen unterworfen, welche zwar im Verlaufe weniger Jahre sich nicht viel bemerklich machen, um so mehr aber in längeren Zeiträumen hervortreten. Den brauchbarsten Maassstab für diese Werthsänderungen der Edelmetalle geben die Durchschnittspreise des Getreides, da dieser Nahrungsstoff mehr als alle übrigen Güter einem beständigen, sich ziemlich gleichbleibenden Lebensbedürfniss der Menschen entspricht und daher in ausgedehnten Zeitabschnitten einen stabileren Werth bewahrt, wenn auch in einzelnen Jahren in Folge des Wechsels der Ernten sehr bedeutende Preisschwankungen vorkommen und selbstverständlich die Fortschritte der Arbeit und Civilisation auf den Werth des Getreides ebenso wie auf andere Producte ihren Einfluss äussern. Bei neueren Untersuchungen hat man desshalb ausser dem Getreide auch noch die Preise anderer Gegenstände des allgemeinen Bedürfnisses und die täglichen Arbeitslöhne, welche den nothwendigsten Lebensunterhalt in sich begreifen, zu Hilfe genommen. *)

Im Allgemeinen bewirkt ein Sinken des Preises der Edelmetalle, dass die Preise der übrigen Güter steigen und umgekehrt; dieses gegenseitige Verhältniss wird aber nicht durch die grössere oder geringere Menge der vorhandenen Edelmetalle allein, sondern auch durch die Menge der producirten und auf den Markt gebrachten Waaren, sowie durch einige andere Factoren, wie namentlich die politischen und Creditverhältnisse eines Landes, bestimmt. Mit der wachsenden Production der Edelmetalle kann daher gleichzeitig auch die Kaufkraft des Geldes steigen, oder was dasselbe ist, der Preis der Waaren sinken, wenn die Erzeugung der letzteren in einem noch grösseren Verhältniss als bei den Edelmetallen zunimmt. Diese Erscheinung ist schon in den frühesten Zeiten zu Tage getreten, wie sich aus der Vergleichung der Getreidepreise ergibt, soweit diese in der Geschichte aufbewahrt sind.

Im Alterthum war Asien die reichste Fundgrube edler Metalle und die Schätze des letzten lydischen Königs Crösus sind sprüchwörtlich geworden. Durch die Perserkriege und die Züge Alexanders nach In-

*) Diess ist namentlich von Tooke in seinem vortrefflichen Werke „A History of Prices and of the State of the Circulation from 1793—1837“ geschehen, dessen Untersuchungen später bis 1857 fortgesetzt wurden.

dien häuften sich Gold und Silber in Griechenland dermassen an, dass in Demosthenes Zeiten ihr Werth fünfmal geringer war, als im Zeitalter des Solon. Mit dem Besitze der Weltherrschaft fielen später Rom die Schätze der Welt zu und die römischen Geschichtsschreiber erzählen von den unermesslichen Reichthümern, welche die Feldherren von ihren Kriegszügen in Gallien, Macedonien, Vorderasien und Aegypten nach Hause brachten. Dazu kamen die jährlichen Tributzahlungen der zinspflichtigen Völker und die Ausbeute der Bergwerke in Spanien und Afrika, wogegen aber wieder grosse Summen durch den Handel mit Ostasien dorthin flossen. Schon die Phönizier, Babylonier und Araber brachten für die indischen Kostbarkeiten den Tribut dreier Welttheile, hochasiatisches und äthiopisches Gold und spanisches Silber und Plinius gibt an, dass durch den Handel mit Indien, Sexico und Yemen jedes Jahr 100 Millionen Sesterzien *) baares Geld in jene Länder geflossen seien.

Ueber das im Alterthum vorhandene Quantum edler Metalle lassen sich keine auch nur annähernd richtige Angaben aufstellen und die Versuche von Jacob **) verdienen in dieser Beziehung wenig Zutrauen. Auch die Vergleichung der Preisverhältnisse ist wegen der Complication der wirkenden Ursachen äusserst schwierig.

Zu Solons Zeiten galt in Athen der Medimnos Waizen (1 Hectoliter = 1,896 Med.) 1 Drachme oder 0,944 Franken jetziges Geld, das Hectoliter daher 8,05 Gramme Feinsilber, wogegen zu Demosthenes Zeit der Getreidepreis allmähig, wie oben angeführt wurde, auf das Fünffache oder 40 Gr. Feinsilber pr. Hectoliter gestiegen war. Auch in Rom betrug der Preis im Anfange des Kaiserthums durchschnittlich 18 Sesterzien für den Medimnos oder 36,24 Gr. Feinsilber pr. Hectoliter. Nach den Angaben von Plinius hat im ersten Jahrhundert nach Christi Geburt das Kilogramm Brod ziemlich genau 2 Gramme Feinsilber gekostet und unter Diocletian am Ende des 3. Jahrhunderts stieg der Preis sogar bei guten Ernten auf 6,5 Gr. Feinsilber und darüber, während zur Stunde, wo man über Theurung klagt, der Preis bei uns 1,7 Gr. beträgt. Damals war die Metallmenge noch gering gegen die jetzt vorhandene, aber die Bedürfnisse der Menschen und die zu ihrer

*) Etwa $23\frac{1}{2}$ Millionen Franken jetziges Geld, wenn der Sestertius gleich $\frac{1}{4}$ Silberdenar gerechnet wird, bedeutend weniger aber in den damaligen, auf $\frac{1}{12}$ ihres ursprünglichen Gewichtes verringerten Kupfer-Assen, von denen $2\frac{1}{2}$, später auch 3 und 4 Stücke einen Sestertius gaben.

**) Jacob, An historical Inquiry into the Production and Consumption of the precious Metals.

Befriedigung dienende Waarenproduction waren verhältnissmässig noch viel geringer. Gegen das Ende des 4. Jahrhunderts, als die Völkerwanderung mit allen ihren Schrecken begonnen hatte, nahm der Geldumlauf im römischen Reiche immer mehr ab und die Preise der Waaren fielen desshalb; für jene Zeit berechnet sich der Preis eines Hectoliters Waizen auf 67,5 Gr. Feinsilber. *)

In den folgenden Jahrhunderten nach dem Untergang des abendländischen Kaiserreichs lagen Bergbau und Gewerbethätigkeit gänzlich darnieder; die Getreidepreise sanken noch mehr und die Metalle blieben selten und theuer bis zu den Kreuzzügen. Unter Carl dem Grossen kostete 1 Hectoliter Getreide 14,5, nach andern Berechnungen sogar nur 9,5 Gr., 1 Kilogr. Brod kaum 0,2 Gr. Feinsilber. Als im 13. und 14. Jahrhundert die Gruben in Ungarn, am Harz, in Böhmen, Sachsen, Tyrol &c. einen immer reicheren Ertrag an Silber und Gold lieferten, stiegen die Preise der Waaren wieder, so dass zur Zeit der Erfindung des Schiesspulvers (1330) 1 Hectoliter Getreide in Frankreich 22,5 Gr. Feinsilber galt. Von da an trat aber mit der Ausdehnung des Handels und der Industrie eine neue Wendung ein und in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts war der Durchschnittspreis wieder auf 12 Gr., um das Jahr 1500 für kurze Zeit sogar bis auf 9 Gr. zurückgesunken. **) Damals hatte der Werth der Edelmetalle seinen Höhepunkt erreicht und dem entsprechend waren die Preise der übrigen Waaren und die Löhne auch in Deutschland sehr niedrig. ***)

*) Zur Vergleichung fügen wir bei, dass nach den württ. Jahrbüchern der Durchschnittspreis des Kernens in Württemberg für die 33 Jahre 18^{33/65} 15 fl. 18 kr. pr. württ. Scheffel oder 5 fl. 59 kr. pr. Ctr. oder 8 fl. 38 kr. = 82,22 Gramme Feinsilber pr. Hectoliter beträgt; dabei ist das Gewicht des württ. Scheffels Kernen zu durchschnittlich 256 Pfd., des Hectoliters daher zu 144,5 Pfd. angenommen.

**) Levasseur, la Question de l'Or, 1858.

***) So schlossen z. B. im Jahre 1440 die Pfleger des Baues der schönen Frauenkirche in Esslingen mit dem ehrbaren, bescheidenen Meister Hans von Böblingen ein Uebereinkommen, dass er der Meister des Baues und Thurmes der Frauenkirche sein soll und dafür 8 fl. Jahressold (24 fl. 16 kr. jetziges Geld) und Taglohn Sommers 4^{1/2} Schillinge (31^{1/2} kr.) erhalte. (Pfaff im württ. Jahrbuch von 1836.) Der Stuttgarter Vertrag von 1485 enthält folgende Normalpreise:

1 Eimer Wein zu 3 Pfd. Heller	= 4 fl. 18 kr.
1 Scheffel Roggen zu 1 Pfd. Heller	= 1 fl. 26 kr.
1 Scheffel Dinkel zu 10 Schillinge	= 43 kr.
1 Scheffel Haber zu 10 Schillinge	= 43 kr.

wobei der Werth in jetziges Geld nach Anleitung der württ. Münzkunde von Binder umgerechnet ist. Ein Scheffel Kernen (im Verhältniss zu Dinkel wie

Von diesen Waarenpreisen finden sich noch viele Aufzeichnungen aus jener Zeit vor; es darf jedoch nur ein sehr vorsichtiger Gebrauch davon gemacht werden, denn was über die nothwendigsten, an Ort und Stelle erzeugten Lebensbedürfnisse hinausging, namentlich Manufacturwaaren, musste damals bei der noch wenig ausgebildeten Technik und bei den unvollkommenen Verkehrsmitteln zum Theil zu sehr hohen Preisen bezahlt werden.

Ebenso wie der Werth der Edelmetalle gegenüber von anderen Waaren, hat sich auch das Werthverhältniss zwischen Silber und Gold im Alterthum und Mittelalter vielfach geändert.

Herodot, indem er die Kroneinkünfte des persischen Königs Darius berechnet, reducirt die Tribute in Gold auf das Dreizehnfache des Silbers. Etwa 400 Jahre vor unserer Zeitrechnung war in Griechenland die Relation 1 : 10.*) Im Jahre 268 vor Christi Geburt prägten die Römer die ersten silbernen und im Jahr 206 die ersten goldenen Münzen im Verhältniss von 1 : $13\frac{7}{10}$ aus, welches in der Folge immer mehr stieg und den höchsten Stand von 1 : $18\frac{13}{14}$ unter Cäsar erreichte, als viel Gold aus Gallien nach Italien kam. Unter den Kaisern blieb es längere Zeit 1 : 12, dann stieg es wieder und am Ende des weströmischen Kaiserthums unter Theodosius betrug es 1 : $14\frac{2}{5}$. Von Carl dem Grossen ward das Verhältniss auf 1 : 12 festgesetzt, im Sachsenspiegel libr. 3 Art. 45 etwa um das Jahr 1219 ist 1 : 10 angegeben. Später entstand grosse Verwirrung dadurch, dass die deutschen Kaiser vielen kleinen Ständen das Münzrecht ertheilten, welches diese in gegenseitigem Wetteifer missbrauchten; das Werthverhältniss zwischen Silber und Gold wechselte desshalb in den verschiedenen Gegenden Deutschlands öfter und war überhaupt auch in andern Ländern sehr verschieden. So stieg z. B. im 14. Jahrhundert in Niederdeutschland (Hamburg, Lübeck) die Proportion wieder auf 1 : $12\frac{4}{5}$, während sie gleichzeitig in Oberdeutschland 1 : $10\frac{2}{3}$ betrug.***) Um das Jahr 1500 war das Verhältniss in Deutschland durchschnittlich ungefähr 1 : 10,5, in Spanien nach der Ordonnanz vom 13. Juni 1497 1 : 10,75, und ebenso hoch ist es auch in Frankreich gestanden.***)

7 : 3) würde 1 fl. 40 kr., 1 Hectoliter daher $56\frac{1}{2}$ kr. oder 9,0 Gramme Feinsilber, 1 Hectoliter Roggen 7,70 Gr. gekostet haben.

*) August Böckh, Staatshaushalt der Athener.

**) Des Freiherrn v. Praun gründliche Nachricht von dem Münzwesen etc. 1784.

***) Roswag, les Métaux précieux, 1865.

Damals war der Edelmetallvorrath der alten Welt durch den Passivhandel nach dem Orient bedeutend erschöpft, und während sich die Alchymisten vergebens bemühten, den Stein der Weisen aufzufinden, um damit die unedlen Metalle in Gold oder Silber zu verwandeln, hatten die kühnen Unternehmungen von Christoph Columbus und Vasco de Gama mit dem glücklichsten Erfolge neue unermessliche Hilfsquellen für die Cultur und den Reichthum der Völker aufgeschlossen.

Die Entdeckung von Amerika und die Eröffnung der dortigen Gold- und Silbergewinnung brachte, wie schon Eingangs angedeutet, eine gänzliche Umgestaltung aller Preisverhältnisse hervor; doch war die Einwirkung der Metallzuflüsse in Europa im Anfange nur eine allmälige, theils weil die Sendungen von Gold und Silber aus Amerika in der ersten Zeit noch verhältnissmässig gering waren, theils auch desshalb, weil der gleichzeitig wachsende Handel mehr Circulationsmittel bedurfte und der damalige Luxus ebenfalls viel Edelmetall zu Schmucksachen, Geräthen etc. verbrauchte. Die ersten Funde lieferten hauptsächlich Gold von Hispaniola und von andern westindischen Inseln, später von Centralamerika. Reiche Beute fiel den Spaniern bei ihrem Eintritt in Mexico (1519) und in Peru (1527) zu; das Lösegeld des Fürsten Atahualpa wird von den Einen auf 26,530 Mark, von Andern sogar auf 60,000 Mark Gold (ca. 48 Mill. Franken) geschätzt. Indessen soll nach den Angaben von A. v. Humboldt *) die amerikanische Ausbeute von 1500—1545 durchschnittlich nicht über 3 Mill. Piaster oder $15\frac{3}{4}$ Mill. Franken pr. Jahr gewesen sein. Einen reicheren Ertrag scheint damals Europa noch aus seinen eigenen Bergwerken gezogen zu haben. So wird z. B. berichtet, die Silberminen von Schneeberg in Sachsen, welche im Jahre 1471 aufgeschlossen wurden, seien so ergiebig gewesen, dass ein Klumpen von 400 Ctr. gediegenes Silber auf einmal gewonnen und das Silber den Gewerken ungemünzt zugewogen worden sei.**) Die Ausbeute der Annaberger Gruben in den Jahren 1498—1505 wird zu mehr als 400,000 Gulden, diejenige von Rattenberg und Schwaz in Tyrol im Jahr 1523 zu 55,000, 1524 zu 50,000, 1525 zu 77,000 Mark Brandsilber angegeben. Ebenso stand der Grubenbetrieb in Böhmen, Ungarn, im Mannsfeldischen und am Harze in grosser Blüthe.

Von der Mitte des 16. Jahrhunderts an, als die reichen Bergwerke von Zacatecas in Neuspanien und von Potosi in Peru ihre Schätze ergossen

*) Essai politique sur la Nouvelle Espagne, 1827.

**) Héron de Villefosse, über den Mineralreichthum, deutsch von Hartmann, 1822.

und wahre Silberflotten diese nach Europa trugen, als ferner durch das von Medina um diese Zeit erfundene amerikanische Amalgamationsverfahren die Darstellung des Silbers aus den Erzen bedeutend erleichtert wurde, machte sich die Entwerthung der Edelmetalle und das Steigen aller Preise und Löhne in hohem Grade fühlbar. Zwar versuchten die Fürsten durch Tarife und Verbote den Klagen über Theuerung abzuhelpen, auch die Geistlichkeit ergoss ihren Zorn und Jammer von der Kanzel herunter; doch die gewaltige Strömung, welche die Preise der Waaren ergriffen hatte, war nicht aufzuhalten und die Verwirrung wuchs noch durch die fortwährende Verschlechterung der Münzen, mittelst welcher die Landesherren ihre Einkünfte wieder zu heben suchten, während natürlich, sobald der Betrug entdeckt war, der Werth der eingehenden Abgaben im entsprechenden Maasse sich verminderte und dadurch ein bleibender Verlust sich ergab. Das hervorgerufene Misstrauen trieb zugleich den Aufschlag der Preise weit über das natürliche Verhältniss hinaus und hemmte in manchen Gegenden den Handel und Verkehr auf lange Zeit.

Am Anfange des 15. Jahrhunderts gingen in Spanien 6 Maravedis auf den Silberreal, am Ende des Jahrhunderts 34 und später 51. In England wurden zur ersteren Zeit aus einem Münzpfund Silber 25 Schillinge ausgebracht, nachher unter Heinrich VIII. und Eduard VI. 48 bis 72 Schillinge und gleichzeitig noch der Feingehalt des Münzsilbers ausserordentlich verringert. Die Königin Elisabeth stellte den ursprünglichen Gehalt wieder her und normirte die Stückelung auf 62 Schillinge pr. Troypfund, wie diess denn in der Folge ganz unverändert geblieben ist. Am Anfange des 14. Jahrhunderts prägte man in Frankreich die Mark Feinsilber zu 5 Livres aus, anno 1361 zu 5 L. $9\frac{1}{2}$ Sols, 1561 zu 17 L. $1\frac{1}{4}$ S., 1575 zu 19 L. $17\frac{1}{2}$ S., 1580 zu 20 L. $17\frac{1}{4}$ S., 1640 zu 29 L. $3\frac{1}{2}$ S. (v. Praun.)

Nicht besser war es in Deutschland, wo zwar Kaiser Carl V. die beiden Reichsmünzordnungen vom 10. November 1524 und 28. Juli 1551 erliess, nach welchen die feine Mark Silber zu $8\frac{8}{15}$, beziehungsweise $10\frac{1}{5}$ fl. ausgebracht werden sollte, diese Vorschriften aber fast nirgends zur Observanz kamen und auch die dritte Reichsmünzordnung vom 19. August 1559, wie die späteren Reichstagsabschiede und Kreisbeschlüsse wenig Beachtung fanden. Die Münzstätten legten sich hauptsächlich auf die gewinnbringende Ausprägung von Scheidemünzen, welche im Gehalt fortwährend verringert wurden, so dass der äussere Werth der groben Silbermünzen entsprechend erhöht werden musste, bis endlich das Uebel in der verderblichen sogenannten Kipper- und

Wipperzeit am Anfange des 17. Jahrhunderts den höchsten Grad erreichte. *)

Diese leidigen Münzzustände, sodann die auf vielen Waaren haftenden Zölle und Abgaben machen die Vergleichung der damaligen Preise mit den jetzigen äusserst schwierig. Nach der Entdeckung von Amerika sank der Metallwerth zuerst in Spanien und schon im Jahre 1558 sprechen die Cortes von Valladolid in einer Petition aus, dass alle Güter dreifach im Preise gestiegen seien. Um die Wirkung der amerikanischen Metallzuflüsse richtig beurtheilen zu können, muss die Thatsache beachtet werden, dass bis zum Jahre 1545, also bis zur Eröffnung der reichen Silberminen von Potosi, etwa 130 Mill. Piaster nach Spanien gelangt waren, dass in dem kurzen Zeitraum von nur 12 Jahren, von 1545—1556, die Ausbeute von Potosi allein die erstaunliche Summe von 127 Mill. Piaster betragen haben soll und dass A. v. Humboldt die ganze amerikanische Edelmetallproduction im 16. Jahrhundert auf 740 Mill. Piaster berechnet. Diese Reichthümer haben aber keineswegs die Wohlfahrt Spaniens erhöht, sondern vielmehr Gewerbe und Production gelähmt, indem die falsche Handelspolitik der damaligen Regierung dem Steigen der Productenpreise durch Ausfuhrverbote und Beschränkungen des Handels zu steuern suchte, wodurch die Ausfuhr immer mehr ab-, die Einfuhr dagegen trotz der hohen Zölle zunahm und damit die Metallschätze in andere Länder flossen, während Spanien verarmte. Bis zum Jahre 1582 waren die Getreidepreise in Spanien schon auf das Vierfache und am Schlusse des Jahrhunderts auf das Fünf- bis Sechsfache gegen die Preise am Anfange des Jahrhunderts gestiegen, während in England das Steigen der Weizenpreise viel später beginnt und bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts erst den vierfachen Betrag des Preises um das Jahr 1500 erreicht hatte.

In Frankreich gingen die Veränderungen rascher vor sich und scheinen ihr Ende schon um das Jahr 1580 gefunden zu haben, zu welcher Zeit nach den Preisangaben von Coignard der Setier Waizen (= 1,553 Hectol.) durchschnittlich 23,97 Franken jetzige Währung, das Hectoliter daher 69,45 Gramme Feinsilber oder nahezu das Sechsfache des Preises am Schlusse des 15. Jahrhunderts kostete. Zwar gibt Le-

*) Aus dieser Zeit stammen z. B. die württembergischen Hirschgulden, in denen die feine Mark Silber bis zu 77 fl. ausgebracht ist, und welche nachher auf 10 kr. pr. Stück abgeschätzt wurden; dabei verlor allein die württembergische Landschaft an den in solchem Gelde bezahlten Abgaben 248,551 fl. (Jäger, Beiträge zur Geschichte des Münzwesens in Württemberg, 1840.)

vasseur auch für die ersten Decennien des 17. Jahrhunderts noch eine Preiserhöhung an; diese wird aber anderen ausserordentlichen Ursachen, namentlich den Kriegen und vielen Missernten in jener Zeit zuzuschreiben sein, welche ebenso in Deutschland von 1610 bis 1639 sehr hohe Getreidepreise und im weiteren Gefolge Mangel, Hungersnoth und grosse Sterblichkeit (Pest) erzeugten, während nachher der Preis wieder unter den Durchschnitt am Ende des 16. Jahrhunderts sank.*)

Ebenso waren auch die Arbeitslöhne überall gestiegen, aber nicht so, wie es das richtige Verhältniss zum sinkenden Geldwerthe erfordert hätte, indem die Regierungen vielfach es als ihre Aufgabe ansahen, einseitige Lohnstaxen zum Nachtheil der Arbeiter und dienenden Volksklassen festzusetzen, was grosse Noth und Unzufriedenheit erregte. Dagegen gewann bei dieser Umwälzung der Preise der Mittelstand, besonders diejenige Classe der Gewerbetreibenden und Producenten, welche wegen der Unentbehrlichkeit ihrer Erzeugnisse die Preise derselben steigern konnten, und es trug diess nicht wenig dazu bei, die politische und sociale Stellung der verschiedenen Stände so zu gestalten, wie sie sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Nach Levasseur war am Ende des 15. Jahrhunderts der gewöhnliche Taglohn in Frankreich höchstens 2 Sols oder 2 Gramme Feinsilber (45 Centimes jetziges Geld), der Lohn eines Maurers täglich 3—4 Sols oder Gramme. Im Jahre 1572 wurde der Taglohn auf 6 Sols oder $4\frac{1}{4}$ Gr. Feinsilber (94 Cent.), der Lohn der Maurer auf 12 Sols oder $8\frac{1}{2}$ Gr. (1,89 Franken) regulirt, womit übrigens die Arbeiter bei dem viel grösseren Preisaufschlag ihrer Lebensbedürfnisse nicht zufrieden gestellt werden konnten. Denn eine Pinte Wein z. B., welche im Anfange des 16. Jahrhunderts 4 Deniers = 0,4 Gr. Feinsilber gekostet hatte, wurde im Jahre 1577 auf 3 Sols = 1,85 Gr. taxirt; eine Fuhre Holz galt 4 Livres 15 Sols = $58\frac{1}{2}$ Gr., statt früher 18 Sols 4 Den. = 20 Gr. Das Pfund Talglichter war von 1 Sol im Jahre 1502 auf 7 Sols im Jahr 1600 oder von 1 Gr. auf 3,9 Gr. Feinsilber gestiegen.

*) Wenn die Angaben von Vanotti (Nachrichten über Witterung, Fruchtbarkeit und Preise der Naturalien vom Jahre 1138 bis 1659 im württ. Jahrbuch von 1829) richtig sind, so hat in dem 10jährigen Zeitraum von 1587 bis 1596 der Scheffel Kernen in Württemberg durchschnittlich 5 fl. 37 kr., der Eimer Wein 12 fl. 53 kr. gekostet oder, da damals $11\frac{1}{2}$ fl. auf die feine Mark kamen, nach jetzigem Geld 11 fl. 58 kr., beziehungsweise 27 fl. 27 kr., was gegen die Zeit vor der Entdeckung von Amerika eine Preissteigerung auf das Sechs- bis Siebenfache ergeben würde. Das Hectoliter Kernen berechnet sich hienach auf 64,30 Gr. Feinsilber, also nicht sehr verschieden von dem gleichzeitigen Preissatze in Frankreich.

Auch über die damaligen Waarenpreise in Württemberg finden sich u. A. einige interessante Notizen in den württbg. Jahrbüchern von 1841 und 1842 *). Zugleich vernehmen wir aber auch aus jener Zeit, welche viel an die jetzige erinnert, grosse Klagen über den Luxus in der Kleidung und die steigende Genusssucht. Vergebens wurden Kleiderordnungen und Verbote gegen die Ueppigkeit im Essen und Trinken erlassen, vergebens von den Kanzeln Strafpredigten gegen den Zerfall der Sitten geschleudert, wovon eine der Nachwelt aufbewahrte Predigt des Superintendenten Dieterich in Ulm **) Zeugniß gibt; die Metallfluth hatte alles in den Strudel des materiellen Erwerbes und Genusses gerissen und erst als die Theurungsjahre 1621—1628 kamen und der 30jährige Krieg auch nach Schwaben sich zog, traten an die Stelle des Wohllebens Verheerungen, Hungersnoth und Seuchen.

In der Periode nach der Entdeckung von Amerika steigt das Werthverhältniss zwischen Silber und Gold zu Gunsten des letzteren Metalls immer mehr. In Deutschland betrug es nach der Reichsmünzordnung von 1524 1:11,378, nach der Münzordnung von 1559 und den Reichsabschied von 1556 1:11,44, nach einem Beschluss der drei correspondirenden Kreise Schwaben, Franken und Bayern vom Jahre 1624 1:12,582, nach dem Zinna'schen Münzfuss von 1667 in Sachsen und Brandenburg 1:13,555, während gleichzeitig die oberen Kreise die Proportion 1:15,1 behaupteten, welche auch durch den Leipziger Münzrecess von 1690 angenommen und in dem zum Reichsmünzfuss erhobenen Leipziger Fuss vom Jahre 1738 beibehalten wurde. Damals stand anderwärts in Europa, namentlich in Holland und Frankreich das Verhältniss auf 1:14,5; das Silber war also in Deutschland um 4 Procent zu niedrig gewerthet und der Fehler um so grösser, als die inländischen Bergwerke hauptsächlich Silber und nur wenig Gold lieferten. Nachdem Graumann hierauf aufmerksam gemacht hatte, wurde desshalb in der bekannten Convention zwischen Oesterreich und Churbayern v. 21. September 1753 die Proportion auf 1:14,153 bestimmt, während wenige Jahre vorher in Preussen mit der Annahme des Graumann'schen 21 Guldenfusses das Verhältniss in den Friedrichsdoren zu 5 Thaler sogar auf 1:13,846 heruntergesetzt worden war, welches sich aber nicht erhalten konnte; denn gegen den Schluss des 18. Jahrhunderts war die Werthrelation ziemlich allgemein auf 1:15¹/₄

*) Württemberg nach seinem natürlichen, statistischen und commerciellen Zustand zu Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts von Carl Pfaff.

**) Ulm in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts von Prälat v. Schmid, württbg. Jahrbuch 1822.

bis $15\frac{1}{2}$ gestiegen. Man wird diess leicht erklärlich finden, wenn man erfährt, dass nach den Berechnungen von Humboldt und A. die amerikanischen Minen bis zum Anfang des jetzigen Jahrhunderts etwa 44 mal mehr Silber als Gold dem Gewicht nach lieferten und es muss vielmehr auffallen, dass das Gold nicht noch weiter gestiegen ist, was einerseits in dem Silberabfluss nach Ostasien, anderseits in den damaligen Münzverfassungen aller europäischen Staaten, welche dem Silber eine bevorzugte Stellung als gesetzliches Zahlungs- und Tauschmittel einräumten, seinen Hauptgrund hat.

A. v. Humboldt gibt die Production in allen spanischen und portugiesischen Colonien von Amerika bis zum Jahre 1803 auf 5,706,700,000 Piaster oder den Piaster zu 105 Sous gerechnet, auf nahezu 30 Milliarden Franken (29,960,175,000 Fr.) an, wovon 5,307,194,000 Piaster (27,862,768,500 Fr.) nach Europa gelangt sein sollen, das Uebrige aber für die Circulation in Amerika zurückgeblieben oder nach anderen Welttheilen direct versandt worden wäre. Die Metallvers Schiffungen nach Europa waren in den verschiedenen Zeiträumen sehr ungleich, nahmen aber bis in dieses Jahrhundert immer zu; sie werden durchschnittlich für ein Jahr angegeben:

von 1492—1500	250,000 Piaster oder	1,312,500 Fr.
» 1500—1545	3,000,000 » »	15,750,000 »
» 1545—1600	11,000,000 » »	57,750,000 »
» 1600—1700	16,000,000 » »	84,000,000 »
» 1700—1750	22,500,000 » »	118,125,000 »
» 1750—1803	35,300,000 » »	185,325,000 »

Es ist hieraus zu ersehen, dass die grösste Zunahme in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stattgefunden hat und in diese Periode fällt auch das bedeutende Steigen aller Preise, während in den folgenden Jahrhunderten sich die Metallzuflüsse aus Amerika viel weniger fühlbar gemacht haben, schon desshalb, weil sie eine immer kleinere Quote von dem sich stets vermehrenden Fonds bildeten. Zwar schwanken im ganzen 17. Jahrhundert die Getreidepreise in Europa fortwährend, was durch den Wechsel in der Fruchtbarkeit der einzelnen Decennien seine vollständige Erklärung findet; aber es zeigt sich gegen das Ende des Jahrhunderts eher eine Neigung zum Sinken als zum Steigen und wenn auch die Löhne noch langsam in die Höhe gehen, so ist diess zunächst dem Umstande zuzuschreiben, dass die Arbeit jetzt erst bei der Entwicklung der freien Concurrenz den ihr schon früher gebührenden Lohn zu erringen vermag. *) Es ist überhaupt für jene Zeit sehr

*) In Württemberg betrug nach Vanotti in der 10jährigen Periode von

unsicher, aus den Getreidepreisen auf eine Veränderung des Geldwerthes zu schliessen; denn nach dem 30jährigen Krieg, durch welchen die Fortschritte der Cultur zurückgedrängt worden waren, kamen Handel und Industrie wieder in einen solchen Aufschwung, dass die vermehrte Metallproduction der vermehrten Production anderer Güter kaum das Gleichgewicht gehalten zu haben scheint.

In die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts fällt der ergiebige Betrieb der Goldseifen in Brasilien; zugleich zeichnet sich aber diese Periode durch eine grosse Fruchtbarkeit in den meisten Ländern aus, wesshalb besonders in England die Getreidepreise sehr niedrig stehen; da aber dessenungeachtet andere Lebensbedürfnisse und namentlich die Arbeitslöhne im Preise steigen, so schliesst Tooke daraus auf ein allmähliges weiteres Weichen im Werthe der Edelmetalle, während Adam Smith glaubte, dass der umgekehrte Fall wieder eingetreten sei. Als aber in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine Reihe weniger fruchtbarer Jahre kam, stieg auch der Getreidepreis wieder bedeutend, so dass er in Paris im Durchschnitt der Jahre 1766—1795 102,78 Gr. Feinsilber pr. Hectoliter oder 44 Procent mehr als 100 Jahre früher betrug. Die Metallausbeute in Amerika ist nämlich wieder über alle anderen Productionen überwiegend geworden; neue Minen in Mexico, namentlich die berühmten Gruben von Valenciana und Sombrerete, liefern grössere Quantitäten von Silber, als zur Glanzzeit von Potosi gewonnen worden waren; aber auch in Peru und Buenos-Ayres ist der Bergbau ergiebig, während Neu-Granada, Brasilien und Chili viel Gold liefern. Welchen Einfluss ausserdem die im 18. Jahrhundert sich immer mehr entwickelnde Creditwirthschaft, besonders die Errichtung von Zettelbanken in England und Frankreich, und der Umlauf einer grossen Menge von Creditpapieren aller Art auf die Preisbestimmungen geäussert haben mögen, wollen wir hier nicht weiter berühren, um uns nicht auf das Gebiet einer Controverse zu begeben, wo die Ansichten des Currency-principle und des Banking-principle sich noch immer schroff einander gegenüber stehen. Weil aber unzweifelhaft der Credit geeignet ist, gewagte Speculationen zu begünstigen und die Waaren-

1641—1650, während welcher Zeit das Land der Tummelplatz von Kriegshorden war, der Durchschnittspreis von einem Scheffel Kernen 2 fl. 57 kr., von einem Eimer Wein 14 fl. 11 kr. oder, da damals der 13 $\frac{1}{2}$ Guldenfuss bestand, in jetzigem Geld 5 fl. 21 kr., beziehungsweise 25 fl. 44 kr.; das Hectoliter Kernen stellte sich daher auf nur 29 Gramme Feinsilber, während gleichzeitig der Getreidepreis in Paris 82,56 Gr. betrug, in den drei Decennien von 1670—1699 aber auf 71,53 Gr. sank.

production über das Bedürfniss zu steigern, wodurch im gegenwärtigen Jahrhundert schon wiederholt verderbliche Absatzkrisen entstanden sind, so ist es um so schwieriger, unter den jetzigen verwickelten Verhältnissen des modernen Güterlebens, wo auf die Preisbestimmung der Waaren so viele Factoren einwirken, den Einfluss eines einzelnen, der Edelmetallproduction, sicher nachzuweisen. Endlich darf noch ein wichtiger Umstand nicht mit Stillschweigen übergangen werden, nämlich der Uebergang der meisten Länder von der Naturalwirthschaft zur Geldwirthschaft, wodurch das Geld als allgemeines Tauschmittel einen erhöhten Gebrauchswerth erlangt hat.

A. v. Humboldt berechnet die Edelmetall-Production von Amerika um das Jahr 1800 auf

14,118 Kil. Gold	im Werth von	48,629,000 Fr.
795,581 » Silber » » »		176,794,000 »
<u>809,699 »</u>		<u>225,423,000 »</u>

wobei das Kilogramm Gold zu 3444,44 Fr., das Kil. Silber zu 222,22 Fr. angenommen ist.

Das Gewichtsverhältniss würde daher betragen

1,74 % Gold und 98,26 % Silber.

Gleichzeitig bestimmt er die Production von Europa auf 1297 Kil. Gold und 52,670 Kil. Silber im Gesamtwertb von 16,172,000 Fr., diejenige von Nordasien auf 538 Kil. Gold und 21,709 Kil. Silber mit einem Werthe beider von 6,677,000 Fr., so dass also die ganze jährliche Production zu jener Zeit betragen hätte:

15,953 Kil. Gold	im Werth von	54,950,000 Fr.
869,960 » Silber » » »		193,322,000 »
<u>885,913 »</u>		<u>248,272,000 »</u>

Wie bedeutend der Ertrag der Gruben in Mexico, zugleich aber auch die Civilisation und der Handel in diesem Lande zugenommen hatte, ergibt sich schon daraus, dass die Ausmünzungen in Mexico, welche in der Periode von 1700—1709 nur 26 Mill. Fr. betrugen, immer mehr stiegen und von 1790—1799 die hohe Summe von 116 Mill. Fr. erreichten.

Nach Michel Chevalier kann man unter Zuziehung von Afrika und von einigen andern Productionsorten, jedoch mit Ausschluss von Ostasien, die jährliche Production am Anfange dieses Jahrhunderts zu

18,000 Kil. Gold	im Werth von	62,000,000 Fr. und
900,000 » Silber » » »		200,000,000 »
<u>918,000 »</u>		<u>262,000,000 »</u>

annehmen, oder dem Gewichte nach

2,07 % Gold, 97,93 % Silber,
dem Werthe nach

24,64 % Gold, 75,36 % Silber,
woran Amerika allein mit 86 % participirt.

Unter Benützung der Zusammenstellungen von Humboldt und nicht sehr abweichend von dessen Endresultat hat der englische Statistiker Danson in einer Abhandlung vom Jahre 1851 *) die amerikanische Gold- und Silberproduction in dem Zeitraum von 1492 bis 1803 berechnet auf

Gold: 1,415,544,000 Piaster oder 7,431,600,000 Fr. ($25\frac{1}{2}$ %)

Silber: 4,152,650,000 » » 21,801,400,000 » ($74\frac{1}{2}$ %)

5,568,194,000 » » 29,233,000,000 »

oder dem Gewicht nach

2,16 % Gold und 97,84 % Silber.

Davon sollen nach Europa gesandt worden sein:

5,284,694,000 Piaster oder 27,744,640,000 Fr.,
immer der Piaster zu $5\frac{1}{4}$ Franken gerechnet.

Vom Jahre 1810 an nahm in Folge der Bürgerkriege in Mittel- und Südamerika das Erzeugniss der dortigen Gruben bedeutend ab; denn für die Periode von 1803—1810 wird dasselbe noch zu durchschnittlich 210 Mill. Fr. im Jahr, für 1810—1823 nur zu 90 Mill. Fr. angegeben. Erst von letzterer Zeit an, als die spanischen Colonieen ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande errungen hatten, hob sich der Bergbau wieder; die Silbergewinnung erreichte jedoch nicht mehr die Höhe, wie in früherer Zeit, während dagegen die Goldausbeute gesteigert wurde.

Vom Jahre 1823 an erlangen auch die russischen Goldseifen am Ural und Altai, welche nach Héron de Villefosse früher nur jährlich etwa 2680 Mark oder 627 Kil. Gold geliefert hatten, eine grössere Bedeutung und im Jahre 1847 war ihr Ertrag bis auf 29,813 Kil. im Werthe von 102,690,000 Fr. gestiegen.

Danson berechnet die amerikanische Production in dem Zeitraum von 1804—1848 auf

Gold 710,897,057 Doll. oder 3,732,200,000 Fr. ($36\frac{1}{3}$ %)

Silber 1,244,380,794 » » 6,533,000,000 » ($63\frac{2}{3}$ %)

1,955,277,851 » » 10,265,200,000 »

wovon nach Europa gekommen sein sollen:

*) Of the Quantity of Gold and Silver, supposed to have passed from America to Europe from the Discovery of the former country to the present time.

Gold: 3,614,300,000 Fr.

Silber: 5,472,200,000 »

9,086,500,000 »

Wir würden daher für die Summe der Production Amerikas von der Entdeckung dieses Welttheils bis zum Jahre 1848 erhalten:

11,163,800,000 Fr. Gold und 28,334,400,000 Fr. Silber

39,498,200,000 Fr.

für die Einfuhr in Europa:

10,614,300,000 Fr. Gold und 26,472,200,000 Fr. Silber

37,086,500,000 Fr.

Michel Chevalier, welcher ähnliche Berechnungen angestellt hat, findet etwas geringere Zahlen; denn nach seinen Angaben würde die ganze amerikanische Production von 1492—1847 betragen 2,910,977 Kil. Gold mit einem Werthe von 10,026 Mill. Fr.

122,050,724 » Silber » » » 27,122 » »

124,961,701 » » » » 37,148 » »

wonach das Verhältniss wäre

dem Gewichte nach

dem Werthe nach

Gold 2,33 %

26,99 %

Silber 97,67 %

73,01 %

Für die gleiche Periode veranschlagt Michel Chevalier das Erzeugniss von Europa, Sibirien und Afrika auf 4100 Mill. Fr. Gold und 2330 Mill. Fr. Silber, zusammen 6430 Mill., so dass mit Zurechnung des Fonds aus dem Mittelalter, welchen er zu 1 Milliarde Franken, nämlich 300 Mill. in Gold und 700 Mill. in Silber schätzt (Gerboux zu 600 Mill., Jacob 850 Mill., Gregory King 1134 Mill., Gallatin 1600 Mill.) die Gesamtsumme bis zum Jahre 1848 sich auf

4,188,200 Kil. Gold oder 14,426 Mill. Fr.

135,685,350 » Silber » 30,152 » »

139,873,550 » » 44,578 » »

belauft und zwar

dem Gewichte nach 3,00 % Gold und 97,00 % Silber,

dem Werthe nach 32,36 % » » 67,64 % »

Hievon weichen die Angaben von Levasseur, welche übrigens nicht näher begründet sind, ziemlich ab, indem derselbe für Afrika und Asien (ohne Sibirien) 8200 Millionen annimmt und dadurch auf eine Gesamtsumme von ungefähr 52 Milliarden kommt.

Endlich ist noch nach v. Tengoborski*) die ganze jährliche Production der Erde, jedoch mit Ausschluss von China und anderer schwer zu schätzender Länder des südlichen Asiens, in der Zeit unmittelbar vor Entdeckung der Goldlager in Californien zu

50,089 Kil. Gold im Werthe von 172,500,000 Fr.

849,550	» Silber »	»	»	188,800,000	»
899,639	»			361,300,000	»

anzunehmen, also

dem Gewichte nach 5,57 % Gold und 94,43 % Silber,

dem Werthe nach 47,74 % » » 52,26 % »

Diese Production vertheilt sich folgendermassen:

Amerika	208,403,500 Fr. oder 57,7 %
Nordasien	95,575,000 » » 26,5 %
Europa	33,481,500 » » 9,2 %
Afrika und die Inseln des indischen Archipels	23,858,600 » » 6,6 %
	361,318,600 » » 100,0 %

Bei Vergleichung dieser Zusammenstellungen über die Bewegung in der Production der Edelmetalle fällt hauptsächlich die Zunahme der Goldgewinnung in dem gegenwärtigen Jahrhundert auf; denn letztere ist um das Jahr 1847 auf nahezu das Dreifache von der Ausbeute im Jahre 1800, hauptsächlich in Folge des ergiebigen Betriebes der Goldwäschereien in Sibirien, gestiegen, während die Silberproduction etwas abgenommen hat. Dessenungeachtet zeigt die Werthrelation keine Veränderungen, wie sie in früheren Zeiten vorgekommen sind, sondern sie hat sehr gleichmässig bis zum Jahre 1848 den hohen Stand von durchschnittlich $1:15\frac{2}{3}$ bewahrt. In diese Zeit fällt aber die Einführung der Goldwährung in England und von 1816—1847 incl. betrugen die britischen Ausprägungen in Gold nicht weniger als 90 Mill. £ oder 2270 Mill. Fr., also nahezu $\frac{2}{3}$ der ganzen amerikanischen Goldausbeute von 1804 bis 1848. Dabei ist ferner zu beachten, dass Amerika selbst, namentlich die Vereinigten Staaten mit ihrer rasch wachsenden Bevölkerung, für die eigene Circulation grosse Metallmengen zurückbehalten haben. Im Jahre 1800 zählte die Union nur 5,300,000 Einwohner; seither ist die Bevölkerung auf 32 Millionen gestiegen und der Wohlstand des Landes hat inzwischen einen riesenhaften Aufschwung genommen. Die Ausfuhr der Edelmetalle von Amerika nach Europa ist daher ohne Zweifel viel geringer gewesen, als sie Danson berechnet, ganz abge-

*) Ueber die goldführenden Lagerstätten Californiens und Australiens. 1853.

sehen von den nicht unbeträchtlichen Summen, welche durch Auswanderer von der alten wieder nach der neuen Welt gebracht worden sind. Thatsache ist wenigstens, dass die Ausmünzungen in den Vereinigten Staaten von 1793—1848 66 Mill. Doll. in Gold, $70\frac{1}{2}$ Mill. Doll. in Silber, diejenigen von Mexico in den 10 Jahren von 1800—1809 allein 23 Mill. Doll. betragen haben, während Danson die in der ganzen Periode von 1804—1848 für die innere Circulation Amerika's zurückgebliebene Metallmenge nur auf 67 Mill. Doll. schätzt.

Die russische Goldgewinnung dagegen, welche für die erste Hälfte dieses Jahrhunderts auf 18,460 Pud oder 301,987 Kil. im Werthe von 1040 Mill. Franken berechnet wird, hat auf die übrigen Länder Europa's keinen Einfluss äussern können; denn sie ist beinahe ausschliesslich in den innern Consum von Russland, welches in dem Zeitraum von 1826 bis 1849 900 Mill. Fr. in Gold ausprägte, übergegangen und daneben wurden noch bedeutende Mengen Silber für den Bedarf des Handels über die asiatischen Grenzen eingeführt.

Wir sehen also, wie das Gold vor der Entdeckung der Goldlager von Californien ungeachtet der schon damals erhöhten Production nicht nur seinen Rang in der Werthstellung gegenüber vom Silber behauptet, sondern auch seine Vorzüge als Zahlungs- und Tauschmittel bei der ersten Handelsnation der Welt zur Geltung bringt und desshalb zu den Ausmünzungen eine grössere Nachfrage als früher erfährt.

Anderseits ist aber das producirte Silber wieder zum grossen Theile durch den Handel nach dem Oriente abgeflossen und diese colossale Ausfuhr von Silber, welche bis in das graueste Alterthum zurückgeht, hat es allein vermocht, eine weitere Steigerung des Goldpreises zu verhindern, welche sonst nach den Productionsverhältnissen nothwendig hätte eintreten müssen.

Für den Anfang des jetzigen Jahrhunderts schätzte Humboldt die aus Europa und Amerika nach Asien versendete Silbermenge auf jährlich $25\frac{1}{2}$ Mill. Piaster oder auf nahezu 134 Mill. Franken, was $\frac{3}{4}$ des damaligen Ertrags der amerikanischen Silberbergwerke betragen hätte. Davon sollen 4 Mill. Piaster nach der Levante gegangen sein, 4 Mill. den Handelsweg über Kiachta und Tobolsk und $17\frac{1}{2}$ Mill. den Weg um das Cap der guten Hoffnung gemacht haben. Diese Angaben sind durch die späteren Untersuchungen von Jacob u. A. als zu hoch dargethan worden und es darf jedenfalls als erwiesen angesehen werden, dass nach jener Zeit die Handelsbilanz sich wieder günstiger für Europa gestellt hat. Zwar ist die Einfuhr von Thee, Zucker, Indigo, Seide, Geweben und anderen indischen und chinesischen Producten fortwährend gestiegen (in England allein betrug der Theeverbrauch in den

Jahren von 1826—1828 nach Mac-Culloch durchschnittlich 28,589,170 Pfd., in den Jahren 1847—1849 nach amtlichen Angaben 48,357,062 Pfd.); dagegen haben aber auch die europäischen Fabricate, namentlich Baumwollen-Artikel, wollene Gewebe, Eisen etc. auf dem Markte in Ostasien immer mehr Eingang gefunden. Eine besondere Bedeutung hat seit 1830 der Opiumhandel nach China erlangt, welcher in einzelnen Jahren über 150 Millionen Franken eintrug, so dass China eine Zeit lang sogar mehr Silber zurückgab, als es empfing; dieses Sycee-Silber floss aber nach Hindostan und ging also nicht, oder doch nur zu einem kleinen Theile in die europäische Circulation über. Mit dem Verbot der Opium-einfuhr in China, neben welchem ein gleichzeitiges Verbot der Ausfuhr von Silber erlassen wurde, und mit den Kriegen in Ostindien und China trat eine gänzliche Aenderung im Verkehr mit jenen entfernten Ländern ein und die Silberversendungen dahin erreichten wieder grössere Dimensionen als je zuvor.

Es ist äusserst schwierig, den Metallabfluss nach Ostasien seit der Entdeckung von Amerika auch nur annähernd zu bestimmen. Levasseur nimmt im Durchschnitt jährlich 30 Mill., für die Periode von 350 Jahren daher 10,500 Mill. Franken an. Diese Zahl scheint etwas zu niedrig gegriffen; denn nach andern Schätzungen wären für den Zeitraum von 1550—1600 jährlich ca. $2\frac{1}{2}$ Mill. Piaster, von 1601 bis 1700 8 Mill., von 1701—1790 10 Mill., von 1791—1803 14 Mill. und von 1804—1847 etwa 8 Mill. Piaster in Rechnung zu nehmen, so dass die ganze Summe ungefähr $12\frac{1}{2}$ Milliarden Franken betragen würde. Diese bedeutende Metallmasse, zum grössten Theile in Silber bestehend, ist in die Hände von wenig civilisirten Völkern gelangt, welche unter despotischen Regierungen leben, und bei denen wegen der Unsicherheit des Eigenthums noch immer die Gewohnheit des The-saurirens herrscht; wir müssen sie daher für den Verkehr der gebildeten Nationen von Europa und Amerika als verloren ansehen.

Ueber die jährliche Abnützung der Münzen durch die Circulation, sowie der Geräthschaften von Gold und Silber durch den Gebrauch liegen sehr abweichende Angaben vor. Nach den Untersuchungen von Jacob mit englischen Geldstücken würde der Abrieb bei den Goldmünzen jährlich $\frac{1}{600}$, bei den Silbermünzen $\frac{1}{150}$ und im Durchschnitt $\frac{1}{420}$ des Gewichts betragen. Andere Beobachtungen haben aber viel geringere Verluste nachgewiesen. Dumas und Colmont fanden im Jahre 1838, dass die silbernen Fünffrankenstücke à $\frac{9}{10}$ Feingehalt im Mittel 4 Milligramme p. Jahr und Stück verlieren oder $\frac{1}{6250}$ (0,016 %); für die Goldmünzen nehmen dieselben $\frac{1}{6000}$ an. Nach Roswag haben spätere Untersuchungen im Jahre 1848 mit französischen, unter dem

Consulat und dem Kaiserthum ausgeprägten Theilmünzen von Silber gezeigt, dass der Gewichtsabgang in einer Umlaufszeit von etwa 40 Jahren bei

2 Frankenstücken im Mittel 2,9 % oder jährlich 0,0725 %

1 » » » 5,45 % » » 0,136 %

beträgt, während Karmarsch *) im Jahre 1846 für

Fünffranken 0,030 %

Zweifranken 0,094 »

Einfranken 0,159 »

sodann bei

Preussischen Thalern à $\frac{3}{4}$ Feingehalt . 0,027 %

» Drittelthalern à $\frac{2}{3}$ » . 0,048 »

» Sechstelthalern à 521 Millièmes . 0,078 »

Hannov. Gute Groschen à 312 » . 0,205 »

» Vierpfennigstücken à 219 » . 0,548 »

Oesterreich. Zwanzigern à 586 » . 0,056 »

gefunden hat. Andere Beobachtungen in der württb. Münzstätte ergaben sogar für Kronenthaler mit 876 Millièmes Feingehalt nur 0,012 % jährliche Abnützung.

Man sieht hieraus, dass der Abrieb bei den Scheidemünzen viel bedeutender, als bei den groben Münzen ist, hauptsächlich desshalb auch, weil die kleinen Stücke viel rascher als die grossen von Hand zu Hand gehen.

Bei dem Einzug der holländischen Silbermünzen in den Jahren 1845—1849 ergab sich nach Vrolik **) auf 83,863,350 Gulden Nominalwerth ein Verlust von 6,478,655 fl., die Scheidekosten inbegriffen, welche übrigens durch den Werth des gewonnenen Goldes mehr als gedeckt wurden, oder von 7,73 %, was bei einer mittleren Umlaufszeit von 120 Jahren einer jährlichen Abnützung von 0,064 % entsprechen würde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die fraglichen Münzen zum Theil auch durch betrügerliches Beschneiden eine Gewichtsminderung erlitten hatten. Leider fehlen ähnliche Beobachtungen hinsichtlich der eingezogenen holländischen Goldmünzen und die sonstigen Angaben über den Abrieb des Goldes scheinen nur so viel mit Sicherheit festzustellen, dass derselbe im Allgemeinen geringer als beim Silber ist, was hauptsächlich auch der weniger raschen Circulation und der sorgfältigeren Behandlung des werthvolleren Metalls zugeschrieben werden muss. So wurde z. B. bei einer grösseren Anzahl württemb. Ducaten im Gehalt

*) Beitrag zur Technik des Münzwesens, 1856.

**) Le Système Monétaire du Royaume des Pays-Bas 1853.

von $23\frac{2}{3}$ Karat die jährliche Abnützung nur $0,0135\%$ = $\frac{1}{7407}$ gefunden. Ungefähr doppelt so hoch würde sich dagegen die Abnützung bei den in starkem Gebrauch befindlichen englischen Goldmünzen berechnen, wenn man die von Soetbeer mitgetheilte Uebersicht über die Einzüge zu leichter Stücke bei der Bank von England zu Grunde legt *). Hienach wären in den Jahren 1844—1861 von den bei der Bank einbezahlten ganzen und halben Sovereigns durchschnittlich $2,47\%$ zu leicht gefunden worden und nimmt man die Werthsverminderung nach den Angaben des Bankgouverneurs Hankey zu $1\frac{1}{4}\%$ an, so gibt diess, auf die ganze Einzahlung bezogen, einen Verlust von $0,030875\%$ oder $\frac{1}{3240}$, wobei übrigens nicht übersehen werden darf, dass darunter auch der Verlust durch betrügerisches Beschneiden der Münzen begriffen ist.

Berücksichtigt man alle diese Erfahrungen und zugleich das Verhältniss der umlaufenden Münzsorten, trägt man ferner dem Verlorengehen kleiner Münzstücke einigermaßen Rechnung, so wird mit $\frac{1}{10}\%$ der durchschnittliche jährliche Abgang bei den Münzen noch eher zu hoch als zu niedrig in Anschlag gebracht sein. In dem gleichen Betrag nehmen wir die Abnützung an den nicht zu Münzen, sondern zu andern Gebrauchsgegenständen verarbeiteten Edelmetallen an, da directe Erfahrungen hierüber gänzlich fehlen. Uebrigens dürfte auch diese Quote nicht zu gering erscheinen, wenn man in Erwägung zieht, dass ein Theil der Metallvorräthe gar keinem erheblichen Abgang ausgesetzt ist, wie namentlich die in den Kellern der Banken oft viele Jahre ruhig lagernden Barren.

Noch weniger lässt sich mit Zuverlässigkeit berechnen, was an edlen Metallen beim Umschmelzen und bei verschiedenen Verwendungen in der Kunst und Industrie, insbesondere bei der Vergoldung, Versilberung und Plattirung, ferner durch Schiffbrüche, Feuersbrünste und andere Unglücksfälle verloren geht. Dieser Abgang ist zwar bedeutender als der Abrieb der Münzen; wenn aber dafür, wie diess einige Schriftsteller schon gethan haben, jährlich $\frac{4}{5}$ Procent gerechnet werden, so ist diess offenbar übertrieben, denn man hat es dabei nur mit den wirklichen Abgängen, nicht aber mit solchen Arbeiten von Gold und Silber zu thun, bei denen die Metalle als solche zu späteren andern Verwendungen erhalten bleiben. Die Verluste beim Ausprägen der Münzen z. B. sind durch die jetzigen verbesserten Einrichtungen der Münzstätten sehr gering geworden; sie betragen bei groben Münzen weniger als $\frac{1}{10}\%$ für Schmelzabgang und $\frac{1}{10}\%$

*) Vierteljahrschrift für Volkswirthschaft von Faucher, Jahrgang 1863. 4. Band.

für den Abgang beim Weissieden, diese Procentsätze auf das Gewicht der fertigen Münzen bezogen. Dasselbe ist bei der Fabrikation der Gold- und Silbergeräthe der Fall, wo alle Abfälle mit der grössten Sorgfalt sogar aus dem Wasser, mit welchem die Arbeiter ihre Hände waschen, gesammelt werden. Nehmen wir aber, mit Rücksicht auf die frühere, in dieser Beziehung weniger haushälterische Zeit, für die fraglichen Abgänge bei der jedesmaligen Fabrikation von Münzen und Geräthen auch $\frac{1}{2}\%$ an, so gibt diess auf eine Periode von 20 Jahren vertheilt, nach welcher im Durchschnitt die Umarbeitung erfolgen kann, jährlich doch nicht weiter als $\frac{1}{40}\%$.

Bedeutender ist der Verbrauch von Gold und Silber in der Industrie und Kunst zu solchen Arbeiten, in welchen das Metall mehr oder weniger als verloren anzusehen ist, wie namentlich bei der Vergoldung und Versilberung, bei der Malerei, Cartonagearbeit, in der Photographie etc. Levasseur schlägt diesen Verbrauch für Frankreich, wo solche dem Luxus dienende Industriezweige mehr als in anderen Ländern betrieben werden, zu jährlich $5\frac{1}{2}$ Mill. Fr. an, was auf einen Edelmetallvorrath von etwa 5000 Millionen $\frac{1}{10}\%$ geben würde. Berücksichtigen wir endlich noch die übrigen zufälligen Verluste durch Unglücksfälle, Vergraben von baarem Geld etc., für welche jeder Massstab fehlt, die übrigens bei civilisirten Völkern weniger in Betracht kommen, so finden wir, dass ein jährlicher Abgang von $\frac{1}{4}$ Procent im Ganzen, wie auch Tooke und Neumark annehmen, ausreichen dürfte, während Mac-Culloch den hohen Betrag von 1 Procent berechnet.

Wir können jetzt auf dieser, allerdings hypothetischen Grundlage einen Schritt weiter gehen und die Vorräthe an Edelmetallen in der civilisirten Welt für verschiedene Zeitpunkte berechnen, wodurch wir eine Uebersicht gewinnen, welche, wenn sie auch auf Genauigkeit nicht viel Anspruch machen darf, doch immerhin für unsere Erörterung von einigem Nutzen sein wird.

Zunächst soll die beiliegende graphische Darstellung, Taf. I, ein anschauliches Bild der Production und Ausfuhr in den einzelnen Perioden geben, wobei die Bemerkung zu machen ist, dass die Production von Europa, Nordasien und Afrika in Ermangelung zuverlässiger Notizen hierüber für das Jahr 1500 zu dem doppelten Betrag der durchschnittlichen amerikanischen Ausbeute von 1492—1500 oder zu $\frac{1}{2}$ Mill. Piaster angenommen ist und von da an gleichmässig bis zum Jahre 1803 ansteigt, von 1840 an aber wegen der russischen Goldgewinnung in besonderen Aufschwung kommt.*) Die amerikanische Production da-

*) Die genaue mittlere Umlaufszeit für die einzelnen Zeitabschnitte ergibt

gegen und ebenso die Ausfuhr nach Ostasien, obgleich beide im Allgemeinen ebenfalls immer zugenommen haben, wollten wir der Rechteckform nicht entkleiden, da diess zu grossen Willkürlichkeiten geführt hätte; wir hoffen vielmehr, dass die Fehler sich gegenseitig ausgleichen werden.

Die Resultate unserer Berechnungen, die wir mit $\frac{1}{4}\%$ und sodann zur Vergleichung auch mit $\frac{1}{2}\%$ Abgang angestellt haben, sind in Taf. II. und III. zusammengestellt. *)

sich aus der Lage des Schwerpunktes der Trapeze, d. h. durch die Formel

$$x = \frac{a(2b + c)}{3(b + c)}$$

wo a die horizontal liegende Seite, welche die Zeitdauer ausdrückt, b und c die beiden senkrecht stehenden Seiten des Parallel-Trapezes und x die Entfernung des Schwerpunktes von c, der grösseren der beiden parallelen Seiten, bedeutet.

*) Bei Ermittlung der Abgänge haben wir uns stets des Ausdrucks $q = Q(1 - m)^n$ bedient, wo Q die Quantität am Anfange, q diejenige am Ende der Periode, m die Verlustquote ($\frac{1}{400}$ resp. $\frac{1}{200}$) und n die mittlere Umlaufszeit bezeichnet.

Die genaue mittlere Umlaufzeit für die einzelnen Zeitabschnitte ergibt sich aus der Lage des Schwerpunktes der Trapeze, d. h. durch die Formel $x = \frac{a(2b + c)}{3(b + c)}$ wo a die horizontal liegende Seite, welche die Zeitdauer ausdrückt, b und c die beiden senkrecht stehenden Seiten des Parallel-Trapezes und x die Entfernung des Schwerpunktes von c, der grösseren der beiden parallelen Seiten, bedeutet.

*) Bei Ermittlung der Abgänge haben wir uns stets des Ausdrucks $q = Q(1 - m)^n$ bedient, wo Q die Quantität am Anfange, q diejenige am Ende der Periode, m die Verlustquote ($\frac{1}{400}$ resp. $\frac{1}{200}$) und n die mittlere Umlaufszeit bezeichnet.

Vorrath vom Mittelalter
1492 1500

200 M.P.

25

14,6+2

13

15

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1840

1845

1851

1867

1791

1803

1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100

Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben

von 1897 bis 1907

Ertrag
Ausgaben
Ueberschuss

1897

1898

1899

1900

1901

1902

1903

1904

1905

1906

1907

1908

1909

1910

1911

1912

1913

1914

1915

1916

1917

1918

1919

1920

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927



Summe 1897 bis 1907

Zusammenstellung

der Productionsmengen, Abgänge und Vorräthe von Edelmetallen in Millionen Piaster.

Jährlicher Abgang zu 1/4 Procent berechnet.

Periode.	Amerikanische Production.	Ab Ausfuhr nach Asien.	Rest.	Mittlere Um- laufzeit. Jahre.	Uebrig am Schluss der Periode.	Production von Europa etc.	Mittlere Um- laufzeit. Jahre.	Uebrig am Schluss der Periode.	Zusammen übrig von der Production.	Vorrath am Anfange der Periode.	Mittlere Um- laufzeit. Jahre.	Uebrig am Schluss der Periode.	Zusammen Vorrath am Schluss der Periode.	In Millionen Franken.
1492-1500		Fonds vom Mittelalter mit Einschluss der neuen Production.								200,000	4	198,007	198,007	1039,537
1500-1545	135,0	15,3	119,7	22,5	113,145	39,21	19,3	37,360	150,505	198,007	45	176,913	327,418	1718,944
1545-1550	55,0	1,7	53,3	2,5	52,967	6,42	2,5	6,380	59,347	327,418	5	323,345	382,692	2009,133
1550-1600	550,0	125,0	425,0	25,0	399,219	86,88	23,0	82,019	481,238	382,692	50	337,671	818,909	4299,672
1600-1700	1600,0	800,0	800,0	50,0	705,887	297,52	45,4	265,559	971,446	818,909	100	637,567	1609,013	8447,318
1700-1750	1125,0	500,0	625,0	25,0	587,087	210,64	24,2	198,259	785,346	1609,013	50	1419,726	2205,072	11576,628
1750-1791	1447,4	410,0	1037,4	20,5	985,509	203,52	20,0	193,582	1179,091	2205,072	41	1989,993	3169,084	16637,691
1791-1803	423,6	168,0	255,6	6,0	251,790	64,81	6,0	63,844	315,634	3169,084	12	3075,307	3390,941	17802,440
1803-1840	1425,0	296,0	1129,0	18,5	1077,910	222,00	18,0	212,219	1290,129	3390,941	37	3090,990	4381,119	23000,875
1840-1848	308,0	64,0	244,0	4,0	241,569	94,00	3,4	93,203	334,772	4381,119	8	4294,259	4629,031	24302,413
	7069,0	2380,0	4689,0			1225,00								

Die ganze Production für die Periode von 1492 - 1848 beträgt mit Einschluss des Fonds aus dem Mittelalter 44578 Mill. Franken, davon

Ausfuhr nach Asien	12500 Mill. Fr. (28,0 %).
Noch vorhanden	24300 „ (54,5 %).
Also Verlust	7778 „ (17,5 %).
	44578.

Tafel III.

Zusammenstellung

der Produktionsmengen, Abgänge und Vorräthe von Edelmetallen in Millionen Piaster.

Jährlicher Abgang zu 1/2 Procent berechnet.

Periode.	Amerikanische Production.	Ab Ausfuhr nach Asien.	Rest.	Mittlere Umlaufszeit. Jahre.	Uebrig am Schluss der Periode.	Production von Europa etc.	Mittlere Umlaufszeit. Jahre.	Uebrig am Schluss der Periode.	Zusammen uebrig von der Production.	Vorrath am Anfange der Periode.	Mittlere Umlaufszeit. Jahre.	Uebrig am Schluss der Periode.	Zusammen Vorrath am Schluss der Periode.	In Millionen Franken.
1492-1500	Fonds vom Mittelalter mit Einschluss der neuen Production.								—	200,000	4	196,030	196,030	1029,160
1500-1545	135,0	15,3	119,7	22,5	106,933	39,21	19,3	35,594	142,527	196,030	45	156,445	298,972	1569,603
1545-1550	55,0	1,7	53,3	2,5	52,636	6,42	2,5	6,340	58,976	298,972	5	291,572	350,548	1840,377
1550-1600	550,0	125,0	425,0	25,0	374,944	86,88	23,0	77,420	452,364	350,548	50	272,837	725,201	3807,305
1600-1700	1600,0	800,0	800,0	50,0	622,651	297,52	45,4	236,965	859,616	725,201	100	439,307	1298,923	6819,346
1700-1750	11250	500,0	625,0	25,0	551,388	210,64	24,2	186,578	737,966	1298,923	50	1010,970	1748,936	9181,914
1750-1791	1447,4	410,0	1037,4	20,5	936,094	203,52	20,0	184,106	1120,200	1748,936	41	1424,036	2544,236	13357,239
1791-1803	423,6	168,0	255,6	6,0	248,027	64,81	6,0	62,890	310,917	2544,236	12	2395,712	2706,629	14209,802
1803-1840	1425,0	296,0	1129,0	18,5	1029,014	222,00	18,0	202,847	1231,861	2706,629	37	2248,451	3480,312	18271,638
1840-1848	308,0	64,0	244,0	4,0	239,157	94,00	3,4	92,411	331,568	3480,312	8	3343,513	3675,081	19294,175
	7069,0	2380,0	4689,0			1225,00								

Die ganze Production für die Periode von 1492 — 1848 mit Einschluss des Fonds aus dem Mittelalter vertheilt sich folgendermassen:

Ausfuhr nach Asien . . .	12500 Mill. Fr. (28,0 %).
Noch vorhanden . . .	19300 „ (43,3 %).
Verlust . . .	12778 „ (28,7 %).
	44578.

Aus den gewonnenen Ergebnissen ist zu ersehen, wie bedeutend verschieden die Berechnung sich stellt, je nachdem der jährliche Abgang grösser oder kleiner angenommen wird. Wenn wir aber andere Untersuchungen zu Rathe ziehen, so müssen wir uns für die erstere Berechnung entscheiden und können für diese wenigstens die angewandte mathematische Methode geltend machen, während die meisten sonstigen Untersuchungen nur auf Schätzungen beruhen, welche hinsichtlich der Abnützung und der sonstigen Verluste zum Theil sehr willkürlich sind. So berechnet z. B. Tooke unter Benützung der Angaben von Danson den Vorrath von Gold und Silber in Europa und Amerika

	Gold	Silber	Zusammen
im Dec. 1803	354 Mill. £	638 Mill. £	992 Mill. £ = 24,998 Mill. Fr.
» » 1848	560 » »	800 » »	1360 » » = 34,272 »

wobei für den ganzen Zeitraum von 1492—1848 nur 453 Mill. £ oder 11,415½ Mill. Fr. als Verlust, Abnützung und Versendung nach Asien angenommen sind, während unsere Uebersicht hiefür 20,278 Mill. Fr. enthält. Ebenso kommt Levasseur auf einen Edelmetallvorrath pro 1848 von 31,500 Mill. Fr., indem er zwar die Abgänge und die Ausfuhr nach Asien ziemlich übereinstimmend mit uns zu 20,500 Mill. Fr. schätzt, dagegen die Production, wie schon früher bemerkt wurde, um 7422 Mill. Fr. höher berechnet. Tengoborski schätzt die Masse des Goldes und Silbers in Europa allein für den Anfang dieses Jahrhunderts auf 13 Milliarden Franken, für das Jahr 1847 auf 14 Milliarden, wobei er ungefähr $\frac{3}{4}$ Procent jährlichen Verlust und 60 Millionen Fr. jährlichen Export nach Asien annimmt, was Beides zu hoch sein wird. Am meisten nähern wir uns im Endresultat der Angabe von Roswag, wonach der Vorrath im Jahre 1848 23,000 Mill. Fr. betragen hätte; die Berechnungen dieses Schriftstellers sind aber zu unsicher und im Einzelnen auch so abweichend, dass wir uns auf diese Autorität nicht wohl stützen können.

In Ermangelung besserer Quellen bleiben wir daher bei unserer Uebersicht Taf. II. stehen und entnehmen aus derselben, dass zu Anfang dieses Jahrhunderts der in Europa und Amerika vorhandene Metallfonds 17,800 Mill. Fr. betragen hat, wovon man gegen 10,000 Mill. als circulirenden Metallwerth (in Münzen und Barren) annehmen darf, was auch mit der Berechnung von Jacob (im Jahre 1809 380 Mill. £ = 9575 Mill. Fr.), sowie mit der Schätzung von Humboldt, wonach in den ersten 10 Jahren des 19. Jahrhunderts der Münzbetrag in Europa allein höchstens 8603 Mill. Livres tournois oder 8500 Mill. Franken gewesen sei, ziemlich übereinstimmt.

Bis zum Jahre 1848 würde die Masse des Goldes und Silbers auf

24,300 Mill. Fr. angewachsen sein, davon etwa 13,000 Mill. in Circulation oder 3000 Mill. mehr als beim Beginn des Jahrhunderts, was nicht zu hoch erscheint, wenn man damit die bedeutenden Ausmünzungen einiger Länder in dieser Zeit vergleicht. Letztere haben nämlich in Gold und Silber betragen:

in England von 1806—1847 incl.	103,619,383 £	
à 25 ¹ / ₅ Fr.		2,611,208,451 Fr.
Frankreich von 1803 bis zur 2. Republik 1848	5,078,299,039 »	
Russland von 1800—1848 incl. 461 ¹ / ₂ Mill. Silber-		
rubel à 4 Fr.		1,846,000,000 »
Vereinigte Staaten von Nordamerika von 1793		
bis 1847 incl. 136,617,806 Dollars à 5 ¹ / ₅ Fr.		710,412,591 »
also zusammen	10,245,920,081 Fr.	

ohne die übrigen, zum Theil nicht unbedeutenden Münzstätten in Deutschland, Oesterreich, Holland, Spanien etc. Von diesen Ausmünzungen kommt indessen ein grosser Theil auf die Umprägung bereits vorhandener Münzen und auf den Ersatz der Abgänge; denn die ganze Gold- und Silberproduction von 1803—1848 hat ohne Abzug der ostindischen Ausfuhr nur etwa 10³/₄ Milliarden Franken geliefert und es ist ausserdem wohl zu berücksichtigen, dass in jener Periode grosse Münzreformen in mehreren Staaten ausgeführt wurden, welche den Einzug der älteren Münzen zur Folge hatten.

Nach mehreren Schätzungen kann man auch wirklich den Baarvorrath für den Anfang des Jahres 1848 annehmen:

Grossbritannien 50 Mill. £ oder	1250 Mill. Fr.
Frankreich mindestens	2500 » »
Deutschland, Oesterreich, die Schweiz	2300 » »
Holland und Belgien	550 » »
Russland 320 Mill. Silberrubel oder	1280 » »
Vereinigte Staaten wenigstens 120 Mill. Doll.	620 » »
Uebrigc Länder (Spanien, Portugal, Italien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Griechenland, Türkei etc.) zusammen	2500 » »

11000 Mill. Fr.
so dass noch etwa 2000 Mill. Fr. für Mexico, Central- und Südamerika, Nordafrika, sowie für die britischen Colonien (mit Ausschluss von Ostindien) verblieben.

Wir sehen ferner aus unserer Tabelle, dass der Vorrath an Edelmetallen vom Anfang des 16. Jahrhunderts an bis zum Jahre 1545, zu welcher Zeit ihre Entwerthung sich bemerklich machte, auf mehr als den 1¹/₂fachen, bis zum Jahre 1600 auf den 4fachen, bis 1700 auf

den 8fachen, bis 1803 auf den 17fachen und bis 1848 auf den 23fachen Betrag sich vermehrt hat. In solch' bedeutendem Grade sind aber, wie wir früher gezeigt haben, die Preise der übrigen Producte in den letzten Jahrhunderten nicht mehr gestiegen *), und da sich durch Vergleichung der Getreidepreise ergibt, dass seit der Entdeckung von Amerika bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts der Werth des Silbers auf mehr als den 6. Theil heruntergesunken ist, so darf man annehmen, dass gleichzeitig auch der Werth des Goldes etwa auf den 4. Theil fiel, so dass sich aus der früheren Relation von $1:10\frac{1}{2}$ die neue von $1:15\frac{1}{2}$ bildete.

Es ist übrigens wohl zu berücksichtigen, dass das Verhältniss von ungefähr $1:2$ zwischen dem Werthe der Goldproduction und dem Werthe der Silberproduction in dem Metallvorrathe, wie er im Jahre 1848 sich noch vorfand, nicht mehr repräsentirt war, denn die Ausfuhr nach Asien betraf vorzugsweise das Silber und nur zum kleineren Theile das Gold. Nach unseren Schätzungen würde, ganz abweichend von anderen Angaben, das Verhältniss sich in dasjenige von $3:5$ umgewandelt haben, so dass unter jenen 24,300 Mill. etwa 9000 Mill. in Gold und 15,300 Mill. in Silber sich befunden hätten. Dem entsprechend glauben wir auch, dass die Münzmasse von 13,000 Mill. circa 5000 Mill. in Gold enthalten habe und dass wir damit der Wirklichkeit näher kommen, als Roswag, welcher gestützt auf die Berechnungen von Landrin für das Jahr 1800 die Münzmasse zu 8400 Mill., davon 6300 Mill. in Silber, 2100 Mill. in Gold und für das Jahr 1850 zu 11,900 Mill., davon 8800 Mill. in Silber und nur 3100 Mill. in Gold annimmt.

Zum Beweise für unsere Annahme führen wir die Goldausmünzungen einiger grösseren Staaten in der neueren Zeit an. Diese betragen:

in England von 1816—1848	90,012,846 £ oder	2,268,323,719 Fr.
in Frankreich von 1795—1848		1,186,189,220 »
in Russland von 1826—1849	225,656,290 Rubel	902,625,160 »
in Nordamerika v. 1793—1848	66,169,844 Dollars	344,083,189 »
		4,701,221,288 Fr.

Wir bemerken schliesslich noch, dass wir seither auf das durch die Affinage aus dem Silber ausgeschiedene Gold gar keine Rücksicht

*) In Württemberg berechnet sich für die 15jährige Periode von 18³³/₄₇ der Durchschnittspreis von 1 Scheffel Kernen auf 14 fl. 13 kr. oder nur 19⁰/₁₀₀ mehr als der Preis am Ende des 16. Jahrhunderts, während der durchschnittliche Preis des Weins mit 25 fl. 46 kr. sich sogar um 6⁰/₁₀₀ niedriger als damals stellt.

genommen haben, obgleich diese Productionsquelle nicht ohne Bedeutung ist. Als D'Arcet im Jahre 1802 zuerst Platingefässe zur Scheidung mit Schwefelsäure anwandte, waren anfänglich die verarbeiteten Metallmengen noch sehr gering; von 1826 an aber, als grössere Scheideanstalten entstanden und dieselben sich der gusseisernen Lösungsgefässe bedienten, wurde die fragliche Operation sehr lucrativ und erstreckte sich hauptsächlich auf die spanischen Piaster und auf die älteren französischen Fünffrankenstücke, welche einen Goldgehalt von 0,8—0,9 Millièmes (auf das Feinsilber gerechnet) oder von ungefähr 13 Franken pr. 1000 Fr. haben, was allein auf die von 1803—1830 in Fünffrankenstücken ausgeprägten 2,241,416,740 Fr., von denen jetzt nur ein sehr geringer Theil noch vorhanden ist, eine Goldgewinnung im Werthe von über 29 Mill. Fr. ergibt. Ebenso sind die Kronenthaler, deren Umlauf man im Jahre 1845 noch auf 150 Mill. Gulden oder 320 Mill. Franken mit einem Goldgehalte von etwa 4 Mill. Fr. schätzte, seither beinahe vollständig dem Scheideprocess unterworfen worden.

II.

Nachdem wir uns seither mit den für das Münzwesen wichtigsten Ereignissen in der früheren Geschichte der Edelmetalle beschäftigt haben, kommen wir zu dem Jahre 1848, in welchem, gleichzeitig als die Februarrevolution ausbrach und die politischen Zustände Europa's erschütterte, eine wohl nicht minder wichtige ökonomische Umwälzung vom fernen Westen Amerika's ausging. Es waren die Goldfelder in Californien entdeckt worden, deren Reichthum auf die Menschen eine ähnliche fieberhafte Wirkung hervorbrachte, wie 300 Jahre früher die Silberschätze von Mexico und Peru. Unter dem Zusammenströmen der verschiedensten Nationen in jener noch ganz öden Gegend und anfänglich mit den unvollkommensten Hilfsmitteln lieferten die Goldwäschereien schon nach kurzer Zeit eine Ausbeute, welche die ganze Gold- und Silberproduction des übrigen Amerika's überstieg. Für 1848 wurde die Goldgewinnung in Californien zu 27 Mill. Fr., für 1849 schon zu 198 Mill. und für 1850 zu 249 Mill. geschätzt. Inzwischen war aber auch die Zahl der Ein-

wohner des Landes auf mehr als das Sechsfache angewachsen und die Goldgier hatte so sehr alle Classen der Bevölkerung ergriffen, dass eine Zeit lang die Bande der gesetzlichen Ordnung sich auflösten und viele Einwanderer wieder unverrichteter Dinge dem Eldorado den Rücken kehrten. Während das edle Metall in den Händen der Goldgräber, darunter Abenteurer aller Art, sich ansammelte, hatten diese in der ersten Zeit unter einem grossen Mangel an den nöthigsten Lebensbedürfnissen zu leiden, deren Preise auf eine enorme Höhe stiegen; bald jedoch bemächtigte sich der Handel und die Speculation der nicht minder ergiebigen Goldquelle, welche die Waareneinfuhr darbot, und letztere bildete in der Folge hauptsächlich das Mittel, den gewonnenen Schätzen den Abfluss nach andern Ländern zu verschaffen.

Das Gold fand sich in Californien auf der westlich von der Sierra Nevada gelegenen Hochebene in zahllosen alluvialen Lagerstätten, theils an den Ufern und im Bett der Flüsse, theils in angeschwemmten Schichten, welche unter der Erdoberfläche liegen und durch Bergbau aufgeschlossen werden müssen. Da übrigens die leichter zugänglichen Fundstellen in den Thälern des Sacramento und des San-Joaquin bald sich erschöpflich zeigten, so wandten sich grössere Unternehmungen seit dem Jahre 1851 den primitiven Lagerstätten im Gebirge, den goldführenden Quarzgängen, zu, deren Ausbeutung aber viel schwieriger und kostspieliger als die Alluvialarbeit ist.

Interessant sind die neuesten Mittheilungen über Californien von Dr. v. Richthofen *). Nach diesen hat sich der Bergbau auf den Gängen, welcher eine Zeit lang durch schlechten Betrieb ins Stocken gerathen war, in den letzten Jahren ausserordentlich gehoben und es ist dabei in vielen Gruben die Erfahrung gemacht worden, dass die Mächtigkeit und der Goldgehalt mit der Tiefe immer mehr zunimmt. Letzterer beträgt z. B. in der Enreka-Grube bei Grassvalley bis zu 70 Doll. pr. Tonne von 2000 Pfd. oder $\frac{1}{10}$ Millièmes, was sehr günstig erscheint, wenn man berücksichtigt, dass am Ural mit Gewinn Goldsand gewaschen wird, welcher $\frac{1}{2}$ Solotnik Gold auf 100 Pud Sand oder $\frac{1}{768}$ Millièmes enthält und die Goldwäschereien am Rheine, allerdings bei einem höchst geringen Verdienst der Arbeiter, sogar nur $\frac{1}{7000}$ Mill. ausbringen. In Californien stehen zwar die Kosten in der Grube, sowie auf den Poch- und Reductionswerken im Allgemeinen noch sehr hoch, werden aber voraussichtlich mit der Zeit sich ermässigen lassen und dann auch die Zugutmachung minder reichhaltiger Erze lohnen.

*) Preussische Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen von 1867. XV. 1.

Während nun aber der Bergbau auf den goldhaltigen Quarzgängen immer mehr in Aufnahme kommt, ist anderseits die Goldgewinnung aus den Seifenwerken Californiens bedeutend zurückgegangen und wird von J. W. Taylor für das Jahr 1866 nur zu 20 Millionen Dollars gegen 60 Millionen im Jahre 1853 angegeben.

Auch mit andern Metallen ist Californien und das angrenzende Nevada-, sowie das Colorado-Gebiet reich gesegnet, so mit Silber, dessen Production immer mehr steigt. Der Comstock-Lode in Nevada, der reichste Silbererzgang der Erde, hat nach v. Richthofen in der Tiefe eine Mächtigkeit von 100—120 Fuss, am Ausgehenden stellenweise von 500—600 Fuss. Seine Ausbeute wird für die vier ersten Betriebsjahre 1862—1865 auf $32\frac{3}{4}$ Mill. Doll. Silber und $15\frac{1}{4}$ Mill. Doll. Gold, für das Jahr 1866 auf 16 Mill. Doll. Silber und Gold, oder ungefähr doppelt so viel als die jährliche Production von ganz Europa angegeben. *)

Was die Gewinnung der edlen Metalle sehr erleichtert und wohlfeiler macht, ist das im Jahre 1850 entdeckte Vorkommen von Quecksilber in Californien, wovon allein Neu-Almaden, südlich von San Francisco, gegenwärtig jährlich circa 28,000 Ctr., die übrigen californischen Gruben 7500 Ctr. liefern sollen, während die jährliche Production aller anderen Länder der Erde zu 25,500 Ctr. berechnet wird. **)

Drei Jahre nach der Entdeckung der Goldlager Californiens wurden in Australien ebenso reiche Funde gemacht, deren rasche Ausbeutung in dem vorgeschrittenen Culturzustand und den grösseren Hilfsquellen des Landes weniger Schwierigkeiten fand. Doch trat auch hier im Anfange eine bedeutende Steigerung der Preise aller Waaren ein, welche erst allmählig normalen Verhältnissen Platz machte, nachdem vorher noch die Ueberhäufung des Marktes mit Einfuhrartikeln grosse Rückschläge und Verluste für die Speculanten hervorgerufen hatte. Als den wichtigsten Golddistrict zeigte sich die britische Colonie Victoria, wo die gewonnenen Schätze, welche von Jahr zu Jahr wuchsen, sich in Melbourne ansammelten und von da nach Europa verschifft wurden. Schon für das zweite Jahr 1852 wird die Production von Victoria zu etwa 56,000 Kil. im Werthe von 292,880,000 Fr. angegeben und im Jahre 1855 lieferte Ballarat allein, die dortige reichste Mine, ungefähr 32,000 Kil., während an andern Punkten Australiens, in Neu-Südwaies und auf der Insel Vandiemensland die Ausbeute sich nicht nachhaltig erwies. Später, im Jahre 1857, wurden auch in Neu-

*) Berggeist Nr. 102 von 1867.

**) Polyt. Journal.

Seeland Goldlager aufgefunden und es soll der Export von dort bis zum 30. Juni 1867 im Ganzen 13,552,112 £ = 341½ Mill. Fr. betragen haben.

Wie in Californien, kommt auch in Australien das Gold in alluvialen Lagern und Bänken (reefs) vor, welche zum kleinen Theil an der Oberfläche, sonst meist 120—200 Fuss tief liegen und dann durch regelmässigen Bergbau ausgebeutet werden.

Nach dem Berichte des Minenministeriums für das Jahr 1866 betrug von der ersten Goldentdeckung an bis Ende dieses Jahres der Werth des in der Colonie Victoria gewonnenen Goldes 129,909,063 £ = 3,273,700,000 Fr., wobei übrigens die heimlich ausgeführten Quantitäten nicht einbegriffen sind. Hiefür und für die übrigen minder wichtigen Gewinnungspunkte in Australien, deren Erzeugniss nicht nach Melbourne fliesst, wird man wohl ein Fünftheil zuschlagen dürfen, wodurch man 3928 Millionen Franken erhält. Während des ganzen Jahres 1866 sollen in Victoria 73,577 Personen mit Goldgraben beschäftigt gewesen sein und die durchschnittliche Ausbeute ohne Classification der verschiedenen Werke soll sich pr. Mann auf 80 £ 8 sh. 3 p. an Goldeswerth oder im Ganzen gegen 150 Mill. Fr. berechnen. Für das Jahr 1853, wo die Ausbeute die höchste war, wird die declarirte Ausfuhr aus Victoria von Soetbeer zu 92,000 Kil. im Werth von 316,885 Mill. Fr. angegeben; von da an sinkt die Ausfuhr immer mehr (1861: 55,000 Kil. oder 189,442 Mill. Fr., 1862: 48,500 Kil. oder 167,053 Mill. Fr.) und in den letzten Jahren ist die Ausbeute noch weiter zurückgegangen. Auch der Verdienst der Goldgräber ist jetzt bedeutend geringer als früher; denn im Anfange des Minenbetriebs in Victoria verdiente ein Mann dort 8—10 £ pr. Woche und auch Michel Chevalier*) gibt noch die durchschnittliche tägliche Ausbeute eines Goldgräbers in Californien und Australien zu mindestens 5½ Gramm Feinmetall im Werth von 19 Franken an, während sie nach der citirten officiellen Angabe im Jahre 1866 weit weniger betrug. Wie es scheint, wird die Handarbeit immer schwieriger und unergiebiger und es waren desshalb im Jahre 1866 bei der Alluvialarbeit nicht weniger als 480 Dampfmaschinen mit 9981 Pferdekraften und bei den Quarzwerken 510 Maschinen mit 9231 Pferdekraften in Thätigkeit, welch' letztere 5437 Stampfwerke trieben. Wie verbreitet aber das Goldvorkommen in Victoria ist, geht daraus hervor, dass bis jetzt 2282 wirkliche Quarzreefs bekannt sind und dass seither in der Colonie eine Fläche von 869 Quadratmeilen goldhaltigen Bodens mehr oder weniger bearbeitet worden ist.

Ueber die Ausbeute in Californien liegen von den letzten Jahren

*) De la baisse probable de l'or. 1859.

keine genauen Notizen vor. Soetbeer gibt die nach den declarirten Geldsummen berechnete Goldausfuhr aus San Francisco für die Jahre 1848—1862 zu 936,700 Kil. im Werthe von 3226,370 Mill. Fr. an, und wenn von der ersten Zeit, in welcher die Goldproduction noch nicht ihren vollen Stand erreicht hatte, abgesehen wird, so berechnet sich im Durchschnitt der 10 Jahre 1853—1862 die jährliche Ausfuhr aus Californien auf 70,920 Kil. oder 244,277 Mill. Fr. Darunter sind die auf andern Punkten als San Francisco, sowie die überhaupt ohne Declaration ausgeführten Beträge, ferner dasjenige Gold nicht enthalten, welches für die innere Circulation des Landes zurückgeblieben ist, und wir werden nicht zu hoch greifen, wenn wir desshalb, wie bei Australien, die wirkliche Production noch um $\frac{1}{5}$ höher annehmen, nämlich für den Zeitraum von 1848—1862 zu 3871,644 Mill. Fr., den jährlichen Durchschnitt von 1853—1862 zu 293,1324 Mill. Fr.

Dieses Erzeugniss scheint in den letzten Jahren ziemlich gleich geblieben zu sein; denn für das Jahr 1866 wird Californien von Taylor mit 60 Mill. Doll. oder 312 Mill. Fr. angesetzt, so dass wir im Durchschnitt der 4 Jahre 1863—1866 rund 300 Mill. Fr. annehmen dürfen.

Wir erhalten also als Goldproduction in den 19 Jahren 1848—1866 incl.

von Californien	5072	Mill. Fr.
» Australien	3928	» »
zusammen	9000	Mill. Fr.

was nahezu $\frac{2}{3}$ der ganzen Goldproduction von Europa, Nordasien, Afrika und Amerika in dem langen Zeitraum von 1492—1848 beträgt. Dazu kommt noch die Goldausbeute in den älteren Minen von Mexico, Neu-Granada, Peru, Bolivia, Brasilien und Chili.

Eine weitere wichtige Goldquelle ist Sibirien geworden; wo die auf ungeheure Flächen ausgedehnten Goldfelder noch eine grosse Zukunft haben, wenn jene unwirthlichen Gegenden mit der Zeit mehr der Cultur und dem Verkehr aufgeschlossen werden.

Am Ural wird das Gold zum Theil auf Gängen gewonnen; reichen Ertrag liefern aber die dortigen Seifenwerke, sowie diejenigen im Kirgisenland, zwischen dem Aralsee und dem caspischen Meer, sodann am Altai und bei Nertschinsk, wo auch ziemlich viel Silber gewonnen wird. Ebenso wurden im Kaukasus und an den Küsten des Eismeeres alluviale Lager mit Gold aufgefunden. Seit dem Jahre 1823 und besonders seit 1840 haben die russischen Gold- und Silberbergwerke, welche theils von der Regierung, theils von Privaten betrieben werden, bedeutend zugenommen und für die Jahre 1845—1847 berechnete Tengoborski die Ausbeute im Durchschnitt auf jährlich

26,481 Kil. Gold	im Werthe von	91,212,000 Fr. und
19,632 » Silber » » »		4,363,000 »
		<u>95,575,000 Fr.</u>

Seither ist die Goldproduction in Sibirien wieder gesunken in Folge des unhaushälterischen Betriebs der Privatseifenwerke. Die Goldausbeute der letzteren betrug nach Tengoborski im Jahre 1847 1371 Pud = 22,428 Kil., 1849 aber nur 1186 Pud = 19,402 Kil. und 1850 1008 Pud = 16,490 Kil.; für 1863 wird sie zu 20,458 Kil., für 1864 zu 18,979 Kil. und für 1865 wieder zu 21,994 Kil. angegeben, während die Ausbeute des Staats am Ural und in Ostsibirien ziemlich gleichmässig auf jährlich 14,000 Kil. geblieben zu sein scheint. *) Im Ganzen wird man daher durchschnittlich nicht mehr als jährlich 78 Mill. Franken Goldausbeute auf russischem Territorium annehmen dürfen, was für die 19 Jahre 1848—1866 1482 Millionen ergibt.

In der neuesten Zeit wird von weiteren Goldentdeckungen im Amurgebiet berichtet, über welche jedoch noch nichts Näheres bekannt ist. Auch zu Madoc in Canada, sowie in Abbeyville-County, Staat Südcarolina, sollen im November 1866 neue Goldfunde gemacht worden sein und aus Centralamerika schreibt man im Juni 1867 über das Vorkommen von Goldlagern, welche die californischen zu überbieten versprechen. Besonders reich scheinen die Gruben von Santa Clara in Costa Rica zu sein. Vor etwa 7 Jahren schon wurden ferner Goldgänge in Neuschottland erschürft, welche jetzt in lebhaften Angriff genommen werden. Ebenso sollen die Gruben in der venezuelanischen Provinz Guayana einen grossen Ertrag liefern. Anderseits wird wieder von neuentdeckten, überaus reichen Silberminen an der Nordküste des Lake superior in Nordamerika berichtet. Was an derartigen Nachrichten, zu welchen auch die Goldfunde des Reisenden Mauch in Südafrika gehören, Wahres ist, muss erst die Zukunft lehren.

Einstweilen halten wir uns in Beziehung auf die Production der älteren Gold- und Silberminen an die Angaben von Levasseur und berechnen im Durchschnitt jährlich

	Gold	Silber
für Amerika ohne Californien . .	50,600,000 Fr.	203,000,000 Fr.
für Europa	7,300,000 »	31,900,000 »
sodann für Afrika u. die Sundainseln	21,500,000 »	2,350,000 »

nach den von Tengoborski aus der Times genommenen Daten, da Levasseur für Afrika allein 12 Mill. Fr. Gold, ausserdem aber den Ertrag der Bergwerke auf Borneo, Java, Malacca, Sumatra und einigen andern

*) Berggeist von 1867 Nr. 32.

Colonien mit der ohne Zweifel zu hohen Ziffer von 10,000 Kil. oder 34,444,000 Fr. unter Asien aufgenommen hat, welches wir im Uebrigen aus bekannten Gründen ganz ausser Berechnung lassen.

Wir haben hier noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der nicht ohne Bedeutung ist.

Alles Gold, wie es in der Natur vorkommt, enthält mehr oder weniger Silber und ebenso umgekehrt das Silber immer etwas Gold. Nach Tengoborski soll das sibirische Waschgold mit 10 Procent Silber legirt sein und im afrikanischen Goldstaub fanden wir bei mehreren Proben den Gehalt an Gold zu 895—910 Millièmes, an Silber 60—25 Mill., also im Durchschnitt auf etwa 20 Theile reines Gold 1 Theil Silber. Der Gehalt des californischen Goldes ist nach unseren Untersuchungen sehr verschieden, von 750 bis 920 Millièmes Gold und von 60 bis 215 Mill. Silber. Der Durchschnitt von 20 Proben ergab 853 Mill. Gold und 110 Mill. Silber oder auf etwa 8 Theile reines Gold 1 Theil Silber. Das australische Gold endlich scheint das beste zu sein; denn wir konnten darin bis zu 970 Millièmes Feingold nachweisen. Wegen des unvermeidlichen Verlustes beim Affiniren darf man den Silbergehalt im californischen und australischen Golde durchschnittlich zu höchstens $\frac{1}{12}$ des Gewichts oder zu etwa $\frac{1}{200}$ des Werths von reinem Golde annehmen und da vorauszusetzen ist, dass die bei den Zollämtern in San Francisco und Melbourne declarirten Summen den Werth des Silbers schon deshalb nicht enthalten, weil letzterer erst durch die mit Kosten verbundene Scheidung geschaffen wird, so erscheint es begründet, den fraglichen Silbergehalt besonders in Anschlag zu bringen und zwar für die Periode von 1848—1866

Californien mit	. 25 Mill. Fr.
Australien »	. 20 » »

Bei Californien ist ausserdem noch auf den Ertrag der erst seit einigen Jahren eröffneten Silbergruben Rücksicht zu nehmen, welcher jetzt jährlich ungefähr 50 Mill. Fr. beträgt und für den ebenbezeichneten Zeitraum zu mindestens 230 Mill. geschätzt werden darf.

Der Silbergehalt des sibirischen Waschgoldes ist in der oben angegebenen Silberproduction schon enthalten; denjenigen des afrikanischen Goldes können wir, als zu unbedeutend, ganz ausser Berechnung lassen.

Durch Zusammenstellung ergibt sich nun Folgendes:

Production in den 19 Jahren von 1848—1866 incl.:

	Gold Fr.	Silber Fr.	Zusammen Fr.
Amerika ohne Californien	961,400,000	3,857,000,000	4,818,400,000
Californien	5,072,000,000	255,000,000	5,327,000,000
Australien	3,928,000,000	20,000,000	3,948,000,000
Sibirien	1,482,000,000	82,900,000	1,564,900,000
Europa	138,700,000	606,100,000	744,800,000
Afrika und die Sundainseln	408,500,000	44,650,000	453,150,000
	<u>11,990,600,000</u>	<u>4,865,650,000</u>	<u>16,856,250,000</u>

mit einem Gewicht von . . . 3,481,190 Kil. 21,897,610 Kil. 25,378,800 Kil.

Verhältniss nach dem Werthe 71,13 % Gold und 28,87 % Silber.

» nach dem Gewichte 13,71 % » » 86,29 % Silber.

Die jetzige jährliche Production ist anzunehmen:

	Gold Fr.	Silber Fr.	Zusammen Fr.	in %
Amerika ohne Californien	50,600,000	203,000,000	253,600,000	23,6
Californien	300,000,000	51,500,000	351,500,000	33,8
Australien	220,000,000	1,100,000	221,100,000	29,1
Sibirien	78,000,000	4,360,000	82,360,000	7,7
Europa	7,300,000	31,900,000	39,200,000	3,6
Afrika und die Sundainseln	21,500,000	2,350,000	23,850,000	2,2
	<u>677,400,000</u>	<u>294,210,000</u>	<u>971,610,000</u>	<u>100,0</u>

mit einem Gewicht von . . . 196,660 Kil. 1,324,070 Kil. 1,520,730 Kil.

Verhältniss nach dem Werthe 69,72 % Gold und 30,28 % Silber.

» nach dem Gewichte 12,93, % » » 87,07 % Silber.

Hievon weichen die neuesten Angaben von J. W. Taylor, welche namentlich bei Australien sehr hoch gegriffen sind, um 120 Mill. in der Gesamtsumme ab; denn hienach hätte die Production pro 1866 betragen:

	Gold Dollars	Silber Dollars
Vereinigte Staaten	60,000,000	20,000,000
Mexico und Südamerika	5,000,000	35,000,000
Britisch Amerika	5,000,000	500,000
Australien	60,000,000	1,000,000
Sibirien	15,000,000	1,500,000
Anderwärts	5,000,000	2,000,000
	<u>150,000,000</u>	<u>60,000,000</u>
in Franken	780,000,000	312,000,000

1,092,000,000

Stellt man mit der früher angegebenen Production vor der Entdeckung der Goldseifen in Californien und Australien Vergleichen

an, so findet man, dass der Gesamtwert der jährlichen Gold- und Silberförderung seit 1847 auf mehr als das 2 $\frac{1}{2}$ fache gewachsen ist, und dass zwar auch die Silbermasse, etwas über das 1 $\frac{1}{2}$ fache, ungleich mehr aber die Goldmasse, diese auf nahezu das 4fache zugenommen hat.

Es betrug nämlich

die jährliche Production				das Verhältniss zwischen Gold und Silber:			
in Millionen Franken:				nach dem Werthe:		nach dem Gewichte:	
um d. Jahr	Gold	Silber	Zusammen	Gold	Silber	Gold	Silber
1800	62,0	200,0	262,0	24,64 %	75,36 %	2,07 %	97,93 %
1847	172,5	188,8	361,3	47,74 „	52,26 „	5,57 „	94,43 „
1867	677,4	294,21	971,61	69,72 „	30,28 „	12,93 „	87,07 „

Während nun aber die Goldproduction in den letzten zwei Jahrzehnten durch die rasche Ausbeute in Californien und Australien so ausserordentlich gestiegen ist, hat zugleich die Silberausfuhr nach Indien und China seit dem Jahre 1852 grössere Summen als je zuvor verschlungen. Dabei sind mehrere vorübergehende Factoren im Spiel, wie z. B. der Bezug grosser Quantitäten von Reis und Seide zur Deckung des Ausfalls der Ernten in Europa, und infolge des letzten nordamerikanischen Kriegs auch von ostindischer Baumwolle, welche Ausfuhr nur zum Theile durch die Einfuhr europäischer Fabrikate ausgeglichen wurde. Für Thee allein gehen jedes Jahr mehr als 100 Millionen Franken nach China, wo der Verbrauch fremder Produkte durch den dortigen Bürgerkrieg eine bedeutende Verminderung erlitten hat. Neben der für Europa und Amerika ungünstigen Bilanz im Waarenverkehr haben auch die Eisenbahnbauten in Ostindien viele englische Capitalien dorthin gezogen und Zusendungen von Contanten erfordert, soweit nicht das Geld für die Anschaffung von Schienen, Locomotiven etc. in England selbst wieder ausgegeben wurde. Mit der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in Ostindien wird aber anderseits die Einfuhr und der Verbrauch europäischer Fabrikate in der Folge immer mehr gehoben werden,

Tengoborski berechnet die Bilanz zu Gunsten Indiens und China's für England, welches hauptsächlich den Handel nach Ostasien vermittelt, im Durchschnitt der drei Jahre 1847—1849 auf jährlich

104,710,000 Franken

für Frankreich im Durchschnitt der fünf

Jahre 1845—1849 auf 31,800,000 »

und für Russland von 1846—1850 durch-

schnittlich auf 4,556,000 »

141,066,000 Franken

Diesen ganzen Betrag darf man jedoch nicht als den durch Barren

oder geprägtes Geld zu deckenden Saldo ansehen; denn ein Theil davon wird dadurch wieder ausgeglichen, dass von den Einkünften der früheren ostindischen Compagnie und von den sonstigen in Indien erworbenen Fonds grosse Summen nach England remittirt werden. (770,88)

Ueber den wirklichen Contantenabfluss nach Asien in den drei Jahren 1848—1850 fehlen uns zuverlässige Angaben. Levasseur nimmt ihn zu 140 Millionen Franken im Ganzen oder zu jährlich $46\frac{2}{3}$ Mill. an, welche Ziffer wir mit unserer früheren Schätzung von 8 Mill. Piaster (42 Mill. Fr.) für die vorangegangene Periode und mit den declarirten Versendungen im Jahre 1851 (45,825,000 Fr.) in ziemlicher Uebereinstimmung finden. Von diesen 140 Mill. dürfen, wenn man den Massstab der späteren Versendungen anlegt, etwa 24 Mill. in Gold und 116 Mill. in Silber gerechnet werden.

Für den Zeitraum von 1851—1866 incl. liegen detaillirte Zusammenstellungen vor. *) Nach denjenigen des nordamerikanischen Schatzsecretärs Mac-Culloch hätte in dieser Zeit der Edelmetallabfluss von Europa nach Asien im Ganzen 975 Mill. Dollars (5070 Mill. Fr.), wovon 175 Mill. (910 Mill. Fr.) Gold und 800 Mill. (4160 Mill. Fr.) Silber, betragen. Hievon weicht auch der Bericht des General-Inspectors Hart in Hongkong, welcher sich auf die amtlichen Nachweise der kaiserl. chinesischen Zolldirection gründet, nur unbedeutend ab; denn danach ist nach Ostasien von 1851—1866 ausgeführt worden:

	Gold	Silber
von Grossbritannien .	16,074,938 £	112,522,808 £
vom Mittelmeer . .	19,722,678 »	49,248,278 »
zusammen	35,797,616 £	161,771,086 £
in Franken	902,100,000 »	4,076,630,000 »
	4,978,730,000	

Wenn man ausserdem für den Handel Russlands mit China, welcher sich für das erstere Land in neuerer Zeit immer günstiger gestaltet hat, noch jährlich $\frac{1}{2}$ Mill. Fr. in Gold und 2 Mill. Fr. in Silber hinzurechnet, so belaufen sich die Versendungen in den 19 Jahren 1848 bis 1866 auf 935,6 Mill. Fr. Gold und 4230,63 Mill. Fr. Silber, zusammen 5166,23 Mill. oder im Durchschnitt jährlich auf 272 Millionen Franken.

Wir finden, dass diese Metallausfuhr die gleichzeitige Silberproduction der ganzen Erde übersteigt. Die grösste Höhe erreichte sie

*) Globus 1867, 2. Lieferung.

im Jahre 1864 mit 23,827,443 £ (600,451,000 Fr.); von da an sinkt sie wieder sehr rasch bis auf 8,564,048 £ (215,814,000 Fr.) in 1866 und für das letzt verflossene Jahr 1867 wird sie nur zu 3,495,131 £ (88,077,000 Fr.) angegeben *)

Von der Production pro 1848—1866 bleiben daher noch übrig 11055 Mill. Fr. Gold und 635 Mill. Fr. Silber.

Wir sind nun in der Lage, auch unsere früheren Berechnungen über die muthmasslichen, im Besitze der civilisirten Völker befindlichen Edelmetallvorräthe wieder fortsetzen zu können und nehmen zu diesem Ende mit Rücksicht darauf, dass die australische Goldgewinnung erst vom Jahre 1851 datirt, für unsere 19jährige Periode eine mittlere Umlaufszeit von 9 Jahren an, wodurch bei $\frac{1}{4}$ Procent jährlichem Abgang die oben angegebenen Quantitäten sich auf

10808,735 Mill. Gold u. 620,854 Mill. Silber, zus. 11429,589 Mill. vermindern. Hiezu kommt der am Anfange der Periode angetretene Baarfonds von 24,300 Mill. Fr., welcher nach 19 Jahren noch beträgt 8581,984 Mill. Gold u. 14589,370 Mill. Silber, zus. 23171,354 Mill. gibt zus. 19390,719 Mill. Gold u. 15210,224 Mill. Silber, zus. 34600,943 Mill.

Der Metallfonds wäre hienach vom Anfange dieses Jahrhunderts bis zum Schlusse des Jahres 1866 von 17,800 Mill. Fr. auf 34,600 Mill. oder auf den doppelten Betrag angewachsen und das Verhältniss zwischen Gold und Silber würde jetzt nahezu 4:3 sein, während wir für das Jahr 1847 noch das Verhältniss 3:5 als wahrscheinlich nachgewiesen haben.

Geht man bis auf die Entdeckung von Amerika zurück, so berechnet sich die ganze Production von Amerika, Europa, Sibirien und Afrika mit Einschluss des Fonds aus dem Mittelalter seit 1492 bis zum Schlusse des Jahres 1866 auf 61,434 Mill. Fr., davon

Abfluss nach Ostasien	17,666	Mill. Fr.	(28,76 %)
noch vorhanden . . .	34,600	» »	(56,32 »)
also Verlust . . .	9,168	» »	(14,92 »)
	61,434		

Um zu erfahren, wie viel von dem vorhandenen Metallfonds in Handelswerthen (Münzen und Barren) besteht, muss der Verbrauch in der Kunst und Industrie ausgeschieden werden. Ueber letzteren sind in neuerer Zeit einige statistische Notizen gesammelt worden, welche eine annähernde Schätzung gestatten.

Nach den Untersuchungen von Mac-Culloch (1836) soll dieser Verbrauch jährlich betragen haben

*) Augsb. Allgem. Zeitung v. 27. Decb. 1867.

für Grossbritannien . . .	62,500,000 Fr.
» Frankreich . . .	25,500,000 „
» die Schweiz . . .	11,250,000 »
» den Rest von Europa . . .	40,000,000 »
» Nordamerika . . .	12,500,000 »
	151,750,000 Fr.

Seither ist eine Aenderung darin eingetreten, dass die Verwendung der edlen Metalle zu den fraglichen Zwecken überhaupt, namentlich aber diejenige des Goldes, zugenommen hat, worüber die Erhebungen in den Bureaux de garantie von Frankreich den besten Aufschluss geben. Zwar wird zur Anfertigung grösserer massiver Geräthe noch immer das wohlfeilere Silber, theils in mehr oder weniger mit Kupfer legirtem Zustande, theils in andern Verbindungen, wie z. B. das Christophle-Metall, benützt; dagegen ist das Gold bei eigentlichen Schmucksachen vorwiegend, wie Ringe, Ketten, Stecknadeln u. dgl., welche, seitdem dieses Metall nicht mehr selten, die Prunksucht aber allgemein ist, auch wenig bemittelte Personen zu tragen pflegen.

Nach Roswag wurden in den 16 Jahren 1848—1863 an französischen Gold- und Silberwaaren amtlich probirt und gestempelt

	Gold	Silber	zusammen
	in Millionen Franken		
	393,68	259,42	653,10
im Durchschnitt jährlich	24,61	16,21	40,82

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass viele Waaren zur Controle nicht gestellt, andere aber aus alten eingeschmolzenen Geräthen gefertigt werden, was namentlich beim Silber der Fall ist. Wenn man diesem Umstande Rechnung trägt, so kommt man auf jährlich ungefähr 20 Mill. Fr. Gold und 10 Mill. Fr. Silber.

Eine bedeutende Verwendung finden die Edelmetalle ausserdem im Plaqué, als Blattgold und Blattsilber, zur Vergoldung und Versilberung, zu gestickten, gesponnenen und gewobenen Arbeiten, bei der Tapetenfabrikation, in der Photographie etc. Insoferne hiebei die Metallschubstanz für die spätere Wiedergewinnung verloren geht, haben wir diesen Verbrauch schon in dem jährlichen Abgang von $\frac{1}{4}$ Procent berechnet, und da hieran das Gold in grösserem Maasse als das Silber theilhaftig ist, so wird vielleicht auf diese Weise wieder gut gemacht, dass wir bei den Münzen den Abgang ebenfalls für beide Metalle gleich angenommen haben, während er hier umgekehrt beim Silber grösser als beim Golde ist. Um zugleich den Theil der Edelmetalle nicht zu vernachlässigen, welcher in gewisse Compositionen und Formen der Industrie übergeht, aus denen er später wieder gewonnen werden kann,

erhöhen wir die obigen Beträge um 10 Procent und erhalten dadurch für Frankreich jährlich 22 Mill. Gold und 11 Mill. Silber, zusammen 33 Mill., und für den ganzen Verbrauch in der Kunst und Industrie von Europa und Amerika jährlich 198 Mill. Fr., indem wir nach Mac Culloch davon ausgehen, dass auf Frankreich der sechste Theil komme. Dieses Resultat stimmt auch mit der Annahme von du Puynode überein, welcher für die industrielle Fabrikation jährlich 200 Mill. Fr. berechnet.

Die folgende Uebersicht zeigt nun den Stand der Edelmetallvorräthe zu verschiedenen Zeiten:

	Edelmetallfonds:		Davon in Circulation:		Sonst verwendet:	
	Gold	Silber	Gold	Silber	Gold	Silber
	in Millionen Franken					
Anno 1803	17,800		10,000		7800	
» 1847	24,300		13,000		11,300	
	9000	15,300	5000	8000	4000	7300
» 1866	19,400	15,200	13,200	6900	6200	8300
	34,600		20,100		14,500	

Wir geben diese Zahlen unter allem Vorbehalt; denn jede derartige Berechnung kann auf einen hohen Grad von Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen.

Was wir damit zunächst bezwecken wollen, ist der Nachweis über das Uebergewicht, welches das Gold in neuester Zeit erlangt hat, und dieser dürfte auch in unzweifelhafter Weise geführt sein.

Zur weiteren Bekräftigung geben wir nachstehend die Ausmünzungen einiger grösseren Staaten in der neuesten Zeit. Diese betragen: *)

a) in Gold:

Frankreich von 1848—1865 incl. 5,385,924,350 Fr.
 Grossbritannien desgl. 97,055,444 £ à 25¹/₅ Fr. 2,445,797,189 »
 Oesterreich von 1857—1866 incl.

Ducaten und Kronen 5,256,021,8 Kronen
 Das übrige Deutschland Kronen 956,106,5 »
 6,212,128,3 Kronen
 oder 62121,283 Kil. à 3444,4 Fr. 213,970,547 »
 Ver. Staaten v. Nordamerika v. 1848 bis 30. Juni 1866
 779,366,747 Doll. à 5¹/₅ Fr. 4,052,707,084 »
 12,098,399,170 Fr.

*) Nach dem Annuaire pour l'an 1867; nach den Angaben von Ruggles (Beilage zum Protocoll der Pariser officiellen Conferenz von 1867) und nach den amtlichen Münzberichten.

b) in Silber:	
Frankreich von 1848—1865 incl.	674,809,383 Fr.
Grossbritannien desgl. 5,284,130 £	133,160,076 »
Oesterreich v. 1857—1866 incl. 197,583,832 öster. fl.	
à 2,43 Fr.	480,128,712 »
Preussen und die übrigen Thalerstaaten	
v. 1857—1866 incl. 121,447,312 Thlr. à 3,7 Fr.	449,355,054 »
Süddeutschland v. 1857—1866 incl. 78,730,564 rh. fl.	
à 2,1 Fr.	165,334,184 »
Ver. Staaten v. Nordamerika v. 1848—1865 incl.	
ca. 60,000,000 Doll.	312,000,000 »
	2,214,787,409 Fr.

Hiezu ist aber wiederholt zu bemerken, dass das Material der Münzstätten nur theilweise aus neu erzeugten Barren von Gold und Silber besteht, ein anderer kleiner Theil rührt von umgearbeiteten älteren Geräthen und ein dritter sehr bedeutender Theil von eingeschmolzenen Münzen her, welche oft in kurzer Zeit mehrmals unter den Prägstock gelangen. So ist z. B. unter dem Einfluss der Doppelwährung der Silberdollar in Amerika und der Fünffrankenthaler in Frankreich sehr selten geworden; diese Münzen wurden nicht blos in grosser Menge für die Ausfuhr nach Asien benützt, sondern auch zum Theil in anderes Geld verwandelt, und in Deutschland namentlich haben sich die Münzstätten in den letzten Jahrzehnten neben den Kronenthalern vorzugsweise der vollwichtigen und goldhaltigen französischen Silbermünzen bemächtigt, die abgenützten Stücke dagegen im Verkehr zurückgelassen. Nach einem Berichte der Finanzcommission der belgischen Repräsentantenkammer vom Jahre 1859 wurde schon damals der Umlauf in Frankreich und Belgien auf nicht weiter als ungefähr 1 Milliarde Franken in Fünffrankenstücken geschätzt, von denen $\frac{9}{10}$ so abgenützt seien, dass der Verlust wenigstens 4 Franken auf 1000 Franken betrage. Seither hat sich dieser Vorrath, zu welchem beinahe gar keine neuen Stücke gekommen sind, noch weiter vermindert und von dem Gesamtbetrag der Ausmünzungen in Frankreich von 1795 bis Ende 1865 mit 4,435,139,860 Franken in Fünffrankenthalern ist jetzt nur noch ein kleiner Bruchtheil vorhanden, wovon nach der Angabe von Dutilleuil 154 Mill. gegenwärtig in der Bank von Frankreich liegen sollen, während sich der Mangel in der Circulation sehr bemerkbar macht. Es darf desshalb nicht auffallend gefunden werden, dass nach unserer obigen Darstellung der Vorrath an Silbergeld in den civilisirten Ländern der Erde seit 1847 um 1100 Mill. Fr. abgenommen hat, derjenige von Goldmünzen aber um 8200 Mill. gewachsen ist.

Das californische und australische Gold hat also seine Verwendung hauptsächlich in den Münzstätten gefunden und obenan steht in dieser Beziehung Frankreich, wo die Pariser Münze mit 16 Maschinen an einzelnen Tagen bis zu 3 Millionen Franken in Gold ausgeprägt hat.

Ueerblicken wir das bisher gewonnene Terrain, so zeigt sich uns Folgendes:

Zwei grosse Erscheinungen treten in der Bewegung der Edelmetalle hervor: einerseits der Abfluss von Silber aus den Ländern mit Doppelwährung nach Ostasien, anderseits als Ersatz für diesen Silberverlust der Zufluss von Gold von den neuen Productionsquellen, und in diesen beiden neben einander gehenden Strömungen liegt auch der Grund, warum bis jetzt die Entdeckung der Goldminen in Californien und Australien nicht die früher beinahe allgemein befürchtete grosse Entwerthung der Edelmetalle und insbesondere diejenige des Goldes herbeigeführt hat. Michel Chevalier vergleicht in dieser Beziehung die Wirkung der Doppelwährung in Frankreich mit derjenigen eines Fallschirmes, indem sie das Sinken des Goldes nicht verhindere, aber aufhalte, dadurch, dass sie diesem Metall ein grosses Circulationsgebiet eröffne, während das Silbergeld als Waare auf dem Markte erscheine. Schon im Jahre 1859 hielt dieser gelehrte Schriftsteller den Verkehr für nahezu übersättigt mit Gold und berechnete für die folgende zehnjährige Periode, welche jetzt ihrem Ende entgegengeht, dass von der Goldproduction von durchschnittlich jährlich 250,000 Kil. oder 860 Mill. Franken, die übrigens seither nicht erreicht worden ist, für den Bedarf der Ausmünzungen, für industrielle Zwecke, zum Ersatz der Abnützung und anderer Verluste kaum die Hälfte erfordert und daher ein sehr bedeutender Ueberschuss sich ergeben werde, welcher einen Druck ohne Gleichen auf den Werth des Goldes im Vergleich zu demjenigen der Waaren im Allgemeinen und des Silbers insbesondere hervorbringen müsse. Diese Voraussagung ist aber bisher nur in so weit eingetroffen, als sich seit den neuen Goldentdeckungen eine zunehmende Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, hauptsächlich der Producte der Landwirthschaft, fühlbar macht, deren Erzeugung noch jetzt ungefähr die nämliche Arbeit wie in früheren Jahrhunderten erheischt und sich nicht rasch steigern lässt; viele andere Waaren dagegen, welche aus der maschinen- und fabrikmässigen Industrie hervorgehen, sind im Preise gesunken, weil die Goldschätze unserer Zeit Arbeit und Unternehmungsgeist in erstaunlicher Weise gehoben haben.*)

*) Um wieder die württembergischen Verhältnisse zum Beispiel zu nehmen, bemerken wir, dass der 18jährige Landesdurchschnitt von 1848 bis

Wie vor 300 Jahren die amerikanischen Reichthümer zunächst nach Spanien flossen und sich von da aus über Europa weiter verbreiteten, so gelangt jetzt das californische und australische Gold in Zahlungen für Ausfuhrwaaren hauptsächlich nach England und wird von da aus in die übrigen Canäle des Weltverkehrs geleitet. Frankreich hat auf diesem Wege, wie seine Goldausmünzungen zeigen, schon grosse Summen empfangen und noch heute dauert der Goldzufluss aus England fort, während dagegen die Silberverschiffungen nach Ostasien, welche zum grossen Theile ebenfalls den Weg über England nehmen, in der letzten Zeit bedeutend abgenommen haben. Desshalb steht auch zur Stunde die Troy-Unze Standardsilber in London auf $60\frac{3}{8}$ pence, was der Relation des Silbers zum Golde von 1:15,62 entspricht.

Nach den früheren Silberpreisen in London betrug die durchschnittliche Werthrelation

von 1831—1840 . . .	1:15,75
» 1841—1850 . . .	1:15,83
» 1851—1860 . . .	1:15,35

und wenn man von den Jahren 1848—1850, in welchen die politischen Ereignisse und die Demonetisation des Goldes in Holland einen grossen Einfluss auf das Werthverhältniss äusserten, ganz absieht, so findet man bei Vergleichung der späteren Jahre unter sich, dass der jeweilige Silberpreis sich hauptsächlich nach dem Silberbedarf für Ostasien richtete. Man darf wohl behaupten, dass nicht das Gold, sondern vielmehr das Silber dasjenige Metall ist, welches in der letzten Zeit die in der Relation ausgedrückten Werthsschwankungen erfahren hat; denn während das Gold in der europäischen und amerikanischen Circulation inzwischen seine sichere Verwendung gefunden hat und diese noch lange Zeit finden wird, schon dadurch, dass das Gebiet der Goldwährung wegen ihrer entschiedenen Vorzüge sich immer mehr ausdehnt, ist das Silber der wechselnden Nachfrage für den Handel mit weniger civilisirten Völkern, also allen Fluctuationen unterworfen, welche aus der Unsicherheit der politischen und commerciellen Zustände jener entfernten Länder hervorgehen.

Darüber, dass mit der fortschreitenden Anhäufung des Goldes der

1865 den Preis von 16 fl. 13 kr. pr. Scheffel Kernen und von 37 fl. 9 kr. pr. Eimer Wein, also gegen die frühere Periode von 1833—1847 eine Preiserhöhung von 14, beziehungsweise 44 Procent ergibt, und dass bei anderen Victualien, wie Fleisch, Milch, Butter, Eier etc., der Aufschlag bis zu 100 Procent geht. Ebenso sind bekanntlich die Arbeitslöhne in den letzten zwei Decennien beträchtlich gestiegen und ähnliche Erfahrungen liegen von anderen Ländern, namentlich von England, vor.

Werth dieses Metalls gegenüber von andern, in beschränkter Menge erzeugten Gütern, wie namentlich Bodenproducte und gewisse Rohstoffe, noch mehr sinken oder der Preis der letzteren steigen werde, dürfte ein Zweifel kaum bestehen; die Erfahrungen früherer Jahrhunderte legen hiefür ein sprechendes Zeugniß ab. Wir haben es aber hier zunächst nur mit dem gegenseitigen Werthverhältniss des Goldes zum Silber zu thun, und wie schwierig es ist, die dabei auftretenden Reactionen im Voraus zu bemessen, werden besonders diejenigen zugeben müssen, welche von der Entdeckung der Goldlager in Californien und Australien ein rasches und bleibendes Sinken der Goldcourse befürchteten und desshalb die Annahme oder Festhaltung der Silberwährung empfahlen. Alles kommt dabei darauf an, wie sich in Zukunft die Production und Verwendung der beiden Edelmetalle weiter gestaltet.

In dieser Hinsicht ist zu bemerken, dass zwar das Goldvorkommen in der Natur ein überaus reiches, auf grosse Ländergebiete verbreitetes ist, wie man diess früher nicht geahnt hat, dass aber schon durch die seitherige Ausbeute in Californien und Australien die ergiebigsten und zugänglichsten Punkte erschöpft worden sind und die jetzige Minenarbeit grosse Capitalien und maschinelle Einrichtungen erfordert, wodurch die Productionskosten bedeutend erhöht werden. So waren z. B. in Victoria am Ende des Jahres 1866 nicht weniger als 1982 Goldminencompagnien mit 5,702,243 Actien und einem nominellen Capital von 19,477,911 £ registriert. Dass manche Unternehmungen gänzlich missglücken, ist beim Bergbau eine gewöhnliche Erscheinung und wenn auch andere wieder reichlich lohnen, so sind doch die Erträgnisse der Minen-Industrie im Ganzen genommen so mässig geworden, dass durch die erhöhten Productionskosten die Preise und Quantitäten des gewonnenen Goldes nothwendigerweise wie bei der Erzeugung anderer Waaren in gewissen Gränzen gehalten werden. Eine Hauptschwierigkeit in Californien ist bis jetzt der Mangel an Communicationsmitteln, wodurch die Arbeitslöhne und die Kosten der zum Minengeschäft erforderlichen Einrichtungen und Materialien sehr vertheuert werden. Der Bau der Union-Pacific-Eisenbahn, welche die Golddistricte Californiens durchschneidet und diese mit den beiden Océanen in Verbindung bringt, ist daher für die künftige Goldgewinnung von grosser Wichtigkeit. Diese Eisenbahn schliesst zugleich die reichen Silberminen von Nevada etc. auf, deren früher Erwähnung geschehen ist. Auch der viel kürzere Transitweg in Central-Amerika, die Costarica-Bahn, welcher die Cordilleren durchdringt und die dortigen Metallregionen zugänglich macht, wird eifrig seiner Vollendung entgegengeführt.

Eine so grosse Zukunft aber auch die Goldproduction hat, so ist diess nicht minder bei der Silberproduction der Fall; denn die Lagerstätten in Amerika gestatten eine beinahe unbegrenzte Silberausbeute. Dass letztere in diesem Jahrhundert keine solche Fortschritte mehr wie früher gemacht hat, sondern im Allgemeinen ziemlich stationär geblieben ist, hat seinen Grund in andern Verhältnissen, namentlich in den Bürgerkriegen in Mexico und Südamerika, in dem Mangel an Communicationswegen, in der Höhe der Bergwerksabgaben und in der dortigen schlechten Verwaltung überhaupt, welche tüchtige Unternehmer und fremde Capitalien vom Bergbau abschreckte. Längs der grossen Cordillerenkette von Californien bis Chili treten unzählig viele Silbererzgänge auf, welche unermessliche Reichthümer bergen, deren Gewinnung sich seither in dem langen Zeitraum von mehr als drei Jahrhunderten nur auf einzelne, verhältnissmässig wenige Punkte erstreckt hat. Nach den Angaben von Humboldt, welche durch neuere Reisende bestätigt worden sind, nehmen die Bergwerke in Mexico für sich allein eine Ausdehnung von 12,225 Quadratmeilen ein und es sind dort Gänge von einer Mächtigkeit bis zu 45 Meter bekannt, welche auf eine Länge von mehreren Stunden abgebaut werden. Das durchschnittliche Ausbringen der Erze, in denen das Silber meist in fein zertheiltem Zustande sich befindet, beträgt etwa 2 Millièmes, also nach dem Gewichte das 20fache von dem Gehalte der reichsten Goldgänge in Californien. Dabei geht noch ein Theil des Silbers durch die Unvollkommenheit des Amalgamirprocesses verloren. Während unter der spanischen Herrschaft einzelne Grubenbesitzer in Mexico ungeheures Vermögen sich erwarben, haben in neuerer Zeit die Unternehmungen fremder Gesellschaften im Allgemeinen kein grosses Glück gemacht. Diess wird ganz anders werden, wenn in Mexico entweder durch eine eigene geordnete Regierung oder durch Einverleibung des Landes in die Union ruhige Zustände zurückkehren.

Ebenso reich sind die Gruben in den übrigen alten Colonien Spaniens, namentlich in Peru, wo diejenigen zu Potosi in den ersten Jahren nach ihrer Eröffnung bis zu 40 Procent Silber aus den Erzen geliefert haben sollen. Jetzt ist zwar der Gehalt bedeutend geringer; aber die von englischen Unternehmern errichteten Maschinenanlagen ermöglichen eine grössere Förderung und bessere Zugutmachung der Erze. Im Allgemeinen sagt von Humboldt über den Silberreichthum in der Gebirgskette der Anden, dass man versucht sei, zu glauben, die Europäer hätten kaum angefangen, diese unerschöpflichen Reichthümer der neuen Welt zu geniessen, wenn man die grosse Zahl der Erzlager betrachte,

welche bis jetzt ganz unberührt geblieben oder nur oberflächlich ausgebeutet worden sind.

Einen grossen Einfluss auf die Silbergewinnung haben die Preise des Quecksilbers, welche seit der Auffindung dieses Metalls in Californien auf weniger als die Hälfte gesunken sind; dadurch konnten früher verlassene Silbergruben wieder mit Vortheil in Abbau genommen werden. Man rechnet, dass jetzt Mexico, Peru, Chili und Bolivia jährlich 23,000 Ctr. Quecksilber verbrauchen, mehr als das $1\frac{1}{2}$ fache des Gewichts oder nach den gegenwärtigen Quecksilberpreisen etwa 4—5 Procent des Werths vom gewonnenen Silber, während früher der Aufwand bis zu 12 Procent betrug. Dieser Umstand und die lebhaftere Nachfrage nach Silber für Ostasien haben auch nicht verfehlt, die Silberproduction in der letzten Zeit wieder zu heben; nachdem aber im Jahre 1859 der durchschnittliche Preis des Silbers in London den höchsten Stand von 62 p. pr. Unze Standard (Werthrelation 1 : 15,21) erreicht hatte, ist seitdem ein bedeutender Preisrückgang bis zu $60\frac{3}{8}$ p. oder um mehr als $2\frac{1}{2}$ Proc. eingetreten, welcher anzeigt, dass die Verwendung des Silbers nicht mehr in dem früheren Gleichgewicht mit der Production steht.

Die Gründe davon sind verschiedener Art:

1) Durch die geänderten Münzverfassungen mehrerer Staaten hat das Silber seine bevorzugte Stellung als Zahl- und Tauschmittel bleibend verloren und erfährt dasselbe als Münzmaterial eine viel geringere Nachfrage als früher.

2) Der Verbrauch des Silbers in der Industrie, welcher nach unsern obigen Angaben in Europa und Amerika etwa 66 Millionen Fr. im Jahr oder $22\frac{1}{2}$ Procent der ganzen Silberproduction betragen würde, zeigt bis jetzt keine grossen Fortschritte, was in dem immer noch hohen Preise und in den äusseren Eigenschaften dieses Metalls liegt, welche es für die luxuriösen Ausschmückungen unserer Zeit weniger beliebt machen. Auch in dieser Beziehung hat das Gold das Uebergewicht erlangt; denn dessen Verwendung in der Industrie im Werthe von jährlich etwa 132 Mill. Fr. oder $19\frac{1}{2}$ Proc. der jetzigen Gesamtproduction von Gold erscheint sehr bedeutend, wenn man damit die frühere Goldproduction vergleicht, welche am Anfange dieses Jahrhunderts nur jährlich 62 Mill. Fr. und noch im Jahre 1847 nur $172\frac{1}{2}$ Mill. betrug.

3) Den Haupteinfluss aber auf den Silberpreis hat, wie wir gesehen haben, von jeher der asiatische Handel geäussert und in dieser Beziehung sind in neuester Zeit wichtige Aenderungen eingetreten.

Mit der Dämpfung der bürgerlichen Unruhen und unter der Wirkung des neuen Zollsystems in China nimmt der Verbrauch europäischer

Waaren in diesem Lande immer mehr zu und gestaltet sich dadurch die Bilanz wieder günstiger für Europa als früher. Nach den statistischen Nachweisungen der Hongkonger Handelskammer ist die Einfuhr aus Grossbritannien nach Hongkong und Whampoa in den zehn Jahren von 1856—1866 von 927,607 £ auf 2,278,865 £ jene nach Shanghai von 993,304 » » 5,204,251 »

somit im Ganzen von 1,920,911 £ auf 7,483,116 £ oder nahezu auf das Vierfache gestiegen. Ebenso ist die europäische Waarenausfuhr nach Ostindien von Jahr zu Jahr gewachsen; denn die frühere bedeutende Silberfluth dahin hat die Consumtionsfähigkeit dieses Landes erhöht und eine allgemeine Steigerung der Preise und Löhne in Indien hervorgerufen, welche die Einfuhr fremder Erzeugnisse begünstigt, die eigenen Exportartikel dagegen vertheuert. Insbesondere drückt in neuerer Zeit die amerikanische Baumwolle auf den Preis der indischen, also auf dasjenige Product, welches während des Kriegs in den nordamerikanischen Freistaaten den Grund zu der grossen Ausdehnung der Handelsbeziehungen zwischen England und Ostindien gelegt hat. Ausser dem gewöhnlichen Waarenverkehr kommen aber noch die Tratten in Betracht, welche für die Kosten der indischen Verwaltung nach England remittirt werden, sowie die Erträgnisse der mit englischen Capitalien gebauten Eisenbahnen, Schiffswerften und andern Anlagen, welche ebenfalls nach England fliessen, und endlich ist der Umstand noch von besonderer Wichtigkeit, dass nicht mehr wie früher zu den Baarzahlungen nach Indien und China fast ausschliesslich Silber, sondern im zunehmenden Verhältniss auch Gold benützt wird, indem das letztere Metall auch im Münzwesen jener Länder immer mehr Geltung erlangt.

Im Jahre 1835, vor welcher Zeit im britischen Ostindien die Doppelwährung bestand, wurde an die Stelle der verschiedenen, bis dahin umgelaufenen Rupien (Sicca-Rupien, Surate-Rupien etc.) eine neue Silbermünze, die Compagnie's-Rupie von 180 Grän Gewicht und $1\frac{1}{12}$ Feingehalt eingeführt, welche im gewöhnlichen Verkehr 2 Schillinge gilt und seither das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel bildet. Ausserdem werden aber auf Verlangen von Privaten auch Gold-Mohurs zu 15 Rupien, genau im Gewicht und Feingehalt der Compagnie's-Rupien, also im Werthverhältniss von 1:15 geprägt und diesen Goldmünzen war seit dem Jahre 1841 der Curs zum Nominalwerthe bei den öffentlichen Cassen eingeräumt, so dass factisch wieder die Goldwährung existirte. Mit der Entdeckung der Goldminen in Australien kam viel Gold nach Ostindien und die dortige Verwaltung glaubte im Jahre 1852, aus Besorgniss vor der Entwerthung des Goldes, jene frühere Begünstigung

wieder zurücknehmen zu müssen, was sich aber seither als eine über-eilte Massregel erwiesen hat, durch welche der Handel mit Australien sehr beeinträchtigt wird. Desshalb ist man auch in neuerer Zeit immer mehr von der Ausschliessung der Goldmünzen abgekommen und wenn die hierüber auf dem Frankfurter Handelstage im Jahre 1865 gegebenen Mittheilungen richtig sind, so wäre vom 23. November 1864 an auch der englische Sovereign im Werthe von 10 Silber-Rupien bei den öffentlichen Cassen in Ostindien zugelassen worden, was aber nur der Werthrelation von 1:14,60156 entsprechen und daher nicht als eine grosse Begünstigung des Goldes erscheinen würde. Dagegen ist die Nachricht besonders wichtig, dass die im vorigen Jahre von dem Generalgouverneur eingeforderten Gutachten der Handelskammern Ostindiens sich einstimmig für die Einführung des metrischen Goldmünzsystems an der Stelle der bisherigen Silberwährung ausgesprochen haben sollen, indem die verschiedenartigen Goldstücke, obgleich sie keinen gesetzlichen Curs haben, jetzt schon allgemein pari oder über pari angenommen würden und eine Goldcirculation im Handel nicht entbehrt werden könne. Es droht also dem Silber die Entziehung des grossen Marktgebietes in Ostindien und ebenso lernen auch die Chinesen den Werth des Goldes immer mehr schätzen, schon dadurch, dass sie in grosser Zahl zuerst in Californien, später in Australien beim Goldgraben sich betheiligten und ausserdem einen lebhaften Handel mit jenen Ländern unterhalten.

Wenn man alle die angeführten Verhältnisse ins Auge fasst, wenn man namentlich die Thatsache berücksichtigt, wie ungeachtet der grossen Goldproduction in den letzten 20 Jahren einerseits und des colossalen Silberabflusses nach Ostasien anderseits dennoch das gegenseitige Werthverhältniss beider Metalle jetzt wieder dem Punkte sich nähert, auf welchem es vor der Entdeckung der Goldminen in Californien stand, so wird man wohl daraus den Schluss ziehen dürfen, dass in Zukunft nicht das Gold, sondern das Silber einer relativen Entwerthung entgegengeht, welche übrigens nur allmählig sich vollziehen kann und darin wieder ihre natürliche Grenze findet, dass die Production der edlen Metalle wie die Erzeugung anderer Güter sich nach der Nachfrage regelt und dass das Silber, wenn es als Zahlungs- und Tauschmittel für den Verkehr der civilisirten Völker unter sich an seinem Werthe verliert, dadurch um so geeigneter wird, seine culturhistorische Aufgabe in Ostasien zu erfüllen, welche durch die Eröffnung neuer Handelswege dahin, wie der ägyptischen Route und der projectirten Euphratbahn, immer mehr gefördert werden wird.

In neuester Zeit haben sich Stimmen hören lassen, welche von der

Eventualität der Einführung der Goldwährung in Ostindien die Befürchtung hegen, dass dadurch der gleiche Schritt für diejenigen Länder Europa's, welche noch die Silberwährung besitzen, unmöglich gemacht werde, indem es dann künftig an Gelegenheit zum Weggeben der Silbervorräthe fehle. So weit wird es aber glücklicherweise nicht so bald kommen; denn dem Silber bleibt, abgesehen von seiner Verwendung zu den Hilfsmünzen und in der Industrie, auch für den Abfluss nach Asien noch ein grosses Feld offen. China, welches mit den Nebenländern auf 220,000 Quadratmeilen gegen 400 Mill. Einwohner zählt und einen grossen Productenreichthum, dagegen noch keine Meile Eisenbahn besitzt, litt von jeher unter dem Mangel an Circulationsmitteln, welcher die Chinesen schon in frühester Zeit auf die Erfindung des Papiergeldes geführt hat. Desshalb sind auch in diesem Lande die Preise der Waaren und Löhne nach europäischen Begriffen ausserordentlich niedrig. So gibt z. B. R. Fortune*) an, dass der Taglohn in den Theedistricten nur 2—3 Pence (6—9 kr. rheinisch) betrage. Mit der Ausdehnung des Handels, der Colonisation und der Communicationsmittel der Neuzeit werden aber selbst die entferntesten Länder immer mehr zu Einem grossen Handelsgebiete vereinigt, in welchem überall die edlen Metalle sich gleichmässig zu vertheilen bestreben, indem sie im Austausch gegen Producte aus denjenigen Ländern, welche einen Ueberfluss davon, also hohe Preise der Waaren und der Arbeit haben, dahin strömen, wo das umgekehrte Verhältniss besteht.

Wie in China wird auch in Japan dem Silber ein höherer Werth gegenüber vom Golde als von anderen civilisirten Völkern beigelegt und diese beiden Länder, welche in Folge der Handelstractate aus ihrer früheren Abgeschlossenheit mehr und mehr heraustreten, können noch grosse Massen Silber absorbiren. Japan ist ein dichtbevölkertes, industriöses Land, dessen Bewohner an ein bedürfnissloses Leben gewöhnt sind; desshalb wird auch hier der Export von Baumwolle, Seide, Thee etc. den Import von europäischen Artikeln, bis jetzt hauptsächlich Baumwoll- und Wollenwaaren, noch lange überwiegen.

In Yokohama, woselbst die Fremden im Juli 1859 sich niederliessen, betrug nach Ausweis der Zollhauslisten

	1860	1861	1862
die Einfuhr: Doll.	945,710	1,478,308	2,576,928
die Ausfuhr: Doll.	3,953,817	2,682,950	6,305,126

Schon in den ersten Jahren hat daher der Handel mit Japan be-

*) A Journey to the Tea-Countries, 1852.

deutend zugenommen, obgleich er noch unter vielen Restrictionen, namentlich auch Ausfuhrzöllen, leidet.

Den Hauptartikel des Handelsverkehrs mit China und Japan bildet noch immer der Thee, dessen Verbrauch in den beiden letzten Jahrzehnten ausserordentlich gestiegen ist; denn nach den neuesten Ausweisen für das Geschäftsjahr vom 1. Juni 1867 bis 31. Mai 1868 sollen in diesem Zeitraum aus China und Japan nicht weniger als 117,030,364 Pfund nach Grossbritannien und 34,059,972 Pfd. nach Nordamerika verschifft worden sein.

Wir glauben bisher gezeigt zu haben, wie das Gold in Folge der Ausbeutung der reichen Minen in Californien und Australien naturgemäss berufen ist, bei allen reichen und industriösen Nationen das Silber ebenso zu verdrängen, wie letzteres früher das Eisen und Kupfer als Tauschmittel verdrängt hat und es geht auch aus unserer früheren Uebersicht über den Edelmetallfonds in den civilisirten Ländern Europa's und Amerika's wirklich hervor, dass die bedeutende Zunahme der Vorräthe von 1848—1867 ganz in Gold besteht, während der Vorrath an Silber ziemlich gleich geblieben ist, derjenige an gemünztem Silber aber nicht unbedeutend abgenommen hat. Die Werthrelation zwischen Gold und Silber hat sich nur vorübergehend zu Gunsten des letzteren Metalls geändert und ebenso ist die befürchtete rasche Steigerung der Waarenpreise seither nicht allgemein, sondern hauptsächlich nur bei gewissen Verzehrungsgegenständen fühlbar geworden.

Wie steht es nun aber mit dem Sinken des Zinsfusses, welches ebenfalls Viele als unvermeidliche Folge der grossen Goldproduction prophezeit haben? Auch diese Eventualität ist nicht bleibend eingetreten; denn die ersten Goldzuflüsse von Californien und Australien in die englische Bank haben nur auf kurze Zeit vermocht, den Disconto in London von 3 bis auf $1\frac{1}{2}$ Procent herunterzudrücken; vom Jahre 1853 an, nachdem der Schrecken vorüber war, sind Disconto und Zinsfuss in England wie in andern Ländern höher als je zuvor gestiegen und haben seither einen hohen Stand behauptet. Es leuchtet auch ein, dass wenn die Geldcirculation eines Landes den Zinsfuss allein bestimmen würde, letzterer in England, welches den geringsten Münzumlauf hat, hoch, in Californien und Australien niedrig sein müsste, während das Gegentheil stattfindet. Nicht von der Menge des Geldes, sondern von dem grösseren oder geringeren Angebot von Capitalien überhaupt und von der Nachfrage nach solchen ist die Höhe des Zinsfusses abhängig. Das Geld bildet nur einen kleinen Theil der Capitalien; seine Hauptaufgabe ist, die Uebertragung der letzteren von einer Hand in die andere zu vermitteln und in dieser Eigenschaft namentlich hat die Gold-

production, unterstützt durch ein ausgedehntes Creditsystem, die starke und rasche Verwendung von Capitalien zur Production und zu Handelsunternehmungen ungemein befördert, wovon gerade der gestiegene Zinsfuss Zeugniß ablegt.

Betrachtet man die volkswirtschaftlichen Fortschritte der letzten Jahrzehnte in allen Zweigen des Handels und der Industrie, so vermag man sich darüber Erklärung zu geben, dass die jetzige Geldcirculation in Europa und Amerika, welche wir zu 20 Milliarden Franken annehmen, in keinem Missverhältniss zum nationalen Reichthum der Völker überhaupt steht, dass vielmehr der Verkehr noch eine grosse Masse Edelmetall aufnehmen kann, ohne eine solche rasche und bedeutende Entwerthung, wie sie vor 300 Jahren vorgekommen ist, befürchten zu müssen. Württemberg z. B. mit seinen $1\frac{3}{4}$ Millionen Einwohnern gehört nicht zu den reichsten und gewerbethätigsten Ländern, und doch wurde das gesammte Volksvermögen einschliesslich eines Baarumlauts von 50 Mill. Gulden auf 2710 Millionen Gulden (5800 Mill. Franken), das jährliche Volkseinkommen auf 276 Millionen Gulden (590 Mill. Fr.) berechnet.*). Das europäische Eisenbahnnetz hat eine Länge von gegen 11,000 Meilen und repräsentirt mit dem Fahrmaterial einen Werth von wenigstens 40 Milliarden Franken, also zu 5 % gerechnet, ein jährliches Erträgniss von 2 Milliarden. Die nordamerikanischen Staaten, deren Volkszahl noch hinter der von Frankreich zurücksteht, haben jetzt schon 8000 deutsche Meilen Eisenbahn und auch in Indien ist ein vielgespanntes Netz theils im Betrieb, theils noch im Bau begriffen. Als weiteres Beispiel führen wir an, dass die jetzige Kohlen-, Eisen- und Salzproduction Europa's in mässigem Anschlage einen Gesamtwertb von jährlich 2500 Millionen Franken hat. Welche enorme Capitalien stecken in diesen und in andern Industriezweigen, welche grosse Ueberschüsse der Production über die Consumption werden fortwährend gesammelt und in Form neuer Capitalien zu neuen Unternehmungen verwendet! Eisenbahnen, Schifffahrt und Telegraphen sind die Triebkräfte des Verkehrs; der Freihandel reisst immer mehr die Schranken nieder, welche die Bewegung auf dem Weltmarkte noch hemmen und auch ein auf fester Grundlage errichtetes Weltmünzsystem wird das Seinige dazu beitragen, die commerciellen Interessen zu einem grossen Ganzen zu vereinigen.

Gleichwie aber der Wohlstand und die Productivkräfte der civilisirten Völker sich gehoben haben und sich ferner noch heben werden,

*) Das Königreich Württemberg, herausgegeben vom K. statistisch-topographischen Bureau, 1863.

so sind auch die Bedürfnisse und Ausgaben der Einzelnen sowohl als der Staaten gewachsen und in dieser Beziehung bietet sich theilweise ein weniger erfreuliches Bild dar. Ohne uns auf die jetzigen politischen und socialen Zustände einzulassen, wollen wir nur bemerken, wie das Bremer Handelsblatt kürzlich berechnet hat, dass die Staatsschulden Europa's sich auf nicht weniger als 66,013,111,000 Fr. und deren jährliche Zinse auf 2,438,963,000 Fr. belaufen. Auch über den sonst sehr geordneten und sparsamen württembergischen Staatshaushalt können wir noch angeben, dass das jährliche Budget, welches vor 30 Jahren 9 Millionen Gulden in der Ausgabe betrug, seither (1866—1867) auf $17\frac{3}{4}$ Millionen angewachsen ist.

Wie bedeutend aber neben der Metallcirculation die Zettelwirthschaft in neuerer Zeit geworden ist, geht aus einer Berechnung von C. Röpell hervor, nach welcher am Schlusse des Jahres 1866 29 deutsche Zettelbanken 179 Mill. Thaler Noten mit $56\frac{1}{4}\%$ Metallbedeckung, die Bank von England 155 Mill. Thlr. mit $83\frac{5}{8}\%$ Bedeckung und die österreichische Nationalbank 189 Mill. Thlr. mit nur $36\frac{1}{4}\%$ Bedeckung in Umlauf hatten. Ende December 1867 waren von der englischen Bank etwa $155\frac{4}{5}$ Mill. Thlr. Noten in Umlauf, von der französischen Bank $316\frac{2}{5}$, von der österreichischen Nationalbank $198\frac{2}{5}$, von den norddeutschen Zettelbanken $193\frac{4}{5}$ Mill. Thlr., also im Ganzen $864\frac{2}{5}$ Mill. Thlr. in Banknoten. Dazu kommen noch $32\frac{1}{5}$ Mill. Thlr. umlaufendes Staatspapiergeld bloß von den norddeutschen Regierungen. Gleichzeitig circulirten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Ganzen 1040 Mill. Thlr. theils Staatsnoten und verschiedenes Staatspapiergeld, theils Noten der Nationalbanken.

Wir schliessen diese Betrachtungen, indem wir im Allgemeinen die Entdeckung der reichen Goldschätze in Californien und Australien als ein grosses Glück für die Menschheit ansehen und im Golde dasjenige Metall erkennen, welchem nothwendig die Rolle der künftigen Weltmünze zufallen muss. Wir müssen aber die Währungsfrage in einigen Punkten weiter erörtern, über welche bis jetzt immer noch verschiedene Ansichten bestehen.

III.

Die meisten Staaten hatten früher die Doppelwährung und einige haben sie jetzt noch, d. h. es ist ein bestimmtes Werthverhältniss zwischen Silber und Gold gesetzlich eingeführt, nach welchem die Münzen ausgeprägt werden und als alternatives Zahlungsmittel Geltung haben. Darüber, dass dieses Verhältniss nicht unabänderlich festgehalten werden kann, wird wohl kein Zweifel bestehen und die Münzgeschichte zeigt auch, wie im Verlaufe früherer Zeiten der gesetzliche Maassstab der Doppelwährung sich immer wieder nach den Handelspreisen der beiden Edelmetalle richten musste. Alle andern Mittel, dem Ausströmen des einen Metalls, welches zu niedrig gewerthet ist, zu begegnen oder die dadurch erschöpften Baarvorräthe wieder durch Zufuhren aus dem Auslande zu ergänzen, erweisen sich für die Dauer unwirksam. Von Augenzeugen wurde erzählt, dass im September 1855 auf den belgischen Eisenbahnen die Wagen mit Silber, welches die französische Bank mit grossen Opfern von Amsterdam bezog, sich mit andern Wagen kreuzten, welche das in Frankreich durch den Handel aufgekaufte Silber nach Amsterdam brachten. Entweder also muss bei der Doppelwährung die Werthrelation von Zeit zu Zeit geändert werden, was Umprägungen oder wenigstens neue Tarifrungen der Münzen erfordert und grosse Störungen in alle Schuldverhältnisse bringt, oder aber es wird das zu nieder gewerthete Metall, sei es Gold oder Silber, verschwinden und in dem einen Fall der Grossverkehr, in dem andern der Kleinverkehr darunter leiden. Wer allein von einer unrichtigen Werthstellung der beiden Edelmetalle Gewinn zieht, das sind diejenigen Geschäftsleute, welche sich mit dem Auswippen, Einschmelzen und Verführen des Geldes in fremde Länder abgeben, wo das Verhältniss ein anderes ist, und da hiezu vorzugsweise die vollwichtigen Münzstücke ausgesucht werden, so entsteht dadurch der weitere grosse Nachtheil einer Verschlechterung der Metallcirculation, welcher am Ende zu einer allgemeinen Umprägung und Verrufung des alten Geldes zwingt. Das beste Beispiel hiefür aus früherer Zeit gibt England, wo aus den vielen Schwankungen des Metallwerthes die Goldwährung hervorgegangen ist.

Unter der Regierung der Königin Elisabeth im Jahre 1560 wurde, um den bis dahin bestandenen Unordnungen im englischen Münzwesen zu steuern, eine gründliche Münzreform vorgenommen und angeordnet, dass aus dem Troy-Pfund Standard-Silber im Feingehalt von 11 Unzen 2 Pfennig (nach deutscher Bezeichnung $14\frac{4}{5}$ löthig) 62 Schillinge geprägt werden sollten, von denen 20 ein Pfund Esterling oder Sterling

ausmachten, eine Bezeichnung, welche von den aus Osten eingewanderten Angelsachsen abgeleitet wird. Diese Bestimmung blieb von jener Zeit an die unveränderliche Norm für die Silberausmünzungen; dagegen wechselte Gehalt und Bezeichnung der englischen Goldmünzen noch öfter, bis unter Karl II. (1660—1685) die ersten Guineen, anfänglich aus Gold von Guinea, ausgeprägt wurden, und zwar $44\frac{1}{2}$ Stück aus dem rauhen Münzpfunde im Feingewicht von $11\frac{1}{12}$ (22 Karat), was bei dem ursprünglichen Werth der Guinee von 20 Schillingen das Verhältniss des Silbers zum Golde von 1 : 14,485 ergab.

Im Jahre 1667 beseitigte eine Parlamentsacte den Schlagschatz von 2 Schill. auf das Pfd. Silber und 15 Schill. auf das Pfd. Gold; die Münzkosten wurden in der Folge als eine natürliche Last der Staatskasse angesehen und eine Parlamentsacte von 1685 ertheilte die Ermächtigung, jährlich 15,000 £ auf die Münzstätten in England und Schottland zu verwenden. Diese Massregel, so zweckmässig sie an sich war, führte den Nachtheil herbei, dass die Wucherer die englischen Silbermünzen, welche besser als anderwärts ausgebracht waren, theils aus dem Lande führten, theils aber beschnitten und dann wieder in Umlauf setzten. Dadurch verlor das Silbergeld so viel an seinem wahren Werthe, dass die gute Guinee bis auf 30 Schillinge stieg. In Folge eines Parlamentsbeschlusses vom Jahre 1695 wurden desshalb mit grossen Opfern alle beschnittene, ausgekippte und sonst verfälschte Silbermünzen eingezogen und umgeprägt. Dessenungeachtet dauerte die wiederholt verbotene Ausfuhr des guten Silbergeldes fort und hörte auch nicht auf, als im Jahre 1718 auf den Vorschlag des damaligen Münzdirectors, des berühmten Isaac Newton, die Guinee zu 21 Schillinge gesetzlich valvirt worden war; denn das Werthverhältniss von 1 : 15,209 war höher als in andern Ländern, und gerade zu jener Zeit bewirkte die Goldausbeute in Brasilien ein Sinken des Goldpreises, welcher um die Mitte des 18. Jahrhunderts im Verhältniss von 1 : 14,5 stand. Nachdem die Geldwipperer den Silberumlauf so gründlich verdorben hatten, dass statt 62 durchschnittlich 65—66 Schillinge auf das Münzpfund gingen, also die Werthrelation in den vorhandenen Münzen $1 : 14\frac{1}{4}$ — $14\frac{1}{2}$ betrug, während der Goldpreis wieder zu steigen begann, kam die Reihe an die vollwichtigen Guineen, welche gegen leichte Schillinge umgewechselt wurden, so dass um das Jahr 1744 eine gänzliche Umprägung der Goldmünzen angeordnet werden musste. Damals wurde auch durch eine Parlamentsacte die wichtige Bestimmung getroffen, dass Niemand gezwungen werden könne, über 25 Pfd. Sterling in Silbergeld anders als nach dem Gewichte, die Unze zu $5\frac{1}{2}$ Sh. in Zahlung anzunehmen. So geschah es also, dass die in Circulation verbliebenen leichten, abgegriffenen

Silbermünzen die Eigenschaft von Scheidemünzen erhielten, während im grossen Verkehr Gold das Hauptzahlungsmittel bildete. Aus der Doppelwährung war thatsächlich die Goldwährung geworden, deren Vortheile nach den früheren herben Erfahrungen dem praktischen englischen Volke auch während der Zeit der Bankrestriction von 1797—1819, in welcher die Banknoten die Stelle des Goldes eingenommen hatten, im Gedächtniss blieben.

Zu den Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen durch die Bank von England gehörte das noch heute gültige Münzgesetz vom 22. Juni 1816, durch welches in dem Vereinigten Königreiche die reine Goldwährung eingeführt wurde, und zwar blieb das Pfund Sterling gleich 20 Schillinge oder 240 Pence im früheren Goldwerth die Münzeinheit, aber an die Stelle der Guineen zu 21 Sh. kamen Sovereigns zu 20 Sh., von denen daher 1869 Stück 40 Troy-Pfund Standardgold à $11\frac{1}{12}$ fein enthalten. Auch bei den Silbermünzen wurde die frühere Legirung nicht geändert, statt 62 Sh. wurden aber aus dem Münzpfund Standardsilber jetzt 66 Sh. ausgebracht, was das Verhältniss von 1:14,2878 zwischen Silber und Gold ergibt. Der Münzpreis des Silbers ist demnach um $8\frac{1}{2}\%$ gegenüber dem in Frankreich angenommenen Verhältniss von 1:15,5 überwerthet; diese Ueberwerthung kann jedoch nicht die Folge haben, dass das Gold im Lande selbst durch Silber verdrängt wird, weil das englische Münzgesetz zugleich vorschreibt, dass die Silbermünzen nur für kleine Werthe bis zum Belauf von höchstens 40 Schillinge in Zahlung angenommen werden müssen. Auch behält die englische Regierung die Silberausprägungen als Monopol ganz in ihrer Hand und richtet sie nach den wirklichen Bedürfnissen des Verkehrs ein, während Gold für Jedermann in beliebigen Quantitäten in der königl. Münzstätte zu London ausgeprägt wird. Ein Abzug für die Kosten der Münzfabrication, mit Ausnahme der etwaigen Affinirung des Metalls, findet dabei nicht statt, sondern der Ueberbringer von Gold in der vorschriftmässigen Feinheit erhält nach der für die Ausprägung erforderlichen Zeit das gelieferte Metall in den ausbezahlten Münzen vollständig zurück, indem für die Unze Standardgold 3 £ 17 sh. $10\frac{1}{2}$ p. gerechnet wird. Ebenso ist nach §. 4 des Gesetzes von 1844 das Circulationsdepartement der Bank von England verbunden, stets Gold zum Preise von 3 £ 17 sh. 9 p. pr. Troy-Unze anzunehmen und alsbald Banknoten auf Verlangen dafür zu geben, so dass für den Zinsenverlust bis zur Ausprägung die kleine Vergütung von $1\frac{1}{2}$ p. oder 0,16 % in Abzug kommt. Eine ähnliche Begünstigung ist dem Silber nicht eingeräumt, vielmehr in §. 3 der Bankacte die Bestimmung ge-

troffen, dass der Silberbestand der Bank niemals mehr als ein Viertel des Goldbestandes, geprägt oder ungeprägt, betragen soll.

Die Goldmünzen (2, 1 und $\frac{1}{2}$ Sovereigns) sind demnach in England gesetzliches Zahlungsmittel (legal tender); als Hilfsmünzen bis auf den Werth von 2 £ dienen daneben die Silbermünzen (5, $2\frac{1}{2}$, 2, 1, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{6}$ sh.) und für die kleinsten Beträge bis zu höchstens 1 sh. die Kupfermünzen (1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Penny), von denen 24 pence auf das Pfund avoirdupois ausgeprägt werden. Ausserdem haben noch die Noten der Bank von England legalen Cours mit der Verpflichtung für die Bank, sie jederzeit gegen baares Geld umzuwechseln.

Obwohl dieses Münzsystem, namentlich was die Eintheilung betrifft, noch an manchen Gebrechen leidet, so hat es doch vor dem früheren englischen Münzsysteme den entschiedenen Vorzug, dass es auf einer einheitlichen Grundlage beruht, welche von jeder Veränderung in der gegenseitigen Werthstellung der beiden Edelmetalle in so lange unberührt bleibt, als nicht das Verhältniss unter 1:14,2878 sinkt, was jetzt noch weniger als früher zu befürchten ist. Würde aber je dieser Fall einmal eintreten, so hätte die englische Regierung nichts Weiteres zu thun, als die Silbermünzen einzuziehen und durch andere noch geringhaltigere Stücke zu ersetzen, was, wie die früheren Umprägungen in den Jahren 1816 und 1817, ohne Opfer aus der Staatscasse geschehen könnte; denn der Metallwerth ist bei diesen Münzen, welche die Natur von Werthzeichen haben, ganz untergeordnet und die Regierung hat nur darauf Bedacht zu nehmen, dass nicht mehr solche Hilfsmünzen in Umlauf kommen, als der Verkehr wirklich bedarf, und dass der Sovereign in seinem vollen Gewicht und Gehalt die Hauptmünze bleibt. In letzterer Beziehung besteht die Einrichtung, dass alle bei der Bank von England eingehenden Goldstücke einzeln gewogen und diejenigen, welche $\frac{1}{150}$ oder mehr an dem gesetzlichen Gewicht durch Abnützung oder andere Ursachen verloren haben, zerschnitten dem Besitzer zurückgegeben werden, welcher den Verlust zu tragen hat. Diese Massregel erweist sich für die Aufrechthaltung der gesetzlichen Währung als sehr wirksam, weil ungefähr der dritte Theil aller umlaufenden Sovereigns jedes Jahr in der Bank von England eingezahlt wird; auch ist das dafür von der englischen Nation gebrachte Opfer von jährlich 6000—10,000 £ gering zu nennen, im Vergleich mit dem wichtigen Zweck der Unveränderlichkeit des Werthmaassstabes, welcher damit erreicht wird. Ein besonderer Vorzug des englischen Münzsystems besteht aber noch darin, dass dasselbe in Verbindung mit dem ausgebildeten Mechanismus des Bankwesens die englische Metallcirculation auf ihr geringstes Maass zurückführt, was dem Handel und Verkehr

grosse Vortheile durch Ersparniss an Transportkosten, an Verlust für Abnützung, Zinsen etc. gewährt.

Noch mehr als in England hat in früherer Zeit das Münzwesen in Frankreich unter der Herrschaft der Doppelwährung, welche gesetzlich jetzt noch besteht, Veränderungen und Verwirrungen erfahren müssen. Hieran war aber zunächst die schlimme Willkür der Regierungen und anderer Münz-Herrschaften im Lande schuld, welche, indem sie einen ungebührlich hohen Schlagschatz bezogen, es in ihrem Vortheil fanden, die ausgegebenen Münzen oft nach kurzer Zeit schon wieder zu verrufen und andere mit geändertem Gehalt oder Zahlwerthe dafür auszugeben, wobei es auch vorkam, dass die vorgenommenen Münzverringerungen vor dem Volke zu verbergen gesucht wurden. Die alte Rechnung nach Livres zu 20 Sols von 12 Deniers stammt noch von den fränkischen Königen her, und die Livres hiessen daher hier und da auch Franken. Zwischen den zu Paris und zu Tours geprägten Münzen bestand früher ein Unterschied, welcher gewöhnlich 5 % betrug (20 Livres parisis = 21 Livres tournois), der aber im Jahre 1667 aufgehoben wurde. Grössere, den spanischen Thalern entsprechende Münzen, die Louis d'argent zu 3 Livres, sowie die den spanischen Pistolen nachgeahmten Louisd'or zu 10 Livres erscheinen zuerst unter Ludwig XIII. Nach dessen Münzdicten von 1640 und 1641 sollten $36\frac{1}{4}$ Louisd'or aus einer 22 Karat feinen Mark Gold und $8\frac{11}{12}$ Louis d'argent aus einer 11 Deniers feinen Mark Silber ausgeprägt werden, so dass das Verhältniss zwischen Silber und Gold 1:13,551 betrug, abgesehen von den als Remedium gestatteten bedeutenden Abweichungen in Schrot und Korn, welche die französischen Münzmeister von jeher zu benützen verstanden. Dieses Verhältniss wurde schon im Jahre 1656 und sodann später noch öfter dadurch geändert, dass die Münzen einen anderen gesetzlichen Werth bekamen; damit waren zugleich in den Jahren 1690, 1693, 1701 und 1704 theils gänzliche Umprägungen der bisherigen Münzen verbunden, theils wurden solche reformirt, d. h. mit einem neuen Stempel bedruckt. Im Mai 1709 ward der Münzfuss auf 30 Louisd'or aus der rauhen Goldmark und 8 Louis d'argent aus der rauhen Silbermark, beide von der schon 1640 bestimmten Feinheit, festgesetzt und dabei der Zahlwerth der neuen Louisd'or auf 20 Livres, derjenige der neuen Louis d'argent auf 5 Livres erhöht; die Proportion war also genau 1:15. Im Jahre 1718 fand wieder eine allgemeine Einschmelzung statt und nachdem noch mehreremal der Münzfuss gewechselt hatte, wurden im Jahre 1726 mit gänzlicher Verrufung aller bisherigen Sorten neue Ausprägungen angeordnet und zwar die Goldstücke denjenigen von 1709 völlig gleich, die Silberstücke aber etwas

leichter, nämlich $8\frac{3}{10}$ Stücke aus einer Mark im früheren Gehalt von 11 Deniers. Der Werth, welcher diesen Münzen beigelegt wurde, war anfänglich der gleiche wie vorher, schon nach wenigen Monaten aber $\frac{1}{5}$ höher, nämlich 24 Livres der neue Louisd'or oder Louis neuf und 6 Livres der Ecu neuf (Neuthaler oder Laubthaler), so dass sich nach der gesetzlichen Ausbringung die Werthrelation wie 1 : 14,4578 stellte.

Um diese rasch auf einander gefolgten Aenderungen im französischen Münzwesen durchzuführen, und der Krone dabei einen möglichst grossen, wenn auch ungerechten Gewinn zu sichern, scheute die Regierung nicht, mit barbarischer Strenge an Leib und Gut alle Münzvergehen zu bestrafen; zu letzteren gehörte die Ausfuhr der Edelmetalle in Form von Münzen sowohl wie auch als Barren, der Verkauf von Silber oder Gold zu einem höheren als dem für die Ablieferung in die Münzstätte festgesetzten Preise, das Aussuchen und Einschmelzen der Münzen etc. Dessenungeachtet wurden diese Verbote von den Geldwechslern wenig beachtet und der Schaden traf hauptsächlich die ärmeren Leute.

Der Münzfuss von 1726 hat länger als irgend einer der vorangegangenen, 60 Jahre hindurch, ohne Verrufung und Umprägung fortgedauert. Den 30. October 1785 erschien eine Erklärung Ludwigs XVI., welche desshalb besonders bemerkenswerth ist, weil schon damals die bis in die neueste Zeit gültige Bestimmung getroffen wurde, dass jede Mark feines Gold $15\frac{1}{2}$ Mark feines Silber gelten soll. Hiernach erhielten die Münzstätten die Weisung, für Gold in Barren und Münzen 828 Livres 12 Sous pr. feine Mark zu bezahlen, während für das Silber der in einem früheren Münztarif von 1773 festgesetzte Preis von 53 Livr. 9 Sous 2 Den. in Wirkung blieb. Bei den neu zu prägenden Goldmünzen (neue Schild-Louisd'or) wurde der seitherige Feingehalt belassen, dagegen die Stücklung auf 32 Louis aus der rauhen Mark (statt früher 30) erhöht, damit der neue Louisd'or auch fernerhin 24 Livres gelte und ganz genau diesen Zahlwerth in Silber habe.

Ueber die Silbermünzen ist in der fraglichen Verordnung nichts angegeben; da aber deren Gehalt früher schon, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Werthsminderungen bei den spanischen Piastern, verringert worden war und von den gestatteten Remedien (bei den Laubthalern nach dem Münzgesetz von 1726 $11\frac{4}{11}$ Tausendtheile am Korn und $7\frac{13}{16}$ Tausendtheile am Schrot und zwar beide nur in minus) immer voller Gebrauch gemacht wurde, so stellte sich in den wirklich ausgeprägten Münzen das Verhältniss ziemlich genau auf 1 : 15,5.

Die älteren französischen Münzen, namentlich die geringhaltigeren, kamen in Folge des Handelsverkehrs und der Kriege auch viel nach

Deutschland, wo sie noch lange Zeit im Umlauf blieben, nachdem sie in ihrer Heimath schon durch die neuen Decimalmünzen ersetzt worden waren. Frankreich zog davon in so ferne Nutzen, als in der Liste der königlichen Einkünfte, wie Graumann angibt, die Münzstätten mit jährlich $2\frac{1}{2}$ Millionen Livres eingetragen waren. Allmählig aber verminderte sich der Schlagschatz immer mehr, und während derselbe mit Einschluss der Prägekosten im Jahre 1726 $7\frac{9}{16}$ ‰ beim Gold und $7\frac{4}{11}$ ‰ beim Silber betrug, wird für 1785 nur noch $2\frac{9}{17}$, beziehungsweise $2\frac{7}{9}$ ‰ angegeben.

Die Revolution von 1789 rief eine gänzliche Neugestaltung des französischen Münzwesens auf der Grundlage des metrischen Gewichts und mit Durchführung der Decimaleintheilung hervor. Schon die erste, unterm 12. Decbr. 1790 von Mirabeau an die Nationalversammlung eingereichte Abhandlung über diese Materie sprach mit grosser Klarheit und Beredtsamkeit diejenigen Principien aus, auf welchen eine richtige Münzgesetzgebung beruhen muss: nur Ein Metall als unveränderlicher Maassstab der Werthe, keine finanzielle Ausbeutung des Münzregals durch Erhebung eines Schlagschatzes oder durch allgemeine Umschmelzungen der Münzen, wie sie früher so häufig vorgekommen waren, möglichst vollkommene, den Vorschriften entsprechende Ausprägungen, desshalb kleine Toleranzen in Schrot und Korn sowohl nach oben, als nach unten, einfache und gleichmässige Bezeichnung der Gehalte, Abstufung der Münzen nach dem Decimalsystem etc. Merkwürdig ist auch, dass schon Mirabeau in einer allen Nationen gemeinschaftlichen Universalmünze das Ziel sieht, nach welchem bei einer Verbesserung des französischen Münzwesens zu streben sei. Nach seinem Vorschlage sollten die Hauptmünzen des neuen Systems aus Silber bestehen, Gold und Kupfer aber nur als untergeordnete Metalle zur Ausprägung von Hilfsmünzen verwendet werden. Dieser Grundsatz wurde auch in den nachgefolgten, von anderen ausgezeichneten Männern in den gesetzgebenden Versammlungen erstatteten Berichten festgehalten. Es dauerte aber noch längere Zeit, bis das neue Münzgesetz eine feste Gestalt erhielt. Nachdem ein Beschluss des Nationalconvents vom 13. Juli 1793 vorläufig festgesetzt hatte, dass die Münzeinheit, der franc d'argent, den 100. Theil eines Grave (später Kilogramme genannt) wiegen solle, erschien darauf am 7. October 1793 ein Decret, welches zuerst die Annahme der Decimaleintheilung und des Gehalts von $\frac{9}{10}$ bei den Silber- und Goldmünzen (Republicains und Francs d'or genannt) aussprach, in den meisten übrigen Bestimmungen aber bald wieder verlassen wurde. Das Gesetz vom 28. Thermidor des Jahres III. (15. August 1795) stellte den Franc von Silber im Gewicht von 5 Grammen

und mit dem Gehalt von 9 Zehnthellen als Münzeinheit auf, dessen Werth fast genau dem des alten Livre im Sechslivresthaler gleichkam; ein anderes Gesetz vom gleichen Tag schuf ein Goldstück im Gewicht von 10 Grammen à $\frac{9}{10}$ fein, welches jedoch nur in dem durch den Handel bestimmten Werthe genommen werden sollte. Diese Goldmünze, obgleich sie noch bis zum Jahre VI. festgehalten wurde, trat nicht in das Leben ein, sondern es schlug später ein Bericht des Instituts, übrigens unter Festhaltung der Silberwährung, die Ausprägung eines Goldstücks von 8 Grammen à $\frac{9}{10}$ fein vor, welches zu jener Zeit ziemlich genau den Werth von 25 Franken erhalten hätte (bei dem Verhältniss von $1:15\frac{5}{8}$).

So vorbereitet kam die Münzfrage zum Consulat. Hier erschien der Bericht des Finanzministers Gaudin an die Consuln und derjenige von Béranger an den Staatsrath, welche beide von den früheren Hauptprincipien ausgingen; Gaudin schlug aber vor, Goldstücke von 20 und 40 Franken auszuprägen mit der Absicht, dieselben bei Veränderung des Goldwerths durch Einschmelzen immer wieder auf ihren Nennwerth zurückzuführen. Dieser Vorschlag drang durch und so entstand das Gesetz vom 7. Germinal des Jahres XI. (28. März 1803), welches in einer allgemeinen Bestimmung den Silberfranken von 5 Grammen Gewicht à $\frac{9}{10}$ Feingehalt als Münzeinheit voranstellt, in Art. 6—8 aber die Ausprägung von Goldmünzen im Werthverhältniss von $1:15\frac{1}{2}$ anordnet. Letzteres ist bis in die neueste Zeit unverändert geblieben und Frankreich hat daher seither die Doppelwährung gehabt, wenngleich mehrere Schriftsteller wohl nicht mit Unrecht behaupten, dass die Einheit der Währung im Sinne des Gesetzgebers vom Jahre 1803 gelegen sei. Da schon in den ersten Decennien dieses Jahrhunderts das Werthverhältniss zwischen Silber und Gold über $1:15,5$ stieg, so war die Folge davon, dass das Gold bald mit einer Prämie bezahlt wurde und dass bis gegen das Jahr 1850 Silber beinahe allein in Circulation blieb. Im Jahre 1847 bemerkte Fould desshalb, die französischen Ausmünzungen seit 1795 hätten in runder Summe 1100 Mill. Franken in Gold und 3869 Mill. Fr. in Silber betragen, die 1100 Mill. Franken Goldmünzen seien aber in Frankreich fast ganz verschwunden. Dieses Verhältniss hatte sich wenige Jahre darauf durch die Goldzuflüsse aus Californien und Australien in das entgegengesetzte verwandelt; denn der silberne Fünffranken war in Frankreich eine Seltenheit geworden, und an kleineren Silberstücken, welche nicht durch Goldmünzen ersetzt werden konnten, machte sich im täglichen Verkehr ein solcher Mangel fühlbar, dass daraus die grössten Missstände hervorgingen. Die Ursache hievon war wieder die fixe Werthung des

Goldes gegen Silber, welche jetzt das zu nieder gewerthete Silber aus dem Lande trieb. Frankreich bekam dadurch factisch die Goldwährung, ungeachtet Michel Chevalier, welcher sich für die Erhaltung der Silberwährung aussprach, fortwährend davor warnte. Im Jahre 1863 betrugen z. B. die französischen Ausmünzungen nicht weniger als 210 Mill. Fr. in Gold und nur 329,000 Fr. in Silber. Eine Rückkehr zum Silber war jetzt nicht mehr möglich. Zwar hatte die französische Regierung durch Decret vom 7. Februar 1857 zur Untersuchung der Münzfrage eine Commission von hohen Staatsbeamten und von Vertretern der Bank und der Interessen des Handels berufen; es zeigte sich aber eine grosse Verschiedenheit der Meinungen und ohne den Kern der Frage zu erörtern, beschränkte sich diese Commission darauf, einige vom Geiste früherer Jahrhunderte dictirte Palliativmassregeln, wie namentlich die Erhöhung der Abgabe für die Silberausfuhr und das Verbot des Auslesens vollwichtiger Geldstücke anzurathen, welche jedoch von der Regierung nicht zur Ausführung gebracht wurden. Eine spätere Commission von 1861 ging schon weiter, indem sie vorschlug, den Gehalt der Silberstücke unter 5 Franken von 900 auf 835 Millièmes zu reduciren, also diese Münzen in ihrem innern Werth um $7\frac{2}{9}\%$ zu kürzen, um sie dadurch dem Umlauf zu erhalten. Nachdem die französische Regierung lange genug allen Klagen über die Münzzustände und den darüber von wissenschaftlichen Autoritäten geführten lebhaften Erörterungen gegenüber eine zurückhaltende Stellung beobachtet hatte, trat sie endlich nach den ähnlichen Vorgängen in der Schweiz und in Italien mit dem Gesetz vom 25. Mai 1864 hervor, wodurch das Gesetz vom 28. März 1803 wesentlich modificirt wurde. Die 50- und 20-Centimenstücke mit 2,5 resp. 1 Gramme Gewicht sollten nämlich künftig im Gehalte von 835 Millièmes hergestellt und dafür die Stücke à 900 Mill. eingezogen und umgeschmolzen werden. In diesen neuen Silbermünzen hat daher der Frank nur noch 4,175 statt früher 4,5 Gramme Feinsilber und das Verhältniss zwischen Silber und Gold stellt sich hiebei auf 1:14,38057, was dem englischen Verhältniss nahekommt. Bei diesem ersten Schritte konnte aber die französische Regierung nicht stehen bleiben und da die übrigen Staaten des Frankensystems sich in der gleichen Lage befanden, die Schweiz aber für sich schon durch das Gesetz vom 31. Januar 1860 den Feingehalt der Silberstücke von 2 und 1 Franken auf 800 Mill., Italien ebenso durch das Gesetz vom 24. August 1862 den Gehalt aller Silbermünzen von 2 Franken abwärts auf 835 Millièmes reducirt hatte, so wurden auf Anregung von Belgien Unterhandlungen über eine gemeinschaftliche Verständigung geführt, aus welchen der am 23. Decbr. 1865 zu Paris zwischen

Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossene Münzvertrag hervorgegangen ist.

Hienach bilden künftig die genannten vier Staaten eine Vereinigung in Betreff des Gewichts, des Gehalts, der Form und des Curses ihrer Gold- und Silbermünzen. In der Gesetzgebung über die Billon- (Bronze-) Münzen wird vorderhand von keinem der vier Staaten etwas geändert.

Vorangestellt sind die Ausprägungen von Goldmünzen von 100, 50, 20, 10 und 5 Franken in dem seitherigen Gewicht und Gehalt. Diese vorschriftmässig ausgeprägten Goldmünzen werden ohne Rücksicht auf ihren Ursprung zur Zahlung bei allen öffentlichen Cassen zugelassen, sofern nicht ihre Abnützung bis zu $\frac{1}{2}\%$ unter die gestattete Toleranz vorgeschritten oder ihr Gepräge unkenntlich geworden ist. Auch die bisherigen silbernen Fünffrankenstücke mit dem Gehalt von $\frac{900}{1000}$ werden beibehalten und gegenseitig an Zahlung bei den öffentlichen Cassen angenommen, mit Ausnahme der bis auf 1% unter der Toleranz abgenützten oder im Gepräge verwischten Stücke. Dagegen sollen die Zwei- und Ein-Frankenstücke, 50 und 20 Centimenstücke künftig zu $\frac{835}{1000}$ ausgeprägt werden und in ihrem Heimathlande nur als Scheidemünze bis zum Betrag von höchstens 50 Franken bei jeder Zahlung gesetzlichen Curs haben, während derjenige Staat, der sie ausgegeben, sie von seinen Staatsangehörigen ohne Betragsbeschränkung anzunehmen verbunden ist. Ferner haben die öffentlichen Cassen eines jeden der vier contrahirenden Staaten derartige von den andern Staaten geprägte Silbermünzen bei den ihnen gemachten Zahlungen im Belaufe bis auf 100 Fr. anzunehmen; auch ist jede Regierung verpflichtet, von Privaten oder von den öffentlichen Cassen der andern Staaten die von ihr ausgegebenen Silbertheilmünzen anzunehmen und gegen einen gleichen Betrag currenter Gold- oder Silbermünzen unter der Bedingung auszuwechseln, dass die zur Umwechslung gebrachte Summe nicht unter 100 Fr. betrage; diese Verpflichtung bleibt noch zwei Jahre nach Ablauf des Vertrags, welcher sich bis zum 1. Januar 1880 erstreckt, in Kraft. Die Silbertheilmünzen werden nur bis zum Belaufe von 6 Franken auf jeden Einwohner ausgegeben, wobei die bereits ausgegebenen Beträge in Abrechnung kommen. Ihre Abnützungsgrenze ist auf 5% festgesetzt. Andere Bestimmungen beziehen sich auf den Einzug der älteren Münzen, auf die Erstattung jährlicher gegenseitiger Berichte über den Stand des Münzwesens etc.

Diese internationale Münzeinigung, welche eine Bevölkerung von über 70 Millionen umfasst, ist beinahe einstimmig von den gesetzgebenden Versammlungen der vier betheiligten Staaten genehmigt

worden, obgleich die Beibehaltung der Doppelwährung in den Fünfrankenstücken die drei mit Frankreich verhandelnden Mächte nicht befriedigte. Letztere brachten daher die Währungsfrage wiederholt zur Sprache und verlangten, dass die französische Regierung die ausschliessliche Annahme des Goldes in Erwägung ziehe, weil dadurch der Beitritt von England und von anderen Staaten erleichtert werde.

Es gab diess Veranlassung zur Berufung einer Special-Commission unter dem Vorsitze des Vicepräsidenten des Staatsraths de Parieu (weitere Mitglieder Michel Chevalier, Wolowski, Gouin, Louvet, de Lavenay, Andouillé, Pelouze und Dutilleul), welche im März 1867 in 6 Sitzungen die erste und einzige von den ihr gestellten Fragen berieth:

»Welches System ist a priori bei einer Münzgesetzgebung vorzuziehen, die Eine Währung oder die Doppelwährung?«

Das Resultat war auffallenderweise, dass diese Frage mit 5 Stimmen gegen 3 zu Gunsten der Doppelwährung entschieden wurde.

Darüber waren alle Mitglieder der Commission einig, dass, da Gold und Silber wie andere Waaren einen veränderlichen Werth haben, diese beiden Metalle auch keinen absoluten und unveränderlichen Maassstab für den Werth anderer Dinge abgeben, und dass es nöthig sei, beide Metalle in der Circulation aufrecht zu erhalten, weil beide die schätzbaren Eigenschaften für den Gebrauch als Münzen besitzen. Die Anhänger der Doppelwährung, namentlich ihr Wortführer Wolowski, müssen auch zugeben, dass im technischen Sinne zwei Metalle als Werthmesser gleichzeitig nicht neben einander gestellt werden können, ohne dass, sobald das gegenseitige Werthverhältniss sich ändere, das eine davon das Uebergewicht über das andere erlange, dass daher, wenn beide Metalle gleichmässig in der innern Circulation eines Landes erhalten werden wollten, diess wie in früheren Zeiten zu den ungerechten und verhassten Mitteln der Ausfuhrverbote oder der wiederholten Einschmelzungen führen würde. Sie machen aber geltend, dass das System der einheitlichen Währung, so klar und gewissermassen rationell es auch sei, doch die ökonomische Aufgabe eines unveränderlichen Maasses der Werthe noch weniger als die Doppelwährung erfülle. Indem das Gesetz vom 7. Germinal des Jahres XI das französische Münzsystem mit dem metrischen Maass- und Gewichtssystem in Verbindung brachte, sei der doppelte Zweck beabsichtigt und erreicht worden, erstens die Substanz der Münzen genau festzustellen und zweitens durch die alternative Wahl zwischen Gold und Silber die Werthschwankungen beider Metalle im Einzelnen gegenseitig auszugleichen. In letzterer Hinsicht sei die Wirkung der Doppelwährung mit derjenigen eines Compensationspendels zu vergleichen; denn wenn die Production des

einen Metalls steige und damit dessen Handelspreis sinke, während es in den Münzen höher gewerthet bleibe, so werden die Schuldner vorziehen, in diesem Metalle zu zahlen, dadurch aber auch eine grössere Nachfrage nach demselben hervorrufen, welche dann ein Gegengewicht gegen die weitere Entwerthung bilde. Diese Wechselwirkung der Doppelwährung in Frankreich habe sich in dem langen Zeitraum von mehr als 60 Jahren glänzend bewährt und den Uebergang von einem Metall zum andern ohne Crisen ermöglicht. Dass Gold und Silber fortwährend in einem unveränderlichen Verhältniss zu einander bleiben sollten, sei keineswegs die Absicht des Gesetzgebers vom Jahre XI. gewesen, sondern letzterer habe mit der gesetzlichen Werthrelation nur einen Mittelpunkt geschaffen, gegen welchen die Preise der Edelmetalle in einem engen Kreise sich zu bewegen suchen. Früher habe das Gold eine kleine Prämie genossen; jetzt komme dieselbe dem Silber zu, übersteige aber den geringen Betrag von 12 Fr. pr. mille nicht, ungeachtet in einem kurzen Zeitraum die auf der Erde vorhandene Menge des Goldes auf das Vierfache angewachsen sei. Diese Goldzuflüsse aus Sibirien, Californien und Australien würden grosse Aenderungen in den Schuld- und Preisverhältnissen verursacht haben, wenn in Frankreich ausschliesslich nur Gold oder nur Silber den Werthmaassstab gebildet hätte: im ersten Falle ein Steigen aller Preise und eine Benachtheiligung der Gläubiger, im zweiten ein Sinken der Preise und der Schaden auf Seiten der Schuldner. Die Doppelwährung lege keine Verpflichtungen zu Gunsten Eines Metalls auf, sondern sie überlasse es dem natürlichen Gang der Dinge, dass in der einen Periode dem Gold, in der andern dem Silber der Vorzug zukomme; immer werde es das wohlfeilere Metall, also dasjenige sein, dessen Production zunimmt, daher auch der nöthige Bedarf an Metallgeld für den Verkehr leichter erhalten bleiben. Dass die Gesetzgebung in Frankreich den Schuldner, indem sie ihm die Wahl des Zahlungsmittels überlasse, gegenüber von dem Gläubiger begünstige, sieht Wolowski als kein Unrecht an, insofern gerade dadurch die Schwankungen des Werths der Edelmetalle in engen Grenzen gehalten, also auch die Schuldverträge vor nachtheiligen Veränderungen geschützt werden. Würde dagegen das Gold als einziger Werthmaassstab auf der ganzen Erde aufgestellt, und dem Silber diese Function genommen, so müsste der Preis des Goldes nothwendig steigen und die Folge davon wäre eine schwere Beschädigung der Schuldner, namentlich auch des Staats.

So geistreich auch diese Gründe für die Erhaltung der Doppelwährung in Frankreich erscheinen mögen, so bleibt nichts desto weniger die Wahrheit unwiderlegt, dass wenn die Münzgesetzgebung einen be-

stimmten Maassstab für die Werthrelation zwischen Silber und Gold aufstellt, sie nichts absolut und für die Dauer Richtiges zu bieten vermag, sondern dabei mit einer gewissen Willkür verfahren muss, welche entweder das eine oder das andere Metall begünstigt. Ist das Verhältniss mit grossem Glück gewählt, wie diess in Frankreich im Jahre 1803 geschah, so werden im günstigsten Falle abwechselungsweise die Werthsschwankungen nach beiden Seiten sich bewegen, immerhin aber dadurch sich besonders fühlbar machen, dass es dem Schuldner freisteht, in dem einen oder andern Metall zu zahlen und er daher zum Nachtheil des Gläubigers stets das im Werthe mehr gesunkene wählen wird. Entfernt sich aber das gesetzliche Werthverhältniss bedeutend und bleibend von demjenigen des Handels, so ist die nothwendige Folge, dass auch bleibend das zu nieder gewerthete Metall aus der Circulation verschwindet und thatsächlich die einheitliche Währung dadurch entsteht. Die Doppelwährung verursacht daher je nach den Umständen einen periodischen Wechsel im Gebrauch der beiden Edelmetalle als Hauptzahlungsmittel und bringt das Geldwesen eines Landes dadurch in Unordnung, dass es entweder an Goldmünzen oder an Silbermünzen fehlt, während der Verkehr weder das eine noch das andere der beiden Metalle vollständig entbehren kann, das Gold nicht wegen seiner Vorzüge bei grösseren Zahlungen und bei Versendungen in entfernte Länder, namentlich in solche, welche die Goldwährung schon besitzen, das Silber nicht, weil dieses Metall für die Theilmünzen erforderlich ist, wie auch das Kupfer noch immer für die kleinsten in Silber nicht herzustellenden Münzstücke benützt werden muss. Dazu kommt aber noch der grosse Nachtheil, dass die Geldcirculation der Gefahr ausgesetzt wird, durch das Einschmelzen und die Ausfuhr vollwichtiger Stücke verdorben zu werden; wir haben diess in der früheren Münzgeschichte von England gesehen und erst in den letzten Jahrzehnten hat man die gleiche Erfahrung auch in Frankreich wieder machen müssen. Wenn die Vertheidiger der Doppelwährung behaupten, dass diese die Crisen, welche durch eine rasche und bedeutende Aenderung in den Productionsverhältnissen der Metalle entstehen können, verhindere oder wenigstens abschwäche, so ist dem entgegenzustellen, dass die Entdeckung reicher Goldminen in Californien und Australien und die Verrufung des Goldes in Holland weder in England, welches schon längst die Goldwährung besitzt, noch in Deutschland, wo die Silberwährung zu Hause ist, eigentliche Störungen in der Metallcirculation hervorgebracht haben, während in Frankreich die Vertreibung des Silbers durch das Gold mit manchen Missständen verbunden war.

Allerdings hat die Doppelwährung in Frankreich und Nordamerika

viel dazu beigetragen, eine rasche und bedeutende Aenderung des Werthverhältnisses zwischen Silber und Gold zu verhindern, indem sie für den Silberbegehrr nach Ostasien grosse Depots öffnete, welche als Ersatz die Goldzuflüsse aufnahmen. Was dagegen die Preise der Waaren im Allgemeinen betrifft, so ist in dieser Beziehung die ganze Handelswelt als Ein grosses Gebiet zu betrachten, wo überall die Preise sich in ein gewisses Gleichgewicht zu setzen bestreben, mag in dem einen Lande die Goldwährung, in dem andern die Silberwährung, in einem dritten die Doppelwährung bestehen. Desshalb wird auch, so lange Gold und Silber überhaupt als Zahlungsmittel neben einander umlaufen, eine bedeutende Steigerung der Production und damit Entwerthung des einen Edelmetalls immer auch eine Entwerthung des andern Metalls gegenüber von den übrigen Gütern oder ein allgemeines Sinken aller Preise bewirken, wobei selbstverständlich nicht ausgeschlossen ist, dass zugleich auch das Werthverhältniss der beiden Edelmetalle unter sich eine Aenderung erfahre.

In Frankreich ist jetzt der Umtausch von Silber gegen Gold grösstentheils vollzogen und in der Circulation befindet sich hauptsächlich nur noch Gold; eine weitere Entwerthung dieses Metalls vermöchte daher die Doppelwährung mit dem beständig festen Verhältniss von $1:15\frac{1}{2}$ nicht aufzuhalten. Würde aber die entgegengesetzte Bewegung eintreten und der Goldpreis wie früher bleibend über das gesetzliche Verhältniss steigen, so könnte es dazu kommen, dass in Frankreich wieder die vollhaltigen silbernen Fünffrankenstücke, deren künftige Ausprägung in dem Pariser Münzvertrag vom 23. December 1865 in keiner Weise beschränkt ist, die Hauptmünze abgäben, während die Goldstücke, an welche der Verkehr sich inzwischen gewöhnt hätte, aus dem Umlauf verschwinden würden. Solche wechselnde Münzzustände müssten aber geradezu unerträglich werden; denn Handel und Verkehr wären dadurch den nachtheiligsten Störungen und Unsicherheiten ausgesetzt und nur die Agiotage würde davon zum Schaden des grossen Publicums Nutzen ziehen.

Auch in Deutschland hat man früher viele Missgriffe in der Münzgesetzgebung gemacht, indem man von der vorgefassten Meinung ausging, es müssten beide Edelmetalle gleichberechtigt neben einander in einem bestimmten festen Werthverhältniss aufgestellt werden. Sogar der erfahrene preussische Generalmünzdirector Graumann*) schreibt: »Die Proportion zwischen Gold und Silber, als Metallen, genau zu be-

*) Graumann's Gesammelte Briefe von dem Gelde, von dem Wechsel und dessen Curs. Hamburg 1762.

stimmen, ist die allerwichtigste Sache in dem Münzwesen, und es ist sehr gefährlich, von diesem genauen Verhältnisse, auch nur im mindesten, abzuweichen.« Sodann sagt er weiter: »Ein gewisser komischer Schriftsteller hat ganz neulich einen Tractat vom Münzwesen ans Licht gestellt und darinnen diesen so wichtigen Artikel von der Proportion für chimärisch erklärt. Es ist in der That komisch genug, dass einer sich zum Lehrer und Verbesserer der Münzwissenschaft aufwerfen will, der in dem wesentlichsten Punkte derselben so gar unwissend ist.« Dennoch urtheilt ebenderselbe Schriftsteller in derselben Schrift ganz richtig: »Es bleibt die Proportion des Werthes, welche man ihnen (dem Gold und dem Silber) beileget, allemal willkürlich.«

Die Grundbedingung für jedes geordnete und haltbare Maasssystem ist das Princip der Einheit und dieser Satz gilt nicht nur für das Längen-, Flächen-, Körper- und Gewichtmaass, sondern auch für das Werthmaass, durch welches alle Transactionen im Verkehrsleben vermittelt werden. Eine gute Münze soll sowohl ihren innern Metallwerth, als auch ihren äussern Nennwerth unveränderlich behalten und zu letzterem überall willig an Zahlung angenommen werden. Diesen Erfordernissen vermag die Doppelwährung nicht zu genügen, und es haben diess schon längst einzelne einsichtsvolle Schriftsteller ausgesprochen. So heisst es in einer alten französischen Encyclopädie *):

»La proportion entre le prix de l'or et de l'argent peut varier selon les circonstances: les édits qui la fixent ne sauroient empêcher les particuliers de suivre ces changemens et tous leurs rapports. Il vaudroit donc mieux que tous les souverains convinssent d'adopter un des deux métaux comme base invariable et d'abandonner l'autre au cours libre des choses comme marchandise.«

Hier ist also schon der Gedanke einer allen Nationen gemeinschaftlichen einheitlichen Währung ausgedrückt, während ältere Schriftsteller im 16. und 17. Jahrhundert, wie namentlich der italienische Graf Scaruffi und der spanische Augustinermönch Marquez bei ihren Vorschlägen für ein allgemeines Münzsystem die Annahme des gleichen Werthverhältnisses zwischen Silber und Gold in allen Ländern als erste Bedingung aufstellten.

Auch der Prof. Büsch in Hamburg schreibt **):

»Das Rathsamste ist, dem Golde keinen festen Preis gegen Silbermünzen zu geben, sondern denselben nach den Umständen steigen und

*) Encyclopédie par M. de Felice Tom. XXIX. (Yverdun 1774) Art. Monnoie.

***) Büsch, Darstellung der Handlung, 1792.

fallen zu lassen. So ist es z. B. in Hamburg mit den Louisd'or und holländischen Speciesducaten bewandt, welche ihren Werth gegen Banco- und Courant-Geld von einem Tage zum andern verändern. Allein, fast alle Staaten geben ihren Goldmünzen einen festen Werth gegen das Silber, und zwar ungefähr denjenigen Werth, in welchem das rohe Gold gegen das rohe Silber in ihrem Lande stehet. Hieraus entspringet kein Schaden, so lange das Geld nur in dem Lande herumgeht; aber wenn eine Nation mit einer andern in Handlung und Geldumsatze steht, welche ein anderes Verhältniss in ihren Münzen hat oder einen starken Handel mit rohem Golde und Silber treibt, so kann grosser Verlust daraus entstehen.«

In Deutschland wurde zuerst die Doppelwährung in dem kursächsischen Münzedict vom 14. Mai 1763 bei Einführung des Conventions-Münzfusses in Sachsen verlassen. Diese merkwürdige Verordnung bestimmt in §. 2, dass nur die neuen im $13\frac{1}{3}$ Thalerfuss ausgeprägten Silbermünzen, Speciesthaler, $\frac{2}{3}$ und $\frac{1}{3}$, das allgemeine Wechsel-Courant sein soll. In §. 12 heisst es wörtlich:

»Da zur Handlung und grossen Zahlungen man des Goldes nicht entbehren kann; so gestatten Wir auch selbigem in Unseren Landen in nachbeschriebener Masse den Cours. Wenn Wir nämlich Selbst dergleichen ausmünzen zu lassen, Uns entschliessen werden, soll dabey Schrot und Korn des aufrechten Reichsducatenfusses beobachtet, mithin eine rohe Mark kölnisch, 23 Karat 3 Grän fein haltend, zu 67 Stück Ducaten ausgebracht werden. Und eben dieser Fuss soll der Maassstock sein, nach welchem das Verhältniss aller übrigen coursirenden Goldmünzen in denen monatlichen Valuations-Zedduln, sowie dormalen in der Specification sub B. geschehen, auf das genaueste, nach ihrem wahren Schrot und Korn, mithin ohne Rücksicht auf einen, bey deren Umprägung zu gewinnenden Schläge-Schatz, berechnet werden soll.«

§. 13 schreibt das passirliche Mindergewicht der autorisirten Goldmünzen und die für den Abmangel zu berechnende Vergütung vor, wogegen die noch leichteren Stücke bei Strafe der Confiscation gar nicht einzeln, sondern blos nach dem Gewicht einer Mark (al Marco) ausgegeben werden dürfen.

§. 14 endlich lautet folgendermassen:

»So viel den Preiss des Goldes im Handel und Wandel anbelanget, ist dessen Verhältniss gegen das Silber allzu unbeständig, und der Fall, da ein oder das andere Metall mehr gesucht wird, wechselt allzu oft ab, als dass dergleichen Preiss sich durch ein Gesetz auf immerdar bestimmen liesse.

»Jedoch haben Wir nöthig und diensam befunden, in der Specification sub B. bei allen und jeden goldenen Münzsorten, denen der Cours in Unseren Landen gestattet wird, in Betracht der gegenwärtigen Handlungs-Umstände dieser Unserer Lande, und unter Voraussetzung des bey ermeldeten goldenen Münzsorten in dem 13ten §pho erfordernten richtigen und vollen Gewichts, sowohl den ordentlichen Preiss, den sie im Lande, in Ermangelung einer andern, zwischen denen Partheien getroffenen Verabredung, haben, und wofür sie, bis auf weitere Verordnung, auch bei Unseren Cassen angenommen werden sollen, als auch den höchsten Preiss, auf welchen bei dergleichen Verabredung in inländischen Negotiis hinaufzugehen, ebenfalls bis auf andere Anordnung nachgelassen bleibet, zu bestimmen, werden auch nicht minder in den künftigen Valvations-Zedduln den Preiss derer Cours erhaltenden goldenen Münzsorten auf gleiche Art bestimmen lassen: Wollen aber, und verordnen hierdurch, dass:

»a) Wenn sich in Zukunft Jemand, goldne Münzsorten anzunehmen, oder zu bezahlen verbindlich machet, dabey aber weder eine gewisse Anzahl von Stücken benennet, noch der Preiss, in welchem jedes Stück angenommen und bezahlt werden solle, bestimmt wird, allemal der in denen Valvations-Tabellen, zur Zeit des getroffenen Contracts, gesetzt gewesene niedrigste Preiss darunter zu verstehen; Dahingegen

»b) wenn eine gewisse Anzahl von Stücken Ducaten oder andern Goldsorten benennet worden, es bey der Verbindlichkeit, soviel Stücke zu prästiren, verbleibet:

»Nicht minder

»c) wenn ein gewisser Preiss, in welchem die goldenen Münzsorten bezahlt und angenommen werden sollen, ausdrücklich bedungen worden, es dabey ebenfalls bewendet; daferne nur bey inländischen Negotiis über den, in denen Valvations-Tabellen, zur Zeit des getroffenen Contracts, nachgelassen gewesen höchsten Preiss nicht hinausgegangen worden: Immassen Wir

»d) insonderheit befehlen und anordnen, dass bey allen inländischen Negotiis Niemand vorhin bemerktermassen, unter keinerley Vorwand, über den in denen Valvations-Tabellen, zu Zeit des zu treffenden Contracts, zulassungsweise gesetzten höchsten Preiss, bey der §pho 11 geordneten Strafe, hinausgehen: Uebrigens aber

»e) in Handlungs- und Wechsel-Negotiis mit Ausländern das Gold blos als Waare zu betrachten, und so hoch es die Handlungs-Umstände verstatten, auszubringen frey bleiben solle.«

Sachsen behielt seitdem die reine Silberwährung, welche auch bei

Annahme des 14Thalerfusses durch das Münzgesetz vom 20. Juli 1840 aufrecht erhalten blieb.

Anders ging es in Preussen. Als man dort im Jahre 1750 den 21 Guldenfuss, auch Graumann'scher Münzfuss genannt, einführte, sollten die Pistolen, von denen 35 Stück aus der rauhen Mark von $21\frac{3}{4}$ Karat geprägt wurden, statt früher 5 Thaler Conventionsgeld, nunmehr 5 preussische Silberthaler gelten. Damit waren sie aber zu niedrig angesetzt, weil ihr Werth bei dem damaligen Verhältniss von 1:14,5 zwischen Silber und Gold völlig $5\frac{1}{4}$ Thaler betrug und später mit dem Steigen der Goldpreise noch höher ging. Hieraus entstand in Preussen neben der Silberwährung (Thaler Courant) auch die Rechnung in Gold, wobei die preussische Pistole oder der Friedrichsd'or zu dem festen Werth von 5 Thalern angenommen ist. Diese Rechnungsart kam besonders bei Pachtungen, Gutskäufen, Darlehen etc. in Anwendung; ebenso mussten die Lotterieeeinsätze und ein Theil der öffentlichen Abgaben in Gold entrichtet werden, während dagegen auch die Staatscasse viele Zahlungen in gleicher Weise mit Friedrichsd'oren leistete, deren Feingehalt jedoch seit dem Jahre 1770 auf $21\frac{2}{3}$ Karat vermindert worden war. Das preussische Münzgesetz vom 30. Septbr. 1821 brachte hinsichtlich der Friedrichsd'ore nichts Neues, sondern liess die frühere Rechnung in Gold auch fernerhin fortbestehen. Ebenso war es in mehreren anderen norddeutschen Staaten, namentlich in Hannover, Braunschweig und Mecklenburg üblich und zum Theil gesetzlich vorgeschrieben, viele Zahlungen in Pistolen zu 5 Thalern zu leisten und sogar hienach Rechnung in den Büchern zu führen.

In der freien Stadt Bremen, welche nie Pistolen geprägt hat, bildet dieser Goldmünzfuss noch heutigen Tags die Landeswährung. Man rechnet daselbst nach Thalern à 72 Groten à 5 Schwaren. Dieser Thaler ist ein ideelles Fünftel des Louisd'or oder der Pistole, wie sie in Hannover, Braunschweig und Dänemark geprägt wurden, oder werden ($35\frac{1}{6}$ — $35\frac{5}{24}$ Stück aus der rauhen Mark à $21\frac{1}{2}$ Karat fein); die besseren preussischen, sächsischen und kurhessischen Pistolen geniessen ein entsprechendes Agio. In neuester Zeit ist festgesetzt worden, dass 84 Louisd'ore oder 420 Thaler Gold auf ein Münzpfund feines Gold gehen sollen, wonach die Goldkrone der Wiener Münzconvention vom 24. Januar 1857 sich auf $8\frac{4}{10}$ Thaler Gold stellt. Die Silbermünzen dienen in Bremen nur als Ausgleichungsmittel oder Scheidemünze und es ist Niemand verpflichtet, sie in einem Betrag anzunehmen, der durch einen Louisd'or bezahlt werden kann. Bei grösseren Summen wird die Silbermünze als Waare betrachtet und hat einen veränderlichen Curs gegen das Gold. Bremen besitzt daher die reine Gold-

währung, während in den übrigen norddeutschen Staaten die Zahlung und Rechnung nach Thalern Gold immer mehr ausser Gebrauch kam, theils weil überhaupt das Nebeneinanderbestehen zweier verschiedener Währungen unbequem war, theils weil es an den nöthigen Goldmünzen fehlte und überdiess die Verschiedenheit der umlaufenden Pistolen viele Unzuträglichkeiten herbeiführte. In Preussen insbesondere wurden die neu ausgeprägten vollwichtigen Friedrichsd'ore durch die geringhaltigeren fremden Pistolen immer wieder verdrängt, was Anlass gab, dass letztere im Jahre 1830 von der Zahlung bei öffentlichen Cassen ausgeschlossen und die Friedrichsd'ore auf den festen Werth von $5\frac{2}{3}$ Thlr. gesetzt wurden. Gegenüber von dem jetzigen Silbermünzfuss von 30 Thalern auf das feine Münzpfund ergibt diess das hohe Verhältniss zwischen Silber und Gold von 1:15,657, wodurch seither die Friedrichsd'ore in der innern Circulation Preussens erhalten wurden. Uebrigens sind die neueren Ausprägungen in dieser Münzsorte nicht bedeutend; denn sie betragen seit 1821 nur 21,562,065 Thlr.

Aehnlich verhält es sich mit den in Württemberg seit dem Jahre 1840 im Betrage von 2,310,902 fl. ausgegebenen Ducaten, welche im reichsgesetzmässigen Münzfuss von 67 Stück auf die rauhe Mark à $23\frac{2}{3}$ Karat ausgeprägt sind und den festen Curswerth von $5\frac{3}{4}$ fl. im Lande haben, was dem Verhältniss von 1:15,910 entspricht.

Derartige Bestimmungen in einzelnen deutschen Staaten konnten aber nicht die Wirkung der Doppelwährung wie in Frankreich äussern, weil die Menge der umlaufenden Goldmünzen zu gering ist, als dass dadurch die Silbermünzen verdrängt worden wären. Letztere bildeten daher von jeher in Deutschland das Hauptzahlungsmittel, obgleich das Bedürfniss eines grösseren Goldumlaufs schon längst gefühlt wurde und desshalb auch immer mehr fremde, namentlich französische Goldmünzen in die Circulation Deutschlands übergingen.

Die allgemeine Dresdener Münzconvention vom 30. Juli 1838 hat nur wegen der Silbermünzen Bestimmungen getroffen und ein bei den Verhandlungen von Seite Kurhessens gestellter Antrag, auch die Ausprägung von Goldmünzen zum Gegenstande der Conferenz zu machen, wurde von letzterer abgelehnt. Bald darauf kam die Einführung einer gemeinschaftlichen Goldmünze in den Zollvereinsstaaten wieder in Anregung, wobei aber Preussen sich gegen eine neue Goldmünze und für Beibehaltung der bisherigen Pistolen aussprach, welche wegen ihres verschiedenen Gehaltes den süddeutschen Staaten nicht empfehlenswerth erschienen. Letztere suchten daher für sich eine Landesgoldmünze aufzustellen und es war diess namentlich der Zweck eines Promemoria der bayerischen Regierung vom 18. Juli 1846, in welchem die Aus-

prägung von Zehnguldenstücken im gleichen Werthverhältniss wie die preussischen Friedrichsd'ore beantragt wurde. Die feste Werthung des Goldes gegen das Silber erregte aber Bedenken und das Project wurde wieder aufgegeben.

Als sodann im Jahre 1854 in Folge des Zoll- und Handelsvertrags zwischen den Zollvereinsstaaten und Oesterreich vom 19. Februar 1853 Unterhandlungen über eine allgemeine Münzconvention eingeleitet wurden, trat die österreichische Regierung mit dem Vorschlag hervor, im festen Verhältniss des Silbers zum Gold von $1 : 15\frac{1}{2}$ Vereinsgoldmünzen mit $\frac{9}{10}$ Feingehalt im Werthe einer kölnischen Mark Feinsilber oder von 14 Thalern, 20 schweren, $24\frac{1}{2}$ leichten Gulden auszuprägen und daneben zu gestatten, dass die Silbermünzen im Gehalt verringert, also als Scheidemünzen behandelt würden. Dieser Vorschlag, welcher die künftige Herstellung eines allgemeinen deutschen Münzsystems auf der Grundlage der Goldwährung im Auge hatte, stützte sich namentlich auch auf die Vorzüge des Goldes für den Weltverkehr; allein mehrere Abgeordnete zogen selbst das Bedürfniss einer Weltmünze in Abrede und befürchteten wegen der bestehenden Rechtsverhältnisse und wegen der Entwerthung des Goldes von der Annahme dieses Metalls als Werthmaassstab die grössten Nachtheile und Schwierigkeiten. Von keiner Seite fand die österreichische Regierung Unterstützung und die Verhandlungen wurden desshalb vertagt. Die nachgefolgte Münzconferenz im Jahre 1856, aus welcher der Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 hervorging, hat die Frage über die Annahme der Goldwährung nicht weiter verfolgt, vielmehr zur Aufrechterhaltung der bestehenden Silberwährung die strengsten Bestimmungen in jenem Vertrag bezüglich der neuen Handelsgoldmünze, Krone, aufgenommen. Letztere sollte neben den Vereinssilbermünzen zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs und zur Förderung des Handels mit dem Auslande dienen; sie hat sich aber für diese Zwecke ganz unbrauchbar gezeigt. Die Gründe davon werden in Folgendem zu suchen sein:

1) Die Krone mit ihrer idealen Theilung in Kronzehntel stimmt in ihrem Werthe (bei dem Verhältniss von $1 : 15\frac{1}{2}$ zwischen Silber und Gold $9\frac{3}{10}$ Thlr. = 13 fl. 95 Neukr. österreich. Währung = 16 fl. $16\frac{1}{2}$ kr. süddeutsche Währung) mit keiner andern Goldmünze auch nur annähernd überein, was zwar als ein Vorzug angesehen wurde und ihr eine ausgezeichnete Stellung anweisen sollte, in Wirklichkeit aber sie unbeliebt gemacht hat, da das Publicum keine Lust bezeugte, sich an einen neuen ganz abweichenden Münzwerth zu gewöhnen.

2) Die Menge der ausgeprägten Goldkronen ist nicht so bedeutend, dass diese Münzen im Verkehre sich neben den übrigen Goldmünzen

Geltung hätten verschaffen können; im Auslande sind sie kaum bekannt geworden und auch in ihrer Heimath wanderten sie dem Tiegel wieder zu. Um ihnen den Curs zu sichern, hätten die übrigen, in grösserer Menge vorhandenen deutschen Goldmünzen, namentlich diejenigen mit einem festen, ein- für allemal bestimmten Cassencurs, eingezogen werden sollen, was aber nicht geschehen ist; denn es wird z. B. in Preussen niemand geneigt sein, sich der im Curswerthe schwankenden Kronen als Zahlungsmittel zu bedienen, so lange die Friedrichsd'ore mit ihrem festen, vom Staate garantirten Werthe umlaufen. Ueberhaupt lag ein wirkliches Bedürfniss nicht vor, den vielen längst bekannten Handelsgoldmünzen eine neue zuzugesellen, welche lediglich keine besonderen Vorzüge hatte.

3) Ein solcher Vorzug ist namentlich auch nicht in der gestatteten Feststellung eines periodischen Cassencurses für die Goldkronen zu finden, da die Bestimmungen hierüber im Münzvertrage nicht von Wohlwollen für die Kronen, sondern nur von der ängstlichsten Rücksicht auf die Sicherstellung der Silberwährung dictirt sind. Insbesondere ist der für die erstmalige Tarifrung aufgestellte Maassstab um so ungünstiger, als von einem den Metallwerth bedeutend übersteigenden Curswerthe bei einer neuen, noch ganz unbekannten Münze nicht die Rede sein kann.

In der That haben sowohl Privaten als auch die öffentlichen Cassen die Goldkronen entweder gar nicht oder nur zu einem niedrigen Curse angenommen und nur Bremen, welches die Goldwährung besitzt, hat die Krone zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Im süddeutschen Münzverein sind keine grösseren Ausprägungen in dieser Münze vorgenommen worden; die wenigen Stücke, welche die Münzstätte in München ausgegeben hat, sind bald wieder dahin zurückgekehrt. Im Ganzen betragen die Ausprägungen im deutsch-österreichischen Münzgebiet bis zum Schlusse des Jahres 1866 1,454,763 Kronen im Werth von etwa $23\frac{1}{4}$ Mill. Gulden südd. Währung, wovon auf Hannover allein, das zu Bremen in bedeutenden Handelsbeziehungen steht, mehr als die Hälfte kommt, während Oesterreich neben 498,656 $\frac{1}{2}$ Kronen noch 13,821,044 Ducaten im Werthe von ca. 76 Mill. südd. Gulden ausgeprägt hat, um die Bedürfnisse des Handels im Oriente zu befriedigen.

Nach Art. 18 des Wiener Münzvertrags vom 24. Januar 1857 sollten nämlich die vertragenden Staaten künftig andere Goldmünzen als Kronen und halbe Kronen nicht mehr ausgeben und nur Oesterreich hatte sich ausnahmsweise vorbehalten, Ducaten in bisheriger Weise bis zum Schlusse des Jahres 1865 auszuprägen. Auch schreibt der Art. 21 Pkt. b vor, dass ein Cassencurs fernerhin nur den Vereins-

goldmünzen, nicht aber anderen Gattungen gemünzten Goldes eingeräumt werden dürfe, mit der weiteren Modification in Separatartikel 21 Pkt. 1, dass zwar diejenigen Regierungen, welche für die bisherige Landesgoldmünze einen festen, ein- für allemal bestimmten Cassencurs bereits früher angeordnet haben, nicht verpflichtet seien, diesen Cassencurs sofort aufzuheben, beziehungsweise die Goldmünzen einzuziehen, dass aber jene Regierungen Sorge zu tragen hätten, das bestehende Verhältniss durch allmälige Einziehung der betreffenden Landesgoldmünzen zu beseitigen. Endlich bestimmt der angeführte Separatartikel in Pkt. 2, dass denjenigen Regierungen, welche für ihre landesgesetzlichen Goldmünzen einen veränderlichen Cassencurs bisher angeordnet haben, freigestellt bleibe, denselben längstens bis zum 31. März 1862 in bisheriger Weise zu reguliren, wogegen sie von diesem Zeitpunkt an für andere Goldmünzen, als für Kronen und halbe Kronen, einen Cassencurs nicht mehr bestimmen sollten.

Alle diese Vertragsbestimmungen, sowie die weiteren in Art. 22 des offenen Vertrags wegen der Ausgabe von Papiergeld mit Zwangscurs sind seither unerfüllt geblieben und es wurde auch mit dem Beginne des Jahres 1866 der Termin, bis zu welchem es Oesterreich vorbehalten war, Ducaten in der bisherigen Weise auszuprägen, bis zum Schlusse des Jahres 1870 verlängert; denn gerade die österreichische Regierung, welche bei der Wiener Münzconferenz den von Preussen als Vereinsmünze vorgeschlagenen und lange Zeit festgehaltenen Ducaten bekämpfte, sah sich später veranlasst, die Vorzüge dieser Goldmünze gegen die doctrinäre Krone geltend zu machen. Oesterreich fühlte sich überhaupt durch die Wiener Münzconvention in seinen weiteren Absichten auf Münzreformen beengt; es hatte zwar durch die Eintheilung des Guldens in 100 Neukreuzer die Vortheile der Decimalrechnung erlangt, aber die Möglichkeit war ihm benommen, unabhängig von den übrigen deutschen Regierungen sich an der allgemeinen Münzeinigung zu betheiligen, wie diese der Pariser Münzvertrag vom 23. Decbr. 1865 vorbereitet hatte. Der Art. 13 des Prager Friedens vom Jahre 1866 versprach der österreichischen Regierung die Freiheit ihrer Entschliessungen im Münzwesen zurückzugeben. In Folge dessen ist der neueste Vertrag vom 13. Juni 1867 zwischen Oesterreich und den Zollvereinsstaaten entstanden, nach welchem der Münzvertrag vom 24. Januar 1857 mit dem Ablauf des Jahres 1867 für Oesterreich und Lichtenstein ausser Wirksamkeit tritt und die bis zu diesem Termin ausgeprägten Vereins- und Doppelthaler noch bis zum Schlusse des Jahres 1870 gesetzliche Zahlungsmittel bleiben, soferne die betreffenden Regierungen inzwischen nicht zu einem anderen Münzsysteme über-

gehen. Für den letzteren Fall übernehmen sie die Verbindlichkeit, den übrigen Vertragstheilnehmern 3 Monate zuvor davon Kenntniss zu geben und die Vereinsmünzen ihres Geprägs noch bis 1. April 1871 einzulösen. Das Münzcartel vom 19. Februar 1853 soll bis zum Ablauf des Jahres 1878 unverändert in Kraft bleiben, und zwei Separatartikel am Schlusse des Vertrags bestimmen hinsichtlich der groben Silbermünzen der vertragenden Regierungen die gleichen Verpflichtungen wegen deren Umlauf und Einlösung, wie diese für die Vereins- und Doppelthaler festgesetzt sind.

Noch vor Abschluss des Vertrags vom 13. Juni 1867 hatte die österreichische Regierung zur Berathung der Münzfrage eine Special-Commission von 22 Mitgliedern aus verschiedenen Berufsständen unter dem Vorsitze des Freih. von Hock bestellt, welcher eine Reihe von Fragen zur Beantwortung vorgelegt wurde. Nach dem Protocoll der Schlussitzung vom 16. April 1867 sprach sich diese Commission in erster Linie für die Betheiligung Oesterreichs an den von Frankreich angeregten Verhandlungen zur Errichtung eines Weltmünzsystems aus. Nur zwei Mitglieder wünschten die Erörterung der Münzfrage auf eine spätere Zeit verschoben und ein drittes Mitglied wollte die Münzreform auf eine Vereinigung mit den deutschen Regierungen beschränkt wissen. Abgesehen von der Enthaltung dieser drei Mitglieder wurden alle übrigen Beschlüsse mit Stimmeneinhelligkeit oder mit grosser Mehrheit gefasst. Die wichtigsten sind folgende:

Annahme des metrischen Systems mit dem Gehalt von $\frac{9}{10}$ auf das Rohgewicht der Münzen gegründet und letztere in einfachen Verhältnissen mit dem Franken oder seinen gebräuchlichen Multiplen.

Keine Doppelwährung, sondern reine Goldwährung.

In Gold sollen geprägt werden

Stücke von 10 Gulden = 25 Fr.

» » 4 » = 10 » (14 Stimmen gegen 5),

dagegen keine Stücke von 2 » = 5 » (15 Stimmen gegen 4).

Die Prägung von Dukaten sei aufzugeben (18 Stimmen gegen 1).

In Silber sollen geprägt werden

Stücke von 2 Gulden

» » 1 »

» » 40 Kreuzer (14 Stimmen gegen 5).

» » 25 » (12 Stimmen gegen 7).

Ausserdem noch als kleine Theilmünzen 10, 4, 2 und 1 Kreuzer.

Feingehalt der Silbermünzen von $\frac{835}{1000}$.

Fortsetzung der Ausprägung von Levantinerthalern als Handelssilbermünze.

Als Bedingungen für den Beitritt Oesterreichs zu der Münzconvention vom 23. Decbr. 1865 wurden aufgestellt:

1) dass Oesterreich nicht zu der Doppelwährung durch Ausprägung eines Silberstücks von 2 Gulden im normalen Gewichte geführt werde, dass vielmehr die übrigen Staaten zu veranlassen seien, die Doppelwährung aufzugeben;

2) dass für die Sicherstellung des Münzumlaufs genügende Vorkehrungen getroffen werden, entsprechend den Art. 6, 7, 12, 13, 15, 17, 20 Abs. 3 und den dazu gehörigen Separatartikeln des Münzvertrags vom 24. Januar 1857.

3) dass ein Münz-Cartel wie in dem ebengenannten Vertrag abgeschlossen werde;

4) dass die Münzen unter 40 Kreuzer von der gemeinschaftlichen Ausmünzung und Circulation ausgeschlossen bleiben und

5) dass nach Ratification des Vertrags bis zum Beginn der Wirksamkeit desselben eine gehörige, von der Regierung festzusetzende Frist gestattet werde.

Schliesslich äusserte die Commission den einstimmigen Wunsch, dass die deutschen Staaten sich zu einem gemeinschaftlichen Schritt mit Oesterreich in der Münzeinigungsfrage entscheiden möchten. Um so mehr ist zu bedauern, dass inzwischen die österreichische Regierung für sich allein weitere Schritte zur Annahme der Goldwährung gethan hat, wie wir später sehen werden.

Zu denjenigen Staaten, welche jetzt noch die reine Silberwährung besitzen und wo diese auch die eifrigsten Anhänger hat, gehören die Niederlande. Das erste nach der Vereinigung von Holland und Belgien unter Einer Regierung erschienene Münzgesetz vom 28. Sept. 1816 unterschied legale Goldmünzen, die Zehnguldenstücke oder sogenannten Willemsd'or, denen ein Gesetz vom 22. Decbr. 1825 noch Fünfguldenstücke hinzufügte, und Handelsgoldmünzen, die Ducaten, welche für Rechnung von Privatpersonen geprägt wurden. Die Hauptmünze sollte aber der frühere Silbergulden bleiben, welcher zu den Zehnguldenstücken in dem Werthverhältnisse von 1:15,873 stand. Dieses Verhältniss war zu hoch und ausserdem begieng man den Fehler, dass man die französischen Silberstücke, welche in den südlichen Provinzen umliefen, gegen die eigenen Silbermünzen zu hoch tarifierte, so dass letztere bald nach der Ausprägung der französischen Grenze zuwanderten und nur die alten, schlechten und abgenützten Stücke zurückblieben. Durch ein Gesetz vom 25. Februar 1825 wurde desshalb den französischen Franken der Curswerth genommen, auch durch ein weiteres Gesetz vom 22. März 1839 der Gehalt der niederländischen Sil-

bermünzen so weit verringert, dass das Verhältniss 1:15,604 betrug. Bemerkenswerth ist, dass schon damals der Münzdirector Poelman den Vorschlag machte, die Zehn- und Fünfguldenstücke, von denen bis dahin 133 Millionen Gulden ausgeprägt waren, als einziges legales Zahlungsmittel zu erklären, also das englische System anzunehmen und die Silbermünzen als Scheidemünzen beizubehalten, was auch die vielen abgeschliffenen und beschnittenen Stücke in der That waren. Da letztere fortwährend im Umlauf blieben, so konnte die angeführte Münzreform ihren Zweck nur unvollständig erfüllen; die Kipperer und Wipperer trieben ihr unsauberes Geschäft nach wie vor.

Als es sich Anfangs der 40er Jahre davon handelte, Ordnung in das niederländische Münzwesen zu bringen, entstand ein heftiger Streit über die Frage, ob nicht statt der Silberwährung die Goldwährung zu wählen sei. Die allgemeinen Gründe, welche schon damals für die Annahme der Goldwährung geltend gemacht wurden und welche noch jetzt zutreffen, sind hauptsächlich folgende:

- 1) Die immer grössere Bedeutung, welche das Gold als Werthmaassstab in den civilisirten Ländern der Erde thatsächlich gewinnt, sichert diesem Metall mehr Stabilität des Werthes als dem Silber, das einer sehr wechselnden Nachfrage für den Handel mit wenig civilisirten Ländern unterworfen ist.
- 2) Das Gold entspricht wegen seines grossen Werthes unter einem kleinen Volumen mehr den Bedürfnissen der Circulation und ist namentlich zu Versendungen auf grössere Entfernungen besonders brauchbar, indem es bei gleichem Werthe ein 15mal kleineres Gewicht und ein fast 30mal kleineres Volumen als Silber besitzt, was eine Ersparniss an Transport- und Verpackungskosten gewährt. Auch zur sorgfältigen Aufbewahrung wird es dadurch mehr als das Silber geeignet.
- 3) Die Unbequemlichkeiten des Silbers für die Aufbewahrung und Circulation grösserer Summen haben die massenhafte Verwendung des Papiergeldes als Zahlungsmittel begünstigt, wodurch die solide Metallbasis erschüttert wird und Geldkrisen um so gefährlicher wirken, als Silber nicht so leicht und so schnell wie Gold in grösseren Beträgen vom Ausland bezogen werden kann.
- 4) Weil bei der reinen Silberwährung die Goldmünzen einen veränderlichen Curswerth haben müssen, so erschwert diess den Handel und Verkehr und bringt Unsicherheit schon in Schuldverhältnisse von kurzer Dauer. Eben desshalb erfüllen Banknoten, ohne dass sie einen innern Werth und selbst wenn sie Zwangscurs haben, den Zweck eines Zahlungsmittels besser als Metallgeld mit wechselndem Curswerth.

5) Die Goldmünzen nützen sich im Umlauf weniger ab als die Silbermünzen.

6) Auch die Prägekosten sind beim Gold (ca. $\frac{1}{4}$ Procent) bedeutend geringer als beim Silber (ca. 1 Procent).

7) Bei Annahme der Goldwährung kann man die Silbermünzen geringhaltig ausprägen und damit einen Gewinn erzielen, der wenigstens theilweise die Kosten der Umprägung deckt.

Die Anhänger der Silberwährung in Holland machten anderseits gegen die dem Systeme Englands nachgerühmten Vortheile besonders geltend, dass dort die Goldwährung die natürliche Folge des Gangs der Dinge und der Erhöhung aller Preise gewesen sei, wie es Lord Liverpool erklärt habe und dass dieses System den Bedürfnissen der dortigen Bevölkerung entspreche, während in Holland die Verhältnisse anders lägen. Die Goldwährung nämlich, so praktisch sie für den internationalen grossen Verkehr sei, so wenig sei sie für den inneren kleinen Verkehr einer Nation geeignet, deren Zahlungen in den meisten gewöhnlichen Fällen nur in Silber sich ausführen lassen. Der tägliche Lohn, die täglichen Bedürfnisse des grössten Theils der Bevölkerung lassen sich nicht in Gold bezahlen; es würde daher neben dem Golde eine grosse Menge Silber erforderlich sein und nichts sei gefährlicher, als viele Scheidemünze neben den legalen Münzen. Die kleinen deutschen Staaten hätten die traurigen Folgen hievon oft genug empfunden. Um die Silbermünzen im Lande zu behalten, müssten sie bedeutend geringhaltiger als nach ihrem Nennwerthe ausgeprägt werden; dadurch würden aber bei Krisen die legalen Goldmünzen verschwinden und nur Silber in Circulation bleiben. Zwar liessen sich wohl wie in England Bestimmungen treffen, wornach Niemand gezwungen wäre, grössere Zahlungen in Silber anzunehmen, diess würde aber das Ansammeln von Geldcapitalien in den Händen kleiner Leute erschweren und für das Umwechseln der Scheidemünzen in gesetzliche Zahlungsmittel fortwährende Opfer erfordern. Wollte dagegen die Silberausprägung auf ein kleines Mass beschränkt werden, so würde diess den Bedürfnissen des Publikums, welches nun einmal an den Gulden, Thaler und deren Theilmünzen seit Jahrhunderten gewöhnt sei und diese Münzen bei seinen täglichen Zahlungen in vorwiegender Menge bedürfe, keineswegs entsprechen; es würden diese Leute schwer zu überzeugen sein, dass der Gulden künftig nur noch eine Scheidemünze sei.

Auch die Doppelwährung fand ihre Vertheidiger, obgleich die niederländische Regierung an dem Münzgesetz vom Jahre 1839 vorerst nichts ändern wollte und ihre Vorschläge, welche schliesslich die Zustimmung der Generalstaaten erhielten, zunächst nur auf die Umprä-

gung der alten Silbermünzen nach den früheren Normen gerichtet waren.

Die nun in Vollzug gesetzten Massregeln waren äusserst grossartig; vom Jahre 1842 bis 1849 wurden nicht weniger als 86,291,134 fl. Silbergeld mit einem Verlust gegen den Nennwerth von 6,606,231 fl. eingezogen und umgeschmolzen, wobei man sich zur Beschleunigung der Operationen der Emission von Münzbillets zu 500, 100, 20, 10 und 5 fl. bediente, welche allmählig mit den neuen Münzen wieder eingelöst wurden.

Im Jahre 1847 legte die niederländische Regierung den Entwurf zu einem neuen Münzgesetz auf der Grundlage der reinen Silberwährung vor, bei dessen Berathung sich wieder die verschiedenen Ansichten über die Währungsfrage einander gegenüber standen und nur mit vieler Mühe gelang es der Regierung, das jetzt noch gültige Münzgesetz vom 26. Novbr. 1847 in der zweiten Kammer der Generalstaaten durchzubringen.

Durch dieses Gesetz wurde der Silbergulden zu 100 Cents im Gewicht von 10 Grammen und 945 Millièmes Feingehalt zur Einheit des Münzsystems der Niederlande erhoben, der gesetzliche Werth der Goldmünzen aber aufgehoben, so dass diese in Zukunft nur noch Handelsmünze (Négotiepenning) sein sollen. Es war daher auch der Einzug der umlaufenden 10- und 5-Guldenstücke in Gold erforderlich, welcher zufolge königl. Ordonnanz vom 9. Juni 1850 im vollen Nennwerth (50 Millionen Gulden) in der kurzen Zeit vom 17.—24. Juni 1850 stattfand. Dadurch kam damals viel Gold auf den Markt, was ein rasches Sinken der Goldpreise zur Folge hatte und grosse Angst verbreitete, weil man darin den Einfluss der Goldausbeute in Californien sehen wollte. Die Entdeckung der dortigen Goldlager hatte aber mit der Münzreform in Holland, welche früher schon beschlossen und in Vollzug gesetzt worden war, nichts weiter zu thun, als dass sie zuletzt den Einzug der Goldmünzen beschleunigte.

In Belgien galt, so lange dieses Land zum Königreich der Niederlande gehörte, gesetzlich der niederländische Münzfuss; ausserdem rechnete man aber von den früheren Herrschaften her auch nach dem alten Brabanter Courant und nach der französischen Valuta. Nach der Losreissung von Holland wurde durch ein Gesetz vom 5. Juni 1832 der französische Münzfuss und die Rechnung nach Franken zu 100 Centimen eingeführt, was keine besondern Schwierigkeiten hatte, weil schon vorher die französischen Münzen das Hauptcirculationsmittel in Belgien bildeten. Da bei dem Werthverhältniss von 1:15,5 wenig Gold im Umlauf blieb, so ordnete ein belgisches Gesetz vom 31. März

1847, also zu der nämlichen Zeit, als Holland die Doppelwährung abschaffte, die Ausprägung eigener Landesgoldmünzen von 10 und 25 Franken an, bei welchen das Werthverhältniss von Silber zu Gold gleich 1:15,792 oder ungefähr 2 Procent höher als das französische angenommen wurde. Eine natürliche Folge der zu hohen Werthung des Goldes war, dass die vollwichtigen Silberstücke in den Händen der französischen Kipperer blieben und für die Silberausfuhr nach Ostasien benützt wurden, der Verkehr in Belgien daher wie in Frankreich neben dem Gold nur die abgenützten Silbermünzen behielt. Die belgische Regierung sah sich hiedurch veranlasst, den kaum ausgegebenen eigenen Goldmünzen (14 Millionen Franken) durch ein Gesetz vom 28. Decbr. 1849 den legalen Curs wieder zu nehmen; damit war aber nicht geholfen, denn die französischen Goldmünzen verdrängten immer mehr das Silber und selbst die neuen französischen Bronzemünzen fanden den Weg nach Belgien, ungeachtet die französische Regierung eine Einlösungsverbindlichkeit nicht übernommen hatte. Bemerkenswerth ist, dass in Folge dieser Calamitäten eine vom belgischen Ministerium eingesetzte Commission die Frage in Berathung nahm, ob nicht der französische Münzfuss ganz zu verlassen sei; das Solidarverhältniss mit Frankreich war aber zu mächtig geworden, als dass Belgien für sich allein noch hätte eine Münzreform vornehmen können.

In einem ähnlichen Verhältniss befanden sich Italien und auch die Schweiz, in welcher durch Bundesgesetz vom 7. Mai 1850 an die Stelle des bis dahin in der verschiedenartigsten Form in Geltung gewesenen Schweizerfranken der französische Silberfrank zur Landesmünze erhoben wurde. Das Gold war von der neuen Organisation des Münzwesens ganz ausgeschlossen und eigene Goldmünzen hat die Eidgenossenschaft seither auch nicht geprägt. Neben den verhältnissmässig wenigen eigenen Courantmünzen kamen die gleichwerthigen französischen, belgischen, sardinischen und parmesanischen Silbermünzen in den Verkehr, verschwanden aber daraus bald wieder durch das Eindringen der im französischen Münzfusse ausgeprägten Goldmünzen, so dass die Schweiz unter den gleichen Uebelständen wie Frankreich selbst zu leiden hatte, wobei nur der Umstand etwas zu statten kam, dass wenigstens die aus einer Nickellegirung geprägten Billonmünzen (20-, 10- und 5-Rappenstücke) dem Lande zum grössten Theile erhalten blieben. Diess hatte denn auch die belgische Regierung zur Ausprägung ähnlicher Nickelmünzen veranlasst. Um dem Verschwinden der Silbercourantmünzen zu begegnen, hat die Schweiz durch Gesetz vom 31. Januar 1860 beschlossen, die Stücke von 2 Franken an abwärts künftig im Gehalte von 800 statt 900 Millièmes auszuprägen,

was eine Verringerung des Münzfusses um $\frac{1}{9}$ und gegenüber den französischen Goldmünzen ein Werthverhältniss von 1:13,77778 gibt. Da die letzteren Münzen zugleich durch jenes Gesetz volle Gültigkeit erlangten, so war damit der Uebergang zur Goldwährung ausgesprochen, welche durch den Pariser Münzvertrag vom 23. December 1865 weitere Anerkennung gefunden hat. Wegen des einfachen decimalen Verhältnisses hätte es sich übrigens empfohlen, dass in diesem Münzvertrag statt des Gehalts von $\frac{835}{1000}$ derjenige von $\frac{800}{1000}$, wie ihn die Schweiz gewählt hatte, für die neuen Scheidemünzen allgemein angenommen worden wäre.

Wir fahren fort, über die Münzwährungen in den verschiedenen Staaten noch Einiges anzuführen.

In Schweden und Norwegen ist die Silberwährung in Kraft; daneben hat aber Schweden den Ducaten in Gold, dessen Werth früher zu 2 Reichsthaler tarifirt war und ausserdem bestand längere Zeit, namentlich unter Karl XII., auch noch die eigentliche Kupferwährung, indem als gesetzliche Zahlungsmittel gestempelte Kupferplatten bis zu 7 Pfd. im Gewicht, die sogenannten Ploten, ausgegeben wurden. Der schwedische Reichsthaler, welcher 14 Loth 1 Grän oder $\frac{878}{1000}$ Feingehalt hatte, stimmte ziemlich genau mit dem Hamburger Species-thaler; er war in 48 Schillinge, der Schilling in 12 Rundstücke eingetheilt.

In Folge der allgemeinen Störungen am Anfange dieses Jahrhunderts waren Gold und Silber verschwunden und durch Bankbillette ersetzt worden. Als im Jahre 1830 die Reichsbank die Zahlungen in Silber wieder aufnahm, bestimmte ein Gesetz, dass das Silber zu $\frac{75}{100}$ Feine ausgeprägt werde und 25 ganze Reichsthaler Species 2 schwedische (Schal-)Pfund wiegen sollen. Auch wurde durch eine Verordnung vom 9. Mai 1835 festgesetzt, dass der Ducaten $\frac{80}{82}$ fein Gold enthalten und 125 Ducaten ein Schalpfund wiegen sollen. Der Preis dieses Ducaten wurde unter dem 1. April 1842 bei der Einnahme zu 5 Thlr. 28 Schill., bei der Ausgabe zu 5 Thlr. 32 Schill. Banco von der Reichsbank bestimmt. Berücksichtigt man, dass in Schweden durch das Gesetz vom 1. März 1830 8 Reichsthaler Banco gleich 3 Reichsthaler Species gesetzt waren, so ergibt sich ein Verhältniss des Silbers zum Golde von 1:15,7031, beziehungsweise 1:15,9375. Ausser der Species-Valuta, welche die ursprüngliche des Landes war, und dem Banco-Geld, das durch Sistirung der Einlösung in Silber zuletzt auf den oben angegebenen Werth sank, entstand durch Ausgabe von Reichsschuldzetteln in Schweden auch noch die Rechnung nach Reichsmünze, wobei 3 Reichsthaler Riksgeld gleich 2 Reichsthaler Banco galten.

Durch die »Verordnung für Leitung und Verwaltung der Bankanstalt« vom 23. Mai 1845 wurde ferner bestimmt, dass der Reichsthaler (Riksdaler) künftig ohne alle weiteren Zwischenabtheilungen in 48 Schillinge (Skillingar) zu 4 Stüber (Styfver), also der Schilling nicht mehr wie früher in 12 Rundstücke (Runstycken), getheilt und der Reichsthaler dem 4ten Theile des bisherigen Reichsthalers Species oder 12 Schillingen Speciesgeld, oder $\frac{2}{3}$ Thalern = 32 Schillingen Banco-Währung gleich sein soll.

Von 1847—1854 suchte die schwedische Regierung das metrische System bei den Gewichten und Maassen einzuführen, was aber grossen Widerstand von Seite des geistlichen und bauerlichen Standes erfuhr; doch wurde unter Beibehaltung der alten Einheiten das Decimalsystem in Anwendung gebracht. Gemäss dem Gesetze vom 3. Februar 1855 wiegt der Reichsthaler Reichsmünze, nach welchem jetzt gerechnet wird, $\frac{2}{100}$ schwedische Pfund à $\frac{75}{100}$ fein und ist in 100 Oere eingetheilt. Nach 8 Jahren, im Jahre 1863, war diese Reform beendet; sie dehnte sich jedoch nicht auf Norwegen aus, wo jetzt noch der Speciesthaler à 120 Schillinge gilt.

Dänemark hat sich früher wegen seiner Handelsverbindungen hauptsächlich nach dem Münzwesen der Hansastädte gerichtet. Nach den Gesetzen vom 5. Januar 1813 und 10. Februar 1854 ist die Münzeinheit der Reichsthaler (Reichsbankthaler), $18\frac{1}{2}$ Stück auf die kölnische Mark Feinsilber, welcher in 6 Mark à 16 Schillinge eingetheilt wird. Zwei Reichsbankthaler sind gleich einem Reichsthaler Species oder 192 Schillingen. Zu den früher schon geprägten Ducaten und einfachen Pistolen kamen im Jahre 1827 noch doppelte Pistolen (Frederik- und Christiand'or), welche jedoch keinen gesetzlich bestimmten Werth haben.

In Russland ist die Münzeinheit seit der Mitte des 17. Jahrhunderts der Rubel in 100 Kopeken eingetheilt. Das bei den Ausmünzungen zu Grunde gelegte Gewicht ist das russische Pfund zu 96 Solotnik à 96 Doli. Ganze und halbe Imperialen in Gold zu 10 und 5 Rubel wurden zuerst unter der Regierung der Kaiserin Elisabeth im Jahre 1755 geprägt; ausserdem gab es seit Peter dem Grossen doppelte und einfache russische Ducaten zu $4\frac{1}{2}$ und $2\frac{1}{4}$ Rubel Werths, auch sogenannte Andreasducaten zu 2 Rubel. Bemerkenswerth ist, dass nach einem Ukas vom Jahre 1763 eine Zeit lang eigene Kopekenmünzen für Sibirien aus Kupfer geprägt wurden, welches einen geringen Gold- und Silbergehalt hatte. Letzteren sah man damals nicht als scheidewürdig an und dennoch bestimmte man den Werth dieser Münzen nach dem Werthverhältniss aller drei Metalle. Auch aus Pla-

tin wurden seit 1828 Stücke zu 3, 6 und 12 Rubel geprägt, in welchen das Pfund dieses Metalls zu $118^{154/233}$ Silberrubel ausgebracht war; diese Platinmünzen fanden aber keinen Anklang und kamen im Jahre 1845 wieder ausser Gebrauch. In Russland hatte man überdiess schon unter Katharina II. Bankassignationen als Zahlungsmittel eingeführt, um den Verkehr, welcher damals hauptsächlich auf Kupfermünzen angewiesen war, zu erleichtern. Der Curs der Papierrubel sank während der Kriege am Anfange dieses Jahrhunderts immer mehr und um der Landeswährung einen festen unveränderlichen Werth zu geben, verordnete ein Ukas vom 1. (13.) Juli 1839, dass künftighin die Silbermünze das Hauptzahlungsmittel für das ganze russische Reich und der Silberrubel die gesetzliche Münzeinheit sein soll, nach der alle Rechnungen zu führen sind. Für die Bankassignationen aber wurde der Curs unabänderlich auf $3\frac{1}{2}$ Papierrubel gleich 1 Silberrubel festgesetzt, nach welchem Verhältniss auch im Jahre 1843 der Umtausch der Bankassignationen gegen die mit der Silbermünze gleich gewertheten Reichscreditbillets stattfand. Nach den noch jetzt gültigen Vorschriften des kaiserlichen Manifestes vom 20. Juni 1810 ist das Gewicht von 100 Silberrubel 5 Pfd. 6 Sol.; es werden mithin bei dem Feingehalt von $83\frac{1}{3}$ Solotnik (13 Loth 16 Grän) aus dem feinen Pfunde $22^{34/45}$ Rubel ausgebracht. Ferner bestimmte der Ukas vom 14. Febr. 1817, dass künftig nur halbe Imperialen und zwar, wie früher schon, $62^{26/45}$ Stück aus dem Pfunde von 88 Sol. (22 Karat) Feingehalt geprägt werden sollen. Es kommen daher auf das feine Pfund Gold $68^{4/15}$ Stück Halb-Imperialen oder $341\frac{1}{3}$ Rubel, was genau dem Werthverhältniss zwischen Gold und Silber von 1:15 entspricht. Da hiebei das Gold zu niedrig gewerthet war, so wurden die Goldmünzen 3 Procent über ihren Nennwerth oder im Werthverhältniss von 1:15,45 tarifirt, also der ganze Imperial zu 10 Rubel 30 Kop., der halbe zu 5 Rubel 15 Kop.

Aber auch dieses dem französischen angenäherte Verhältniss entsprach nach der Entdeckung der Goldminen in Californien den Handelspreisen der Edelmetalle nicht mehr und das Silber ging ausser Landes, wesshalb mittelst Verordnung vom Januar 1851 die Silberausfuhr aus Russland, Polen und Finnland strenge verboten wurde. Dessenungeachtet ist in der letzten Zeit in Russland das Silbergeld immer mehr durch Gold und papierne Zahlungsmittel verdrängt worden und selbst die kleineren Theilmünzen von Silber konnten nur durch bedeutende Verringerung ihres Gehaltes im Umlauf erhalten werden. Nach einer Angabe von Wallenberg soll die russische Regierung durch einen Ukas vom 11. Novbr. 1865 in Finnland ein dem französischen beinahe

gleiches Münzsystem eingeführt haben. Würde diese Anordnung auch auf die übrigen Provinzen des Reichs ausgedehnt und würde zugleich die russische Regierung durch eine Aenderung ihrer Handelspolitik den Verkehr mit den Nachbarstaaten erleichtern, so wäre damit der internationalen Münzeinigung auch vom fernen Osten Europa's her Bahn gebrochen.

Spanien prägte früher als Hauptsilbermünze den Silberpiaster oder spanischen Thaler (Peso duro, in Amerika Dollar), welcher in allen Welttheilen cursirte; derselbe galt 20 Reales de Vellon d. h. von Billon — geringhaltigem Silber, oder 8 Reales de Plata mexicana, woher er auch Peso de a ocho (Stück vom Achten) heisst. Anstatt der Ducaten liess Kaiser Karl V. im Jahre 1537 zuerst Kronen, 68 Stück aus einer 22 Karat feinen Goldmark von 230,071 Grammen schlagen. Späterhin wurden meistens doppelte Kronen geprägt, die man Doppien, Dublonen oder Pistolen hiess (Piastoles, Plättchen oder Stückchen); diese Goldstücke haben allmählig die Ducaten auch in andern Ländern verdrängt und den Louisd'oren sowie den Pistolen in Norddeutschland als Muster gedient. Der Werth der Goldmünzen stieg in der Folge immer mehr und ebenso auch das Werthverhältniss zwischen Silber und Gold. Letzteres stand vor dem Jahre 1848 auf 1:16,508, indem $8\frac{1}{2}$ Stück Quadrupel oder 4fache Pistolen im Werth von 16 Silberpiastern auf die spanische rauhe Mark Gold von 21 Karat Feingehalt gingen, während $8\frac{1}{2}$ Silberpiaster auf die Mark Silber im Feingehalt von $14\frac{4}{9}$ Loth gerechnet wurden.

Die castilianische Währung, nach welcher alle früheren spanischen Münzen geprägt waren, hatte verschiedene Rechnungsmünzen neben einander, welche dadurch entstanden, dass die spanischen Münzsorten bald erhöht, bald heruntergesetzt, fast nie aber wirklich verrufen wurden. Ausserdem gab es in Spanien, abgesehen von den ausserhalb Europa gelegenen Besitzungen, noch 5 weitere Provinzialwährungen, welche bis in die neueste Zeit im Gebrauch blieben. Um Ordnung in das spanische Münzwesen zu bringen, erschien das Gesetz vom 15. April 1848, welches den Real als Münz- und Rechnungseinheit erklärte. Der Doblón de Isabel in Gold soll gesetzmässig in Silber 5 Duros zu 20 Reales oder 10 Escudos zu 10 Reales à 10 Decimas gelten. Es wurde also die Doppelwährung beibehalten und das Decimalsystem, jedoch nicht vollständig in allen Unterabtheilungen, eingeführt, während bei den Maassen und Gewichten in Spanien das französische metrische System zur vollen Geltung kam. Das Münzgesetz von 1848 schreibt auch für alle Gold- und Silbermünzen den Gehalt von $\frac{9}{10}$ Feinmetall vor. Da ferner als Ausmünzungsnorm aufgestellt ist, dass

$8\frac{3}{4}$ Duros oder 175 Realen aus der rauhen spanischen Mark Silber und $27\frac{6}{10}$ Doblonen oder 2760 Realen aus der rauhen Mark Gold geprägt werden, so ergibt diess ein Werthverhältniss zwischen Silber und Gold von 1:15,771, welches jedoch, weil es zu hoch war, schon im Jahre 1854 auf das jetzt gültige, dem französischen nahe stehende Verhältniss von 1:15,480 abgeändert wurde, indem man das Gewicht der Doblonen etwas vergrösserte, dasjenige der Silberstücke aber verminderte. Auch ist die Zulassung der französischen und englischen Goldmünzen aufgehoben und denselben die Eigenschaft als Waaren beigelegt worden. Das neueste spanische Münzgesetz ist vom Jahre 1864; dasselbe stellt, dem reinen Decimalsystem entsprechend, den Escudo von 12,980 Grammen Silber à $\frac{9}{10}$ Feingehalt als neue Münzeinheit auf und bestimmt, dass die Stücke von 4 Realen (Pezetas), 2 und 1 Realen als Hilfsmünzen in dem niedrigeren Gehalt von 810 Millièmes ausgeprägt werden.

Ebenso kamen in Portugal früher wiederholt bedeutende Veränderungen in dem Gehalt der Münzen und in dem Werthverhältniss zwischen Silber und Gold vor. Im Jahre 1822 wurde letzteres auf 1:15,484, im Jahre 1847 auf 1:16,515 festgesetzt, was die Folge hatte, dass das Silber aus der Circulation verschwand. Diess veranlasste die portugiesische Regierung, im Jahre 1855 gesetzlich die Goldvaluta einzuführen und seitdem wird dort das Silbergeld nur als Scheidemünze um nahezu 8 % geringer als das Gold ausgeprägt. Der Feingehalt aller Gold- und Silbermünzen ist wie in England $1\frac{1}{12}$ oder $916\frac{2}{3}$ Millièmes. Man rechnet nach Reïs, welche Münzeinheit aber so klein ist, dass sie nicht ausgeprägt wird. Die ganzen Goldkronen (Coronas d'ouro) gelten 10 Milreïs à 1000 Reïs. Uebrigens existiren nur geringe Quantitäten eigener Goldmünzen, da in Portugal das Pfund Sterling zu $4\frac{1}{2}$ Milreïs gesetzlichen Curs hat.

Von den übrigen europäischen Staaten sind noch drei anzuführen, welche sich in der letzten Zeit an das französische Münzsystem angeschlossen haben.

Für den Kirchenstaat hat ein päpstliches Edict vom 16. Juni 1866 ausgesprochen, dass die neue Münzeinheit der Livre im Werthe von 5 Grammen Silber und von 0,32258 Grammen Gold, beide im Gehalt von $\frac{900}{1000}$ sein soll, wobei die Ausprägung mehrerer, von den französischen verschiedener Silbermünzsorten vorbehalten wurde. Später ist jedoch die päpstliche Regierung der Convention vom 23. Decbr. 1865 vollständig beigetreten.

Diess hat auch Griechenland mit dem Münzgesetz vom 10. April 1867 gethan, durch welches die Drachme zu 100 Lepta dem

französischen Franken ganz gleichgestellt wird. Mit dem Eintritt der Wirkung dieses Gesetzes sollen alle öffentlichen und Privatschulden im Verhältniss von 100 alte Drachmen = 89 neue, und alle Zahlungen an Gehalten, Pensionen, Entschädigungen, Abgaben, Strafen etc. im Verhältniss von 100 alte Drachmen = 90 neue umgerechnet werden. Da die nach dem früheren Gesetz vom 8. (20.) Febr. 1833 ausgeprägte Drachme 4,477 Gramme Silber zu $\frac{9}{10}$ fein enthielt, so ist das genaue Verhältniss 100 alte Drachmen = 89,54 neue; die Differenz beträgt daher im ersten Falle 0,603 % zum Nachtheil des Gläubigers und im zweiten Falle 0,5137 % zum Vortheil des Bezugsberechtigten.

Das französische System der Maasse und Gewichte hat Griechenland schon im Jahre 1836 angenommen.

Endlich ist auch in den Donaufürstenthümern mit dem 1. Januar 1868 ein neues Münzgesetz in Kraft getreten, demzufolge in Rumänien nicht mehr nach Piastern und Para, sondern nach neuen Lei und Ban, gleich einem französischen Franken, beziehungsweise einem Centimen, gerechnet wird, wobei übrigens die Silbermünzen das gesetzliche Zahlungsmittel bleiben.

Von den asiatischen Ländern führen wir der Merkwürdigkeit wegen nur Persien an, weil dort schon seit längerer Zeit die Goldvaluta besteht.

In Amerika hat Brasilien ebenfalls die Goldwährung, während diese in Chili durch ein Gesetz vom 9. Januar 1851 abgeschafft und dafür der französische Fünffranken in Silber (Peso) eingeführt wurde.

Auch in Peru, Neu-Granada und Mexiko ist in neuester Zeit das französische Münzsystem eingeführt worden, womit aber die früheren, durch die Doppelwährung entstandenen Missstände im Münzwesen noch nicht vollständig beseitigt zu sein scheinen, indem namentlich über das Verschwinden der neuen Silbermünzen geklagt wird.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten nach dem Münzgesetz vom 18. Januar 1837 die Doppelwährung und es war vorgeschrieben, dass die 10-Dollarsstücke in Gold (Eagles) 258 Troy-Grän, die Dollars in Silber 412 $\frac{1}{2}$ Grän, beide $\frac{9}{10}$ fein, wiegen sollen, was die Werthrelation von 1:15,988 ergab. Bei dieser hohen Werthung des Goldes verschwanden die vollwichtigen Silbermünzen immer mehr, namentlich seitdem das Gold aus den neu entdeckten Minen zuströmte. Um die dadurch für den Verkehr entstehenden Uebelstände zu beseitigen, wurde durch eine Congressacte vom 21. Februar 1853 das Gewicht des halben Dollars von 206 $\frac{1}{4}$ auf 192 Grän und entsprechend auch dasjenige der kleinen Stücke von $\frac{1}{4}$ Dollar, 10 und 5 Cents reducirt. Diese Gehaltsverringerung beträgt daher nahezu 7

Procent und entspricht einem Werthverhältniss des Silbers zum Gold von 1:14,8837, welches etwas höher als das englische und das neue französische Verhältniss ist. Noch geringhaltiger werden schon seit 1851 die kleinsten Silberstücke zu 3 Cents à 750 Millièmes fein ausgeprägt und seit 1857 gibt es auch Cents aus Nickel. Das Münzgesetz von 1853 enthält ferner die Bestimmung, dass Niemand schuldig sei, mehr als 5 Dollars in Silberscheidemünzen anzunehmen. An dem Gehalt der ganzen Silberdollars wurde dagegen nichts geändert und letztere sind als gesetzliche Münzen für alle Zahlungen beibehalten, ähnlich wie diess in Frankreich mit den silbernen Fünffrankenstücken der Fall ist. In Wirklichkeit besteht aber die Doppelwährung in den Vereinigten Staaten gegenwärtig nicht mehr, weil die verhältnissmässig wenigen vor 1853 ausgegebenen silbernen Dollarstücke mit den älteren Theilstücken des Dollars fast gänzlich aus der Circulation gezogen und durch Golddollars ersetzt worden sind, neue Ausprägungen aber bei den seitherigen Silberpreisen nicht vorgenommen werden konnten.

Unterm 17. Mai 1866 hat eine aus 5 Mitgliedern bestehende Commission dem Repräsentantenhause einen interessanten Bericht über die Münzen, Gewichte und Maasse erstattet und darin ausgesprochen, dass es bei einer Münzreform in den Vereinigten Staaten Aufgabe sei, ein gleichförmiges Münzsystem für den Verkehr aller civilisirten Nationen aufzufinden, wozu die allgemeine Pariser Ausstellung im Jahre 1867 Anlass geben werde.

Ueberblickt man die dargestellten thatsächlichen Verhältnisse und die Veränderungen, welche die Münzgesetzgebung verschiedener Länder in früheren Zeiten erfahren hat, so kommt man zu dem Ergebniss, dass die Doppelwährung sowohl aus wissenschaftlichen als auch aus practischen Gründen zu verwerfen ist und dass dieses System nur die Brücke bildet, um zur einheitlichen Währung, sei es in Gold, sei es in Silber, zu gelangen. Es ist aber ferner nicht zu verkennen, dass das Gold in der Metallcirculation des Weltverkehrs immer mehr die überwiegende Stelle einnimmt, während früher der spanische Silberpiaster und der französische Fünffrankenthaler eine Art Weltmünze waren. Wenn es sich daher heutigen Tags davon handelt, dem immer mehr hervortretenden Bedürfniss einer principalen Valuta und einer Münzeinheit für Werthberechnungen im Welthandel Genüge zu leisten, so kann mit aller Sicherheit ausgesprochen werden, dass diese Rolle früher oder später dem Golde ausschliesslich zufallen muss, wodurch selbstverständlich dieses Metall auch den Werthmesser für das Silber abgibt. Was einzelne, ihrer Zeit weit vorgeschrittene Gelehrte schon

vor vielen Jahren angestrebt haben, geht jetzt naturgemäss in Folge der grossen Goldproduction, welche den Verkehr belebt, seiner Verwirklichung entgegen.

So schrieb Prof. Hegewisch in Kiel am Ende des vorigen Jahrhunderts in einem Aufsatze über einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuss folgendes *):

»Noch vor funfzig Jahren würde man eine Idee dieser Art den frommen Wünschen beigezählt haben, die mehr gut gemeint, als ausführbar sind, und einen mehr mit Träumen, als mit der wirklichen Welt beschäftigten Kopf verrathen.

Gegenwärtig scheinen sich unter den europäischen Nationen richtige Begriffe von allem, was ihr wahres Interesse betrifft, hinlänglich verbreitet zu haben, um einem Vorschlag, der auf evidente Wahrheiten gegründet ist, Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Hier sind diese evidenten Wahrheiten:

1) Geld ist nichts anderes, als eine Waare.
2) Das Verkehr der Nationen mit andern soll auf alle mögliche Weise erleichtert und befördert werden.

3) So wie nun das Verkehr der Nationen mit einander recht sehr würde erleichtert und befördert werden, wenn sie sich alle einerley Maasses und Gewichtes bedienten; so würde ebenfalls die Einführung eines allgemeinen Münzfusses vorzüglich viel dazu beytragen können. Wie viel Zeit würde der Kaufmann ersparen, die er jetzt auf die Berechnung des Werths der verschiedenen Münzsorten gegen einander wenden muss? Wie viel Irrthümer bey Rechnungen würden dadurch verhütet werden?

Die Wechselgeschäfte würden unendlich einfacher seyn, als sie jetzt sind. Auch der ungeübteste, auch der Nichtkaufmann, der blos gesunden Menschenverstand besässe, würde dann sich leicht in das Wechselwesen finden können, das jetzt denen, die nicht auf einem Contoir gleichsam eingeweiht sind, mit heiligem Dunkel umgeben scheint.

Die Agiotöre würden freylich bei der Ausführung unseres Vorschlags viel verlieren. Aber das Publicum würde recht viel dabey gewinnen.

Welche Bequemlichkeit würde daraus für diejenigen Reisenden entstehen, deren Sache es eben nicht ist, sich so genaue Kenntnisse von Geldsachen zu erwerben.

Diese Kenntnisse gehören jetzt zu den kaufmännischen Kenntnissen, das ist, zu denen, die nur der Kaufmann Gelegenheit hat, sich durch

*) Büsch's sämmtliche Schriften über Banken u. Münzwesen. Hamb. 1801.

die Uebung vollständig und geläufig zu machen. Diese Kenntnisse aber würden alsdann ganz wegfallen, sie würden aufhören, ein Vorzug des Kaufmanns zu seyn, wenn einerley Münzfuss in ganz Europa eingeführet würde.

Der Edelmann, der Gelehrte, der Künstler, die nach Frankreich, Italien oder England reisen wollten, hätten dann nicht mehr nöthig, irgend einen Bankier zu begrüßen, dass er ihnen ihr Geld in Geld des Landes, wohin sie zu reisen dächten, umsetzen liesse. Jetzt müssen diese Art Reisende es oft als eine grosse Gefälligkeit ansehen, dass sich ein Bankier findet, der ihnen diesen Dienst erweist, wofür sie ihm gleichwohl auch noch eine Provision bezahlen müssen.

Die Einführung eines allgemeinen Münzfusses kann nur durch eine Verabredung der europäischen Nationen bewerkstelliget werden. Es würde dabey nöthig seyn, zwey Regeln zu beobachten:

1) Der Grad der Feinheit des auszumünzenden Goldes und Silbers, und der Grad der Feinheit dieser Metalle, wie sie von den Goldschmieden und andern Künstlern verarbeitet werden sollen, müssen dergestalt bestimmt werden, dass die Goldschmiede und Künstler keinen Vortheil dabey finden könnten, die Münze zum Behuf ihrer Arbeiten einzuschmelzen.

2) Den Münzen müsste eine solche Form gegeben, und sie müssten mit solcher Accuratesse ausgeprägt werden, dass dadurch das Beschneiden und alle die Kipper- und Wipperkünste, so viel möglich, verhütet würden.

Man muss gestehen, bei der Ausführung dieses Vorschlages würden sich grosse Schwierigkeiten hervorthun. Sie würden sich aber doch, wenn es den Nationen ein Ernst wäre, überwinden lassen. Die Ummünzungen würden Kosten verursachen. Aber welche Kosten würden besser angewandt seyn?

Der Schlageschatz würde wegfallen, welches für diejenigen, die darin Quelle von Gewinn zu finden glauben, ein Verlust scheinen möchte. Aber man weiss heut zu Tage, dass diese Quelle weder sehr rühmlich, noch sehr ergiebig ist.

Die Abgaben und Zölle, die Gehalte und Besoldungen, die Geldsummen, die Obligationen, Contracte u. s. w., welche in bis dahin üblichen Geldsorten bestimmt worden, müssten auf die neue allgemeine Münze reducirt werden. Zeit und Arbeit würde dazu gehören. Aber man würde doch mit diesem Geschäfte zu Ende kommen.

Ohne Zweifel verdiente diese Sache eben so sehr, als der von einigen vorgeschlagene ewige Friede, auf einem allgemeinen europäischen Congresse erwogen zu werden. Der ewige Friede zwar würde

unstreitig ein grösseres Gut seyn, als ein allgemeiner Münzfuss. Aber die aus letzterem entspringenden Vorthelle und Bequemlichkeiten wären doch auch nicht zu verachten.

Allen obigen Schwierigkeiten könnte vielleicht am kürzesten dadurch abgeholfen werden, wenn die europäischen Nationen vorerst nur für das eine der beyden Metalle, für das Gold, einerlei Münzfuss annehmen wollten. Das Silbergeld könnte dann vorerst in jedem Lande nach dem bisher daselbst üblichen Fusse beybehalten werden, so lange nämlich, bis man alle Schwierigkeiten aus dem Wege geschafft hätte, die sich einem allgemeinen Münzfusse auch in Ansehung dieses Metalls zu widersetzen scheinen.

Dieser hier blos hingeworfenen Idee würde ein glückliches Schicksal bestimmt seyn, wenn ein Mann, wie Herr Prof. Büsch, es der Mühe werth fände, seine Gedanken darüber mitzutheilen.

Dieses hat Büsch gethan und man findet in dessen Schriften nachstehende Aeusserungen von ihm, welche die Schwierigkeiten hervorheben, die bei der Ausführung des Vorschlags von Hegewisch zu jener Zeit befürchtet wurden.

»Wahr ist es freilich, dass in allen denen Umsätzen, welche die Handlung verschiedener Staaten mit einander veranlasst, die Verschiedenheit des Münzfusses eine erhebliche Schwierigkeit macht. Diese Umsätze gehen daher in dem inländischen Gewerbe grosser Staaten, die einerley Münzen haben, viel leichter fort, als von einem Staate zu einem andern. Indessen wird es immer einer von den frommen unerfüllten Wünschen bleiben, dass die polizirten und handelnden Staaten sich für einerley Münze vereinigen.

An sich hat die Sache keine unüberwindliche Schwierigkeit. Zwar müsste eine Vereinigung über das Gewicht vorhergehen, wenigstens über das in der Münze anzuwendende Gewicht. Aber dies allein möchte leicht zu bewirken seyn. In Deutschland allein besteht eine grössere Mannigfaltigkeit der Münzen, als in dem übrigen Europa zusammen genommen, wenn man Italien ausnimmt, wo ebenfalls die Menge der von einander unabhängigen Staaten eine grosse Verschiedenheit der Münzen veranlasst hat. Allein schon längst hat man sich im ganzen deutschen Reiche für einerley Münzgewicht vereinigt, nemlich für die Cöllnische Mark. Wiewohl nun dies zu einer Zeit geschah, da noch die Münzgesetze sehr allgemein für ganz Deutschland galten, so ist man doch von diesem Gewichte nicht abgewichen, seitdem man von jener Allgemeinheit der Münzverfassung wieder abgegangen ist.

Aber nachstehende Schwierigkeiten sind desto wichtiger:

1) Die Münzkunst hat nicht eine gleiche Vollkommenheit in allen

europäischen Staaten. Nach einer allgemeinen Vereinigung für einerley Münzfuss würde sich doch bald finden, dass die Münzen eines Staates nicht genau den Gehalt hätten, den sie in einem andern Staate haben. Hier würde man dem Münzmeister ein grösseres, dort ein kleineres Remedium in Rücksicht auf die mindere oder mehrere Vollkommenheit in seiner Kunst, die sich bey ihm annehmen lässt, erlauben müssen, und, sobald man dies wüsste, würde man die Münzen desjenigen Staates, der ein grösseres Remedium erlaubt, wenigstens in einzelnen Stücken nicht für zuverlässig und gleichhaltig mit der Münze anderer Staaten ansehen.

- 2) Man würde dabey entweder
- a) ein gleiches Verhältniss zwischen dem Golde und Silber in den Münzen festsetzen, oder
 - b) demselben seinen freyen Lauf lassen.

In dem ersten Falle würde die Handlung und andere Vorfälle dennoch von Zeit zu Zeit machen, dass das eine oder das andere Metall hier oder dort mehr gesucht würde. Die Nationen, welche den Handel auf Indien und China lebhaft treiben, würden mit ihrem Golde das Silbergeld derer Nationen suchen, welche diesen Handel nicht treiben. Eine in Krieg verwickelte Nation würde das Gold der übrigen Nationen suchen. Dadurch würden Schwankungen in dem Werthe dieser edlen Metalle entstehen und die zum Zwecke gesetzte Gleichheit in dem Werthe der Münzen würde bald im Golde, bald im Silber verrückt werden, folglich wenigstens ein Theil der Schwierigkeiten wieder entstehen, welchen man durch diese Vereinigung für einen Münzfuss abhelfen wollte. Es würde ein Handel mit den Gold- und Silbermünzen von einem Lande zum andern bald wieder entstehen, und zwar, so wie jetzt, auf Unkosten desjenigen Theils vom Volke, der sich nach Bild und Ueberschrift blindlings richtet.

Der Herr Verfasser jenes Aufsatzes wünscht, dass wenigstens das Gold auf einen Münzfuss in allen Staaten gesetzt würde. Diess hat gewissermassen schon Statt in dem holländischen Ducaten. Mit diesem kann man das ganze östliche und nördliche Europa durch, und selbst bis in Arabien und Indien reisen, wo man, wie mich Hr. Niebuhr versichert hat, dessen Werth überall kennt. Aber so wie er jetzt einen ungemein verschiedenen Zahlwerth in den verschiedenen Silbermünzen aller dieser Völker hat, so würde er ihn auch dann noch haben, wenn die Silbermünzen ganz gleich wären.

In dem zweyten Falle würde diess noch viel freyer fortgehen. Gleiche Goldmünzen würden in einem Lande höher, in dem andern niedriger stehen, und der Gewinn, der sich auf deren Verführung und

Verwechslung von einem Lande zum andern machen liesse, ungemein viel leichter zu berechnen seyn, als jetzt. So wie die Sache jetzt ist, bleibt es eine mehr verwickelte Sache. Nicht jeder weiss sie zu berechnen, und die, welche es verstehen, können das Geschäft nicht weiter treiben, als es ihre Kräfte zulassen.

3) Man würde sich über einen allgemeinen Schlagschatz vereinigen müssen. Denn, wenn diess nicht geschähe, so würde in dem Staate, dessen Regenten den geringsten Schlagschatz nähmen, das Geld bey gleichem Schrote und Korn wohlfeiler seyn, als in den übrigen, und die in meiner Abhandlung vom Schlagschatze erläuterten Münzfehler würden auf dasselbe alle mögliche Wirkung haben.

Aber diese Vereinigung für einen ganz gleichen Schlagschatz ist so gut als unmöglich. Anders muss der Staat verfahren, der die Metalle aus seinem Grunde und Boden gewinnt; anders derjenige, der sie durch die für ihn überwiegende Bilanz der Handlung an sich zieht; wieder anders der, in dessen Handlung der Handel mit den edlen Metallen ein Hauptgegenstand ist, und anders der, welcher eine Zettel- als der, welcher eine Giro-Bank hat. Hr. Prof. Hegewisch meint, der Schlagschatz würde oder müsste bei einer solchen Vereinigung ganz wegfallen. Aber das würde auch alsdann aus vielen besondern Gründen noch weniger rathsam seyn, als ich glaube bewiesen zu haben, dass es unter der jetzigen Verschiedenheit des Münzfusses ist.

4) Wenn gleich die Sache in Ansehung der gröbern Münzen sich ins Werk richten liesse, so würde sie in Ansehung der kleinern Münzen nicht möglich seyn. Eine Nation kostet das Kupfer wenig, und sie kann und muss daher ihre Scheidemünzen schwer an Kupfer machen, um ihnen einen verhältnissmässigen Werth gegen die Münzen von edlen Metallen zu geben. Bey einer andern Nation ist es umgekehrt. Wieder eine andere Nation ist zu arm, und kann in ihrem inländischen Gewerbe wenig andere als Kupfermünze in Umlauf bringen, und nach den Umständen ihrer inländischen Handlung darin erhalten. Sie würden aber auch diess nicht einmahl erhalten können, wenn die Schätzung von deren Werthe gegen ausländisches Geld so leicht zu berechnen wäre, als es bey einem allgemeinen Münzfusse auch in Kupfer seyn würde. Schweden verlor in dem schlechten Zustande seiner Handlung und seines Bankwesens von dem Jahre 1745 an alles sein Kupfergeld. Denn es war schwer, und einer zuverlässigen Schätzung gegen das Silbergeld anderer Nationen fähig. Dänemark behält in fast ähnlichen Umständen doch wenigstens sein Kupfergeld. Denn es ist leicht und keiner festen Evaluation gegen das Geld anderer Staaten fähig, deren keiner die ihm schuldige Bilanz in demselben bezahlt zu haben verlangt.

Wenn auch die ganze Sache zur Wirklichkeit gebracht wäre, so würde der Vorthail davon sich nicht weiter erstrecken, als 1) auf die Reisenden, die nun in keinem Lande neues Geld kennen lernen, auch nicht mehr Gefahr laufen würden, in den ersten Tagen ihres Aufenthalts von diesem und jenem wegen mangelnder Kenntniss der Landesmünze betrogen zu werden. Doch wer weiss nicht, wie wenig dazu gehöre, um sich bald über diese Schwierigkeit hinaus zu helfen?

2) Auf eine Erleichterung der rohen Rechnung in Handlungs-Unternehmungen und insonderheit in Speculationen. Ein von Bourdeaux her gesandtes Contofinto würde ohne weitere Reduction dem Speculanten sagen, wie theuer der dort angekaufte Caffee oder Indigo in das damit zu befrachtende Schiff gelangen würde. Doch nur dieser Reduction des französischen Geldes auf das Geld seines Landes würde er überhoben sein. Aber den Veränderungen des Wechselcourses würde er sich eben so gut, wie jetzt, unterwerfen müssen. Dieser würde nicht anders, als jetzt, durch eine Folge des Zustandes der Handlung im allgemeinen sich aufs Pari stellen. Er würde bei einer anhaltenden Unterbalanz, und unter andern auf ihn Einfluss habenden Veranlassungen, eben so gut um 6 Procent vom Pari abweichen, als er jetzt von Zeit zu Zeit thut. Wenn z. B. England den Hamburgischen Bancothaler wirklich als Landesmünze gebrauchte, und jetzt 100,000 Thaler von Hamburg her in London zu bezahlen wären, so würden doch, eben so wohl als jetzt, bey Wechseln und Assignationen die Zinsen bis zum Tage der Zahlung in Betracht kommen, und für alles Geld, das baar übersandt werden müsste, der Banker Fracht, Assecouranz, Briefporto etc. dem, welcher sich seiner Dienste bedient, berechnen, und ihm den in London zu bezahlenden Bancothaler höher, als den baaren Thaler in Hamburg anschlagen.

Auch der Reisende würde nicht, wie oben gesagt wird, der Dienste des ausländischen Bankers überhoben sein können. Alles Geld, dessen man auf einer weiten Reise bedarf, mitzunehmen, ist unsicher. Dann aber würde der Banker, der mir auf meinen Creditbrief in fernen Landen Geld giebt, in dem alten Wege bleiben, und mir jeden Thaler, den er mir heute giebt, blos deswegen theurer anrechnen, weil er ihn erst nach Verlauf einiger Zeit wieder einzieht. Auch das ist nicht zu übersehen, dass der Reisende auf den Wechselkurs oft gewinnt. Wer jetzt nach Frankreich reiset, der reiset um etwa 4 Procent wohlfeiler, als vor zwey Jahren.«

Diese von Büsch angeführten Gegengründe stützen sich zum Theil auf frühere münzpolitische Ansichten, welche jetzt allgemein ver-

lassen sind, zum Theil haben sie ihre thatsächliche Widerlegung schon durch die inzwischen in den deutschen Bundesstaaten ausgeführten gemeinsamen Münzreformen gefunden. Der Pariser Münzvertrag von 1865 liefert aber den Beweis, dass auch völlig unabhängige Staaten ihre Münzgesetze auf dem Wege der internationalen Verträge mit einander in Uebereinstimmung bringen können.

Eine weitere gewichtige Stimme, welche sich schon frühzeitig zu Gunsten der Goldwährung in Deutschland hören liess, ist diejenige des Directors des statistischen Bureaus zu Berlin, J. G. Hoffmann.*) Derselbe machte namentlich auch darauf aufmerksam, dass die unveränderte Erhaltung jeder Münzeinheit, nach welcher gezahlt und gerechnet wird, den stetigen Umtausch der merklich abgenützten Münzen gegen neue vollhaltige Stücke erfordert und dass diese höchst wichtige Massregel beim Golde leichter und mit geringerem Aufwande ausführbar ist, weil dieses Metall sich weniger abnützt und wohlfeiler umprägen lässt, als das Silber. Hoffmann schlug für Preussen die Ausprägung von 10 und 5 Thalerstücken in Ducatengold à $7\frac{1}{2}$ Feingehalt, 220 Thaler auf die rauhe kölnische Mark vor, was gegenüber dem 14-Thalerfuss in Silber einem Werthverhältniss von 1:15,9356 entsprochen hätte. Diese Goldmünzen sollten zu ihrem Nennwerthe legalen Curs sowohl bei den öffentlichen Cassen, als auch im Privatverkehr geniessen und statt der einzuziehenden Friedrichsd'ore in grösserer Menge ausgegeben, das Prägen von vollhaltigem Silbergeld aber einstweilen eingestellt werden. Sobald durch möglichst starke Goldausmünzungen und gleichzeitiges Einziehen des abgenützten Silbergeldes die neuen Goldstücke das überwiegend gewöhnlichste Zahlungsmittel geworden sein würden, sollte ähnlich wie in England alles Silbergeld als Scheidemünze erklärt und damit die reine Goldwährung hergestellt werden.

Dieser Vorschlag fand keine günstige Aufnahme; Hoffmann liess sich aber durch die gegen ihn gerichteten Angriffe von seiner Ansicht nicht abbringen.

Während später in andern Ländern, namentlich in Frankreich, Belgien und Holland die Währungsfrage lebhaft erörtert wurde, hat man lange Zeit in Deutschland der Sache keine besondere Aufmerksamkeit mehr geschenkt, und als die Goldfelder in Californien und Australien entdeckt waren, glaubte man, um so mehr Grund zu haben, sich bei der Silberwährung beruhigen zu dürfen. Auch gegenüber den Bestrebungen im Auslande zur Einführung eines gleichmässigen Maass-, Gewichts- und Münzsystems für den Weltverkehr, wie diese aus den

*) Die Lehre vom Gelde. 1838.

ersten Weltausstellungen zu London im Jahre 1851 und zu Paris im Jahre 1855 hervorgegangen waren, blieb die Wiener Münzconferenz im Jahre 1856 in ihrer geheimnissvollen Abgeschlossenheit, indem sie über ein zu diesem Zwecke an sie gerichtetes Schreiben der britischen Abtheilung der internationalen Association einfach zur Tagesordnung überging.

Die ersten Stimmen, welche nach dem Abschluss des Wiener Münzvertrags vom 24. Januar 1857 sich öffentlich hören liessen, lauteten dahin, dass an diesem Vertrage, als einer gegebenen, die vertragenden Staaten bis zum Schlusse des Jahres 1878 bindenden Grundlage festzuhalten sei, dass eine Aenderung in der Währung keine Aussicht auf allseitige Annahme in der nächsten Zeit habe und dass die Frage der Goldwährung als eine offene, der ferneren Discussion zu überlassende zu behandeln sei, da ihre Entscheidung die reiflichste Erwägung erfordere. In diesem Sinne fielen die Beschlüsse des Heidelberger Handelstages im Mai 1861 und des volkswirtschaftlichen Congresses zu Stuttgart im September 1861 aus, welche bekanntlich die nächste Münzreform in Deutschland durch Schaffung einer Rechnungseinheit in der vorgeschlagenen Mark ($\frac{1}{3}$ Thlr.) erstreben wollten. Darüber war auf dem volkswirtschaftlichen Congress Alles einig, dass die doppelte Währung für die Dauer nichts taue und dass die deutsche Goldkrone ihren Zweck als Handelsmünze für den grossen Verkehr nicht erfülle, wesshalb auch die Ausprägung von 20-Frankenstücken in Gold, jedoch als Waare mit veränderlichem Curswerth, empfohlen wurde. Als Hauptanhänger der Goldwährung trat Staatsrath von Goppelt von Heilbronn auf, welcher in der Annahme der Mark eine gründliche Besserung der deutschen Münzverhältnisse nicht finden konnte, sondern am Gulden für Süddeutschland festhielt und den Uebergang zum österreichischen Gulden empfahl, wenn dieser auch wirklich wieder in Silber existiren werde. Dem Einwand, dass in Folge weiterer Entwerthung des Goldes grosse Verluste durch das Weggeben des Silbervorrathes entstehen würden, suchte er dadurch zu begegnen, dass er bemerkte, man habe schon jetzt nicht mehr Silber, als auch ferner nothwendig sein werde. Dabei hatte er vorzugsweise die grossen Cassen der Industriellen und Kaufleute im Auge, obgleich er auch der Interessen des kleinen Verkehrs sich annahm und namentlich über das süddeutsche Scheidemünzwesen gerechte Klage führte. Entschieden für die Silberwährung erklärte sich Hopf aus Gotha, weil derselbe meinte, dass die gegenseitigen Productionskosten des Goldes und Silbers mehr Bürgschaft für einen unveränderten Werth des letzteren Metalls darböten. Auch Cohen aus Hamburg hatte Bedenken gegen

die Goldwährung, besonders wegen des Banksystems in England, das die dortigen Discontoerhöhungen und Handelskrisen auf uns übertragen würde. Zuletzt trat noch der Berichterstatter in der Münzfrage, Dr. Soetbeer von Hamburg auf, welcher vor leichtsinnigen Beschlüssen in einer nicht gehörig vorbereiteten und erörterten Frage warnte, und wie sehr diese Warnung am Platze war, ergibt sich daraus, dass Röhrich von Gotha, welcher den Antrag auf Einführung der Goldwährung gestellt hatte, selbst einsah, man müsse bedächtiger zu Werke gehen, und desshalb seinen Antrag zurückzog.

Besonders bemerkenswerth sind ferner die im März 1865 vom bleibenden Ausschusse des deutschen Handelstages zusammengestellten Erklärungen und Gutachten von 35 deutschen Handelsvorständen in Betreff der Goldausmünzung in Deutschland, weil daraus ersichtlich ist, wie sehr in dieser Frage die Ansichten damals noch auseinander gingen. Einige Gutachten verneinten sogar die Bedürfnissfrage oder wollten die Entscheidung auf eine allgemeine Münzreform ausgesetzt sein lassen; andere sprachen sich für die Annahme eines Goldmünzfusses nach der Norm der englischen Sovereigns, wieder andere für 20-Markenstücke (25 Franken) nach der Werthrelation von $15\frac{1}{2}$ und zu $\frac{9}{10}$ Feingehalt, die meisten aber für das 20-Frankenstück aus. Eine Handelskammer wollte die Rückkehr zum Münzfuss des preussischen Friedrichsd'ors, eine andere die Ausprägung von Goldmünzen im Nennwerthe von 5 Thalern, resp. 10 Thlrn. Courant, Bremen endlich glaubte, den schleunigen Uebergang zur Goldwährung nicht dringend genug empfehlen zu können. Auf dem Frankfurter Handelstage im September 1865 kam man deswegen auch nur bezüglich des Wunsches auf Beseitigung der Goldkronen zu einer vollständigen Einigung, im Uebrigen sprach sich die Mehrheit der Versammlung für die Ausprägung einer dem 20-Frankenstücke gleichen Vereinsgoldmünze und für deren Annahme zu einem festen Curs bei den öffentlichen Cassen aus.

Auch die württembergischen Handelskammern haben sich mit diesem Gegenstande und mit der Reform des süddeutschen Münzwesens insbesondere schon mehrfach beschäftigt.

Die Stuttgarter Kammer spricht sich in ihrem Jahresberichte von 1858 dahin aus, dass, so lange die Goldausbeute in Amerika und Australien nicht eine erhebliche Wirkung auf das gegenseitige Werthverhältniss der beiden Edelmetalle äussere und das Bedürfniss der Goldwährung sich nicht mehr als seither geltend mache, es nicht gerathen sei, einen Schritt von solcher Tragweite zu thun. Diesen Standpunkt hält die Kammer auch in ihren späteren Berichten fest, indem sie einerseits zwar die mercantilen Vorzüge der Goldwährung für den

Welthandel hervorhebt, anderseits aber auch bei deren Annahme eine Preissteigerung aller Producte und Leistungen für unvermeidlich hält und deshalb eine Aenderung in der Währung in so lange nicht für räthlich findet, als das Silbergeld in Deutschland das Hauptcirculationsmittel bildet. Viele Stimmen im Kammerbezirke sollen sich zwar für die Doppelwährung aussprechen, Erfahrung und Theorie sei aber dagegen und die Inconvenienzen im Verkehr rühren weniger vom Gold, als von der grossen Menge Papiergeld und von der Verschiedenartigkeit des Geldes überhaupt her. Auch beziehen sich die Klagen über Silbermangel mehr auf einen Mangel an gewissen Mittelsorten. Vor Allem empfiehlt die Kammer, die Ausprägungen des Vereinsthalers, welcher künftig die Grundmünze bleiben soll, möglichst zu verstärken und dagegen die Guldenmünzen, welche nicht zum Vereinsthaler passen, einzuziehen. Merkwürdig ist, dass von 26 Gutachten, welche die Kammer im Jahre 1861 bei den bedeutendsten Geschäftsfirmen des Bezirks einholte, 13 Stimmen sich für das Frankensystem erklärten, ohne sich, wie es scheint, vollständig bewusst gewesen zu sein, dass damit factisch die Goldwährung angenommen würde, da schon damals der Silberfrank durch die Goldmünzen in Frankreich selbst beinahe ganz verdrängt war. Im Bericht von 1866 hat die Handelskammer neuerdings ein kurzes Votum über das Münzwesen abgegeben, das drei wichtige Wahrnehmungen constatirt: 1) die fortwährende Abnahme des Silbergeldes, 2) die Zunahme der papiernen Geldzeichen, 3) den zunehmenden Umlauf von Friedrichsd'oren, welche in Süddeutschland missbräuchlicher Weise einen höheren Curs als in Norddeutschland haben, daher sich in der Geschäftswelt die Ansicht von der Nothwendigkeit des Uebergangs zur Goldwährung immer mehr Bahn breche.

In ausführlicher Weise spricht sich ferner die Heilbronner Handelskammer in ihren Jahresberichten pro 1861 und 1863 über die Münzfrage aus. Sie erklärt sich für die Annahme des österreichischen Münzfusses und bezeichnet als nächste Verbesserung des Münzwesens, dass der Scheidemünzumlauf verringert und geläutert werde und dass die Circulation von Papiergeld eine vertragsmässige Regelung erfahre. Um den Klagen über den zunehmenden Umlauf fremder Goldmünzen und über die durch den wechselnden Curs verursachten täglichen Verluste abzuhelpen, weiss die Kammer nur Ein Mittel: das Verlassen der Silberwährung und die Annahme der Goldwährung, wobei sie sich aber die grossen Schwierigkeiten dieser durchgreifenden Münzreform so wenig als den weiteren Umstand verhehlt, dass sowohl in Oesterreich als in Preussen für jetzt keine Aussicht auf Aenderung der betreffenden Münzsysteme vorhanden sei. Eventuell würde die

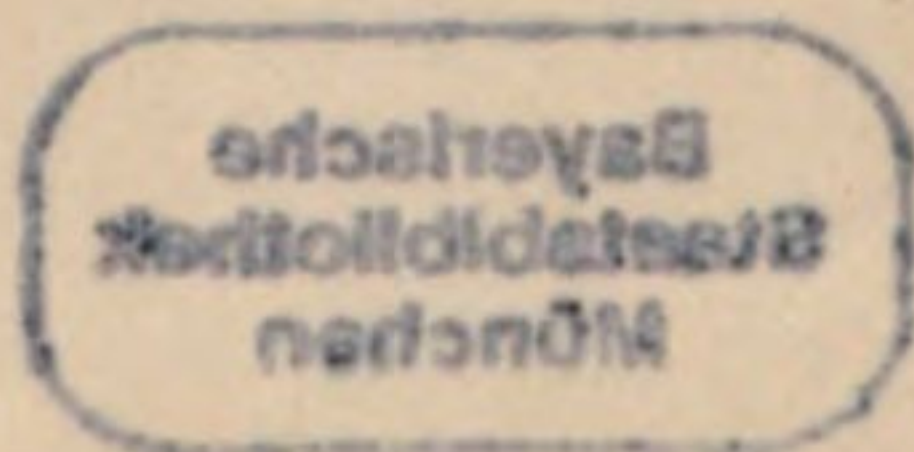
Ausprägung von 25 Frankenstücken (Sovereigns) gleich 10 österreichischen Gulden für zweckmässig erachtet.

Die Ulmer Handelskammer hält in ihrem Berichte pro 1858 das Aufgeben des süddeutschen Münzfusses und den Uebergang zur neuen österreichischen oder zur Thalerwährung für sehr wünschenswerth. Im Berichte pro 1861 erwartet sie von der Annahme der Mark als Münzeinheit die Beseitigung aller bisherigen Uebelstände, während in demjenigen pro 1864 wieder das österreichische Münzsystem empfohlen wird. Im Berichte pro 1865 spricht sie sich ferner für den Majoritätsbeschluss des dritten deutschen Handelstags, nämlich für das Aufgeben der Goldkrone und Ausprägung einer dem Zwanzigfrankenstück gleichkommenden Vereinsgoldmünze aus, ohne im Uebrigen die Frage der Goldwährung zu berühren. Nach dem letzten Bericht pro 1866 soll sich die Ueberzeugung mehr und mehr geltend machen, dass die Münzfrage erst mit der Annahme des französischen Münzsystems ihren befriedigenden und endgültigen Abschluss finden werde und dass mit Beseitigung aller Zwischenstadien die Erreichung dieses Zieles anzustreben sei.

Die Reutlinger Handelskammer endlich äussert in dem Bericht pro 1859 ihre Unzufriedenheit über den Wiener Münzvertrag und empfiehlt den Vorschlag von W. Nördlinger *) einer näheren Würdigung. Dieser Vorschlag der Einführung des sogenannten Teutfusses (3 Teut = 4 Thaler = 6 fl. österr.) gründet sich auf die Silberwährung und lässt die Goldmünzen ganz ausser Acht; er trifft in den Theilmünzen mit dem gleichzeitig aufgetauchten Marksystem zusammen. Auch im Berichte pro 1861 hält die Kammer die Silberwährung fest und macht darauf aufmerksam, dass man mit der Annahme des französischen Münzsystems, welche übrigens in Norddeutschland keine Aussicht habe, factisch auf die Goldwährung übergehen würde, von deren Nothwendigkeit die Kammer sich noch nicht habe überzeugen können. Dagegen hält sie den Vorschlag, 20 Frankenstücke in Gold auszuprägen, durch deren periodische Tarifrung der Verkehr erleichtert werden könnte, für beachtenswerth und spricht sich schliesslich für die Einführung des 45 fl.-Fusses in Süddeutschland aus. Im letzten Berichte pro 1866 ist endlich noch bemerkt, dass in Süddeutschland der Anschluss an das französisch-schweizerische Münzsystem sehr vielen Anklang finde, weil dasselbe in unseren Verkehr bedeutend eingreife und alle Aussicht habe, den Charakter eines internationalen Systems zu erlangen.

Wir haben geglaubt, in Vorstehendem auch die Urtheile aus com-

*) Die Zukunft des metrischen Systems, 1860.



petenten Kreisen in Württemberg anführen zu dürfen, weil daraus hervorgeht, wie sehr sich die Ansichten der praktischen Geschäftsleute über die Münzfrage in kurzer Zeit geläutert haben. Wir kommen nun aber an den wichtigsten Gegenstand unserer Erörterungen, nämlich an die Beschlüsse der beiden internationalen Münzconferenzen, welche zur Zeit der letzten Weltausstellung im Jahre 1867 in Paris getagt haben.

IV.

Die dem Pariser Münzvertrag vom 23. December 1865 vorangegangenen Verhandlungen zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz hatten die künftige Erweiterung des Münzvereins ins Auge gefasst und dieser Absicht durch den Art. 12 des Vertrags Ausdruck gegeben, nach welchem jedem anderen Staat das Recht des Beitritts gewahrt wurde. Die französische Regierung benützte deshalb die Pariser Weltausstellung im Jahre 1867 als einen geeigneten Anlass, um die übrigen Staaten zur Beschickung einer internationalen Münz-Conferenz einzuladen, welche in der Zeit vom 17. Juni bis 6. Juli in 8 Sitzungen die Frage einer allgemeinen Münzeinigung berathen hat. Ausser den Vertretern der vier oben genannten Staaten waren Delegirte von Grossbritannien, Russland, Oesterreich, Preussen, Bayern, Württemberg, Baden, von den Niederlanden, von Schweden und Norwegen, Dänemark, Spanien, Portugal, Griechenland, von der Türkei und von den Vereinigten Staaten Nordamerika's anwesend. Die grosse Bedeutung dieser Conferenz wurde dadurch noch besonders hervorgehoben, dass im Verlaufe der Verhandlungen der Prinz Napoleon den Vorsitz übernahm, welchem der Vicepräsident de Parieu, die Seele der französischen Bestrebungen und Vorschläge für das Münzeinigungswerk, zur Seite stand. Die auf Grund eines Programms (Questionnaire) geleiteten Berathungen führten zu einer Reihe wichtiger Beschlüsse, welche theils einstimmig, theils mit Majorität gefasst und in einem Schlussbericht von de Parieu recapitulirt wurden.

Die erste Frage war die, ob die Münzeinigung durch Aufstellung eines ganz neuen, von den bestehenden Systemen unabhängigen Münzsystems oder dadurch herbeizuführen sei, dass ein vorhandenes, mit gewissen Vorzügen aus-

gestattetes System zum Anknüpfungspunkte genommen werde? Die meisten Commissäre machten auf die grossen Schwierigkeiten aufmerksam, welche die Annahme eines durchaus neuen Systems im Gefolge hätte, obgleich andererseits, namentlich von dem belgischen Vertreter Stas, dagegen bemerkt wurde, dass aus wissenschaftlichen Gründen und um die nationalen Empfindlichkeiten nicht zu verletzen, eine durchgreifende, allen Staaten gleichmässige Opfer auferlegende Münzreform wünschenswerth erscheinen würde. Zuletzt sprach sich die Conferenz mit Einstimmigkeit für die Verneinung des ersten und für die Bejahung des zweiten Absatzes der gestellten Frage aus und entschied sich ebenso einstimmig für das System der Münz-Convention von 1865 als dasjenige, welches hauptsächlich für die vorliegende Aufgabe in Betracht komme, jedoch vorbehältlich der Verbesserungen, deren es noch fähig sei.

Die nächsten Fragen betrafen die ausschliessliche Währung entweder in Silber oder in Gold, oder auch die Annahme der Doppelwährung mit Feststellung eines in allen Ländern gleichen Werthverhältnisses zwischen Silber und Gold. Hier zeigten sich alsbald darüber Meinungsverschiedenheiten, wie weit die Münzeinigung in die Währungsverhältnisse der einzelnen Länder einzugreifen habe, indem die Bevollmächtigten der Niederlande und auch von Russland die Nothwendigkeit nicht anerkennen wollten, ein und dasselbe Metall überall der Währung zu Grunde zu legen, sondern es als genügend ansahen, wenn nur gewisse, von gleichem Werthe geprägte Münzen als Zahlungsmittel gegenseitig zugelassen würden. Mit Recht wurde dagegen bemerkt, dass diess entweder zur Doppelwährung oder dazu führen müsste, die Weltmünzen, seien sie von Gold oder von Silber, in denjenigen Ländern, wo die Währung in dem andern Metall bestände, zu Handelsmünzen herabzuwürdigen, was der Aufgabe der Conferenz nicht entspreche. Während die Silberwährung als ungeeignet für ein Weltmünzsystem einstimmig verworfen wurde, fand die Goldwährung um so eifrigere Fürsprecher, namentlich von Seite Oesterreichs, Belgiens, der Schweiz und Nordamerika's und auch der Vertreter Schwedens, sowie die preussischen Commissäre, welche sich zuvor mit den süddeutschen Vertretern verständigt hatten, sprachen sich im gleichen Sinne aus, was von der Conferenz mit besonderer Befriedigung aufgenommen wurde. Was die Doppelwährung anbelangt, so machten selbst die französischen Commissäre keinen Versuch, ihr weitere Anerkennung zu verschaffen, als in der Eigenschaft einer transitorischen Massregel, welche den Uebergang von der Silberwährung zur Goldwährung erleichtern sollte. de Parieu namentlich betonte die schwierige Lage, in der sich die Staaten mit der Silber-

währung befänden, zu deren Abschaffung ein kurzer Termin desshalb nicht gegeben werden könne, weil sonst durch die Entwerthung des Silbers eine Krisis zu befürchten wäre. Man müsse daher auch jedem Staate überlassen, den geeigneten Zeitpunkt für die vollständige Einführung des neuen Systems zu bestimmen, welcher dann eingetreten sein werde, wenn das Gold wenigstens theilweise das Silber aus der Circulation verdrängt habe. Das Ergebniss der Discussion war, dass die Frage über die allgemeine Annahme der Goldwährung mit allen Stimmen gegen die einzige von Holland bejaht wurde, übrigens mit dem von dem portugiesischen Gesandten Graf d'Avila beantragten Zusätze, dass es jedem Staate frei stehen soll, transitorisch die Silberwährung beizubehalten.

Um dem Golde wirklich Eingang zu verschaffen, glaubte ein Theil der Conferenzmitglieder, dass für die Dauer des Uebergangsstadiums ein bestimmtes Werthverhältniss zwischen Silber und Gold oder wenigstens ein Minimum für dasselbe festgesetzt werden sollte. Hier zeigten sich aber grosse Meinungsverschiedenheiten und als die Commissäre von Holland, Vrolick und Mees, die Absicht äusserten, den Napoleonsd'or zu $9\frac{1}{3}$ Gulden zu tarifiren, also das Werthverhältniss von 1:15,19 aufzustellen, wurde letzteres zu niedrig gefunden und von Seite Frankreichs 15,25 oder 15,30, von Seite Belgiens 15,45 oder wenigstens 15,40 für richtiger gehalten. Andere Stimmen machten auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche bei der Veränderlichkeit des Werthverhältnisses derartigen Bestimmungen überhaupt entgegenstehen und reclamirten letztere als eine innere, bei den einzelnen Specialverträgen zu ordnende Angelegenheit. Man einigte sich endlich auf folgenden Antrag des österreichischen Vertreters, Freihrn. von Hock: die internationale Bedeutung, welche die aus dem allgemeinen Währungsmetall geprägten Münzen erlangen, würde keine genügende Sicherheit für ihre Aufrechterhaltung in der Circulation eines jeden Staates darbieten, sondern es würde nöthig werden, ausserdem noch zu bestimmen, dass in denjenigen Ländern, welche bis jetzt die Silberwährung allein gehabt haben, sowie in denjenigen mit der Doppelwährung das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber nicht zu niedrig festgesetzt werde, um in Wirklichkeit dem Golde Eingang zu verschaffen.

Dieser Antrag erhielt alle Stimmen, ausgenommen Preussen, welches, als nicht ermächtigt, sich der Debatte und Abstimmung enthielt und Nordamerika, welches erklärte, sein Votum aufzuschieben.

Nachdem die wichtigsten Principienfragen mit einer grossen Einmüthigkeit erledigt worden waren, und in der 5ten Sitzung statt de Parieu der Prinz Napoleon den Vorsitz übernommen hatte, gingen die

Verhandlungen der Conferenz immer mehr in die Details der praktischen Ausführung ein, wobei aber die englischen und preussischen Vertreter weniger Entgegenkommen als vorher zeigten. Zunächst gaben erstere die Erklärung ab, dass sie von ihrer Regierung beauftragt seien, die grösste Zurückhaltung zu beobachten und nur die Entwicklung der Münzfrage im Verlaufe der Berathungen zu studiren, ohne irgend wie Verbindlichkeiten einzugehen, oder irgend eine Ansicht auszudrücken, welche zu dem Glauben führen könnte, dass Grossbritannien demnächst die Convention von 1865 annehmen werde. Sofort wurde von Seite Preussens im Allgemeinen die Ansicht ausgesprochen, dass es zum Zwecke der Münzeinigung nicht nöthig sei, eine überall gleiche Einheit für das Gewicht und die Benennung, noch gemeinschaftliche Typen aufzustellen; es würde genügen, die Metallcomposition einheitlich zu machen und über Vereinsmünzen sich zu verständigen, welche in einfachem Verhältniss zu einander ständen, aber in den verschiedenen Staaten verschieden sein könnten. Frankreich z. B. könne sein 20-Frankenstück behalten, Oesterreich ein Stück von 10 Gulden annehmen, so dass in den öffentlichen Cassen Oesterreichs das 20-Frankenstück zu 8 fl., in den Cassen Frankreichs das 10-Guldenstück zu 25 Franken Curs hätte. Jedem Staate wäre freizustellen, die Grundmünze so einzutheilen, wie er es nach den Bedürfnissen und Gewohnheiten seiner Bevölkerung für gut finden würde. Oesterreich könnte z. B. 5-Guldenstücke = $12\frac{1}{2}$ Franken prägen, welche indessen in den öffentlichen Cassen Frankreichs nicht angenommen werden müssten. Bezüglich des Feingehalts sprach sich der Commissär für die $\frac{9}{10}$ Legirung aus, ohne im Uebrigen anzudeuten, welche Vereinsmünze Preussen am meisten zusagen würde. Es vermochten daher auch die süddeutschen Vertreter nur im Allgemeinen die Erklärung abzugeben, dass ihre Regierungen durch den Münzvertrag von 1857 gebunden seien und keine Münzen annehmen könnten, welche nicht in den Zollvereincassen zugelassen würden. Bei den nachfolgenden Erörterungen wurde von anderer Seite noch besonders die grosse Wichtigkeit der gleichförmigen Legirung hervorgehoben, welche bei gleichem Werthe auch das gleiche Gewicht der Münzen bedinge. Darüber war Alles einig, dass man sich zum Mindesten über einen gemeinschaftlichen, nicht zu kleinen Nenner für die Goldmünzen zu verständigen habe, um letztere zu einander in ein einfaches, bestimmtes Verhältniss zu setzen. Einige Commissäre wollten aber aus der Beantwortung der ersten in der Conferenz verhandelten Frage mehr oder weniger die Annahme des französischen Goldmünzsystems als internationales ableiten und noch weiter ging der Vertreter von Belgien, welcher glaubte, dass der ge-

gemeinschaftliche Nenner statt der vorgeschlagenen 5 Franken auf 10 Franken erhöht werden sollte, so dass nur Münzen von 10 und 20 Franken in Gold zugelassen, diejenigen von 5 Franken aber, wegen ihrer Unbequemlichkeit durch Silbermünzen von gleichem Werth ersetzt würden. Er führte auch nicht ohne Grund an, dass Münzen von 5, 10, 15, 20 und 25 Franken einander zu nahe ständen und dass überhaupt eine so grosse Zahl von Goldstücken kein gutes System bilde.

Nach wiederholten redactionellen Aenderungen wurde die Frage: Ist es nöthig, Typen festzusetzen, welche einen gemeinschaftlichen Nenner für das Gewicht der Goldmünze und einen gleichen Feingehalt haben? zur Abstimmung gebracht und von sämmtlichen Conferenzmitgliedern bejaht. Ebenso wurde der Feingehalt von $\frac{9}{10}$ einstimmig angenommen, von den englischen Vertretern unter dem Vorbehalt des eventuellen Falls der Umschmelzung der englischen Goldmünzen.

Die Berathung ging nun auf die Grösse des gemeinschaftlichen Nenners über, welcher von mehreren Delegirten dahin verstanden werden wollte, dass er zugleich die Grundmünze mit Decimaleintheilung bilden solle. Theils aus dieser Auffassung, theils aus Abneigung gegen das goldene 5-Frankenstück, zu dessen Ausprägung übrigens kein Zwang auferlegt werden wollte, fand der Nenner von 10 Franken mehrfache Unterstützung und eigenthümlicher Weise auch von Seite der englischen Vertreter, während gerade mit besonderer Rücksicht auf England und Nordamerika der Nenner von 5 Franken vorgeschlagen worden war, um die Gleichstellung des Sovereign und des halben Eagle mit 25 Franken zu ermöglichen. Der preussische Commissär Meinecke erklärte, zum Theil im Widerspruch mit früheren Zugeständnissen, dass er nicht einmal sagen könne, ob Preussen und die übrigen deutschen Staaten in der Lage sein würden, irgend eine leicht in französische Goldstücke einzuwechselnde Münze einzuführen, ohne die Interessen und Meinungen ihrer Bevölkerungen zu sehr zu verletzen. Vielleicht dürften sie sogar die nach dem Münzvertrag von 1857 geprägten Kronen annehmen! Der russische Vertreter von Jacobi endlich glaubte, die Aufmerksamkeit der Conferenz auf die Ausprägung der 5-Frankenstücke in Platin hinlenken zu sollen, ohne übrigens für diese Idee Anhänger zu gewinnen. Bei der Abstimmung wurde der gemeinschaftliche Nenner von 5 Franken mit der Mehrheit von 13 Stimmen gegen 2 (England u. Schweden) angenommen. Preussen, Bayern, Baden, Württemberg und Belgien hatten sich der Abstimmung enthalten.

Eine andere Frage betraf die gegenseitige Verpflichtung der Staaten zur Annahme der Goldmünzen. Während die Convention von 1865 diese Verpflichtung auf die öffentlichen Cassen beschränkt, beantragte der belgische Commissär, sie auf alle Zahlungen auszudehnen, um den Goldmünzen ihren Umlauf im Gesamtverkehr zu sichern. Als Beweis für die Nothwendigkeit des Zwangscurses führte er an, dass die Bank von Frankreich ohne Angabe der Gründe die Annahme von conventionsmässig ausgeprägtem belgischem Gold verweigert habe. Mit Ausnahme von England, Preussen, Württemberg und Baden, welche sich der Abstimmung enthielten, wurde auch wirklich einstimmig ausgesprochen, dass Goldmünzen mit dem gemeinschaftlichen Nenner von 5 Franken gesetzlichen Curs in denjenigen Staaten haben sollen, welche sich dazu in einer Münz-Convention gegenseitig verpflichten werden. Einer der französischen Commissäre, Dutilleul, legte übrigens später im Protocoll sein Bedauern darüber nieder, dass die Conferenz sich nicht mit der Annahme der Münzen bei den öffentlichen Cassen begnügt habe, und es scheint auch in der That die Tragweite dieses Beschlusses nicht genugsam erwogen worden zu sein.

Nachdem schon wiederholt die Ansichten über die zulässigen Abstufungen der Goldmünzen ausgetauscht worden waren, kam speciell das 25-Frankenstück zur Sprache, welches namentlich von Ruggles, dem Delegirten der Vereinigten Staaten, warm empfohlen wurde, wogegen wider Erwarten der englische Vertreter Graham sich dem 20-Frankenstück zuneigte, und die Einführung der Stücke von 15 und 25 Franken in das französische System als fehlerhaft bezeichnete. Er erklärte übrigens später, sich dabei auf den rein theoretischen Standpunkt gestellt zu haben, ohne aber die Nützlichkeit des vorgeschlagenen Goldstücks für eine Münzeinigung zwischen England und Frankreich zu verkennen. Der Beschluss ging einstimmig auf Annahme des 25-Frankenstücks und nur Preussen, Württemberg und Baden enthielten sich auch diessmal wieder der Abstimmung.

Am lebhaftesten wurde die Debatte über die Zulässigkeit des 15-Frankenstücks. Dieses sollte Preussen, Süddeutschland und Holland befriedigen, indem es die Möglichkeit einer Münzeinigung mit diesen Staaten auf den Grund der Gleichung $15 \text{ Franken} = 4 \text{ Thaler} = 7 \text{ Gulden}$ darbieten würde. Aus dieser besonderen Rücksicht verneinten sämmtliche Commissäre mit Ausnahme von Schweden und Norwegen die Frage: ob irgend ein Staat aus den Combinationen der Münzeinigung das 15-Frankenstück austossen wolle?, wogegen die weitere Frage: ob das 15-Frankenstück unter

den neuen Typen erwähnt oder dieser Punkt vorbehalten werden soll? von 14 abgegebenen Stimmen je die Hälfte auf ja und nein vereinigte. Unter den verneinenden Staaten befand sich Baden, während Bayern, Belgien, Grossbritannien, Preussen, die Türkei und Württemberg nicht abstimmten. Der preussische Commissär hatte seine Enthaltung von der Abstimmung damit begründet, dass er die Absichten in Preussen nicht kenne und die öffentliche Meinung in diesem Lande sich noch nicht festgestellt habe. Er erklärte weiter, dass man ohne Zweifel die Münzeinigung wolle, aber nicht um jeden Preis. Alles, was er habe thun können, sei, das Princip der Goldwährung anzunehmen; auf die Detailfragen und Uebergangsmassregeln dürfe er sich nicht einlassen. Die Aenderung der Währung in jetziger Zeit würde eine grosse Umwälzung im Münzwesen von Preussen herbeiführen, welcher Staat bedeutende Opfer zu bringen hätte, während Frankreich in dieser Beziehung sich in einer günstigeren Lage befinde.

Die folgende Frage des Questionnaire betraf die etwa erforderlichen gemeinschaftlichen Verpflichtungen bezüglich der Silber- oder Billonmünzen; die Conferenz vermied es aber, sich für jetzt über solche Detailbestimmungen auszusprechen. Ebenso wurde zwar im Princip die Nothwendigkeit einer Controle über die Ausprägung der internationalen Münzen einstimmig anerkannt, indessen die Festsetzung der Massregeln im Einzelnen unter Hinweisung auf die Conventionen von 1857 und 1865 den weiteren Specialverhandlungen vorbehalten. Endlich sprach die Conferenz einstimmig den Wunsch aus, dass die Anordnungen, welche die verschiedenen Regierungen zur Aenderung ihres Münzsystems nach den von der Conferenz bezeichneten Grundsätzen beschliessen würden, so viel als möglich auf diplomatische Conventionen gerichtet sein möchten.

Zu gleicher Zeit, als die officiële Münz-Conferenz in Paris tagte und die vorstehenden Beschlüsse fasste, hat auch das von der kaiserlichen Ausstellungs-Commission eingesetzte Comité für Gewicht-, Maass- und Münzwesen in freien Conferenzen, welche ebenfalls von dem Prinzen Napoleon präsidirt wurden und für Jeden, der seine Ansicht aussprechen wollte, zugänglich waren, die Frage der internationalen Münzeinigung in Berathung genommen und die Grundlagen für diesen Zweck in folgenden Propositionen niedergelegt:

1) Die erste Bedingung, welche zu erfüllen ist, besteht in der Annahme der gleichen Einheit bei Ausgabe der Goldmünzen durch die verschiedenen, bei dieser Frage betheiligten Regierungen.

2) Es ist zu wünschen, dass diese Münzen durchaus im Feingehalt von $\frac{9}{10}$ geprägt werden.

3) Es ist zu wünschen, dass jede Regierung unter ihren Goldmünzen wenigstens ein Stück einführe, dessen Werth demjenigen eines Stücks der andern betheiligten Staaten gleich ist, damit es unter allen Systemen einen gemeinsamen Berührungspunkt gibt. Von da fortschreitend sollte sich jede Regierung bemühen, ihr Münzsystem nach und nach demjenigen anzunähern, welches als gemeinsame Grundlage gewählt werden wird.

4) Das Goldmünzsystem, wie es gegenwärtig in Frankreich im Gebrauch und von einem grossen Theile der europäischen Völker adoptirt ist, eignet sich als Grundlage des gesuchten einheitlichen Systems.

5) In Betracht, dass durch einen glücklichen Zufall die wichtigsten Münzeinheiten sich dem französischen Goldstück von 5 Franken anpassen lassen, würde dieses Stück das geeignetste sein, um als Grundlage des Münzsystems zu dienen und die nach diesem Systeme geprägten Münzen würden, so bald es die Vereinbarung der betheiligten Regierungen möglich machte, das Vielfache jener Münze bilden.

6) Es ist zu wünschen, dass die verschiedenen Regierungen beschliessen, dass die Münzen, welche jeder Staat in Uebereinstimmung mit dem vorgeschlagenen und angenommenen System prägt, gesetzlichen Cours in allen diesen Staaten haben.

7) Es wäre äusserst wünschenswerth, dass das System der Doppelwährung da, wo es noch besteht, verlassen würde.

8) Es wäre äusserst wünschenswerth, dass das System der Decimaleintheilung allgemein angenommen würde und dass die Münzen aller Staaten den nämlichen Feingehalt und die nämliche Form haben.

9) Es ist zu wünschen, dass die Regierungen sich darüber verständigen, gemeinschaftliche Controlemassregeln einzuführen, um die Integrität der Münzen sowohl hinsichtlich ihrer Anfertigung, als während ihres Umlaufs sicher zu stellen.

Vergleicht man diese Beschlüsse mit denjenigen der officiellen Conferenz, so findet man, dass sie etwas weiter als letztere gehen, in so ferne bei mehreren Punkten ein vollständig einheitliches System als das zu erstrebende Ziel ins Auge gefasst ist, während die officielle Conferenz sich damit begnügt hat, die Bedingungen einer wechselseitigen Verknüpfung der verschiedenen Münzsysteme auf der Grundlage der Goldwährung zu bezeichnen. Bei den Berathungen wurde übrigens gegenüber der von dem Comité beantragten und von der freien Conferenz einstimmig gutgeheissenen allgemeinen Einführung des metrischen Maass- und Gewichtssystems nicht verkannt, wie ganz anders

die Schwierigkeiten hinsichtlich einer vollständigen Uniformität der Münzsysteme lägen und wie die Gleichmachung aller, auch der Theilmünzen für jetzt weder ausführbar, noch überhaupt nothwendig sei, da die Theilmünzen mehr locale Functionen im innern Verkehr der einzelnen Länder zu verrichten haben und nur in Gränzgegenden die gegenseitige Annahme dieser Münzen wünschenswerth erscheine, was aber durch besondere Vereinbarungen der betreffenden Staaten erreicht werden könnte. Dem Bedürfnisse des internationalen Verkehrs werde durch gemeinschaftliche Goldmünzen hinlänglich Genüge geleistet und in dieser Beziehung die Aufgabe dadurch erleichtert, dass bei der Annahme des jetzigen französischen 5-Franken in Gold als Grundmünze oder vielmehr als gemeinschaftlichen Nenner für alle Goldmünzen die Münzeinheiten anderer Länder, wie namentlich der österreichische Gulden, der englische Sovereign und der amerikanische Dollar, nicht oder nur unbedeutend geändert werden dürften, um fernerhin neben den Bedürfnissen des eigenen Landes auch denjenigen des Weltverkehrs zu entsprechen. Um so bemerkenswerther ist es, dass auch bei den freien Conferenzen der englische Delegirte Prof. Leone Levi den Nenner von 5 Franken durch 10 Franken ersetzt wissen wollte, weil die 5-Frankenstücke in Gold zu klein seien und die Stücke von 10 Franken den Vorzug hätten, annähernd den Werth von 100 englischen Pence zu repräsentiren. Eine Verpflichtung aller Staaten zur Ausprägung von 5-Frankenstücken in Gold war aber von keiner Seite beabsichtigt, wie diess in den Motiven zu den Beschlüssen noch ausdrücklich constatirt wurde, sondern es wollte mit dem kleinen Nenner nur die Beibehaltung der bestehenden Münzeinheiten und die Wahl geeigneter Multiplen für die neuen Goldmünzen möglichst erleichtert werden. Diese Rücksicht auf die Gewohnheiten der Völker, sowie auf die grosse Verbreitung, welche die französischen Goldmünzen schon seither erlangt haben, gaben den Ausschlag für die Annahme der Propositionen 4 und 5, in welchen als gemeinsame Grundlage das Goldmünzsystem der Convention vom 23. Decbr. 1865 empfohlen wird, ungeachtet mehrere Stimmen geltend machten, dass man damit das metrische System verlasse, indem der Fünffrank in Gold im Gewicht von 1,61290 Grammen nicht mehr wie der frühere Silberfrank von 5 Grammen in einem unmittelbaren und einfachen Verhältniss zu der Gewichtseinheit stehe. Michel Chevalier namentlich wünschte eine radicale Münzreform, welche einen definitiven Abschluss der wichtigen Angelegenheit für alle Zeiten biete und keinen Staat in die Lage setze, dem andern Opfer aufzuerlegen, während er selbst keine tragen wolle. Er schlug desshalb in Ueber-

einstimmung mit dem früheren, nicht zur Ausführung gekommenen Gesetze vom 28. Thermidor des Jahres III vor, Goldstücke von 5 und 10 Grammen Gewicht mit $\frac{9}{10}$ Feingehalt auszuprägen, welche etwa einen Werth von $15\frac{1}{2}$, resp. 31 Franken hätten. Diese Münzwerthe sind aber so gross und weichen von allen bestehenden Münzen so bedeutend ab, dass die ihrer allgemeinen Einführung entgegenstehenden Hindernisse beinahe unüberwindlich erscheinen; denn wenn überall ein Gewicht Münzgold von 5 oder 10 Grammen als Einheit angenommen und decimal getheilt würde, so müssten nicht blos alle bestehenden Münzsysteme aufgegeben, sondern auch sämtliche Gold-, Silber- und Kupfermünzen umgeprägt werden. Es würde diess, ganz abgesehen von den grossen Opfern, unendliche Verwirrung auf lange Zeit in die Geldcirculation bringen, was manche Theoretiker gar wenig zu beachten scheinen. *)

Mit Recht wurde auch angeführt, wie der französische Silberfrank früher nicht wegen seines in runder Zahl ausgedrückten Gewichts, sondern wegen seiner Aehnlichkeit mit dem alten Livre sich leicht Eingang verschafft habe, während dagegen die Erfahrung mit den deutschen Goldkronen zeige, dass man keine doctrinären Münzen schaffen solle, deren wissenschaftliche Vorzüge von untergeordneter Bedeutung für die Praxis seien. In der That sind auch seither weder die französischen, noch die englischen, amerikanischen, russischen und deutschen Goldmünzen in einem einfachen Verhältnisse zu den Gewichtseinheiten der betreffenden Länder gestanden, ohne dass deshalb der Genauigkeit ihrer Ausprägung Eintrag geschehen oder die Prüfung ihres Gewichts durch das Publicum besonders erschwert worden wäre. Es bedarf zu diesem Ende nur der Herstellung richtiger Normal-Münzgewichte, welche eben so wohl bei Bruchverhältnissen wie bei ganzen Zahlen möglich ist. Zu bedauern ist übrigens immerhin, dass zur Zeit der ersten Republik in Frankreich nicht der Vorschlag des Instituts, Goldstücke von 8 Grammen à $\frac{9}{10}$ fein auszuprägen, in Ausführung kam, da diese Münzen im Werth von 25 Franken den fraglichen Anforderungen entsprochen und sich auch früher schon im Verkehr Frankreichs erhalten hätten, indem die Werthrelation gegen den Silberfranken von $1:15\frac{5}{8}$ ziemlich genau dem Aufgelde von 10 per mille entspricht, welches das Gold an der Börse zu Paris bis zum Jahre 1850 genoss.

Eine weitere Erwähnung verdienen die Motive zu der 6ten Proposition, in welchen bemerkt ist, dass es vielleicht für den Anfang ge-

*) Diess beweist z. B. die Schrift: Uniformité Monétaire, Rapport à MM. les Commissaires de l'Amérique Centrale et Méridionale par Th. Mannequin. 1867.

nügen werde, nicht alle, sondern nur einige der nach dem neuen Systeme in den verschiedenen Ländern ausgeprägten Münzen als gemeinschaftliche anzuerkennen und ihre Annahme auf die öffentlichen Cassen zu beschränken, ohne ihnen alsbald einen allgemeinen Zwangscurs einzuräumen.

Selbstverständlich gab die Berathung über Punkt 7 dem Herrn Wolowski Veranlassung, seine bekannten Ansichten über die Erhaltung der Doppelwährung zu begründen, mit welchen er aber in bedeutender Minderheit blieb.

Am Schlusse der Verhandlung hob von Jacobi noch besonders hervor, wie nothwendig es sei, strenge Grundsätze hinsichtlich des Gehalts der Münzen und der gestatteten Toleranzen aufzustellen, was in der Münz-Convention von 1865 vermisst werde. Die Conferenz vermied es aber überhaupt, jene Convention einer näheren Prüfung zu unterziehen und nur der Präsident des Finanzausschusses im Senat zu Washington, John Sherman, bemerkte in einem dem Conferenzprotokolle einverleibten Schreiben an den Delegirten Ruggles vom 18. Mai 1867, dass, so sehr er persönlich einer allgemeinen Münzeinigung günstig gestimmt sei, doch die Vereinigten Staaten dem Pariser Vertrag von 1865 in seiner jetzigen Form nicht beitreten könnten, wegen der Doppelwährung und wegen Beschränkung der Ausprägungen von Silbermünzen auf 6 Franken pr. Kopf, während der Bedarf der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein viel grösserer sei.

Zu weiteren Erörterungen über jenen Vertrag und über die Resultate der beiden Pariser Conferenzen gab es übrigens bald wieder Gelegenheit, indem unmittelbar nach dem Schlusse dieser Conferenzen die österreichische Regierung in ihrem damaligen Drange nach Vertragsabschlüssen sich beeilte, durch den Freihrn. von Hock Separat-Unterhandlungen mit der französischen Regierung über den Beitritt Oesterreichs zur Convention vom 23. Decbr. 1865 anzuknüpfen. Ungeachtet in vielen Punkten die Ansichten der französischen Commissäre sehr verschieden von denjenigen des österreichischen Bevollmächtigten waren und desshalb auch die Berathungen nur auf den wiederholten Wunsch des letzteren fortgesetzt wurden, gelang es endlich doch, übrigens unter allen während der Discussion von beiden Seiten gemachten Vorbehalten, folgende Präliminar-Convention zwischen Frankreich und Oesterreich vom 31. Juli 1867 zu Stande zu bringen.

Art. I. Erklärung des Beitritts von Oesterreich zur Convention vom 23. Decbr. 1865 unter nachstehenden von Frankreich angenommenen Bedingungen:

II. Oesterreich behält den Gulden als Münzeinheit. Auf den Goldstücken soll, wo es möglich, die Bezeichnung des Werths in Franken neben Gulden im Verhältniss von $2\frac{1}{2} : 1$ angegeben werden.

III. Oesterreich prägt vom 1. Januar 1870 an nur Goldstücke nach der Convention von 1865 und ausserdem Stücke à 10 Gulden = 25 Franken im Gewicht von 8,06451 Grammen à 900 Millièmes Feingehalt, mit 24 Millimeter Durchmesser und mit cannelirtem Rand. Toleranz im Gewicht und Gehalt 2 Millièmes nach oben und unten.

IV. Frankreich, mit Einwilligung von Belgien, Italien und von der Schweiz, behält sich von jetzt an nach Gutfinden die Fabrikation von 25-Frankenstücken in Gold vor.

V. Kein Theil ist zur Ausprägung aller Goldsorten verbunden.

VI. Vom 1. Januar 1870 an werden in Frankreich bei den öffentlichen Cassen die österreichischen conventionsmässigen Goldmünzen im Werthe von 2,50 Fr. für den Gulden angenommen mit dem Vorbehalt, die Stücke mit $\frac{1}{2} \%$ Abnützung unter der zugelassenen Toleranzgrenze oder mit verschwundenem Gepräge auszuschliessen.

VII. Umgekehrt Annahme der französischen Goldmünzen in Oesterreich.

VIII. Die Contrahenten verpflichten sich, weder Gehalt und Gewicht, noch gesetzlichen Curs der Goldmünzen zu ändern. Den betreffenden gesetzgebenden Versammlungen sollen Gesetzesentwürfe wegen Unterdrückung ihrer Courant-Silbermünzen vorgelegt werden, sowohl mit Rücksicht auf das Interesse ihrer inneren Circulation, als auch um den Abschluss anderer Münz-Conventionen zu begünstigen. Die österreichische Regierung erklärt, die Verrufung ihrer Courantsilbermünzen nicht über den 1. Januar 1873 hinaus verschieben zu wollen. Sie verzichtet auf die neue Emission solcher Münzen vom 1. Januar 1870 ab.

IX. So lange Oesterreich seine Courant-Silbermünze nach dem kaiserlichen Patent vom 19. Septbr. 1857, den Gulden zu 12,345 Grammen à $\frac{9}{10}$ fein und Frankreich seine Courant-Silbermünze nach den Bestimmungen des Art. III. der Convention vom 23. Decbr. 1865 behält, verpflichten sich die Contrahenten, jede Massregel zu unterlassen, welche diesen Silbermünzen in der inneren Circulation einen Vorzug vor den Goldmünzen geben könnte.

X. Oesterreich behält sich vor, auch nach Aufhebung der Silberwährung als Handelsmünze Levantiner Thaler mit dem Stempel der Kaiserin Maria Theresia und der Jahreszahl 1780 mit dem üblichen Gewicht und Gehalt auszuprägen. Ebenso Frankreich die Ausprägung einer Handelsmünze von Silber, wenn es diess in seinem Interesse finden würde.

XI. Obgleich Oesterreich wegen seiner Scheidemünzen von Silber noch keine definitive Bestimmung getroffen hat, erklärt es doch, von jetzt an die in der Convention von 1865 aufgestellten Grundsätze hinsichtlich der Fabrikation, Verausgabung und den Curs dieser Münzen anzunehmen, welche Frankreich auch gegenüber von Oesterreich zu beobachten hat:

- 1) Feingehalt von $\frac{835}{1000}$.
- 2) So lange Frankreich sein seitheriges 5-Frankenstück von Silber behält, wird Oesterreich keine 2-Guldenstücke als Scheidemünze ausprägen.
- 3) Grenze von 6 Franken pr. Kopf für die Scheidemünzen.
- 4) Gesetzlicher Curs der Scheidemünzen nach Art. VI. der Convention von 1865 nur für 20 Gulden.

XII. Spätere Regelung des gegenseitigen Curses der Scheidemünzen vorbehalten; in diesem Falle Anwendung der Bestimmung in obigem Art. II. wegen der Bezeichnung des Werths in Franken.

XIII. Münzcartel gegen Fälschung der gegenseitig cursirenden Münzen.

XIV. Jahreszahl auf den Gold- und Silbermünzen anzugeben gemäss Art. X. der Convention von 1865, unbeschadet der Levantiner Thaler.

XV. Gemäss Art. XI. des Vertrags von 1865 jährliche Mittheilung der Ausprägungen in Gold und Silber, der Einzüge und Umschmelzungen alter Münzen und aller Anordnungen und Bekanntmachungen hinsichtlich der Münzen. Kenntnissgabe von allen interessanten Erfahrungen über die gegenseitige Circulation an Gold- und Silbermünzen.

XVI. Annahme folgender Grundsätze bei der Fabrikation der Münzen:

- 1) So viel als möglich richtiges Gewicht und richtiger Gehalt ohne Rückhalt für Münzkosten.

- 2) Kilogramm und dessen Unterabtheilungen als Münzgewicht.

- 3) Musterstücke der internationalen Münzen werden im französischen Archiv niedergelegt.

- 4) Auf Verlangen von Oesterreich werden Normalgewichte für die internationalen Münzen geliefert.

- 5) Gleich nach der Ratification sollen durch eine technische Commission die Vorschriften und gemeinschaftlichen Methoden für die Fabrication und das Probiren der internationalen Münzen bestimmt werden.

XVII. Keine Verrufung der gegenseitig zugelassenen Münzen als mit einer Einlösungsfrist von mindestens einem Jahr.

XVIII. Die Contrahenten verpflichten sich, mit jedem Staate zu

unterhandeln, welcher als Etalon Goldmünzen mit einem gemeinschaftlichen Nenner von 5 Franken und die Grundsätze in Art. XVI. wegen der Integrität des Münzsystems annimmt.

XIX. Erfüllung der constitutionellen Gesetze, namentlich für Oesterreich Genehmigung der constitutionellen Versammlungen vorbehalten.

XX. Ratificationen und Auswechlungen des Vertrags in Paris in möglichst kurzer Zeit.

Der wichtigste Differenzpunkt bei der Conferenz zwischen Frankreich und Oesterreich war die Frage über die fernere Duldung der Doppelwährung, welche nach der Aeusserung von de Parieu noch viele Anhänger in Frankreich hat und diese auch unter den französischen Conferenzbevollmächtigten zählte. Letztere wahrten für ihre Regierung die freie Entschliessung wegen Abschaffung oder Beibehaltung der Silberwährung, während österreichischer Seits jede weitere Einigung von der Lösung dieser Frage abhängig gemacht wurde. Ein Schritt in dieser Richtung ist in neuerer Zeit in so ferne geschehen, als der französische Finanzminister von den General-Steuereinnehmern und von den Handelskammern des Landes, sowie von den Banken von Frankreich und von Algier Gutachten über die Doppelwährung einfordern liess, welche sich in der Mehrzahl für die Abschaffung der accessori-schen Silberwährung ausgesprochen haben. Besonders bemerkenswerth ist es, dass die französischen Conferenzbevollmächtigten unter andern schon bekannten Gründen für ihren Vorbehalt auch die Rücksicht gegen die Länder mit Silberwährung geltend machten, deren Beitritt zu der Münzeinigung durch die Doppelwährung in Frankreich erleichtert werden soll und in der That dürfte es im Interesse von Deutschland liegen, dass die Demonetisation des Silbers in Frankreich nicht rasch geschieht, da sonst diese Massregel nothwendig auf die Metallpreise einen bedeutenden Einfluss zum Nachtheil der künftigen Verwerthung der deutschen Silbervorräthe äussern müsste. Auch für Oesterreich ist dieser Umstand nicht ohne Bedeutung, denn nach den eigenen Angaben des Frhrn. von Hock betragen die österreichischen Silberausprägungen in Courantmünzen bis Ende 1866 gemäss dem Münzgesetz vom 19. Septbr. 1857 gegen 200 Millionen Gulden und am Anfange des Monats August 1867 besass die Wiener Nationalbank

in Silberbarren und Münzen	103,779,640 fl.
in Wechseln, zahlbar in Silber oder Gold	44,702,410 fl.

während künftig bei dem Betrag von 6 Franken pr. Kopf nur etwa 90 Mill. Gulden erforderlich wären. Uebrigens äusserte der österreichische Bevollmächtigte Bedenken, ob der Betrag von 6 Franken oder

$2\frac{2}{5}$ Gulden für die Bedürfnisse seines Landes genügend sein werde und sah sich desshalb veranlasst, auch in dieser Beziehung einen besonderen Vorbehalt zu machen.

Bedauerlicherweise scheint bisher in Oesterreich über die künftige Ausprägung von Scheidemünze und namentlich über die Abstufung der einzelnen Münzsorten viel Unsicherheit bestanden zu haben; es wird daher angemessen sein, auf diesen Punkt hier etwas einzugehen.

Oesterreich besitzt die Eintheilung des Guldens in 100 Kreuzer und damit alle Vorzüge des Decimalsystems für das Zahlenschreiben und für die Rechnung; eine andere Frage ist aber die, ob daneben auch die Abstufung der Münzen nach der in Frankreich eingeführten Weise, nämlich nach der Aufeinanderfolge von 1, 2, 5, 10 besondere Vortheile darbietet, oder ob vielleicht die Stufenfolge 1, 2, 4, 10, welche der fortgesetzten Verdopplung besser entspricht, vorzuziehen ist. Das Letztere hat die österreichische Münz-Commission vom April 1867 mit ihren Vorschlägen gethan und es kann dafür die Autorität des englischen Münzreformers Hendriks angeführt werden, welcher es für das Volksbedürfniss nützlicher findet, die kleinste Einheit im einfachen, zweifachen und vierfachen, nicht im fünffachen Betrag auszuprägen. Es ist auch leicht nachzuweisen, dass bei beiden Abstufungen mit der gleich geringsten Zahl von zusammen 18 Geldstücken die einzelnen Zahlungsbeträge von 1 bis 10 incl. hergestellt werden können; dagegen ergibt sich zu Gunsten der Abstufung 1, 2, 4, 10, dass mit diesen Stücken bis zum Betrag von 10 einschliesslich im Ganzen 56, bei der Abstufung 1, 2, 5, 10 aber nur 49 Combinationen möglich sind. Dieser Vortheil pflanzt sich auch auf die höheren Beträge fort und man findet weiter, dass alle Zahlungsbeträge von 1 bis 50 einschliesslich zum Mindesten erfordern

bei der Abstufung 1, 2, 5, 10, 20, 50, 100 zusammen 146 Geldstücke

„ „ „ 1, 2, 4, 10, 20, 50, 100 „ 146 „

„ „ „ 1, 2, 4, 10, 25, 50, 100 „ 144 „

wobei dem Nachtheil, dass die letztere Abstufung das Zusammenzählen der verschiedenen Geldstücke theilweise vielleicht etwas schwieriger macht, die Gewohnheit des Volkes gegenübersteht, häufig, namentlich bei den täglichen kleinen Bedürfnissen, die Preise der Waaren aus der kleinsten und grössten Münzeinheit durch fortgesetzte Verdopplungen, beziehungsweise Halbirungen zu bilden, was auch bei den ausgeprägten Münzen möglichst berücksichtigt zu werden verdient. So rechnet z. B. noch heutigen Tags das schwäbische Landvolk bei Einkäufen und Verkäufen viel nach Batzen (4 Kreuzer), obgleich diese Münze nicht mehr besteht. Auch das französische Münzsystem trägt diesem Verhältniss

Rechnung; denn die eigentliche Rechnungsmünze im gewöhnlichen Leben ist nicht der Centime, sondern noch immer der alte Sou von 5 Centimen, auf welchen das 2-Sousstück (10 Cent.) und das 4-Sousstück (20 Cent.) folgen.

Geht man umgekehrt von der grösseren österreichischen Münzeinheit mit der Theilung abwärts, so erhält man 1 Gulden, $\frac{1}{2}$ Gulden (50 Kreuzer) und $\frac{1}{4}$ Gulden (25 Kreuzer), wogegen jene Commission statt des $\frac{1}{2}$ -Guldenstücks ein 40-Kreuzerstück, also eine ganz neue Münze in Antrag gebracht hat. Warum diess geschehen ist, wird nur aus dem Bestreben zu erklären sein, die österreichischen Theilmünzen den französischen so viel als möglich anzupassen und zugleich mit dem 40-Kreuzerstück = 1 Frank einen Münzwert zu erhalten, welcher dem früheren beliebten Zwanziger nahesteht. In neuester Zeit ist übrigens dem Reichsrath ein Gesetzesentwurf vorgelegt worden, nach welchem der Gesamtbetrag von 12 Millionen Gulden Silberscheidemünze in 20-, 10- und 5-Kreuzerstücken ausgeprägt und daher das $\frac{1}{4}$ -Guldenstück aus der Reihe der österreichischen Münzen verschwinden würde, wogegen die kupfernen 4- und 1-Kreuzerstücke bleiben sollen. Ohne nähere Kenntniss über diese Vorgänge zu haben, möchte doch zu bemerken sein, dass neben den 4-Kreuzerstücken in Kupfer ($37\frac{1}{2}$ Stück auf ein Pfund) 5-Kreuzerstücke in Silber (525 auf ein Pfund), welche für den Verkehr der unteren Volksklassen in Oesterreich auch zu klein sein werden, ganz überflüssig sind und die für ihre Ausprägung aufzuwendenden Kosten erspart werden könnten, wenn anders es nicht in der Absicht liegt, die 4-Kreuzerstücke später einzuziehen und ganz auf die französische Abstufung der Münzen überzugehen, bei welcher aber statt des 40-Kreuzerstücks ein $\frac{1}{2}$ -Gulden- oder 50-Kreuzerstück genommen werden müsste.

Mag nun aber die österreichische Regierung künftig ihre Silberscheidemünzen in der einen oder andern Weise ausprägen, so wird es kaum einem Zweifel unterliegen, dass der Betrag von $2\frac{2}{5}$ Gulden für den Kopf viel zu niedrig bemessen ist und dass auch die Frankenstaaten mit 6 Franken nicht ausreichen könnten, wenn das 5-Frankenstück als Silberscheidemünze ausgeprägt würde, wie diess in Oesterreich mit dem 2-Guldenstück beabsichtigt wird. Setzt man voraus, der in Separat-Artikel 8 des Wiener Münzvertrags vom 24. Januar 1857 für den gesamten Umlauf der Scheidemünze bestimmte Maximalbetrag von $1\frac{1}{4}$ Gulden pro Kopf der Bevölkerung sei richtig gewählt und berücksichtigt man, dass die österreichischen Kupferausprägungen in 4-, 1- und $\frac{1}{2}$ -Kreuzerstücken vom Jahre 1857 bis Ende 1866 10,014,420 fl. oder pro Kopf ungefähr $\frac{1}{4}$ Gulden betragen, so würde für alle seitherigen

Courant-Silbermünzen von $\frac{1}{4}$ Gulden an aufwärts bis zu 2 Gulden, welche künftig durch Scheidemünze ersetzt werden sollen, nur $1\frac{2}{5}$ fl. pr. Kopf oder im Ganzen eine Summe von etwa 50 Millionen Gulden übrig bleiben, während die seitherige Ausprägung, wie schon oben angeführt ist, das Vierfache beträgt und der wirkliche Bedarf nach Wiederaufnahme der Baarzahlungen und Einführung der Goldwährung in Oesterreich auch nicht viel weniger betragen wird.

Wie später noch näher nachgewiesen werden wird, ist der jetzige Umlauf von Courantmünze und Silberscheidemünze im süddeutschen Münzvereinsgebiet, das über $10\frac{1}{2}$ Mill. Einwohner zählt, auf 200 Mill. süddeutsche Gulden oder pro Kopf ungefähr 19 Gulden zu veranschlagen und es würde künftig nach Einführung der Goldwährung absolut unmöglich sein, diesen Umlauf bis auf 30 Mill. fl. zu verringern, da schon jetzt grössere Zahlungen in Silber hauptsächlich nur bei den Staatscassen vorkommen, im gewöhnlichen Verkehre aber bei Weitem das Papiergeld überwiegt, dessen Verdrängung die Hauptaufgabe des Goldes wäre. In süddeutschen 6-Kreuzer- und 3-Kreuzerstücken von Silber circuliren allein gegen 20 Millionen Gulden und wenn auch ein Uebermaass in diesen Münzsorten nicht in Abrede zu ziehen ist, so wird diess anderseits dadurch wieder weniger fühlbar gemacht, dass es an einer mittleren Münze zwischen dem 6-Kreuzer- und 30-Kreuzerstück seither fehlte.

Auch die Erfahrung in England, wo doch der Metallumlauf überhaupt sehr gering ist, lässt den im österreichischen Präliminarvertrag stipulirten Betrag der Silbermünzen von 6 Franken pr. Kopf als ungenügend erscheinen; denn die britischen Silberausprägungen betrugen nach Einführung der Goldwährung in den Jahren 1816—1825 8,382,811 £ oder $211\frac{1}{2}$ Mill. Fr., was bei der damaligen Bevölkerung Grossbritanniens von höchstens 20 Mill. Einwohner mehr als 10 Franken pr. Kopf ergibt.

Wenn hienach anzunehmen ist, dass für die Verhältnisse Oesterreichs kaum 6 Gulden oder 15 Franken ausreichen werden, so dürfte aller Grund vorliegen, die fragliche Bestimmung einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen, welche vielleicht dazu führt, dass sich die österreichische Regierung, wie diess in dem der Conferenz vorgelegenen Vertragsentwurf des Frhrn. v. Hock auch aufgenommen war, keinerlei Beschränkung wegen der Ausprägung der Hilfsmünzen auferlegen lässt, sondern hiebei nur das Bedürfniss des inneren Verkehrs als Massstab anerkennt. Es setzt diess aber voraus, dass von dem Art. XII., in welchem die spätere Gemeinsamkeit der Silbermünzen vorgesehen ist, kein Gebrauch gemacht werde. Eine solche Gemeinsamkeit der Theil-

münzen, wenn diese vollends auf ganz Europa, Amerika etc. ausgedehnt würde, ist auch in mehr als Einer Hinsicht äusserst bedenklich.

Der Art. 4 des Pariser Vertrags von 1865 bestimmt, dass die Silberscheidemünzen durch die Regierungen, welche sie ausgegeben haben, eingeschmolzen werden sollen, sobald die Abnützung bis zu 5 Procent unter der gestatteten Toleranz vorgeschritten oder wenn das Gepräge verschwunden ist. Diese Einzüge werden bei dem starken Umlaufe der dem kleinen Verkehr dienenden Münzen schon nach verhältnissmässig kurzer Zeit beginnen müssen und es wurde auch in England im Jahre 1842, also 25 Jahre, nachdem die neuen Silbermünzen ausgegeben waren, deren Abnützung durchschnittlich auf 5 Procent des Gewichts berechnet. Künftig hätten daher alle einzelnen bei der Münzeinigung beteiligten Regierungen entweder fortwährend oder in gewissen Perioden ihre in der ganzen Welt umlaufenden abgeschliffenen Scheidemünzen einzuziehen und umzuprägen. Dass eine derartige Operation auf einem so ausgedehnten Gebiete kaum ausführbar wäre und beim Publicum, das sich in solchen Dingen ziemlich gleichgültig verhält, auch nicht die nöthige Unterstützung finden würde, wird nicht in Abrede zu ziehen sein, denn die tägliche Erfahrung lehrt, wie schwierig es selbst in kleinen Ländern ist, verrufene und abgeschliffene Scheidemünzen aus dem Verkehre zu entfernen, weil niemand sich der Mühe des Auslesens und der Einsendung an die Einlöscassen unterziehen will. Würde es gar an dem guten Willen einzelner Regierungen fehlen, und deren wären es so viele, so müsste nothwendig mit der Zeit der Scheidemünzumlauf ein ganz verdorbener werden; es könnte dann so weit kommen, wie im süddeutschen Münzvereinsgebiete, wo das Uebermaass abgeschliffener 6-Kreuzer- und 3-Kreuzerstücke schon längst eine wahre Calamität geworden ist, deren Beseitigung, weil sie grosse Opfer erfordert, immer wieder hinausgeschoben wird. Auch die französische Regierung ist seither in Beziehung auf den Einzug der abgenützten Münzen mit keinem guten Beispiel vorgegangen; sie hat seit dem Jahre 1795 nur solche Münzen einberufen, welche wegen ihrer Unzweckmässigkeit durch andere ersetzt wurden, wie die 10- und 5-Frankenstücke in Gold nach dem kleinen Modell, die 25-Centimenstücke in Silber und die alten Sousstücke; alle übrigen Gold- und Silbermünzen wurden, ihrer zum Theil bedeutenden Abnützung ungeachtet, in der Circulation belassen und erst in Folge des Vertrags von 1865 sind die früheren Courantsilbermünzen von 2 Franken an abwärts dem Einzuge verfallen. Bei den noch circulirenden Fünffrankenstücken in Silber haben z. B. die Einzüge in der Stuttgarter Münze während der letzten fünf Jahre ergeben, dass das Kilogramm

Feinsilber sich auf 223,664 Fr. statt 222²/₉ Fr. stellt, also die Verschlechterung im Durchschnitt 0,65 % beträgt und bei einzelnen Stücken schon sehr weit vorgeschritten ist.

Ein anderer Umstand nicht ganz ohne Bedeutung ist der, dass eine Gemeinschaftlichkeit in ächten Münzen auch eine solche in falschen Münzen in sich schliesst, d. h. dass jeder Staat, wenn die als gesetzliche Zahlungsmittel zugelassenen Münzen eines andern Staates gefälscht werden, in Gefahr steht, darunter ebenso wie der letztere oder vielleicht noch mehr zu leiden, weil das fremde, weniger bekannte Gepräge den Umlauf von Falsificaten begünstigt. Bei Goldmünzen, welche jedermann wegen ihres höheren Werths näher zu prüfen gewohnt ist, trifft diese Befürchtung weniger zu als bei Silberscheidemünzen, deren Nachahmung an sich weniger schwierig ist und die deutschen Staaten dürften allen Grund haben, sich vor der weit vorgeschrittenen Falschmünzer-Industrie in gewissen Ländern, welcher ein grosses Feld eröffnet würde, in Acht zu nehmen. Ist es doch erst in der neuesten Zeit vorgekommen, dass italienisches Bronzegeld, darunter viel gefälschtes, obgleich dasselbe keinen gesetzlichen Cours auswärts hat, in Masse nach Frankreich und in die Schweiz importirt wurde, um dafür Gold aus diesen Ländern herauszuziehen, so dass sich die französische Regierung veranlasst gesehen hat, vor der Annahme dieser Münzen öffentlich zu warnen. Gegen solche betrügerische Speculationen, welche Unsicherheit und Verluste in den kleinen Verkehr bringen, vermag die Bestimmung in einem Münzcartel (Art. XIII), dass Vergehen gegen fremde Münzgesetze wie diejenigen gegen die eigenen Gesetze bestraft werden sollen, keinen ausreichenden Schutz zu gewähren. Auch liegen die Zeiten nicht so ferne, wo finanzielle Bedrängnisse oder andere unlautere Absichten selbst auf die Ausprägungen einzelner Münzstätten eingewirkt haben und wo, sogar entgegen den Bestimmungen der Münzverträge, Verrufungen und Abschätzungen von Münzen durch einzelne Regierungen zum grossen Nachtheil der Nachbarländer vorgenommen worden sind. Dass derartige Missstände auch in Zukunft bei internationalen Verträgen wiederkehren könnten, wird nicht in den Bereich der Unmöglichkeiten gehören. Welche Zwangsmittel würden alsdann gegen mächtige Staaten zu Gebote stehen, namentlich in Zeiten eines Kriegs, welcher ohnediess die gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen aufheben würde? Als letztes Mittel blieben nur Repressalien übrig, aus denen aber eine Münzuneinigkeit und Münzverwirrung statt der Münzeinigung entstünde. Um diesen Gefahren zu entgehen und im eigenen Interesse der schönen Sache sollte die Gemeinschaftlichkeit im Münzwesen zunächst

nicht weiter als auf die Goldmünzen, das künftige internationale Zahlungsmittel, ausgedehnt und der reiflichsten Erfahrung überlassen werden, ob mit der Zeit auch eine Annäherung bei den Scheidemünzen räthlich erscheint.

Man ist so gerne geneigt, die Einheit in allen Dingen zu wünschen, übersieht aber dabei häufig, dass die Einheit im Gelde ihre ganz besonderen Schwierigkeiten hat. Die Maasse, mit welchen Längen, Flächen und Körper gemessen werden, die Gewichte, mit welchen gewogen wird, befinden sich im beständigen Besitze desjenigen, der sie gebraucht und der sie auch in gebrauchsfähigem Stande erhält oder die Kosten der Neuanschaffung bestreitet; sie dürfen nur in Beziehung auf ihre Richtigkeit geprüft und gestempelt sein, um überall, wo das gleiche Maass- und Gewichtssystem besteht, auch den gleichen Zweck oft lange Zeit zu erfüllen; ihr eigener Werth ist untergeordnet und kommt bei den Transactionen, welche sie vermitteln, gar nicht in Betracht, denn es ist z. B. für die Erhebung des Gewichts einer Waare völlig gleichgültig, ob die Wiegung mit Gewichten von Eisen oder Messing geschieht. Ganz anders verhält es sich mit dem Werthmesser, dem Metallgelde. Dasselbe dient nicht blos zum Maassstabe der Werthe, sondern hat selbst einen mehr oder minder bedeutenden inneren Werth; es wechselt fortwährend seinen Besitzer und erleidet durch den Umlauf einen Substanzverlust, welcher bewirkt, dass der Metallwerth der Münzeinheit, in der gezahlt und gerechnet wird, immer mehr abnimmt. Fährt man fort, neues vollwichtiges Geld auszuprägen, ohne gleichzeitig für den Einzug der alten abgenützten Münzstücke zu sorgen, so muss sich der Unterschied im Grosshandel geltend machen; denn letzterer lässt sich nicht zwingen, einem bedeutend abgenützten Geldstück den gleichen Werth wie einem neuen beizulegen. Desshalb ist es bei einer Münzvereinigung mehrerer Staaten von der höchsten Wichtigkeit, dass sowohl über die richtige Ausprägung der Vereinsmünzen, als auch über den Einzug der abgenützten Stücke strenge Grundsätze und Vorschriften aufgestellt werden, wie diess seither bei den deutschen Münz-Conventionen geschehen ist.

Der Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 lässt in Art. 6 Abweichungen von dem gesetzlichen Gehalte und Gewichte der einzelnen Münzstücke innerhalb der Remedien nur in so weit zu, als eine absolute Genauigkeit überhaupt nicht erreichbar ist; im Ganzen soll aber von dem Landesmünzfuss nicht abgewichen werden, worüber alljährlich durch gegenseitige Mittheilung des Gewichts und des durchschnittlichen Feingehalts der Ausprägungen Nachweis geführt wird. Zur Ermittlung dieses Durchschnittsgehaltes dienen die sämmtlichen

als fehlerhaft ausgeschiedenen weissen Platten und geprägten Stücke (Cessalien), welche von Zeit zu Zeit, in der Regel nach den einzelnen Münzwerken, zusammengeschmolzen und mittelst Schöpfproben untersucht werden. Um einer richtigen Ausmünzung versichert zu sein, bestimmt ferner Sep.-Art. 4, dass der Betrieb der Münzstätten nur für unmittelbare Rechnung der Staatscassen geführt und kein besonderes Privatinteresse durch Gewinntheile, Akkordslöhne und dergl. an die Münzfabrikation geknüpft werden dürfe. Auch sind über die Vornahme der Gehaltsproben durch zwei einander controlirende Beamte, über Gewichtsprüfungen, über die Führung fortlaufender, der Einsicht offen stehender Probir-Journale nähere Bestimmungen getroffen. In dem früheren süddeutschen Münzvertrag vom 25. Aug. 1837 war sogar eine Controle der einzelnen Vereinsstaaten unter sich nach einem bestimmten Turnus durch gegenseitige Uebersendung von Probeplatten vorgeschrieben. Besonders ausführlich behandeln der Art. 12 und der dazu gehörige Separat-Art. 6 des Wiener Münzvertrags den Fall, dass die Ausmünzung einer Regierung als fehlerhaft erkannt wird und die Wiedereinziehung der Münzen des betreffenden Jahrgangs anzuordnen ist. Endlich ist zwar in Beziehung auf die Bestimmung des Feingehalts der Silbermünzen in Art. 7 nur im Allgemeinen angegeben, dass überall die Probe auf nassem Wege angewendet werden soll, dagegen in einer dem Verträge angehängten Beilage das vereinbarte Probirverfahren zur Bestimmung des Feingehalts der Goldmünzen enthalten.

Untersucht man nun wegen der vorstehenden, zur Sicherung einer richtigen Ausprägung mehr oder weniger nothwendigen Vorschriften den Pariser Münzvertrag vom 23. Decbr. 1865, so findet man denselben in dieser Beziehung ganz lückenhaft, denn die einzige etwa hieher gehörige Bestimmung in Art. 11, dass die Regierungen sich jährlich Mittheilungen über die Grösse der Ausprägungen und Einzüge von Münzen zu machen haben, erstreckt sich nicht einmal auf Angaben über Gehalt und Gewicht. Der Mangel von Controlevorschriften ist aber um so bedenklicher, als in den vier münzvereinten Staaten die Ausmünzungsgeschäfte nicht in eigener Regie, sondern durch Unternehmer, die Münzdirectoren, betrieben werden, welche alle Kosten zu bestreiten haben und dafür tarifmässige Vergütung nach dem Gewichte der Ausmünzungen erhalten. Zwar ist in Frankreich eine kaiserliche Münz-Commission für die Aufsicht und Controle bestellt, unter welcher eine grosse Zahl von Beamten, namentlich auch die Probirer, ihre genau geregelten Functionen ausüben; aber so sehr dieses System und die strenge Ordnung in der Münzfabrikation gepriesen wird, so scheinen doch früher einige Unregelmässigkeiten schon vorgekommen zu

sein. Freihr. von Hock gibt an,*) dass alljährlich ein Münzgewinn von durchschnittlich etwa 50,000 Fr. durch das Remedium ausgewiesen werde und dass derselbe mit der Zunahme der Ausmünzungen sich sogar auf 95,000 und 183,000 Fr. erhoben habe. Auch Dutilleul machte bei der letzten Conferenz die Mittheilung, dass in 10 Jahren das mittlere Gewicht von 3100 Fr. in Gold 999,92 Gramme, der mittlere Gehalt 899,6 Millièmes und das grösste Benefiz für die Staatscasse im Jahre 1859 295,820 Fr. auf eine Fabrikation von 702,696,790 Fr. betragen habe. Hiemit wäre immerhin eine Abweichung im Gewicht und Gehalt von $\frac{1}{2}$ Millièmes zugegeben, was wenigstens darauf schliessen lässt, dass in den französischen Münzstätten von dem Remedium nach unten Gebrauch gemacht wird. Wie es damit in den übrigen, bei der Convention von 1865 betheiligten Staaten, z. B. in Italien, aussieht, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Der österreichische Präliminarvertrag vom 31. Juli 1867 lässt in Art. XVI. einen bedeutenden Fortschritt zur Beseitigung der ebenbezeichneten Mängel erkennen und es würde bei weiteren Verhandlungen Aufgabe sein, die erforderlichen Grundsätze und Massregeln genau festzustellen, damit nicht durch fehlerhafte Ausmünzungen eines einzelnen Staates die übrigen Staaten beschädigt werden.

Nicht minder wichtig ist die Frage wegen des Einzugs der abgenützten Münzen und in dieser Beziehung scheinen einer Vereinbarung noch grosse Schwierigkeiten entgegenzustehen und zwar ebensowohl bei den Haupt- oder Courantmünzen wie bei den Scheidemünzen, über welche oben schon gesprochen worden ist.

Nach Art. 13 des Wiener Münzvertrags hat jeder vertragende Staat die Verbindlichkeit, seine eigenen groben Silbermünzen, wenn dieselben in Folge längerer Circulation und Abnutzung eine erhebliche Verminderung des ihnen ursprünglich zukommenden Metallwerthes erlitten haben, allmählig zum Einschmelzen einzuziehen und dergleichen abgenutzte Stücke auch dann, wenn das Gepräge undeutlich geworden, stets für voll zu demjenigen Werthe, zu welchem sie nach der von ihm getroffenen Bestimmung in Umlauf gesetzt sind, bei allen seinen Cassen anzunehmen. In Separ.-Art. 7 ist die Grenze des Mindergewichts, bei welcher die Wiedereinziehung statt zu finden hat, für die Einthalerstücke auf 2 Procent, für die Zweithalerstücke auf $1\frac{1}{2}$ Procent des Normalgewichts festgesetzt. Auch ist ausdrücklich vorgeschrieben, dass solche abgenutzte Münzen, wenn sie bei den Staatscassen eingehen, zum Einschmelzen an die Münzstätte abzuliefern sind und auf

*) Die Finanzverwaltung Frankreichs, 1857.

Antrag eines jeden anderen Vereinsstaates in Summen von nicht unter 1000 Thalern gegen vollhaltige Stücke ausgetauscht werden müssen.

In Betreff der Vereinsgoldmünzen, der Kronen, bestimmen die Art. 19 und 20, dass dieselben, soferne sie das Normalgewicht mit der gestatteten Gewichtsabweichung von $2\frac{1}{2}$ Tausendtheilen (Passirgewicht) haben und nicht durch gewaltsame oder gesetzwidrige Beschädigung am Gewichte verringert sind, bei allen Zahlungen als vollwichtig gelten sollen, auch dass Vereinsgoldmünzen, welche das Passirgewicht nicht erreichen, und an Zahlungsstatt von den Staatscassen und von den unter Autorität des Staates bestehenden öffentlichen Anstalten, namentlich den Geld- und Creditinstituten, Banken u. s. w. angenommen worden sind, von den Staatscassen und den gedachten Anstalten nicht wieder ausgegeben werden dürfen. Bei Annahme solcher das Passirgewicht überschreitender Goldstücke kann ein dem Minderwerth entsprechender Werthabzug stattfinden. Endlich bleibt es nach Separ.-Art. 11 den vertragenden Regierungen überlassen, durch Gesetz oder Verordnung die Bestimmung zu treffen, dass die Vereinsgoldmünzen, deren Gewicht im Weniger von dem gesetzlichen Normalgewicht um mehr als 5 Tausendtheile desselben abweicht, sobald solche unter den an Zahlungsstatt an die Staatscassen zu verwendenden Goldmünzen zum Vorschein kommen, entweder gegen Erstattung des Goldwerthes und mit $\frac{1}{2}$ Procent Abzug für die Umprägungskosten zurückgehalten oder den Betheiligten nur zurückgegeben werden, nachdem sie durch Einschnitt oder auf andere Weise zum Umlaufe als Münzen unfähig gemacht worden sind.

Alle diese Bestimmungen sind darauf gerichtet, abgenützte Münzen aus dem Verkehre zu entfernen und wenn künftig Gold das gesetzliche Hauptzahlungsmittel bilden soll, so ist es zur Erhaltung der Integrität des Münzsystems unerlässlich, dass ähnliche obligatorische Vorschriften wegen des Wiedereinzugs der nicht mehr cursfähigen Goldmünzen gegeben werden. Statt dessen enthält der Art. 2 des Pariser Münzvertrags von 1865 nur den Vorbehalt für die öffentlichen Cassen, dass bei Zahlungen an dieselben diejenigen Goldstücke, deren Gewicht durch den Abrieb um $\frac{1}{2}$ Procent unter der Toleranzgrenze vermindert oder deren Gepräge verwischt ist, zurückgewiesen werden dürfen, nicht aber zurückbehalten werden müssen; es können also sogar die öffentlichen Cassen solche Goldstücke annehmen und wieder ausgeben. Dieser Punkt hat zu mehrfachen Erörterungen zwischen den französischen und dem österreichischen Bevollmächtigten und zu einem Vorbehalt des letzteren geführt.

Auffallen könnte es auch, dass die Abnützungsquote nicht von

dem Normalgewichte aus, sondern von der unteren Toleranzgrenze an gerechnet wird, insoferne diess die Auslegung zulässt, dass bei den neugeprägten Münzen eine Toleranzabweichung als vorhanden vorausgesetzt wird, während es das Bestreben der Münzadministration sein muss, das Normalgewicht stets möglichst genau einzuhalten und ein ursprünglicher Gewichtsabmangel, wie er bei einzelnen Stücken unvermeidlich ist, in Beziehung auf die Aufrechthaltung des Münzfusses keine andere Wirkung als der nachfolgende natürliche Abrieb äussert. Da übrigens die Gewichtstoleranz bei den 100 und 50 Franken 1 Millième, bei den 20 und 10 Franken und auch bei den künftigen 25 Franken 2 Mill., bei den 5 Franken 3 Mill. beträgt, so ist ein Abmangel am Normalgewicht bis zu 6 resp. 7 und 8 Millièmes zugelassen, welcher an sich nicht zu hoch erscheint, wenn man damit das Passirgewicht der englischen Sovereigns vergleicht, deren Umlaufbefähigung aufhört, sobald ihr Normalgewicht von 123,274 Troygrän auf $122\frac{1}{2}$ Grän oder um 0,774 Grän = 6,28 Millièmes reducirt ist. Die Erfahrung in England hat auch gezeigt, dass innerhalb dieser Abnutzungsgrenze, welche von der Bank durch Nachwiegen aller bei ihr eingezahlten Sovereigns und Zerschneiden der zu leicht erfundenen Stücke fortwährend überwacht wird, eine betrügerische Gewichtsverringerung der Goldmünzen sich nicht lohnt und die letzteren, wenn nicht ungünstige Zufälle oder grössere Verstümmlungen hinzutreten, erst nach einer längeren Reihe von Jahren dem Einzuge verfallen. Von den seit 1816 ausgeprägten Goldmünzen wurden grössere Quantitäten, im Ganzen nahezu 14 Millionen £ in den drei Jahren 1842—1844 einberufen und eingeschmolzen; seither werden aber die Einzüge im durchschnittlichen Betrag von jährlich $\frac{1}{2}$ Million £ regelmässig fortgesetzt und es ist interessant, darüber zu lesen, was ein Bediensteter der Bank von England, William Miller, vor einer im Jahre 1848 zum Zwecke einer neuen Organisation der K. Münze in London eingesetzten Commission angegeben hat. *)

Damals waren in der Bank 6 von Cotton erfundene Wiegmaschinen, 5 für ganze und 1 für halbe Sovereigns, im Gebrauch, mittelst welcher alle an Zahlung eingehenden Goldstücke gewogen und die zu leichten ausgeschieden werden. Diese Maschinen kosteten ungefähr 200 £ pr. Stück und ersparen der Bank gegen die frühere Manipulation jährlich 1000—1100 £. Eine derselben arbeitete ununterbrochen seit 1843 und es sollen ausser der einmaligen Reinigung in jeder Woche, welche ein Mechaniker in einer Stunde besorge, sonst so wenige Reparaturen durch Zufälle oder

*) Report of the Commissioners appointed to inquire into the Constitution, Management and Expense of the Royal Mint, 1849.

Abnützung entstehen, dass die Kosten hiefür von Anfang an kaum 5 £ betrügen, ohngeachtet damals schon 48 Mill. Stücke die Maschinen passirt hatten. Eine Maschine wiegt 33 Sovereigns in einer Minute und erfordert die Kraft von wenigen Pfunden; alle Maschinen zusammen haben schon 60,000 Stück im Tage gewogen. Einzelne Goldstücke werden bei der Annahme vom Publicum noch mit der gewöhnlichen Wage gewogen, aber nachher der Maschine übergeben, welche davon noch 1—2 Procent leichte Stücke ausscheidet; es wird daher auch eine grössere Genauigkeit erreicht. Als im Juni 1842 die Bekanntmachung wegen des Einzugs der Goldmünzen erging, fand die Bank, obgleich früher schon alle Sovereigns gewogen worden waren, dennoch unter ihrem eigenen Vorrath viele Stücke, welche das Passirgewicht überschritten hatten und deren Ausscheidung mit einem Verlust von 3500 bis 4000 £ verbunden war. Diess gab denn auch Veranlassung zu der neuen Einrichtung, welche überall nachgeahmt zu werden verdient, wo die Nothwendigkeit einer fortwährenden Reinigung des Goldmünzumlaufs von den unterwichtigen Stücken anerkannt wird. Derartige Maschinen sind später auch in der englischen Münze aufgestellt worden, nachdem sich bei jener commissarischen Untersuchung gezeigt hatte, dass die neu geprägten Goldmünzen nicht ganz frei von ungenauer Justirung waren. Miller fand beim Nachwiegen von 10,000, den Lieferungen der Münze an die Bank entnommenen Sovereigns 5 % über und unter dem Remedium, 9 % nahe am Remedium, 30 % bis zu $\frac{2}{10}$ Grän über und unter dem Standardgewicht und 56 % von letzterem weniger als $\frac{1}{10}$ Grän abweichend. Dabei ist zu bemerken, dass im englischen Münzgesetz für die Goldmünzen ein Gewichts-Remedium von 12 Grän auf das Troyfund oder 2,008 Millièmes vorgeschrieben ist, welches auf den einzelnen Sovereign bezogen 0,257 Grän beträgt, während beim Feingehalt eine Abweichung von $\frac{1}{16}$ Karat oder 2,6 Mill. gestattet ist. Der leichteste von allen 10,000 Sovereigns wog 0,207 Grän weniger als das Currentgewicht von $122\frac{1}{2}$ Grän oder nahezu 8 Millièmes weniger als das Standardgewicht.

Eine absichtliche Benützung des Remediums ist bei der englischen Münzadministration nicht anzunehmen und der dortige Staat hat auch seit der Aufhebung des Schlagschatzes im Jahre 1667 namhafte Opfer für die Ausprägungen gebracht. So betrugen z. B. im Durchschnitt der 11 Jahre von 1837—1848 bei einer Ausmünzung von 3,480,000 £ im Jahr die von der Staatscasse bestrittenen Münzkosten nicht weniger als jährlich 44,038 £ oder ungefähr $1\frac{1}{4}$ Procent, was allerdings zum Theil in der theuren Verwaltung seinen Grund hat. Verhältnissmässig gering ist dagegen das Opfer von jährlich höchstens 10,000 £ zu nen-

nen, welches dem Publikum für die Ausscheidung der zu leicht gewordenen Goldmünzen auferlegt wird. Der Director der K. Münze, John Herschel, gab hierüber bei Gelegenheit seiner Vernehmung vor dem Parlamentsausschuss für die Decimalausmünzung im Jahre 1853 folgende Aeusserung ab *):

»Von den in die Münze zurückkehrenden älteren Goldmünzen hat der letzte Inhaber den Verlust der Werthverringerung zu tragen. Und hierin liegt keine Ungerechtigkeit. Der Verlust fällt auf die Einzelnen gerade im Verhältniss zum Belauf ihrer Transactionen und darf als eine geringfügige Vergütung (etwa $\frac{1}{5}$ oder $\frac{1}{6}$ pr. Mille) von ihren Baarzahungen, als eine Abgabe für die Bequemlichkeit der Benützung einer Goldcirculation angesehen werden, welche sie aber, falls sie es der Mühe werth halten, vermeiden können, wenn sie ihre Wagschale gebrauchen wollen. Ich vergleiche diese Abgabe mit einem Chausseegelde, das Jedermann in dem Verhältniss entrichtet, wie er die Strasse abnützt. Niemand sieht eine Ungerechtigkeit darin, dass er die Abnützung seiner Kleider oder Mobilien bezahlen muss, da er selbst sie verbraucht. Wenn Jemand bei einer Goldmünze verliert, die nicht allein durch seinen, sondern auch durch anderer Leute Gebrauch abgenützt worden, so benützt er anderseits viele Goldmünzen, bei denen schliesslich der Abgang durch die Abnützung nicht von ihm, sondern von Andern getragen wird; es ist eben eine gemeinsame Consumption. Der Detaillist wird für den Verlust, den er durch die zu leichten Goldstücke erleidet, durch den Preis seiner Waaren mit entschädigt, ebenso wie derjenige, welcher in seinen Geschäften jährlich viel an Chausseegeldern zu zahlen hat, diese Auslage im Gewinn von seinen Geschäften zurückempfängt.«

Eine andere Ansicht äusserte der Präsident der französischen Münzcommission, Dumas, bei den Verhandlungen mit Oesterreich, indem derselbe nicht blos eine Verpflichtung des Staats zum Einzug der abgenützten Goldmünzen, wie Freiherr v. Hock sie vorgeschlagen hatte, für ungerecht hält, sondern auch die Werthschätzung der allmählichen Gewichtverminderung dem Handel selbst überlassen will. Ebenso erklärte sich de Parieu einentheils gegen einen dem Staat aufzubürdenden Verlust, andernteils gegen einen Zwang für das Publicum und gehässige Massregeln, indem man die Sache gehen lassen soll wie seither, ohne übrigens, wie es scheint, die Folgen davon näher ins Auge gefasst zu haben, welche keine andere als ungeordnete Zustände und die Zerstörung der Grundlage des ganzen Münzsystems sein könnten,

*) Report from the select Committee on Decimal Coinage. 1853.

so dass früher oder später eine vollständige Umprägung aller Goldmünzen doch nothwendig werden würde.

Um endlich allen Zweifel in die Absichten der französischen Regierung zu beseitigen, bemerkte Dutilleul noch ausdrücklich, dass die Bestimmung in Art. 2 der Convention von 1865 wegen des Ausschlusses der abgenützten Goldmünzen von den Zahlungen an öffentliche Cassen nur als eine Androhung zu verstehen sei, deren Vollzug schon deshalb Schwierigkeiten habe, weil $\frac{1}{2}$ Procent bei Fünffrankenstücken oder 8 Milligramme kaum gewogen werden können. Gerade diese kleinen Goldmünzen aber sind wegen ihrer verhältnissmässig grossen Oberfläche und wegen ihres häufigeren Gebrauchs auch zu geringeren Zahlungen der Abnützung am meisten ausgesetzt und es wäre auch aus diesem Grunde für Frankreich gerathen, nach Abschaffung der Doppelwährung 5 Franken in Silber als Scheidemünzen auszuprägen, wie diess gegenwärtig in England mit den Kronen geschieht und künftig in Oesterreich mit den Zweiguldenstücken geschehen soll. Hat doch Dutilleul in der officiellen Münzconferenz selbst geäussert, dass das goldene Fünffrankenstück in Frankreich noch eine Luxusmünze sei, welche man in den Städten, selten aber auf dem Lande finde!

Gegenüber von Frankreich insbesondere sind Bestimmungen über den Einzug der abgenützten Goldmünzen deshalb schon dringend geboten, weil ein Theil der französischen Münzen, welcher längere Zeit im Umlauf sich befindet, schon eine merkliche Abnützung erlitten hat und seither von der französischen Regierung nicht das geringste Opfer gebracht worden ist, um zu leicht gewordene Stücke aus dem Verkehre zu entfernen. Ob der Einzug auf Kosten der betreffenden Staatscassen oder wie in England auf Kosten des Publicums geschehen soll, wäre von weiteren Verhandlungen abhängig. Wenn aber im ersteren Falle der Einzug auf die Münzen des eigenen Landes beschränkt werden wollte, so würde der Reinigungsprocess bei der Zerstreuung dieser Münzen im Auslande ein sehr unvollkommener sein; anderseits ist aber der unbeschränkte Einzug auf Kosten der Staatscassen kaum ausführbar, weil diess voraussetzt, dass alle Regierungen ihren Verpflichtungen gleichmässig nachkommen und dass nicht von dem einen Land grössere Mengen abgeschliffener Münzen in das andere Land zum Nachtheil des letzteren gesendet würden. Wird dagegen das englische Verfahren angenommen, so gelten die von Herschel dafür angeführten Gründe auch für die fremden Goldmünzen und es dürften alle Befürchtungen wegen einer etwaigen gegenseitigen Benachtheiligung wegfallen, wenn in jedem Lande für ausreichende Gelegenheit zur Aussonderung der leichten Münzen gesorgt und vertragsmässig bestimmt würde, dass all-

jährlich genaue Nachweise über die vorgenommenen Einzüge zu geben seien.

Wie aus Vorstehendem zu ersehen ist, hat der vorläufige Münzvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich zwar im Allgemeinen die Principien einer Münzeinigung, wie sie von den vorangegangenen internationalen Conferenzen festgestellt worden sind, zur Richtschnur genommen, aber mehrere der wichtigsten Detailfragen noch ungelöst gelassen und es kann auch hier wieder nur der Wunsch ausgesprochen werden, dass der österreichische Staat zuvor mit den deutschen Zollvereinsstaaten, wohin ihn seine Interessen zunächst weisen, eine Verständigung treffen möchte, welche denn auch bei künftigen Verhandlungen mit den lateinischen Staaten eher einen günstigen Erfolg erwarten lassen wird.

V.

Aus allen Kreisen der Bevölkerung Süddeutschlands, namentlich aus denjenigen der Industriellen und Kaufleute, haben sich schon unzählige Klagen über das süddeutsche Geldwesen hören lassen, und diess mit allem Recht; denn der Verkehr leidet unter dem Mischmasch gesetzlicher und geduldeter Zahlungsmittel so sehr, dass Jeder, wenn er nicht schon längst daran gewöhnt wäre, diesen Zustand unerträglich finden müsste. Ausser den groben Silbermünzen verschiedenster Art und einer Unmasse alter Scheidemünzen läuft immer mehr fremdes, besonders französisches Gold um, dessen veränderlicher Curswerth eine Quelle von Hindernissen, Verdriesslichkeiten und Verlusten im Handel bildet. Da das Silber zu grösseren Zahlungen und zu Versendungen in die Ferne unbequem ist, so muss der Verkehr sich einer bedeutenden Menge Papiergeldes und Banknoten bis zu den kleinsten Abschnitten herunter bedienen, wodurch eine künstliche, auf dem Credit der Zettelbanken beruhende Geldcirculation entsteht, deren Fluctuationen bei politischen und Handelskrisen besonders nachtheilig sich äussern.

Um einen Einblick in diese Missstände zu gewähren, hat die Stuttgarter Handelskammer in ihrem Jahresbericht pro 1864 den detaillirten Bestand der Casse eines Fabrikgeschäfts am 31. December 1864 aufgeführt und aus mehr als 50 Cassenbeständen von grossen und mittleren Fabrikations- und Handelsgeschäften das Verhältniss des Umlaufs von

29,56 % Silber, 33,44 % Gold und 37 % Papiergeld gefunden. Eine in letzter Zeit angestellte ähnliche Erhebung von 115 Cassenbeständen ergibt in überraschender Weise nahezu dasselbe durchschnittliche Verhältniss, nämlich

30,67 % Silber, 31,00 % Gold und 38,33 % Papier *).

Von jeher gehörte Schwaben zu denjenigen Ländern, in welchen sich alles schlechte Geld, darunter auch fremde, in ihrer eigenen Heimath verrufene Münzen, ansammelte. Hieran trugen die Territorialherrschaften selbst die meiste Schuld, indem sie das gute Silbergeld dem Tiegel überlieferten, aus welchem geringhaltige, bald fuchsroth aussehende Scheidemünzen hervorgingen; um die Ausprägung grober Silbermünzen, weil diese keinen Gewinn einbrachte, kümmerte man sich wenig, sondern liess sich damit vom Auslande versorgen.

Durch die von Frankreich im 18. Jahrhundert in Deutschland geführten Kriege, besonders den siebenjährigen, kamen ausser den Louis-d'oren viele französische 6 Livres-Thaler oder Laubthaler, auch halbe Laubthaler in Umlauf, welche je nach dem Jahrgang und nach den Münzstätten, deren Frankreich damals 30 zählte, verschieden im Gehalte waren, so dass auch die gesetzliche Werthbestimmung dieser Münzen öfter schwankte. Da das verkehrende Publicum alle obrigkeitlichen Verfügungen unbeachtet liess, so blieben die Laubthaler, welchen ein zu hoher Nennwerth beigelegt wurde, fortwährend in der Circulation und verdrängten die Hauptmünze des Conventionfusses, den Species-

*) Das Ergebniss ist folgendes:

Art der Geschäfte.	Anzahl der Cassen.	Procente des Gesamtkassenbestandes in		
		Silber.	Gold.	Papier.
1) Bank- und Wechselgeschäfte incl. 3 Handwerkerbanken	14	31	22	47
2) Colonialwaarengeschäfte en gros	4	30	29	41
3) Specereigeschäfte en détail	18	35	25	40
4) Manufacturwaarengeschäfte en gros	3	29	41	30
5) dito en détail	9	35	32	33
6) Fabriken	43	23	36	41
7) Diverse Detailgeschäfte	9	35	37	28
8) Material- und Farbwaarengeschäfte	8	28	38	34
9) Diverse Engros-Geschäfte	7	30	19	51
	115	30,67	31,00	38,33

Unter dem Silbergeld befanden sich ca. 11 % Scheidemünze, 37 % in süddeutschem Guldengeld, 15 % in österr. Gulden, 33 % in Thalergeld und 4 % in verschiedenen ausländischen Sorten.

thaler, immer mehr. Noch schlimmer wurde das Uebel am Ende des vorigen Jahrhunderts durch die Brabanter Kronenthaler, eine seit 1755 für die Niederlande ausgeprägte Münze, welche die österreichischen Heere in den gegen Frankreich geführten Kriegen nach Süddeutschland brachten. Die österreichische Regierung forderte eine dem abusiven Curse der Laubthaler von 2 fl. 45 kr. entsprechend hohe Werthung der Kronenthaler zu 2 fl. 42 kr. rheinische Währung = 2 fl. 15 kr. Wiener Current und nachdem im Jahre 1793 der oberrheinische und kurrheinische Kreis diesem »Allerhöchsten kaiserlichen Ansinnen« zur Beförderung des »Kaiserlichen Allerhöchsten Dienstes« entsprochen hatten, folgte noch im gleichen Jahre auch der schwäbische Kreis nach »aus allerunterthänigster Devotion für Kaiserliche Majestät«. Durch diese Werthbestimmung ward der Kronenthaler um mehr als 2 Procent zu hoch tarifirt und der sogenannte 24 Guldenfuss bestand nur noch auf dem Papier, »ob man nun gleich von Seiten des Kreises nicht gemeint war, durch einseitige Verfügungen von dem verfassungsmässigen festgesetzten Conventions-Fuss abzugehen«. Ausser Oesterreich, das aber den Kronenthaler nur zum wahren Werthe von 2 fl. 12 kr. österr. Währung valvirt hatte, blieb Sachsen zu seinem eigenen grossen Schaden dem schweren Münzfuss am längsten, bis zum Jahre 1840, treu, wogegen die süddeutschen Staaten bald nach Auflösung des deutschen Reiches anfangen, neben dem Conventionsgelde, von dem sie nur wenig ausprägten, auch Kronenthaler mit eigenem Gepräge, noch etwas geringhaltiger als die Brabanter, auszugeben. Dadurch entstand der Kronenthalerfuss, aus welchem sich später der 24½ Guldenfuss bildete. Zwar bemühten sich einzelne Schriftsteller, so namentlich der Statistiker J. L. Klüber *), dem Conventionsfuss wieder allgemeine Geltung zu verschaffen, aber die Rückkehr vom leichten zum schweren Münzfuss war immer schwieriger geworden und jeder Staat glaubte, im Münzwesen ganz nach eigenem Gutdünken handeln zu dürfen.

Preussen ging mit dem Gesetz vom 30. September 1821 voran. In diesem Lande war wenige Jahre nach der Einführung des Graumann'schen 14-Thaler- oder 21-Guldenfusses das Münzwesen dadurch wieder in Verfall gekommen, dass König Friedrich II. während des siebenjährigen Kriegs eine Masse geringhaltiger Münzen ausprägen liess, hauptsächlich halbe Gulden oder Drittelthalerstücke in Silber, Ephraimiten genannt, sowie Zwei-, Ein- und Halbgroschenstücke, bei

*) Das Münzwesen in Teutschland nach seinem jetzigen Zustand, mit Grundzügen zu einem Münzverein deutscher Bundesstaaten, 1828.

denen die feine Mark Silber bis zu 45 Thaler ausgebracht war*). Auch geringhaltige Friedrichsd'ore setzten die Münzjuden Ephraim, Itzig u. Comp. in Umlauf, die sogenannten Mittel-Friedrichsd'ore von den Jahren 1755, 56, 57 und 59, welche zuweilen jetzt noch vorkommen und nur 3 Thlr. 29 Sgr. wirklichen Goldwerth haben. König Friedrich gestand selbst später zu, mit diesem Geschäfte einen Gewinn von 11 Millionen Thaler gemacht zu haben. Nach Beendigung des Kriegs im Jahre 1764 wurde zwar das schlechte Silbergeld zum Schaden der Besitzer verrufen und von da an der gesetzliche Münzfuss bei der Ausprägung der Currentmünzen (1 , $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{12}$ Thlr. und in geringer Menge auch $\frac{1}{5}$ Thlr.) befolgt, aber man konnte sich nicht enthalten, daneben wieder ein Uebermaass verschiedenartiger Scheidemünzen auszugeben, deren Gehalt bis auf 21 Thlr. pr. feine Mark verringert war. Diese Scheidemünzen, unter denen sich auch im Ausland nachgemachte Stücke, sogenannte Birminger, fanden, bildeten in der Folge beinahe das einzige Zahlungsmittel und als nach dem Tilsiter Frieden im Jahre 1807, durch welchen Preussen auf die Hälfte seines früheren Gebiets verkleinert wurde, die Ueberhäufung sich noch lästiger machte, sah sich die preussische Regierung genöthigt, die entwertheten Scheidemünzen durch das Publicandum vom 4. Mai 1808 auf $\frac{2}{3}$ und da hiebei die Kosten der Umprägung noch nicht bestritten werden konnten, später durch das Edict vom 13. December 1811 auf $\frac{4}{7}$ ihres Nennwerthes herabzusetzen. Ein weiterer Missstand in Preussen waren die verschiedenen Währungen, welche sich in den einzelnen Landestheilen aus früheren Zeiten erhalten hatten; auch rechnete man in Brandenburg, Pommern und Sachsen 24 Groschen, im alten Königreich Preussen, in Schlesien und in der Grafschaft Glatz 30 Groschen oder Dütchen, in Cleve und in der Grafschaft Mark 60 Stüber auf den Thaler.

Das Münzgesetz vom Jahre 1821 stellte eine einheitliche Währung her; durch dasselbe wurde als Hauptsilbermünze der frühere Thaler, 14 Stück auf die Mark feines Silber, festgehalten und dessen Eintheilung in 30 Silbergroschen à 12 Pfennige allgemein eingeführt. Ausser den Thalern sollten künftig als kleines Courant nur $\frac{1}{6}$ Thaler ausgeprägt werden und nur bis zu diesem Betrage die Silbergroschen, von denen 16 Thaler auf die feine Mark gehen, an Zahlungsstatt angenommen werden müssen. Seit dieser gründlichen Münzreform ist das preussische Münzwesen in Ordnung geblieben.

*) v. Praun, Gründliche Nachrichten von dem Münzwesen insgemein etc. 1784.

In Süddeutschland dagegen konnte man noch lange nicht zu einer Vereinigung kommen. Zwar liessen Baden und Württemberg in den Jahren 1821 — 1825 Ein- und Zweiguldenstücke nach dem Münzfuss von $24\frac{1}{2}$ Fl. pr. feine Mark in 12löthigem Silber ausprägen, wovon aber im Ganzen nur die Summe von 275,976 Fl. in Umlauf kam; denn diese Guldenmünzen, welche sich in den übrigen Staaten als Wechselzahlung keine Geltung verschaffen konnten, wurden bald wieder durch Kronenthaler-Ausprägungen verdrängt. Später, in den Jahren 1828—1830, machte Baden für sich allein den Versuch mit Decimalmünzen, indem es 447,180 Fl. in 100-Kreuzerstücken nach dem Kronenthalerfuss von $24\frac{6}{11}$ Fl. und 172,950 Fl. 20 Kr. in 10-Kreuzerstücken nach dem 28-Guldenfuss ausprägte; aber auch dieser Versuch, welcher keine Nachahmung fand, musste wieder aufgegeben werden. Ganz nach Belieben verfahren die einzelnen Staaten hinsichtlich des Feingehaltes und Ausbringens ihrer Scheidemünze. In Württemberg wurden in diesem Jahrhundert bis zum Jahre 1837 die 6-Kreuzerstücke zu $26\frac{2}{3}$ Fl., die 3-Kr.- und 1-Kreuzerstücke zu 30 Fl., die $\frac{1}{2}$ -Kreuzerstücke zu 32 Fl. p. f. Mk. ausgebracht. Baden prägte die 6-Kreuzerstücke anfänglich im $26\frac{1}{2}$ Fl.-Fuss, später im 28 Fl.-Fuss, die 3-Kreuzerstücke zuerst im 28 Fl.-, nachher im 30 Fl.-Fuss, Kreuzer, Halbkreuzer und Viertelkreuzer aber in Kupfer aus. In Bayern bestand vor dem Jahre 1837 für 6-Kr.- und 3-Kreuzerstücke der 26 Fl.-Fuss, für 1-Kreuzerstücke der 27 Fl.-Fuss und ebenso wechselnd waren die Normen in den übrigen süddeutschen Staaten. Den grössten Missbrauch trieb aber die Regierung von Sachsen-Coburg, welche die Nachbarstaaten mit geringhaltigen 6-Kreuzer- und 3-Kreuzerstücken überschwemmte, in denen nach Untersuchungen in der Stuttgarter Münzstätte die feine Mark bis zu 35 Fl. 15 Kr. beziehungsweise 44 Fl. 20 kr. ausgebracht war. Zu dem Uebermaass von Scheidemünze gesellte sich das Eindringen preussischer Silbermünzen in Süddeutschland, so dass die Regierungen sich wiederholt veranlasst sahen, Warnungen dagegen ergehen zu lassen und den Thaler sowie dessen Theilstücke zu valviren. Aehnliche Massregeln waren auch gegen die französischen Laubthaler nöthig geworden, nachdem die französische Regierung selbst diese abgenützten und häufig beschnittenen Münzen im Jahre 1810 als Bruchsilber erklärt und auf den Werth von 5 Franken 80 Centimen oder auf 2 Fl. 40,7 kr. des 24 Fl.-Fusses herabgesetzt hatte. Am meisten litt aber der Verkehr durch die abgeschliffenen Theilstücke des Kronenthalers, die $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Thaler, welche bei Wechselzahlungen nur in beschränkter Quote und wenn sie ein gewisses Gewicht hatten, zugelassen wurden. Dadurch kam endlich die Sache

zum Bruche, ohne dass jedoch zuvor die betheiligten Staaten sich in irgend einer Weise verständigt hätten.

Den Anfang machte Baden unterm 7. April 1837 mit Verrufung der Viertel-Kronenthaler; alsbald folgte Frankfurt mit einer ähnlichen Verordnung nach, welche auch auf die halben Kronenthaler ausgedehnt wurde, und ebenso beeilten sich die übrigen süddeutschen Staaten, sowie mehrere Schweizercantone, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um den entstehenden Verlust nicht allein zu tragen. Letzteren wälzte man auf die Staatsangehörigen und nur in Württemberg wurde durch die Verfügung vom 25. April 1837 die Einlösung der Viertel- und halben Kronenthaler im vollen Nennwerthe von $40\frac{1}{2}$ kr. resp. 1 fl. 21 kr. innerhalb 24 Stunden angeordnet, was auf die umgewechselte Summe von 3,265,000 fl. einen Verlust für die Staatscasse von 68,934 fl. 59 kr. ergab. Da aber diese Verrufungen eine grosse Lücke im Geldumlauf zurückliessen und desshalb den unbeschädigten halben Kronenthalern auch ferner der Umlauf zu 1 fl. 20 kr. gestattet werden musste, so fand eine Aufforderung der K. bayerischen Regierung an die übrigen süddeutschen Regierungen zu einer Vereinigung über diese Verhältnisse allgemeinen Anklang.

Die aus den Berathungen zu München hervorgegangene Münzconvention vom 25. August 1837 hat eine wesentliche Verbesserung des süddeutschen Münzwesens herbeigeführt: der $24\frac{1}{2}$ -Guldenfuss kam ausdrücklich zur Anerkennung unter genauer Feststellung des Markgewichtes gleich der gesetzlichen preussischen Mark von 233,855 Grammen und unter Aufrechterhaltung des seitherigen Curses der ganzen Kronenthaler von 2 fl. 42 kr.; statt der Theilmünzen des letzteren wurde die Ausprägung von Gulden- und Halbguldenstücken im Feingehalt von $\frac{9}{10}$ und in übereinstimmender Form angeordnet; entsprechende Remedien, sowie eine sorgfältige Controle der Ausmünzungen sollten die Einhaltung des Münzfusses sichern; die Festsetzung einer Abnutzungsgrenze blieb künftiger Vereinbarung vorbehalten; gegen einseitige Verrufungen von cursirenden Münzen, wie sie seither vorgekommen waren, wurde Vorsorge getroffen. Eine besondere Uebereinkunft vom gleichen Tage regelte das Scheidemünzwesen in Beziehung auf die Ausprägung der gemeinschaftlichen Sechskreuzer- und Dreikreuzer-Stücke im 27 fl.-Fuss à $\frac{1}{3}$ Feingehalt; die Ausprägung von Einkreuzer-Stücken und der Theilstücke derselben wurde dagegen dem Ermessen der einzelnen Staaten überlassen. Um einer allzugrossen Anhäufung von Scheidemünzen zu begegnen, ward vorgeschrieben, dass jeder Staat die alten und neuen Sechskreuzer- und Dreikreuzer-Stücke, jedoch nur eigenen Geprägs und in Summen von wenigstens 100 fl.

gegen grobe Münze umzuwechseln verbunden sei. Eine andere Bestimmung der Uebereinkunft hatte die Folge, dass alle Scheidemünzen der nicht contrahirenden Staaten entweder ausser Curs gesetzt oder auf ihren Silberwerth gewürdigt wurden, wobei man aber zum Theil so weit ging, auch die Münzen von erloschenen Münzherrschaften, welche früher im süddeutschen Gebiete lagen, der Verrufung zu unterwerfen. Diese Massregel führte bedeutende Verluste und Störungen im Verkehre herbei, besonders dadurch, dass viel geringhaltige Scheidemünze von Sachsen-Coburg-Gotha circulirte, deren Annahme im vollen Curswerth die dortige Regierung verweigerte, wogegen die Scheidemünze von Sachsen-Meiningen später, im Jahre 1838, nachdem sich dieser Staat dem Münzverein angeschlossen hatte, im vollen Werthe eingelöst wurde. Indessen dauerte das Uebermaass von Scheidemünze in Süddeutschland auch nachher noch fort; denn jene Verpflichtung zur Umwechslung gegen Grobgeld erwies sich als unwirksam und anstatt für die Einziehung der älteren abgeschliffenen Münzen, unter welchen sich noch immer verrufene Stücke befanden, Opfer zu bringen, verfielen die Münzstätten wieder in den alten Fehler, dass sie die Ausprägungen von Scheidemünzen, namentlich Sechskreuzerstücken eifrigst betrieben, woran leider keine Vertragsbestimmung sie hindern konnte.

Was die Ausprägungen von Goldmünzen betrifft, so waren diese gar nicht Gegenstand der Conferenzverhandlungen; in dieser Beziehung blieb es daher bei den früheren Zuständen. Der eine Staat prägte Ducaten, der andere 10- und 5-Guldenstücke, ein dritter ganze und halbe Pistolen; auch alte Goldgulden, Carolins und bayerische Maxd'ore befanden sich noch in Circulation.

Ueberhaupt wurde durch die Münchener Münzconvention nur ein Theil der bestehenden Uebel beseitigt; die Hauptaufgabe, welche schon in Art. 9 des Handelsvertrags vom 27. Mai 1829 zwischen Preussen und dem Grossherzogthum Hessen einerseits, Bayern und Württemberg anderseits und später in Art. 14 des Zollvereinsvertrags vom 22. März 1833 gestellt worden war — die Einführung eines gemeinschaftlichen Münzsystems für alle Zollvereinsstaaten — harrte noch ihrer Lösung. Man hatte sich inzwischen begnügt, Tarife für die gegenseitige Annahme der Münzen bei den Zollzahlungen festzusetzen, und es ist besonders bemerkenswerth, dass in der Vergleichungstabelle vom Jahr 1834 der preussische Thaler zu 1 fl. 45 kr. valvirt erscheint, womit also schon damals der 24 $\frac{1}{2}$ -Guldenfuss als Norm anerkannt wurde. Wie wenig aber die süddeutschen Münzen zur Thalerrechnung passten, zeigt eben diese Tabelle, in welcher

der Kronenthaler zu . . . 1 Thlr. 16 Sgr. 3 $\frac{3}{7}$ Pfg.

der Conventionsthaler zu 1 Thlr. 11 Sgr. $1\frac{5}{7}$ Pfg.
 das 24 Kreuzerstück zu 6 Sgr. $10\frac{2}{7}$ Pfg.
 tarifirt ist.

Die preussischen, sächsischen und kurhessischen groben Thaler-münzen erhielten nicht nur bei den Zollcassen, sondern auch bei den übrigen Staatscassen, sowie im süddeutschen Verkehr überhaupt immer mehr Geltung und es erhoben sich bald nach dem Abschluss des Zollvereinsvertrags Stimmen dafür, dass der preussische Thaler als Vereinsmünze gewählt, dabei aber in Süddeutschland der Kronenthaler oder $24\frac{1}{2}$ -Guldenfuss festgehalten und der Conventionsfuss ganz verlassen werde*). Einen ähnlichen Vorschlag machte die preussische Regierung in ihrem Promemoria vom 15. Juni 1837, welches als gemeinschaftliche Hauptsilbermünze ein Zweithalerstück = $3\frac{1}{2}$ fl. und eventuell auch den Thaler = $1\frac{3}{4}$ fl. aufstellte; in erster Linie empfahl sie aber die allgemeine Annahme des 21-Gulden-, beziehungsweise 14-Thalerfusses im Zollverein, so dass der neue Gulden zwei Drittheile des Thalers oder 20 Silbergrochen oder 16 alte Groschen, der Thaler $1\frac{1}{2}$ Gulden oder 90 Kreuzer dargestellt und alle Theilmünzen bis auf die kleinsten herunter mit einander übereingestimmt hätten. Dieser letztere Vorschlag fand bei den süddeutschen Regierungen keine günstige Aufnahme; man befürchtete von dem schweren 21-Guldenfuss eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse und hielt die Regulirung der öffentlichen und privatrechtlichen Zahlungsverbindlichkeiten nach der höheren Werthung des Guldens und Kreuzers im Verhältniss von 6:7 geradezu für »unausführbar.« Ohne Zweifel hatten die süddeutschen Regierungen die früheren Erfahrungen noch vor Augen, welche im vorigen Jahrhundert mit der Annahme des 20-Guldenfusses und mit der Herabsetzung des Nominalwerthes der Münzen gemacht worden waren. Die bayerische Regierung sprach in ihrer Rückäusserung vom 21. Oct. 1837, in welcher sie auf die inzwischen abgeschlossene süddeutsche Münz-Convention vom 25. Aug. 1837 hinwies, auch technische Bedenken gegen den Doppelthaler aus und brachte dafür eine Vereinsmünze im Werthe von $1\frac{1}{3}$ Thaler oder 2 fl. 20 kr. im $24\frac{1}{2}$ -Guldenfuss mit der Aufschrift » $10\frac{1}{2}$ eine feine Mark« in Vorschlag. Die k. sächsische Regierung endlich gab unterm 8. März 1838 ihre vorläufige Erklärung dahin ab, dass eine radicale Verbesserung des Münzwesens in Deutschland nur durch Aufstellung eines ganz neuen, allen Anforderungen der Wissenschaft und Erfahrung vollkommen entsprechenden Münzsystems erreicht

*) Hermann in Rau's Archiv der polit. Oeconomie und Polizeiwissenschaft, 1834.

werden könne, wobei das Decimalsystem besondere Beachtung verdiene. Allerdings befand sich Sachsen auch in einer besonders ungünstigen Lage, indem es in dem einen wie in dem andern Falle den 20-Guldenfuss aufzugeben, also alle die Schwierigkeiten zu überwinden hatte, vor denen die süddeutschen Regierungen zurückschracken. Dennoch erklärte die sächsische Regierung ihre Geneigtheit, nach den Umständen auch den 14-Thalerfuss einzuführen, womit sie zugleich den Wunsch verband, dass dann das Thalerstück und neben demselben auch entsprechende Theilmünzen, besonders das $\frac{1}{3}$ - und etwa das $\frac{1}{6}$ -Thalerstück, als Vereinsmünzen anerkannt werden möchten.

Nachdem in dieser Weise die Meinungen gegenseitig ausgetauscht worden waren, versammelten sich im Mai 1838 die Bevollmächtigten sämtlicher Zollvereinsstaaten in Dresden zu einer allgemeinen Münz-Conferenz, in welcher Sachsen den Vorschlag machte, den seitherigen Thaler und Gulden als obere Werthseinheit aufzugeben und dafür das $\frac{1}{3}$ Thalerstück in 100 Theile eingetheilt zu substituiren, so dass 10 dieser Neupfennige dem preussischen Silbergroshen gleichkämen. Hiegegen sprachen sich aber nicht nur die Guldenstaaten, sondern auch die Staaten des Thalersystems aus und ebenso verlassen stand die sächsische Regierung mit dem weiteren Antrag, das französische $\frac{1}{4}$ Kilogramm oder 250 Gramme zur Münzmark zu erheben und hienach den 15-Thaler-, beziehungsweise 26 $\frac{1}{4}$ -Guldenfuss anzunehmen. Was also Sachsen schon damals wollte und was bei den übrigen Staaten so grosse Anstände fand, ist später, zum Theil nur in anderer Form, von der Wiener Münz-Conferenz im Jahre 1856 und von dem Heidelberger Handelstag im Jahre 1861 lebhaft wieder aufgegriffen worden. Bei der Verschiedenheit der Interessen waren die Beschlüsse der Dresdener Münz-Conferenz in der Hauptsache das Ergebniss von Compromissen; als Vereinsmünze wurde das $1\frac{1}{3}$ -Thaler- oder $2\frac{1}{3}$ -Guldenstück wie der Thaler fallen gelassen und dagegen der Doppelthaler im Feingehalt von $\frac{9}{10}$ angenommen, eine Münze, welche wegen ihrer lästigen Grösse sich im gewöhnlichen Verkehre nie beliebt gemacht hat. Ueber die Schwierigkeiten hinsichtlich der gegenseitigen gesetzlichen Zulassung der übrigen Hauptmünzen, einerseits der Kronenthaler und Gulden, anderseits der Thaler des 14-Thalerfusses, kam man nicht hinweg, sondern es blieb diessfalls zunächst bei den Valuationen für die Zollzahlungen, welche mit den neuen süddeutschen Guldenmünzen, die ganzen Gulden zu 17 Sgr. $1\frac{5}{7}$ Pfg., die halben Gulden zu 8 Sgr. $6\frac{6}{7}$ Pfg. vervollständigt wurden; nicht einmal über einen gemeinschaftlichen Revers der Vereinsmünze konnte man sich einigen, wie diess in München bei den 1 fl.- und $\frac{1}{2}$ fl.-Stücken geschehen war. Im Uebrigen

hat die Dresdener allgemeine Münz-Convention vom 30. Juli 1838 an der Münchener Convention vom 25. Aug. 1837 nichts geändert; ihr grösstes Verdienst ist, dass sie strenge Grundsätze über die Einhaltung des Münzfusses, über den Einzug verrufener oder abgenützter Münzen und über den Umlauf von Scheidemünzen aufstellte, welche später zum Theil wörtlich in den Wiener Vertrag vom Jahre 1857 übergingen. Auch wurden wegen Verfolgung und Bestrafung von Münzverbrechen erstmals vorsorgliche Bestimmungen getroffen.

Nachdem diese Conventionen ins Leben getreten waren, schritt man in Süddeutschland zur weiteren Entwicklung des anscheinend so glücklich begonnenen und ausgeführten Werkes. Schon ein Promemoria der württemb. Regierung vom 2. April 1838 hatte die Umprägung der in Circulation befindlichen, dem neuen Münzsysteme nicht entsprechenden Münzen innerhalb eines bestimmten Zeitraums in Anregung gebracht und nachdem eine grössere Summe von ganzen und halben Guldenstücken in Umlauf gesetzt worden war, handelte es sich nun zunächst von einer gemeinsamen Massregel, um die grosse Masse der noch vorhandenen Kronenthaler, welche auf ca. 150 Millionen Gulden, darunter $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{6}$ süddeutsche, berechnet wurde, allmählig aus dem Verkehre zu entfernen. Damit in Verbindung stand die Frage wegen Ausprägung einer gröberen Münzsorte nach dem Guldensysteme; denn die Vereinsmünzen von $3\frac{1}{2}$ Gulden zeigten sich den Bedürfnissen Süddeutschlands wenig zusagend und wanderten fast regelmässig alsbald nach ihrer Ausgabe in die Länder des Thalerfusses. Die k. bayerische Regierung schlug das Zweiguldenstück als neue grobe Silbermünze vor und bei den darüber im Februar und März 1845 zu München geführten Verhandlungen, welche die Convention vom 27. März 1845 zur Folge hatten, wurde dieser Antrag ohne jede Erinnerung von Seite der übrigen Commissäre angenommen, obgleich auch damals in der Presse das $2\frac{1}{3}$ -Guldenstück Fürsprache gefunden hatte. Um so lebhafter waren die Erörterungen darüber, ob ein übereinstimmender Revers auch bei den 2 fl.-Stücken vorzuschreiben oder statt dessen das betreffende Landeswappen zu wählen sei. Die Mehrheit der Conferenzmitglieder war für den gleichförmigen Eichenkranz zugleich als Symbol der süddeutschen Münzeinigung; aber die bayerische Regierung hatte eine andere Ansicht und ihrem beharrlichen Widerstande, welcher die ganze Conferenz zu vereiteln drohte, sind die verschiedenen Wappen zu verdanken. Einen weiteren nicht unwichtigen Gegenstand der Berathung bildete die Vereinbarung über die Abnutzungsgrenze für die groben Guldenmünzen, sowie über die Einzüge der cursirenden älteren und abgenützten eigenen Scheidemünzen; über letzteren Punkt wurde jedoch in die Convention

nur eine allgemeine Bestimmung aufgenommen, welche keinen grossen Erfolg haben konnte. Auch die Ausprägung einer neuen Theilmünze, des Viertelguldenstücks, kam zur Sprache, ohne dass übrigens ein Bedürfniss, diese Frage zur Entscheidung zu bringen, anerkannt worden wäre. Endlich machten die technischen Mitglieder der Conferenz noch Studien über Schutzmassregeln gegen das Einschmelzen der neuen Münzen, über die Controle bei Anfertigung von Gold- und Silberwaaren, über das Verfahren beim Einkauf von Silber und über eine gemeinsame Goldmünze, den Ducaten, auf welche die contrahirenden Regierungen im Schlussprotocoll aufmerksam gemacht wurden.

In Gemässheit der Art. 1 und 10 der Münz-Convention vom 27. März 1845 waren in den 3 Jahren 1845—1847 vom süddeutschen Münzverein im Ganzen 12 Millionen Gulden in Kronenthalern einzuziehen und in Zweiguldenstücke umzuprägen; später verminderte sich nach Art. 4 das vertragsmässige Quantum auf jährlich 2 Millionen Gulden, während an Scheidemünze nur geringe Beträge von den einzelnen Staaten eingezogen wurden. Ausser den ganzen Kronenthalern, welche auch aus der Schweiz zurückströmten, wo sie vom 1. Januar 1852 an bei den Zollcassen nur noch zu 5,67 Fr., statt früher 5,70 Fr., angenommen wurden, befanden sich noch immer halbe Kronenthaler zum Curswerthe von 1 fl. 20 kr. im Umlauf und ebenso waren auch die Viertel-Kronenthaler in einigen Staaten zu 39 kr. für das Stück sowohl im Privatverkehr als bei den Staatskassen noch zugelassen. Da aber diese Münzen sich immer mehr abnützten und den Verkehr benachtheiligten, so sah sich wieder die badische Regierung, ohne dass sie jedoch die Vorschriften in Art. 15 der Convention von 1837 genau eingehalten hätte, veranlasst, unterm 26. März 1852 mit einer vollständigen Demonetisirung voranzugehen, welcher sich auch die übrigen Staaten, Württemberg mit der k. Verordnung vom 20. Mai 1852, anschlossen. Dabei kam noch eine ziemlich bedeutende Menge der fraglichen Münzen zum Vorschein; denn in Württemberg allein wurde bis zum Schlusse des Jahres theils im Nominalwerth, theils nach dem Gewichte die Summe von 395,951 fl. eingelöst.

In den folgenden Jahren erlitt das süddeutsche Münzwesen einige Störungen durch das Einströmen der von Oesterreich seit 1848 ausgeprägten Silberscheidemünzen mit der Bezeichnung »6 Kreuzer«, bei denen der Conventionsfuss verlassen worden war. Von diesen Sechskreuzerstücken hat die österreichische Regierung nach amtlichen Angaben nicht weniger als 21,138,374 fl. 36 kr. in Umlauf gesetzt, anfänglich noch mit dem Feinsilbergehalte von $\frac{1}{240}$ kölnische Mark, wie die alten Conventionsmünzen von 5 kr., später von $\frac{1}{280}$ köln. Mk., so

dass die letzteren Stücke, welche die Jahreszahl 1849 tragen, nach dem $24\frac{1}{2}$ fl.-Fuss höchstens $5\frac{1}{4}$ kr. (nach genauen Proben 5,10 kr.) werth sind. Die süddeutschen Regierungen liessen daher öffentliche Verwar- nungen an das Publicum ergehen; als aber die österreichische Papier- valuta sich besserte, verschwanden die Sechser ebenso schnell wieder, als sie gekommen waren. Dieses Wechselspiel hat sich seither noch mehreremal wiederholt; beim Sinken des Wiener Curses in Frankfurt unter 100 werden die Silbersechser, welche in Oesterreich zu $\frac{1}{10}$ Gulden gewerthet sind, nach Süddeutschland verführt, von wo sie wieder in ihre Heimath zurückkehren, so bald der Curs einige Procent über 100 steigt. Die Geldwipperer ziehen nicht unbeträchtlichen Gewinn aus diesem Geschäfte, während der Schaden hauptsächlich denjenigen Staat trifft, in welchem die Münzen zuletzt zurückbleiben. Desshalb hat auch die österreichische Regierung den Bestimmungen der Verträge zuwider versucht, die Wiedereinbringung der eigenen Silbersechser in ihre Lande zu erschweren und anderseits valvirte die bayerische Regierung unterm 27. Dec. 1863 die fraglichen Münzen auf ihren Silberwerth von 5 kr., was später auch von Württemberg geschehen ist.

Auch durch österreichische Kupfermünzen wird von jeher die süd- deutsche Geldcirculation verunreinigt, besonders in Bayern und Ober- schwaben, wo noch solche Münzen umlaufen, welche in Oesterreich längst ausser Curs gesetzt sind. Die württemb. Regierung hat unterm 27. August 1852 die früher ergangenen Verbote erneuert; dessenun- geachtet sind erst in den letzten Jahren noch grosse Massen österrei- chischer Kupferkreuzer von 1851 in Umlauf gekommen, welche in Oesterreich selbst eingezogen und als altes Kupfer in unverändertem Zustande wieder verkauft worden waren.

Im Jahre 1856 versammelte sich der Münz-Congress zu Wien, um in Ausführung des Art. 19 des Zoll- und Handelsvertrags vom 19. Febr. 1853 über eine allgemeine Münz-Convention zwischen Oester- reich und dem Zollverein die Berathungen wieder aufzunehmen, welche zwei Jahre vorher gescheitert waren. Der süddeutsche Münzverein wurde dabei durch Bevollmächtigte von Bayern und Frankfurt vertreten, welchen sich bei der Schlussberathung auch Abgeordnete der übrigen Staaten beigesellten.

Der erste Berathungsgegenstand betraf das Münzgewicht, für welches auf den Antrag von Bayern, jedoch erst nach längerem Wider- stand von Seite Preussens, das Zolpfund von 500 Grammen mit deci- maler Eintheilung statt der seitherigen kölnischen Mark angenommen wurde, wodurch sich der 14-Thalerfuss in einen 30-Thalerfuss, der $24\frac{1}{2}$ -Guldenfuss in einen $52\frac{1}{2}$ -Guldenfuss und der von Oesterreich

beabsichtigte 21-Guldenfuss in einen 45-Guldenfuss verwandelte. Diess involvirte zugleich eine Verschlechterung des Münzfusses um 0,22 Proc. und für Oesterreich sogar, das übrigens damals tief in der Papiergeldwirthschaft stack, um 5,23 Procent, wenn man von dem bis dahin gesetzlich bestandenen 20-Guldenfuss ausgeht. Als Vereinsmünze schlug Preussen das Einthalerstück = $1\frac{1}{2}$ Gulden österr. = $1\frac{3}{4}$ Gulden südd. vor, während Bayern und Frankfurt sich wie früher für das $2\frac{1}{3}$ fl.-Stück des $52\frac{1}{2}$ fl.-Fusses = $1\frac{1}{3}$ Thlr. = 2 fl. österr. aussprachen. Die österreichische Regierung, welche überhaupt in der Sache wenig vorbereitet war und erst im Verlaufe der Conferenz zu bestimmten Ansichten gelangte, erklärte sich zunächst für die durch die Convention von 1838 aufgestellte Vereinsmünze von 2 Thaler, sowie dafür, dass auch halbe Stücke mit den gleichen Vorrechten ausgeprägt würden; eine Verbindlichkeit zur Ausprägung von halben Vereinsmünzen wollte sie jedoch nicht übernehmen, da sie mit Rücksicht auf ihr eigenes Münzsystem die Ausprägung von 2 fl.- und 1 fl.-Stücken zu unterlassen nicht in der Lage sei. Um einen Ausgleich herbeizuführen, gab Bayern zuerst das $2\frac{1}{3}$ fl.-Stück auf und betrat damit die Bahn der Vermittlung zwischen Preussen und Oesterreich, wobei die Interessen Süddeutschlands nur untergeordnete Berücksichtigung fanden. Der ausgesprochene Standpunkt der bayerischen Regierung war, den süddeutschen Münzverein aufrecht zu erhalten und dem Geldwesen desselben eine Geschlossenheit für den internen Verkehr zu bewahren; dieser Zweck ist denn auch so vollständig erreicht worden, dass im Schlussprotocoll zum Münzvertrage die Regierungen der Staaten des 30-Thaler- und des 45-Guldenfusses sich der Erwägung nicht verschliessen konnten, wie nach der zwischen ihren Münzsystemen erzielten Uebereinstimmung der Wunsch einer weiteren Annäherung des Münzsystems der Staaten süddeutscher Währung an ihre Münzsysteme mit um so grösserem Gewichte hervortrete.

Nachdem bei den Vereinssilbermünzen, wozu die 2- und 1-Thalerstücke à $\frac{9}{10}$ Feingehalt auserkoren wurden, die österreichische Regierung nachgegeben, auch ihren ursprünglichen Vorschlag, für die Handelsgoldmünze eine Stücklung des Zollpfunds Feingold in 70 Theile zu wählen, zurückgezogen hatte, kam anderseits die preussische Regierung dem Wunsche der übrigen Staaten in so weit entgegen, als sie den von ihr vorgeschlagenen Ducaten fallen liess und sich für die Krone zu $\frac{1}{50}$ Pfund Feingold entschied, übrigens den Feingehalt von $\frac{9}{10}$ statt $\frac{11}{12}$ nur nach langem Widerstreben annahm.

Die grössten Schwierigkeiten verursachte sodann das Zweiguldenstück, dessen Ausprägung von Seite Oesterreichs als ein unabweisbares Bedürfniss erklärt wurde, wogegen Preussen diese Münze, weil sie dem

Thaler zu nahe läge, beanstandete. Die Conferenz drohte wegen dieses Punktes unverrichteter Dinge auseinander zu gehen und es bedurfte der Vermittlung von Bayern, Sachsen, Hannover und Frankfurt, um die beiden deutschen Grossstaaten zu gegenseitigen Zugeständnissen zu vermögen, aus welchen die Bestimmung in Separat-Artikel 3 des Vertrags hervorging, dass Oesterreich und die süddeutschen Staaten eine mindestens dreimal so grosse Summe in Ein-Vereinsthalerstücken als in Zweiguldenstücken ausprägen sollten. Um so bereitwilliger gingen die ebengenannten Staaten auf die Forderung Preussens wegen der älteren Thalerstücke des 14-Thalerfusses ein und gestatteten diesen Münzen die unbeschränkte Gültigkeit gleich den eigenen Landesmünzen, unbeschadet der Verpflichtung zum Einzuge bei Ueberschreitung einer Abnützungsgrenze von 2 Procent des Normalgewichts, welche auch für die Ein-Vereinsthalerstücke festgesetzt wurde.

Besonders wichtig war die von Oesterreich gemachte Eröffnung, dass die kaiserliche Regierung beabsichtige, den Gulden statt bisher in 60, künftig in 100 Theile einzutheilen und den Zwanziger oder das $\frac{1}{3}$ -Guldenstück durch ein $\frac{1}{4}$ -Guldenstück genau dem $\frac{1}{6}$ -Thaler gleich zu ersetzen. Ebenso blieb die k. sächsische Regierung dem schon im Jahre 1838 ausgesprochenen und durch das sächsische Münzgesetz vom Jahre 1840 theilweise verwirklichten Gedanken einer decimalen Eintheilung des Thalers auch diessmal treu, indem sie die Zulassung des $\frac{1}{3}$ -Thalerstücks = 100 Pfennige als Landes-Courantmünze durchsetzte, wogegen aber auf den in Separat-Artikel 2 zur allgemeinen Münz-Convention vom 30. Juli 1838 ausdrücklich gemachten Vorbehalt wegen Aufstellung eines dem 14-Thalerfuss entsprechenden Decimalsystems verzichtet werden musste.

Bemerkenswerth ist endlich noch, dass bei den Goldkronen ein wenigstens annähernd gleicher Revers mit einem Eichenlaubkranze vereinbart wurde, während bei den Vereinssilbermünzen die in das Schlussprotocoll aufgenommenen Vorschriften sich auf die Anordnung und Grössenverhältnisse der Umschrift um das Landeswappen beschränkten.

Bei den Schlussberathungen der Conferenz wurden in Anwesenheit der Bevollmächtigten der übrigen betheiligten Staaten hauptsächlich nur redactionelle Aenderungen an dem Vertragsentwurfe vorgenommen. Zwar wollte, wie früher Sachsen, so jetzt auch Kurhessen sich die künftige Einführung des Decimalsystems und dem entsprechend die Befugniss zur Ausprägung von $\frac{1}{3}$ -Thalerstücken vorbehalten, es musste aber auf die Einsprache von Preussen davon abstehen. Ferner verlangte Baden die Aufnahme von Bestimmungen wegen gegenseitiger

Zulassung aller Courantmünzen in den drei Münzgebieten und berief sich dabei auf den Separat-Art. VII der Münz-Convention von 1838, welcher eine solche Begünstigung nicht bloss eingeleitet, sondern eine weitere Verständigung darüber in Aussicht genommen hatte; das grösste Hinderniss bestand jedoch in der ohne Bruchtheile nicht möglichen Tarification der süddeutschen Münzen in den beiden andern Währungen, wesshalb der badische Antrag nicht einmal bei den übrigen süddeutschen Staaten, Württemberg ausgenommen, Unterstützung fand. Glücklicher war Baden mit der im Schlussprotocoll zum Münzvertrage niedergelegten Gegenerklärung, welche der vorangegangenen, oben schon angeführten Erklärung der Staaten der beiden andern Systeme ihre Schärfe hinsichtlich einer Aenderung des süddeutschen Münzsystems nehmen sollte.

Schliesslich hatte die Conferenz noch längere Zeit mit Art. 22 des Haupt-Vertrags und Sep.-Art. XV in Bezug auf das Papiergeld zu thun, welche von grossherzoglich hessischer Seite beanstandet, von Oesterreich aber, das gerade die fraglichen Bestimmungen später nicht einhielt, in besonderen Schutz genommen wurden. Mit der Erledigung dieses letzten Differenzpunktes war die vollständige Einigung über den Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 erreicht, dessen Gültigkeit bis zum Schlusse des Jahres 1878 festgesetzt ist.

Ueberblickt man den Inhalt des Vertrags, von welchem wir nur eine kurze Entstehungsgeschichte gegeben haben, so ist nicht zu verkennen, dass viele erfreuliche Resultate gewonnen wurden. Die unverbrüchliche Festhaltung Einer Währung, der Silberwährung, die Anerkennung richtiger Grundsätze über die Ausprägung und die Umlaufbefähigung der Münzen, die Aufstellung gemeinschaftlicher Münztypen, die Beschränkung des Ausbringens und Umlaufs der Scheidemünzen auf bestimmte Grenzen, die Sicherstellung der einzelnen Staaten gegen willkürliche Verrufungen und Abschätzungen der Münzen, — alle diese Vereinbarungen für eine Bevölkerung von 70 Millionen Seelen durften als ein grosser Fortschritt im deutschen Münzwesen angesehen werden. Leider ist aber dabei auf die bestehenden Münzverhältnisse der ausserdeutschen Nachbarstaaten keine Rücksicht genommen worden und die Gebrechen jenes Vertrags kommen desshalb in neuerer Zeit, wo eine Münzvereinigung aller civilisirten Nationen angestrebt wird, immer mehr zu Tage. Süddeutschland insbesondere hat von dem Wiener Münzvertrag am wenigsten Vortheile zu geniessen; es ist vielmehr mit seinem 52 $\frac{1}{2}$ -Guldenfuss, der sich weder in den preussischen noch in den österreichischen Münzfuss fügt, in eine vollständige Isolirtheit gerathen.

So lange in Oesterreich der 20-Guldenfuss, in Süddeutschland der

24-Guldenfuss bestand, war das Verhältniss der beiderseitigen Münzen ein einfaches und es circulirten desshalb in Süddeutschland viele österreichische Conventionsmünzen, darunter namentlich die als mittelgrobe Geldsorte sehr beliebten Zwanziger (Kopfstücke) und Zehner, die Württemberg bis zum Jahre 1824 selbst ausgeprägt hat. Durch das dem Wiener Münzvertrag nachgefolgte österreichische Münzpatent vom 27. April 1858 wurden diese Münzen nach der neuen Währung valvirt und zwar die

Zwanziger älteren Geprägs à $9\frac{1}{3}$ Loth Feingehalt zu 34 Nkr. = 23,8 kr. südd.
 Zehner » » à 8 » » » 17 » = 11,9 » »

Da diese Münzen zum Theil noch aus dem vorigen Jahrhundert herstammten und eine nicht unbeträchtliche Abnützung an ihrem ursprünglichen Gewicht (auf die rauhe Mark 35 Stück Zwanziger und 60 Stück Zehner) erlitten hatten, so verbreitete die fragliche Massregel grossen Schrecken unter der Frankfurter Kaufmannschaft, obgleich die österreichische Regierung nichts anderes that, als wozu sie durch den Münzvertrag vollständig berechtigt war und was auch längst schon vorausgesehen werden konnte. Uebrigens war lediglich keine Gefahr für Süddeutschland dabei; denn zahlreiche Schmelzproben hatten nachgewiesen, dass in den umlaufenden Zwanzigern mit Ausschluss der durchlöcherten oder sonst absichtlich beschädigten Stücke der volle Silberwerth von 24 kr. südd. Währung im Durchschnitt vorhanden sei, ganz abgesehen von dem Kupfer- und Goldgehalte, welcher diese Münzen als Material für die Legirung oder Affinirung geeignet machte. Nur die Zehner zeigten 6 Procent weniger Silberwerth, was aber bei der relativ geringen Menge der umlaufenden Stücke von untergeordneter Bedeutung war. Anstatt nun die Zehner ihrer Heimath wieder zuzuführen, die Zwanziger aber in der Circulation zu lassen und allmählig in den Münzstätten umzuarbeiten, fand es der Frankfurter Senat für angemessen, unterm 15. Mai 1858 die gesetzliche Geltung der österreichischen Zwanzig- und Zehnkreuzerstücke und aller Zehnkreuzerstücke anderer Staaten aufzuheben. Dieses einseitige Vorgehen von Frankfurt versties gegen die Bestimmung des Art. 15 des Münzvertrags vom 25. August 1837, wodurch die Staaten des süddeutschen Münzvereins sich ausdrücklich verbindlich gemacht hatten, keine Herabsetzung oder Verrufung irgend einer in denselben anerkannten Curs habenden Münze vorzunehmen, ohne die übrigen contrahirenden Staaten davon 4 Wochen zuvor in Kenntniss zu setzen. Die Regierung von Frankfurt leitete jedoch ihre Berechtigung zu der fraglichen Massregel aus dem Separatartikel VII der Dresdener Convention vom 30. Juli 1838 und nach dessen Vorgang aus dem Separatartikel XIII des Wiener Vertrags vom

24. Januar 1857 ab, indem sie die frühere Bestimmung als aufgehoben, beziehungsweise modificirt betrachtete und den Fall besonderer Dringlichkeit als vorhanden nachzuweisen suchte, obgleich die Verfügung der österreichischen Regierung erst mit dem 1. November 1858 in Wirksamkeit trat. Für die übrigen süddeutschen Staaten, welche ihre Interessen gefährdet sahen und den nun einmal von Frankfurt geschehenen Schritt nicht wieder rückgängig machen konnten, blieb nichts anderes übrig, als sich ihrerseits über gemeinsame Massregeln zu verständigen, was zur Berufung einer Conferenz nach München im Juni 1858 Veranlassung gab, auf welcher die süddeutschen Münzverhältnisse überhaupt dem Wiener Münzvertrag entsprechend neu geregelt wurden.

Nach langen Unterhandlungen gelang es endlich, eine Vereinbarung über das künftige Coursverhältniss der Zwanzig- und Zehnkreuzerstücke d. d. 6. August 1858 zu Stande zu bringen, durch welche den einzelnen Regierungen anheim gestellt blieb, für die Stücke österreichischen Geprägs die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels entweder fortbestehen zu lassen oder aufzuheben, im ersteren Falle mit keinem geringeren Werthe als $23\frac{1}{2}$ kr., beziehungsweise 11 kr., im zweiten Falle mit Einräumung eines Curses bei den Staatscassen, ebenfalls nicht niedriger als die genannten Beträge. Die Zwanzig- und Zehnkreuzerstücke süddeutschen Geprägs sollten ihre bisherige Geltung von 24 kr. und 12 kr. bis zum 16. November 1858 allgemein behalten und innerhalb einer Frist von 4 Wochen zum vollen Nennwerthe durch die betreffenden Regierungen eingelöst werden, welche sich zugleich verpflichteten, nach jenem Zeitpunkt den eigenen Münzen einen Cassencurswerth nicht niedriger als $23\frac{1}{2}$ kr. und 11 kr. beizulegen, während es zugleich jeder Regierung vorbehalten blieb, die Münzen der übrigen mitvertragenden Staaten im Werthe herabzusetzen oder deren Aussercurssetzung auszusprechen. Mit dem 1. Januar 1864 sollte bei allen Zwanzig- und Zehnkreuzerstücken ohne Unterschied des Gepräges die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels unbedingt aufhören, auch eine Verpflichtung zur Gewährung eines Cassencurses fernerhin nicht mehr stattfinden.

In Ausführung dieser Bestimmungen, welche »aus Fürsorge und zum Schutze der Staatsangehörigen« getroffen wurden, setzten sämtliche Regierungen die österreichischen Zwanzig- und Zehnkreuzerstücke auf $23\frac{1}{2}$ kr. und 11 kr. herab und entwertheten dadurch das gesetzlich cursirende Geld in der Tasche der Leute, was viele Unzufriedenheit und Bestürzung im Publikum erregte. Nur die Geldwechsler und Speculanten gewannen dabei, indem diese die Zwanziger zusammenkauften und mit Vorthail an die Scheideanstalten des In- und Auslandes

absetzten. Württemberg hatte sich bei der Conferenz gegen jede Devaluation und für einen allmäligen gemeinschaftlichen Einzug der Zwanziger, ähnlich wie bei den Kronenthalern, ausgesprochen, ohne aber mit diesem Antrage durchzudringen, weil Frankfurt sich weigerte, seine Massregel zurückzunehmen, und auch die übrigen Staaten eine weitere Verschlechterung der Zwanziger durch den Abrieb und durch Aussuchen der vollwichtigen Stücke befürchteten.

Die Berathungen der Münchener Conferenz über die Revision der früheren süddeutschen Münzverträge führten zu dem Vertrage vom 7. August 1858, dessen Dauer gleich der des Wiener Vertrags bis zum Schlusse des Jahres 1878 sich erstreckt und über welchen Folgendes kurz zu bemerken ist:

Die Münzen des früheren $24\frac{1}{2}$ -Guldenfusses erhielten gleiche gesetzliche Geltung wie diejenigen des neuen $52\frac{1}{2}$ -Guldenfusses.

Den groben Silbermünzen reihte sich das Viertelguldenstück im Feingehalt von 520 Tausendtheilen an, auf dessen Ausprägung Baden grossen Werth legte, während die übrigen Staaten wegen des Uebermaasses von Scheidemünze Bedenken dagegen hatten. Es wurde desshalb unter Bezugnahme auf Separatartikel I im Schlussprotokoll die Erwartung ausgesprochen, dass auch Baden ohne vorgängige weitere Verständigung von der Befugniss zur Ausprägung der Viertelguldenstücke keinen Gebrauch machen werde.

Wegen der Controle der Ausmünzungen, der Verbindlichkeit zum Einzug abgenützter Stücke und der Devaluation oder Aussercurssetzung von Münzen blieb es im Wesentlichen bei den Bestimmungen des Wiener Vertrags.

An Brabanter- und österreichischen Kronenthalern sollten in den nächsten 5 Jahren bis 1. Januar 1864 jährlich 4 Millionen Gulden, nach dieser Zeit aber eventuell jährlich mindestens 2 Millionen Gulden eingezogen und in grobe Münze, vorzugsweise in Vereinsthaler, umgeprägt werden. Preussen in Vertretung von Hohenzollern hatte auch beantragt, von der ferneren Ausprägung der Zweiguldenstücke ganz abzustehen; die übrigen Staaten wollten sich jedoch in dieser Weise nicht binden lassen.

Ausserdem machten sich die vertragenden Staaten verbindlich, in den nächsten 5 Jahren den Betrag von jährlich 400,000 fl. an Sechs- und Dreikreuzerstücken ohne Unterschied des Landesgepräges nach dem Maassstabe der Zollrevenüen-Vertheilung einzuziehen und zwar vorzugsweise die vor Auflösung des deutschen Reichs geprägten, sodann die sonstigen älteren und abgenützten Stücke. Diese Scheidemünzeinzüge fanden grossen Widerspruch; dennoch gelang es, in die

Separatartikel des Vertrags die weitere, sehr wichtige Bestimmung aufzunehmen, dass sämtliche umlaufende Scheidemünzen, welche die Jahreszahl bis einschliesslich 1836 tragen oder bis zur Unkenntlichkeit des Gepräges abgeschliffen sind, als gemeinschaftliche behandelt und deren Einziehung, so weit solche künftig vereinbart werden würde, ohne Unterschied des Ursprungs und des Gepräges von den Vereinststaaten vorgenommen werden solle. Württemberg hatte auch vorgeschlagen, die Verpflichtung zur Umwechslung der Sechs- und Dreikreuzerstücke auf alle diese Münzen ohne Unterschied zwischen dem Landesgepräge und dem Gepräge der übrigen Vereinststaaten auszu dehnen, was aber für sehr bedenklich gehalten wurde.

In Beziehung auf den Ausmünzungsfuss der Sechs- und Dreikreuzerstücke war Württemberg der Ansicht, dass hierüber vorerst keine Bestimmungen getroffen und überhaupt bis auf Weiteres keine neue Scheidemünzen ausgeprägt werden sollten; eventuell sprach sich der Bevollmächtigte in Uebereinstimmung mit Hessen für den 60-Guldenfuss mit dem bisherigen Feingehalt von $\frac{1}{3}$ aus, wogegen die Conferenz dem von Baden vorgeschlagenen 58-Guldenfuss und dem Feingehalt von 350 Tausendtheilen zustimmte. Auch der frühere Durchmesser der Dreikreuzerstücke von $17\frac{1}{2}$ Millimeter änderte sich in 17 Millimeter. Der Sistirung der Ausprägung neuer Sechs- und Dreikreuzerstücke unterwarfen sich sämtliche Staaten; doch sollten ausnahmsweise solche Ausprägungen dann zugelassen werden, wenn dafür der doppelte Betrag alter Sechs- und Dreikreuzerstücke über die sonst vertragsmässig einzuziehende Quantität hinaus ausser Cours gesetzt würde.

Die Ausprägung von Einkreuzerstücken und deren Theilstücke in Silber oder Kupfer, sowie die gegenseitige Annahme derselben wurde dem Ermessen der einzelnen Staaten überlassen. Für das Maximalausbringen dieser Scheidemünzen blieben die Vorschriften des Wiener Münzvertrags massgebend. Ebenso wurde die wichtige Bestimmung wieder aufgenommen, dass Niemand genöthigt werden dürfe, eine Zahlung, welche den Werth der kleinsten groben Silbermünze erreicht, in Scheidemünze anzunehmen.

Nach Separatartikel 8 des ebengenannten Vertrags sollte auch eine Verständigung über das zulässige Maximum des Scheidemünzumlaufs getroffen werden; diese wurde aber auf die im Jahre 1863 wegen der künftigen Einzüge von Kronenthalern und Scheidemünzen zu führenden Verhandlungen ausgesetzt.

Der Münzvertrag vom 7. August 1858, welchem später, unterm 9. Januar 1863, auch das Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha beiträt, hat den Wust des in Süddeutschland umlaufenden Geldes mit dem

Viertelguldenstück und mit neuen Scheidemünzen bereichert, von denen glücklicherweise die erstere Münze seither noch gar nicht, die Scheidemünze aber, welche im Gewicht, Gehalt und Gepräge von der früheren abweicht, nur in geringer Menge ausgeprägt worden ist. Einen wirklich bedeutenden Fortschritt lässt die Vereinbarung über den Einzug alter Scheidemünzen erkennen; im Uebrigen aber ist der Zustand des süddeutschen Münzwesens der frühere geblieben, obgleich die diesem Vertrage vorangegangene Conferenz sich die schwierige Stellung in Mitten der Thaler- und österreichischen Währung nicht verhehlen konnte. Von Seite Württembergs wurde desshalb auch vorgeschlagen, die gegenseitige Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Verhandlungen zum Zwecke einer künftigen Aenderung des süddeutschen Münzsystems auszusprechen, und der Bevollmächtigte Frankfurts, indem derselbe auf seine früheren Aeusserungen beim Wiener Münzcongress über die Unhaltbarkeit des süddeutschen Münzsystems zurückkam, bemerkte, dass von den verfassungsmässigen Körpern in Frankfurt beim Senat Anträge auf den Uebergang zum 45-Guldenfusse gestellt worden seien. Bayern dagegen hielt seinen früheren Standpunkt fest und mit allseitiger Zustimmung wurde in das Schlussprotokoll aufgenommen, dass es nicht beabsichtigt werde, bei den gemäss Art. 20 des Vertrages in den letzten 6 Monaten des Jahres 1863 bezüglich der Kronenthaler und der Scheidemünze zu pflegenden Verhandlungen andere Gegenstände, insbesondere die in Ziff. III des Schlussprotokolls zum Münzvertrage vom 24. Januar 1857 bezeichnete Frage der gegenseitigen Annäherung der Münzsysteme auszuschliessen.

Seither ist indessen eine weitere Anregung zu einer durchgreifenden Reform nicht erfolgt, sondern der süddeutsche Münzverein begnügte sich inzwischen mit einer provisorischen Vereinbarung vom 2. März 1865, nach welcher die Kronenthalereinzüge für die drei Jahre 1864, 1865 und 1866 auf dem früheren Betrag von jährlich 4 Millionen Gulden belassen, die Scheidemünzeinzüge dagegen auf jährlich 100,000 fl. vermindert wurden. Ausserdem erhielten die einzelnen Vereinsregierungen die Ermächtigung, für die Mehreinzüge von alter Scheidemünze neue Sechs- und Dreikreuzerstücke im gleichen Betrage auszuprägen; davon haben Bayern, Baden, Hessen und Frankfurt Gebrauch gemacht und bis Ende 1866 im Ganzen 25,959 fl. 36 kr. in Sechskreuzerstücken, 100,331 fl. 30 kr. in Dreikreuzerstücken ausgeprägt. Dass hiezu ein Bedürfniss vorgelegen sei, wird kaum nachzuweisen sein, wenn anders nicht die Beschäftigung der Münzanstalten einen Grund abgeben soll. Ebenso ist es im Interesse der Verminderung und Purification des Scheidemünzumschlufs sehr zu bedauern, dass die Einzüge der älteren

Sechs- und Dreikreuzerstücke auf den vierten Theil des früheren Betrags beschränkt wurden und nun nach dem Ablauf jener Vereinbarung, wie es scheint, ganz aufhören sollen; denn für die süddeutschen Staaten liegt die dringendste Aufforderung vor, vor Allem die vielen, nicht mehr cursfähigen Scheidemünzen zu entfernen, welche jeder künftigen Münzreform, wie solche auch sein möge, die grössten Schwierigkeiten bereiten.

Ueber die Grösse des Scheidemünzumlaufs in Süddeutschland lassen sich nur annähernde Berechnungen aufstellen; eine solche möge hier versucht werden.

Im Jahre 1861 wurden in der k. württembergischen Münzstätte wiederholte Zählungen mit grösseren, aus dem Verkehre gezogenen Quantitäten von Scheidemünzen süddeutschen Gepräges vorgenommen, welche ergaben, dass das Verhältniss der alten, vor dem Jahre 1837 ausgeprägten Sechskreuzerstücke zu den neuen Sechskreuzerstücken ziemlich genau = 6:1, dasjenige der alten zu den neuen Dreikreuzerstücken = 3:1 ist.

Die Ausprägungen sämtlicher süddeutscher Staaten von 1837 bis 1861 incl. betragen

6 kr.-Stücke:	3 kr.-Stücke:
3,103,727 fl. 57 kr.	1,219,836 fl. 3 kr.

Von 1857 an war die Ausprägung eingestellt; es ist daher die mittlere Umlaufszeit zu 14 Jahren anzunehmen; für diese Zeit darf nach der Aufstellung bei den Verhandlungen der Wiener Münzconferenz ein jährlicher Abgang von 1 % angenommen werden oder im Ganzen

434,521 » 54 »	170,777 » 2 »
----------------	---------------

Hienach hätte der Umlauf an neuen Stücken im Jahre 1862 betragen

2,669,206 fl. 3 kr.	1,049,059 fl. 1 kr.
---------------------	---------------------

Hiezu die alten Stücke vor 1837

16,015,236 » 18 »	3,147,177 » 3 »
-------------------	-----------------

Ganzer Umlauf im Jahre 1862

18,684,442 fl. 21 kr.	4,196,236 fl. 4 kr.
-----------------------	---------------------

22,880,678 fl. 25 kr.

Davon Abgang auf weitere 5 Jahre à 1 % 1,144,033 fl. 55 kr.

Eingezogen von 1862

bis 1866 incl. 1,410,069 fl. 52 kr.

2,554,103 » 47 »

bleiben 20,326,574 fl. 38 kr.

Dagegen neu ausgeprägt in den Jahren
1862—1866 incl. 126,291 fl. 6 kr.

Daher Umlauf im Jahre 1867 20,452,865 fl. 44 kr.
welcher Betrag nach verschiedenen Wahrnehmungen als Maximum
anzusehen ist.

Ferner haben die südd. Staaten von 1837—1866 incl. geprägt
Silberkreuzer 1,698,742 fl. 31 kr.

Kupferkreuzer und kleinere Kupferstücke 922,829 fl. 55 kr.

Davon wäre wieder ein entsprechender Abgang zu berechnen und
zugleich zu berücksichtigen, dass zwar noch eine geringe Menge älterer
Silberkreuzer existirt, dagegen bei diesen kleinen Münzen (die neuen
Stücke haben nur 14 Millimeter Durchmesser) ein grösserer Abgang
als jährlich 1 % sich ergeben wird.

Es ist hienach der jetzige Scheidemünzumlauf im süddeutschen
Münzgebiet in runden Zahlen anzunehmen:

Sechskreuzerstücke 16½ Millionen Gulden

Dreikreuzerstücke 3½ » »

Einkreuzerstücke in Silber 1¼ » »

Kupferstücke ¾ » »

Zusammen 22 Millionen Gulden,

was bei einer Bevölkerung von 10½ Millionen Einwohner p. Kopf
etwas über 2 fl. betragen würde, während der Wiener Münzvertrag die
Grenze von $\frac{5}{6}$ Thlr. oder 1 fl. 27½ kr. südd. Währung bezeichnet.
Es muss nun aber zugegeben werden, dass die Kopfzahl der Einwohner
allein nicht den richtigen Maassstab für die Grösse des Bedarfs an
Scheidemünze in allen Ländern bildet, sondern dass dieser Bedarf zu-
nächst von den Verhältnissen des Wohlstands, des Verkehrs und des
täglichen Lebens der Bevölkerung abhängt, was auch Sachsen, Hannover,
Bayern und Frankfurt bei der Wiener Münzconferenz geltend gemacht
haben. In dieser Beziehung herrscht unstreitig zwischen Norddeutsch-
land und Süddeutschland eine Verschiedenheit, welche selbst innerhalb
des Gebiets der Thalerwährung dadurch Anerkennung gefunden hat,
dass im Jahre 1861 dem in Gemässheit des Vorbehalts in Ziff. 1 des
Separat-Art. 8 zum Wiener Münzvertrag von der K. sächsischen
Regierung gestellten Antrag, den Maximalbetrag der nach Art. 14
Absatz 5 jenes Vertrags überhaupt in Umlauf zu setzenden Scheide-
münze für das Königreich Sachsen von $\frac{5}{6}$ Thlr. auf 1 Thlr. p. Kopf
der Bevölkerung zu erhöhen, die Zustimmung der übrigen Staaten zu
Theil wurde, was die Ausprägung von Fünfpfennigstücken zur Folge
hatte. Hiezu kommt der weitere nicht unwichtige Umstand, dass die
kleinste Courantmünze in süddeutscher Währung das ½ Guldenstück,

in der Thalerwährung das viel kleinere $\frac{1}{6}$ Thalerstück ist. Dennoch wird nicht geläugnet werden können, dass in Süddeutschland noch immer ein Uebermaass von Scheidemünze, namentlich von älteren und abgeschliffenen Stücken besteht, das sich hauptsächlich durch das jahrelange Circuliren von Rollen bemerklich macht, vor deren Oeffnen sich jedermann aus Furcht vor Verlusten scheut. Legt man den Maassstab von Sachsen zu Grunde, so ergibt sich immerhin noch ein Ueberschuss an süddeutscher Scheidemünze von etwa 4 Mill. Gulden, dessen Einziehung bei einem Betrag von jährlich 400,000 Gulden 10 Jahre erfordern würde. Fehlt es an dem guten Willen einzelner Regierungen, die Einzüge fortzusetzen, so ist zu befürchten, dass die Regierungen auch der Versuchung nicht widerstehen werden, bei einer Münzreform die alten Scheidemünzen zu niedrig zu tarifiren oder gar nur ihren innern Werth zu vergüten, wie diess in früheren Zeiten oft geschah. Durch eine solche ungerechte Massregel würde aber das Publicum, namentlich der kleine Mann einen empfindlichen Verlust erleiden und ohne Zweifel grosse Unzufriedenheit hervorgerufen werden; denn auf obige 22 Millionen Gulden Scheidemünzen wird der Einschmelzverlust etwa 4 Millionen Gulden betragen. Eine besondere Schwierigkeit liegt auch darin, dass die Silberscheidemünzen einen niedrigen Feingehalt haben, die älteren vor 1837 geprägten Sechskreuzerstücke durchschnittlich 346 Millièmes, die Dreikreuzerstücke vor 1837 305 Millièmes, die neueren Sechs- und Dreikreuzerstücke $333\frac{1}{3}$ Millièmes und seit 1864 350 Millièmes, die Einkreuzerstücke in Silber nur 167 Millièmes. Das Material dieser Münzen wird daher zu einem grossen Theil affinirt werden müssen, wozu die wenigen in Süddeutschland vorhandenen Scheideanstalten nicht ausreichend wären, wenn die Einzüge auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt würden.

Neben der Scheidemünz-Calamität sind auch noch Missstände in Süddeutschland beim groben Gelde hervorzuheben. Als im Jahre 1793 der schwäbische Kreis den Brabanter Thaler über seinen Werth auf 2 fl. 42 kr. setzte, konnten sich daneben die neuen vollwichtigen Conventionsmünzen nicht mehr halten, sondern wurden eingeschmolzen oder gingen ausser Landes. Die Kronenthaler sind seither nun zum grossen Theil ebenfalls verschwunden, und man nimmt an, dass von dem im Jahre 1845 auf 150 Millionen Gulden berechneten Vorrath jetzt kaum noch 10 Millionen Gulden übrig sein werden; denn 70 Millionen Gulden wurden von den süddeutschen Regierungen eingezogen und eine ebenso grosse Summe mag durch die Speculanten in Frankfurt a. Main, Hamburg, Paris etc. für Scheideanstalten aufgekauft

worden sein. An die Stelle der Kronenthaler treten dagegen die alten preussischen Thaler, denen nach Art. 9 des Wiener Münzvertrags die unbeschränkte Gültigkeit gleich den eigenen Landesmünzen zugestanden worden ist. Dieses seit dem Jahre 1750, also seit mehr als einem Jahrhundert in Circulation befindliche 12löthige Silbergeld ist schon ursprünglich unter Benützung von Remedien ausgeprägt worden und hat seither eine solche bedeutende Abnützung erlitten, dass der Graumann'sche 14-Thalerfuss bei Weitem nicht mehr repräsentirt wird. Es ist diess bei der Wiener Münzconferenz in Abrede gezogen worden, aber schon die Untersuchungen der technischen Commissarien in München im Jahre 1837 hatten hierüber genügenden Aufschluss gegeben. Damals entsprachen die älteren preussischen Thaler nach der nassen Probe einem Münzfuss von 53 fl. 8 kr. p. Zollpfund Feinsilber, die neueren Thaler von 52 fl. 57 kr., die älteren und neueren $\frac{1}{3}$ Thaler von 53 fl. 42 kr., die älteren $\frac{1}{6}$ Thaler von 54 fl. 57 kr., die neueren $\frac{1}{6}$ Thaler von 53 fl. 14 kr. Andere Proben, welche in der letzten Zeit angestellt wurden, bestätigen, dass bei vielen solchen älteren Thalern, von denen nach Hoffmann in den Jahren 1764—1836 nicht weniger als 112,813,828 Stücke aus den preussischen Münzstätten hervorgegangen sind, die in Separatartikel 7 zum Wiener Münzvertrag vorgeschriebene Abnützungsgrenze von 2 Procent schon überschritten ist und dass die Abweichungen in Schrot und Korn gegen den ursprünglichen Münzfuss durchschnittlich wenigstens $1\frac{1}{2}$ Procent betragen, so dass auf das feine Zollpfund Silber über 53 fl. kommen, wogegen die neuen süddeutschen Münzen zu $52\frac{1}{2}$ fl. ausgebracht sind. Unter diesen Umständen ist es leicht erklärlich, wenn die alten, durch ihr unförmliches Gepräge für den Gebrauch sehr unbequemen Thaler und die noch geringhaltigeren Theilstücke desselben in Süddeutschland immer mehr überhand nehmen, die Guldenmünzen aber, welche um $\frac{1}{4}$ Procent noch besser als die neuen Vereinsmünzen sind, allmählig verschwinden. Auch bei den Vereinsthalern wiederholt sich die frühere Erfahrung, welche mit der Ausprägung von Doppelthalern gemacht worden ist; sie werden nämlich als gesuchtes Zahlungsmittel nach Norddeutschland verwendet, wo sie in den Kellern der Banken sich verbergen, während dafür die verschiedenartigsten fremden Silbermünzen in Süddeutschland zurückbleiben. Neben den Thalermünzen circuliren namentlich auch viele österreichische Guldenmünzen und es ist bemerkenswerth, dass von Frankfurt, also gerade von derjenigen Stadt, welche mit der Verurufung der vollwerthigen österreichischen Zwanziger ohne alle Rücksicht auf die Nachbarstaaten voranging, der Beschluss des Heidelberger Handelstags im Jahre 1861 her stammt, dahin zu wirken, dass für die

Gebiete der süddeutschen Währung die groben Silbersorten österreichischer Währung (einschliesslich der Viertelguldenstücke) und die Drittel- und Sechstelstücke der Thalerwährung als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt werden, während anderseits eine ähnliche Zumuthung an Preussen und Oesterreich hinsichtlich der gegenseitigen Zulassung ihrer Landescourantmünzen nicht gemacht wurde.

Diesem Ansinnen des Handelstages haben die süddeutschen Regierungen seither nur insoweit entsprochen, als den österreichischen Guldenmünzen ausschliesslich der Viertelgulden ein Cassencurs bei den Staatscassen eingeräumt wurde; um so duldsamer ist aber das Publikum gegen alles derartige ausländische Geld, wozu auch die holländischen Gulden und die Frankenstücke gehören, und als Folge davon ergibt sich, dass Aenderungen im Münzwesen der betreffenden fremden Staaten auch nachtheilige Einflüsse auf die Geldcirculation in Süddeutschland ausüben, wovon in Vorstehendem mehrere Beispiele aus früherer Zeit angeführt worden sind. Diess wird nicht anders werden, so lange der süddeutsche Münzfuss besteht, denn das Gebiet desselben ist zu klein, um sich vor den Einwirkungen des Auslandes schützen zu können, und die Haltlosigkeit unserer Münzeinrichtungen tritt jetzt um so mehr zu Tage, als durch das Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Münzvereinsgebiet letzteres sich auf die Hälfte vermindert hat, während gleichzeitig der Thalerfuss als Eroberer immer weiter in Süddeutschland vordringt. Schon hat die preussische Regierung durch Verordnung vom 24. August 1867 den Thaler in den annectirten Ländern mit Ausnahme von Frankfurt eingeführt und die übrigen zum Norddeutschen Bunde gehörigen Guldenstaaten, welche jetzt der Münzgesetzgebung im Parlamente unterworfen sind, werden den Gulden wohl ebenfalls bald verlassen müssen. Auf der nördlichen Grenze dem Thaler, auf der westlichen und südlichen dem Franken, auf der östlichen Grenze dem österreichischen Gulden preisgegeben, bleibt daher Süddeutschland keine andere Wahl, als sich einem dieser Nachbarsysteme angeschlossen und einer gründlichen Münzreform seine sämtlichen im Guldenfusse ausgeprägten Münzen zum Opfer zu bringen. Hiezu werden die süddeutschen Staaten um so eher bereit sein, wenn das schon längst ersehnte Ziel einer einheitlichen Rechnungs- und Zahlmünze für ganz Deutschland erreicht werden kann und wenn das künftige deutsche Münzsystem zugleich für den Weltverkehr tauglich ist, was die Annahme der Goldwährung unbedingt voraussetzt.

VI.

Gegenwärtig bestehen in Deutschland noch 7 verschiedene Münzsysteme:

- 1) der Dreissigthalerfuss (30 Thaler ein Zollpfund feines Silber enthaltend), der Thaler in 30 Groschen, der Groschen in 12 Pfennige eingetheilt:
in Preussen (mit Ausschluss des Herzogthums Lauenburg, der hohenzollern'schen Lande und Frankfurt a. M.), Anhalt, Oldenburg (mit Ausnahme der Eutin'schen Districte), Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Unterherrschaft, Waldeck, in den Reussischen Fürstenthümern, Schaumburg-Lippe, Lippe;
- 2) der Dreissigthalerfuss, der Thaler eingetheilt in 30 Groschen à 10 Pfennige:
im Königreich Sachsen, in Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Braunschweig;
- 3) der Dreissigthalerfuss, der Thaler eingetheilt in 48 Schillinge à 12 Pfennige:
in Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Lauenburg;
- 4) der Dreissigthalerfuss (Fünfundsiebenzigmarkfuss), der Thaler eingetheilt in $2\frac{1}{2}$ Mark Courant oder 40 Schillinge à 12 Pfennige:
in Hamburg — wo ausserdem für den Grosshandel etc. eine auf Feinsilber in Barren begründete besondere Hamburger Bankvaluta, $27\frac{3}{4}$ Mark Banco auf die kölnische Gewichtsmark oder $59\frac{1}{3}$ Mark auf das Zollpfund Feinsilber besteht —, Lübeck und im Fürstenthum Eutin;
- 5) die Thalergoldwährung, der Louisd'or oder die Pistole mindestens $\frac{1}{84}$ Pfund Feingold enthaltend, gerechnet zu 5 Thaler und der Thaler eingetheilt in 72 Gröt à 5 Schwaren:
in Bremen;
- 6) der süddeutsche Münzfuss, $52\frac{1}{2}$ Gulden ein Pfund Feinsilber enthaltend, der Gulden in 60 Kreuzer eingetheilt:
in Bayern, Württemberg, Baden, im Grossherzogthum Hessen, in den Hohenzollern'schen Landen, Frankfurt a. M., Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Oberherrschaft;

7) die österreichische Währung, 45 Gulden ein Pfund Feinsilber enthaltend, der Gulden in 100 Neukreuzer eingetheilt:

in Oesterreich und im Fürstenthum Lichtenstein.

Es gehört zu den wichtigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben, der seitherigen Münzvielheit endlich einmal ein Ende zu machen und eine Gleichförmigkeit im deutschen Münzwesen herzustellen, welche in Verbindung mit gleichem Maass und Gewicht ein wirksames Mittel zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt sein würde. Sieht man von der Frage der Goldwährung, welche erst in neuerer Zeit in den Vordergrund getreten ist, vorerst ganz ab und sucht man zunächst nach einer einheitlichen Rechnungsmünze, so stehen zwei verschiedene Wege offen: entweder die Annahme einer neuen oder die allgemeine Einführung einer in Deutschland schon bestehenden Rechnungsmünze. In dem ersteren Falle handelt es sich hauptsächlich von dem französischen Frankensystem, dessen grosse Vorzüge ausser allem Zweifel stehen und welches deshalb auch viele Anhänger in Deutschland zählt. Dabei darf übrigens nicht übersehen werden, dass das früher so viel gerühmte einfache Verhältniss des Gewichts der französischen Silbermünzen zu der metrischen Gewichtseinheit jetzt, nachdem diese Münzen mit Ausnahme des Fünffrankenstücks zu Scheidemünzen herabgewürdigt sind, nur noch einen untergeordneten Werth hat, dass bei den Goldstücken ein ähnliches rationelles Verhältniss nie bestand und dass auch die früher allgemeine $\frac{9}{10}$ Legirung in neuerer Zeit theilweise verlassen worden ist.

Was zumeist für das französische Münzsystem spricht, das ist seine grosse Verbreitung und die streng durchgeführte decimale Einteilung. Dagegen hat die Erfahrung gelehrt, dass die Münzeinheit nicht glücklich gewählt ist; denn der Franke und damit sein hundertster Theil, der Centime, hat einen zu geringen Werth und die letztere Münze ist für das tägliche Leben nahezu unbrauchbar, woher es auch kommt, dass das 5-Centimenstück oder der alte Sou noch heutigen Tags im gewöhnlichen Verkehr als Rechnungsmünze stillschweigend fortbesteht. Diess beweisen auch die Ausprägungen von Bronzemünzen in Frankreich, welche bis Ende 1866 betragen:

in 1 Centimenstücken	nur	1,067,517	Fr.	43	Cent.
» 2 »		1,838,646	»	52	»
» 5 »	dagegen	25,214,859	»	85	»
» 10 »		31,178,976	»	50	»

An dem gleichen Fehler leidet die sogenannte Mark zu 100 Pfennige = $\frac{1}{3}$ Thlr. = $\frac{1}{2}$ österr. Gulden, welche, wie schon früher er-

wähnt, in neuerer Zeit als deutsche Münzeinheit vielfach empfohlen worden ist. Man hat für dieses System ausser der decimalen Eintheilung den Vorthail besonders geltend gemacht, dass die Volksgewohnheiten in Norddeutschland durch dessen Einführung am wenigsten gestört würden, indem nur der preussische Pfennig von $\frac{1}{360}$ Thlr. in den sächsischen Pfennig von $\frac{1}{300}$ Thaler geändert werden dürfte, wogegen alle Silberstücke der Thalerwährung und ebenso auch diejenigen der österreichischen Währung, welche zu dem Marksystem passen, beibehalten werden könnten. Der Pfennig steht aber in der einen wie in der andern Form dem französischen Centimen im Werthe ganz nahe; er ist als unterste Münzeinheit ebenfalls zu klein und deshalb unpraktisch, was sich auch dadurch kund gibt, dass in Norddeutschland häufig im gewöhnlichen Verkehre nach Dreiern (3-Pfennigstücke im Werthe zwischen dem süddeutschen und österreichischen Kreuzer) gerechnet wird. Ausserdem fehlt es dem Marksysteme, so wie es von dem Heidelberger Handelstag im Jahre 1861 vorgeschlagen wurde, an einer richtigen Gliederung der Courantmünzen, unter denen das 3-Markstück oder der Thaler, welcher nach wie vor Hauptmünze bleiben sollte, die ungünstigste Stellung einnimmt, während anderseits das 1-Markstück oder der Drittelthaler bis jetzt weder von Preussen noch von Oesterreich, sondern ausnahmsweise nur von Sachsen ausgeprägt wird. Den süddeutschen Staaten wäre durch die Annahme der Mark kein Opfer erspart geblieben; dafür hätten sie das Thalersystem unter einem andern Namen in wenig verbesserter Auflage erhalten. Desshalb fand der Vorschlag in Süddeutschland nur wenig Beifall und auch die preussische Regierung hat seither keine Geneigtheit zur Einführung des Marksystems gezeigt, was schon daraus hervorgeht, dass durch die Verordnung vom 24. August 1867 die Eintheilung des Silbergroschen in 12 Pfennige auf die Provinz Hannover ausgedehnt wurde, wo seither die Eintheilung in 10 Pfennige bestand. Das fragliche System darf wohl jetzt als gänzlich beseitigt angesehen werden, nachdem der letzte Versuch auf dem volkswirtschaftlichen Congress zu Hamburg im August 1867, die früheren Resolutionen zu Gunsten der Mark abermals zum Beschluss zu erheben, vollständig gescheitert ist.

Indem wir uns der zweiten Frage zuwenden, ob eine in Deutschland schon bestehende Rechnungsmünze sich zur allgemeinen Annahme empfehle, können wir vor Allem die Thatsache constatiren, dass auf jenem Congress sämtliche Redner aus Preussen das Münzsystem ihres Landes als unhaltbar bezeichnet haben. Die Gründe dafür sind leicht zu finden. Die preussische Dreissigtheilung steht ganz vereinzelt da und entspricht weder dem Decimalsystem, noch einer anderen rationellen

Rechnungsweise; sie konnte in Norddeutschland nur durch die Macht der Gewohnheit beliebt werden. Besonders unbequem ist dabei die Doppeltheilung des Thalers in 30 Groschen und des Groschen in 12 Pfennige; in dieser Beziehung befindet sich Norddeutschland in einer ähnlichen Lage wie England, das die drei Münzeinheiten Pfund Sterling, Schilling und Penny hat, während in den Münzsystemen der meisten übrigen Länder nur zwei Einheiten, eine obere und eine untere, vorkommen. Wollte man aber, um die Rechnung zu erleichtern, den Thaler in 100 Cents (Kreuzer) eintheilen, wie dies am Rheine jetzt schon üblich ist, so würden neue, nach der decimalen Abstufung geprägte Münzen weder zu den jetzigen preussischen noch zu den österreichischen Münzen passen. Der preussische Thaler steht überdiess zu den wichtigsten Münzeinheiten des Auslandes in einem für die Reduction äusserst complicirten Verhältniss, zu dem französischen Franken wie 15:4, zu dem englischen Pfund Sterling annähernd wie 3:20, zu dem amerikanischen Dollar wie 3:4, zu dem russischen Rubel wie 15:16, also beinahe überall unendliche Brüche, während das Verhältniss des österreichischen Guldens zu diesen Hauptmünzen ein viel einfacheres ist. Soll daher in Deutschland ein einheitliches decimales Münzsystem eingeführt werden, das zugleich mit den übrigen Hauptmünzsystemen in Einklang steht, so lässt sich diess nur durch das Aufgeben des jetzigen Silberthalers erreichen.

Ausser dem Thalersystem kann für unsere Frage von den übrigen deutschen Münzsystemen jetzt nur noch das österreichische System in Betracht kommen, dessen Vorzüge in der Decimaleintheilung und in der richtigen Grösse der Münzeinheiten beruhen. Den Gulden = $\frac{2}{3}$ Thaler hat die preussische Regierung in ihrem Promemoria vom Jahre 1837 den süddeutschen Staaten selbst empfohlen und es wird aus dem Nachfolgenden hervorgehen, dass derselbe nicht nur für Süddeutschland, sondern auch für den Norddeutschen Bund die geeignetste Rechnungsmünze abgibt. Da aber mit der Annahme des österreichischen Systems zugleich die internationale Münzeinigung ermöglicht werden soll, so kommen wir auf diesen Hauptgegenstand zurück und bezeichnen vor Allem theils als absolut nothwendige Bedingungen einer solchen Münzeinigung, theils als Wünsche, welche dabei zu berücksichtigen sein dürften:

- 1) dass künftig allgemein die Goldwährung angenommen werde mit Ausschluss der Doppelwährung, welche nur als transitorische Massregel beizubehalten oder einzuführen wäre;
- 2) dass das französische Fünffrankenstück in Gold in seinem

jetzigen Werth die gemeinschaftliche Grundlage der Goldausmünzungen bilde;

3) dass sämtliche münzvereinte Staaten künftig ihre Goldmünzen in vollkommen übereinstimmendem Werthe ausprägen und denselben gegenseitig den Cours bei allen öffentlichen Cassen einräumen;

4) dass die Goldmünzen von gleichem Werthe auch gleiche Grösse, gleiches Gewicht, gleichen Feingehalt und so viel als möglich übereinstimmendes Gepräge erhalten;

5) dass die Rechnungsmünzen der verschiedenen Staaten entweder der französischen Münzeinheit, dem Franken, gleichgestellt oder in ein möglichst einfaches Verhältniss zu demselben gesetzt werden;

6) dass die Decimaleintheilung überall da, wo sie noch nicht besteht, eingeführt und

7) dass im Uebrigen zur Erleichterung des Uebergangs möglichste Schonung gegen die dermaligen Münzverhältnisse in den verschiedenen Ländern geübt werde.

Hiezu ist noch Folgendes zur Erläuterung beizufügen: Pkt. 1 und 2 entsprechen den Beschlüssen der Pariser Münz-Conferenzen von 1867. Durch die Annahme des goldenen Fünffrankenstücks als gemeinschaftlichen Nenner für sämtliche Goldmünzen soll an das bestehende französische Münzsystem angeknüpft werden, um die Nachtheile grosser und gewaltsamer Veränderungen zu vermeiden, welche mit der Einführung eines ganz neuen Weltmünzsystems, wie es z. B. Michel Chevalier vorgeschlagen hat, verbunden wären. Wenn aber sämtliche aufeinanderfolgende Multipla des 5-Frankenstücks, also die Stücke von 5, 10, 15, 20 und 25 Franken zugelassen werden wollten, so würde die Zahl der Münzsorten eine zu grosse, für den Verkehr lästige werden. Deshalb erscheint es in hohem Grade wünschenswerth, dass die Staaten über einige wenige, nicht zu nahe bei einander liegende Goldmünzen sich verständigen könnten und dass diese Münzen überall gleichförmig ausgeprägt würden, wie wir in Pkt. 3 und 4 vorschlagen. Der gleiche Feingehalt von $\frac{9}{10}$, wie ihn die Pariser Conferenzen vorgeschlagen haben, bedingt auch das gleiche Gewicht der Goldmünzen; ebenso wird eine Uebereinstimmung in der Grösse oder in dem Durchmesser der Münzen leicht zu erreichen sein. Eine kitzliche Sache ist es dagegen mit dem Gepräge, welches bei Münzen für den allgemeinen Gebrauch nicht ganz der Willkür jedes einzelnen Staates überlassen werden sollte. Denkt man sich künftig ein Gemisch von gleich gewertheten Goldmünzen verschiedenen Ursprungs im Umlaufe, so wird zur raschen Erkennung ihres Werthes zum Mindesten verlangt werden können, dass der letztere auf dem Revers in den wichtigsten Münzsystemen ausgedrückt wird, so

weit diess überhaupt wegen des Raumes angeht. Aber auch sonst würde es vielleicht zweckmässig sein, einige allgemeine Vorschriften über das Gepräge aufzustellen, um einer zu grossen Mannigfaltigkeit der Münzen zu begegnen, welche zwar für den Münzkenner Reize hat, aber dem Verkehre nicht förderlich ist. Hoffmann hat in seiner Lehre vom Gelde darauf hingewiesen, wie das Vertrauen zu einer Münze durch die Unveränderlichkeit ihres Gepräges erhöht wird und wie in dieser Beziehung die wechselnden Bildnisse der Regenten auf dem Gepräge als ein Nachtheil angesehen werden dürfen. Ohne einem alten ehrwürdigen Gebrauche und dem damit ausgeübten Hoheitsrechte zu nahe treten zu wollen, möchte doch die Bemerkung gestattet sein, dass aus dem angeführten Grunde für den Avers der gemeinschaftlichen Goldmünzen das Wappen des betreffenden Landes sich mehr eignen würde als das landesherrliche Bildniss, das in Gedächtnissmünzen und Medaillen auch besser als in abgeschliffenen Geldstücken der Nachwelt aufbewahrt wird. Russland und die Türkei, zwei Staaten, in denen der Regent beim Volke in der höchsten Achtung steht, geben schon jetzt ein Beispiel, indem dort das Bild des Kaisers sowohl auf den Goldmünzen, als auch auf den Silbermünzen fehlt.

Die gemeinschaftlichen Münzen bedeuten gestempelte Stücke Metall von einem bestimmten Gewicht und Gehalte unter der Garantie derjenigen Regierung, welche die Münzen ausgibt. Es kann aber ohne einen Machtspruch dem Empfänger solcher Münzen nicht zugemuthet werden, in Beziehung auf die Richtigkeit ihres Werthes jeder fremden Regierung das gleiche Zutrauen wie der eigenen zu schenken; Zeit und Erfahrung werden erst dieses Zutrauen beim Volke wecken müssen. Desshalb sollte man sich, wie dies auch der Pariser Münzvertrag von 1865 ausspricht, vorerst damit begnügen, den gemeinschaftlichen Goldmünzen den gegenseitigen Cours bei den öffentlichen Cassen zu gestatten, deren Obliegenheit es ohnediess ist, in Verbindung mit den Münzprobiranstalten stets ein wachsames Auge auf die Geldcirculation zu richten.

Eine durchaus in allen Ländern gleiche Rechnungsmünze ist für den Zweck der Münzeinigung nicht erforderlich und in mancher Hinsicht für jetzt nicht einmal räthlich, in so ferne dadurch eine Gemeinschaftlichkeit aller Scheidemünzen hervorgerufen würde, welche, wie früher nachgewiesen wurde, ihre besondere Schwierigkeiten und Gefahren hat. Die nächste Aufgabe ist nach Pkt. 5, die vom französischen Franken abweichenden Münzeinheiten in ein absolut genaues und so einfaches Verhältniss zu demselben zu bringen, dass die Umrechnung aller Werthe mit den geringsten Mitteln der Rechenkunst sich

ausführen lässt. Zu diesem Behufe sollte auch die Decimaleintheilung im Münzwesen (Pkt. 6) allgemein eingeführt werden, wobei man indessen nicht genöthigt ist, sich durchaus an die französische Abstufungsweise zu halten, sondern zugleich die seitherigen Einrichtungen und Gewohnheiten so viel als möglich zu berücksichtigen hätte. Ueberhaupt darf die Theorie nicht zur einzigen Richtschnur genommen werden; denn das Geldwesen hat praktische Bedürfnisse zu befriedigen, welche in alle Lebensverhältnisse tief eingewurzelt sind und diejenige Münzreform wird daher die beste sein, welche, indem sie an das Bestehende anknüpft, mit den geringsten Opfern an materiellen Kosten und alten Gewohnheiten eine dauerhafte, den Anforderungen des Verkehrs in allen Beziehungen entsprechende Münzverfassung herstellt.

Endlich ist es noch von der höchsten Wichtigkeit, die nöthigen Vorbereitungsmaassregeln zu treffen, welche den Uebergang zum neuen Münzsysteme in einer die Interessen der verschiedenen Volksclassen am wenigsten verletzenden Weise vermitteln, was Pkt. 7 ebenfalls in sich schliesst.

Um nun in der vorliegenden Frage der internationalen Münzeinigung weiter zu gehen, führen wir die Hauptgoldmünzen auf, welche bis jetzt noch neben einander bestehen; es sind diess:

1) der englische Sovereign
1869 solche Sovereigns aus 40 Troy-Pfunden Standard-Gold
à $11\frac{1}{12}$ fein,

1 Troy-Pfund = 373,2416 Gramme,
daher im Sovereign 7,3224 Gramme Feingold.

2) Das amerikanische 10-Dollarsstück (Eagle)
258 Grains = 16,718 Gramme schwer à $\frac{9}{10}$ fein,
im Eagle 15,0462 Gramme Feingold,
im Half Eagle 7,5231 Gramme Feingold.

3) Der russische Halb-Imperial
 $1\frac{47}{88}$ Solotnik schwer à $11\frac{1}{12}$ fein,

1 russisches Münzpfund = 96 Solotnik = 409,5116 Gramme, also
im Halb-Imperial 5,9987 Gramme Feingold und da der Halb-Imperial
auf 5 Rubel 15 Kopeken gewerthet ist, so kommen auf 5 Rubel
5,8240 Gramme Feingold.

4) Das französische 20-Frankenstück
155 Stück aus einem Kilogramm Münzgold à $\frac{9}{10}$ fein,
daher im 20-Frankenstück 5,8064 Gramme Feingold,
in 25 Franken 7,2581 Gramme Feingold.

Vergleicht man diese Hauptgoldmünzen mit einander, so findet man, dass ein Stück im Werthe von 25 Franken mit 7,2581 Gramme

Feingold die Rolle einer Weltmünze einnehmen könnte, da der englische Sovereign nur um 64 Milligramme Feingold im Werthe von 2 Pence oder um 0,878 Procent, das amerikanische 5-Dollarsstück um 265 Milligramme Feingold im Werthe von $17\frac{1}{2}$ Cents oder um 3,522 Procent verkürzt werden dürfte, um eine vollständige Uebereinstimmung bei diesen Münzen herbeizuführen, während 5 russische Rubel in Gold nur um 17,6 Milligramme Feingold im Werthe von $1\frac{1}{2}$ Kopeken oder um 0,302 Procent von dem 20-Frankenstück differiren und daher das 25-Frankenstück ziemlich genau dem Werthe von $6\frac{1}{4}$ Rubel entspricht. Dadurch kommt man auf den von Oldenburg ausgegangenen Vorschlag, ein 25-Frankenstück im Rohgewicht von 8,06451 Gramme à $\frac{9}{10}$ Feingehalt als gemeinschaftliche Münze auszuprägen und diesem Goldstück den Werth von 1 Pfund Sterling = 5 Dollars = 10 österreichischen Gulden beizulegen.

Die Präliminar-Convention zwischen Frankreich und Oesterreich vom 31. Juli 1867 hat hierauf bereits Rücksicht genommen, die nord-amerikanischen Freistaaten, welche die grösste Aenderung vornehmen müssten, sind nach den Erklärungen des Hrn. Ruggles einer solchen Münzeinigung ebenfalls geneigt und es hängt daher deren Verwirklichung hauptsächlich noch von England und Deutschland ab. Bei diesen beiden Ländern lässt sich aber zugleich eine vollständige Uebereinstimmung ihrer Münzsysteme mit decimaler Eintheilung und mit Beibehaltung einer grossen Zahl bestehender Münzwerte herstellen, wenn das Pfund Sterling künftig in 10 Florins, der Florin = 2 Schillinge = 1 deutschen Gulden in 100 Kreuzer (Farthings) eingetheilt wird, so dass wie seither 4 Farthings einem Penny gleichzustellen wären. Nordamerika behielte seinen Dollar à 100 Cents, Russland seinen Rubel à 100 Kopeken, welcher übrigens leicht mit einer andern Münzeinheit, namentlich dem französischen Franken vertauscht werden könnte, da er zu demselben in dem sehr einfachen Verhältniss von 1 Rubel = 4 Franken steht.

Die künftigen Hauptmünzeinheiten wären daher
 1 Dollar = 2 Florins (Gulden) = 5 Francs
 und die Gebiete dieser drei Münzsysteme würden sich so abgrenzen, dass jedes derselben seinen Umlauf von Scheidemünzen unabhängig von den anderen aufrecht erhalten könnte. Desshalb ist es auch als kein Nachtheil, sondern eher als ein günstiger Umstand anzusehen, wenn die meisten Silber- und Kupfermünzen des germanischen und lateinischen Systems nicht mit einander übereinstimmen, weil diese beiden Systeme sich auf langen Grenzen zu Lande berühren, während das amerikanische System durch das Meer getrennt ist.

	Frankreich.	Nordamerika.		Russland.	
		Währung.	Alte Währung.	Neue Währung.	Alte Währg.
Werth-Relation	1 : 15,5 resp. 1 : 14,38057	1 : 15,427	1 : 15,988 resp. 1 : 14,8837	1 : 15,497	1 : 15,450
Münz-einheit	1 Franc à 100 Cents	à 100 Cents.	1 Doll. à 100 Cents.	1 Frank à 100 Cents.	1 Rub. à 100 Kop.
K u p f e r.	100 Fr.	Doll.		100 Fr.	
	103,65	20,73 D.	20 Doll.		
	51,825	10,365 D.	10 Doll. (Eagle)		
	10 Cts.	ts.	2 Cts.	10 Cts.	
	8			8 Cts.	2 Kop.
	6,25				
	5 Cts.	ts.	1 Cts.		
	4			4 Cts.	1 Kop.
	3,5				
	3				
	2,5	Cts.	1/2 Cts.		
	2 Cts.			2 Cts.	1/2 Kop.
	1,75				
	1,25				
	1 Cts.			1 Cts.	1/4 Kop.
	0,875				

In Tafel IV sind die neuen mit den bestehenden Münzsystemen zusammengestellt und die nähere Prüfung dürfte ergeben, dass dieser Vorschlag die alten Begriffe und Gewohnheiten der Völker möglichst zu schonen sucht, ohne dass dem Zwecke der Münzeinigung ein irgend erheblicher Eintrag geschieht. Da übrigens die nationalen Empfindlichkeiten dadurch geweckt werden könnten, wenn die durch den Pariser Vertrag von 1865 verbundenen Staaten keine Opfer bringen würden, während allen übrigen Staaten solche zugemuthet werden, so sollte auch Frankreich um so weniger anstehen, begründeten Wünschen mit entsprechenden Zugeständnissen entgegenzukommen. In dieser Beziehung ist besonders zu bemerken, dass das 20-Frankenstück dem 25-Frankenstück zu nahe steht und auch desshalb wohl entbehrt werden kann, weil es zu dem germanischen und amerikanischen System weniger gut passt, während Frankreich nicht einmal einen wirklichen Nachtheil zu erleiden hat, wenn künftig keine 20-Frankenstücke mehr ausgeprägt und die umlaufenden Münzen dieser Art allmählig mit der fortschreitenden Abnützung eingezogen werden. Man wird dagegen einwenden wollen, dass das 25-Frankenstück der im französischen Münz-, Maass- und Gewichtssystem eingeführten Eintheilung nicht entspreche; doctrinäre Gründe werden aber da nicht entscheiden dürfen, wo ein grosser practischer Nutzen auf dem Spiele steht und es ist überdiess, wie schon früher nachgewiesen wurde, noch zu bezweifeln, ob die französische Reihenfolge der Münzstücke den Gebrauch der letzteren mehr als jede andere Eintheilungsweise erleichtere. Belgien hatte früher wirklich 25-Frankenstücke, Frankreich bis zum Jahre 1852 25-Centimenstücke in Silber und noch jetzt bestehen in Oesterreich, Holland, Schweden, Russland, Nordamerika Münzen mit der Werthziffer 25, ohne dass das Decimalsystem dieser Länder dadurch im Wesentlichen gestört würde. Wenn Frankreich seine Zuneigung zum Napoleonsd'or der schönen Sache opfern wollte, so wäre diess ein so wichtiger Schritt zur Annäherung an die übrigen Staaten, dass derselbe nicht verfehlen sollte, überall eine günstige Stimmung für das Münzeinigungswerk hervorzurufen, namentlich in England, wo noch viele Bedenken zu herrschen scheinen, obgleich es in diesem Lande des Uebergangs zur Goldwährung nicht mehr bedarf. Dort werden überhaupt keine bedeutenden Schwierigkeiten zu überwinden sein; denn dem Sovereign war schon bisher der Umlauf bis zu einem Gewichtsabmangel von 0,628 Procent gestattet und da der neue Sovereign nur um $\frac{1}{4}$ Procent von dieser Abnützungsgrenze sich entfernt, so würde es nach dem Urtheile englischer Sachverständiger sogar möglich sein, die Münzreform ohne eine Aenderung in den Preis- und Schuldverhältnissen durchzuführen. Da-

gegen dürfte die Nothwendigkeit sich zeigen, die Ausprägungen in der Londoner Münzstätte für Rechnung von Privaten gänzlich einzustellen, wenigstens in so lange, bis die alten Sovereigns aus der Circulation gezogen sein würden.

Besonders günstig ist für England der weitere Umstand, dass der Florin (Rupie) einen schon bisher bekannten Münzwert darstellt und dass alle kleineren Scheidemünzen vorerst im Umlauf belassen werden könnten, da ihr Werth im Verhältniss zum Pfund Sterling sich sehr wenig ändert und diese Theilmünzen kein Hauptzahlungsmittel bilden, sondern nur zur Ausgleichung der Zahlbeträge dienen.

Auch der Farthing oder Viertel-Penny ist eine bereits bestehende Münze, welche künftig statt des Penny die unterste Münzeinheit bilden soll. Für die Verhältnisse von England dürfte ihr Werth allerdings zu gering erscheinen, da schon der seitherige Penny kaum so viel als in Deutschland der Kreuzer vorstellt und alle Preise in England in fortwährendem Steigen begriffen sind. Ebendesshalb wird aber auch in vielen Fällen und mit der Zeit immer häufiger der Verkehr nicht weiter als bis zum $\frac{1}{10}$ Florin greifen und dadurch möglich gemacht, mit der Hundert-Theilung des Pfunds Sterling statt der Tausend-Theilung auszureichen. Wollten die Engländer ihren seitherigen Sovereign ganz aufgeben und dafür als obere Münzeinheit den $2\frac{1}{2}$ ten Theil des Pfunds Sterling = 4 Florins (etwa Gold-crown genannt) annehmen, so könnte allerdings der Penny = $\frac{1}{100}$ Gold-crown als untere Münzeinheit beibehalten werden, aber die neuen decimalen Münzen würden weniger gut zu den gegenwärtig umlaufenden Münzen passen und zwei von den seitherigen drei Einheiten als geprägte Stücke wegfallen, während bei unserem Vorschlage alle drei blieben.

In Oesterreich, Russland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrscht gegenwärtig die Papiervaluta; in diesen drei Ländern bietet also die Rückkehr zur Metallwährung eine so günstige Gelegenheit zur Münzreform dar, wie sie später nie wiederkehren dürfte. Im Congress der Union soll auch wirklich in der neuesten Zeit eine Bill in dem Sinne eingebracht worden sein, das amerikanische Münzsystem gemäss den Beschlüssen der Pariser Münz-Conferenz dem französischen Systeme anzupassen und wie sehr die Regierung der Vereinigten Staaten dem Zustandekommen einer internationalen Einigung im Münz-, Maass- und Gewichtssystem ihre Aufmerksamkeit schenkt, geht daraus hervor, dass in dem unterm 18. Juni 1868 mit China abgeschlossenen Handelsvertrag der eventuelle Anschluss der chinesischen Regierung an eine solche Einigung vorgesehen ist.

Was Preussen und die übrigen deutschen Staaten betrifft, so scheint

über die principielle Seite der Frage hinsichtlich eines allgemeinen deutschen Münzsystems auf der Grundlage der Goldwährung eine Meinungsverschiedenheit kaum mehr zu bestehen. Diess zeigte sich auch auf dem letzten volkswirtschaftlichen Congress in Hamburg, welcher folgenden Beschluss fasste:

»Es ist zeitgemäss und höchst wünschenswerth, dass die einer vollständigen Münzeinheit in Deutschland noch entgegenstehenden Hindernisse und ausnahmsweisen Zustände baldigst beseitigt werden und dass gleichzeitig zur Goldwährung im geeigneten Anschluss an die Pariser Münz-Convention vom 23. Decbr. 1865 und die von der internationalen Münz-Conferenz im Juli 1867 empfohlenen Grundsätze übergegangen werde.«

Auch darüber sprach sich der Congress aus, dass alle Aenderungen im Einzelnen der Münzsysteme in so lange vermieden werden sollten, bis ein vollständiger Plan über das grosse Werk festgestellt sei. Auf Vorschläge in letzterer Beziehung liess sich jedoch die Versammlung nicht ein und vermied es auch, zu Gunsten der Annahme des französischen Frankensystems, d. h. der Rechnung nach Franken und Centimen eine Erklärung abzugeben, obgleich der Referent Dr. Soetbeer den obigen Beschluss in diesem Sinne zu interpretiren versuchte.

Seither hat der norddeutsche Reichstag bei Berathung der neuen Maass- und Gewichtsordnung in der Sitzung vom 13. Juni 1868 Veranlassung genommen, an das Präsidium des Bundesraths die Aufforderung zu richten, ein neues, streng decimales Münzsystem baldthunlichst dem Reichstag vorzulegen und dabei besondere Rücksicht darauf zu nehmen, dass dasselbe möglichst viele Garantien seiner Erweiterung zu einem allgemeinen System aller civilisirten Nationen biete.

Es ist daher an der Zeit, zu der vorliegenden Frage eine bestimmte Stellung einzunehmen und mit Vorschlägen hervorzutreten, wie das deutsche Münzwesen auf der Grundlage eines für den Weltverkehr geeigneten Systems geregelt werden könne. Am zweckmässigsten und mit den geringsten Störungen wird sich diess ausführen lassen, wenn das französische Münzsystem in deutscher Form, d. h. als Münzeinheit der österreichische Gulden = $2\frac{1}{2}$ Goldfranken in ganz Deutschland eingeführt wird.

Kämen blos die Interessen von Süddeutschland in Berücksichtigung, und würden nicht einer vollständigen Uniformität der Münzsysteme aller Nationen die früher angeführten Bedenken entgegenstehen, so möchte wohl die Annahme der Frankenwährung in ihrer vollkommenen Reinheit zu empfehlen sein; denn für Süddeutschland, das mit seinem Systeme unter allen Umständen gänzlich brechen muss, würde es kaum eine

grössere Schwierigkeit haben, den süddeutschen Gulden mit dem kleineren Franken, anstatt mit dem grösseren österreichischen Gulden zu vertauschen. Aber Oesterreich wird an seinem erst vor 10 Jahren eingeführten Münzsystem festhalten, wie der Präliminarvertrag von 1867 zeigt und dieses System gewährt den wichtigen Vortheil, dass es sich an das norddeutsche Thalersystem jetzt schon anschliesst und einen grossen Theil der seitherigen Münzwerthe des letzteren in sich aufnimmt, was beim französischen System nicht der Fall wäre. Da überdiess der österreichische Gulden und Kreuzer für die deutschen Verhältnisse geeignetere Münzeinheiten, als der Frank und Centime sind, so sollten solche entschiedene Vorzüge um so weniger von der Hand gewiesen werden, als auf diesem Wege der frühere durch den Prager Frieden zerrissene deutsch-österreichische Münzverein wieder hergestellt und der Beitritt von Holland und Dänemark in ziemlich sichere Aussicht genommen werden könnte, während zugleich eine vollständige Uebereinstimmung mit dem englischen Systeme ermöglicht würde.

Wenn es sich nun von den Vorbereitungen und Massregeln handelt, welche für die Zeit des Uebergangs zum neuen deutschen Systeme zu treffen sein würden, so lehrt die Münzgeschichte derjenigen Staaten, in welchen die Goldwährung gesetzlich oder auch nur factisch besteht, dass letztere erst dann in Wirksamkeit getreten ist, als in Folge einer zu hohen Werthung das Gold bereits das Hauptzahlungsmittel bildete, die Silbermünzen aber zum grossen Theile verschwunden waren oder wegen ihres abgeschliffenen Zustandes einen weit geringeren Metallwerth als ursprünglich besaßen. In England, Nordamerika und Frankreich hat die Doppelwährung diesen Uebergang bewirkt und es bleibt auch für Deutschland nichts anderes übrig, als den gleichen Weg auf einige Zeit zu betreten, so sehr man sonst mit allem Recht die zweifache Währung verdammen muss. Um zur Goldwährung zu gelangen, ist es daher nöthig, den Umlauf von Goldmünzen durch eine angemessene Werthung derselben zu begünstigen, den Silbermünzen aber allmählig die Rolle von Scheidemünzen anzuweisen. Der Frankfurter Handelstag von 1865 hat in erster Linie empfohlen, der von ihm vorgeschlagenen neuen Goldmünze im Werth der 20-Frankenstücke einen festen Curs bei den öffentlichen Cassen einzuräumen, in zweiter Linie diese Münze bei den erwähnten Cassen zu einem bekannt zu machenden Curs anzunehmen, welcher in rundem Betrage sich der bestehenden wirklichen Werthrelation der Edelmetalle thunlichst anzuschliessen und bis zu einer anderweitigen öffentlichen Tarification Geltung zu behalten hätte. Das eine oder andere Mittel hat man zu ergreifen, um

die neuen Vereinsgoldmünzen in der Circulation zu erhalten und immer mehr in Aufnahme zu bringen. Bei der festen Werthung des 25-Frankenstücks zu 10 österr. Gulden ergibt sich aber das Verhältniss von 1:15,309 zwischen Silber und Gold, während dasselbe gegenwärtig höher steht und sogar in Frankreich wieder begonnen wird, in dem Verhältniss von 1:15,5 silberne Fünffrankenstücke auszuprägen. Wenn daher die Relation in der Folge nicht sinkt, wozu für jetzt wenig Hoffnung vorhanden ist, so werden die neuen Goldstücke, so lange die seitherigen Silbermünzen daneben bestehen, bei der Werthung des 25-Frankenstücks zu 10 fl. österr. = $6\frac{2}{3}$ Thlr. preuss. = $11\frac{2}{3}$ fl. südd. im gemeinen Verkehr ein dem höheren Goldpreis entsprechendes Agio geniessen, was ihren Gebrauch während des Uebergangsstadiums unbequem macht und ihrer Verbreitung entgegenwirkt. Den neuen Goldmünzen muss daher noch durch andere Hilfsmittel das Uebergewicht über die Silbermünzen verschafft werden, wozu namentlich gehört, dass die Ausprägung in Gold soviel als möglich verstärkt, diejenige in Silber aber eingestellt und zugleich der seitherige Umlauf in Silber theils in den Schmelztiegel, theils nach dem Auslande getrieben wird. Diese Operationen, insbesondere die Tarifrungen und Umrechnungen werden vielfache Störungen in den Verkehr bringen; desshalb ist auch die Beschleunigung des ganzen Uebergangsprocesses in hohem Grade wünschenswerth.

Hienach dürften die zur deutschen Münzreform erforderlichen Anordnungen etwa folgende sein:

1) Es werden alle umlaufenden fremden Silbersorten, wie z. B. die französischen, welche nur einen geduldeten Curs haben, innerhalb eines Zeitraums, der ihre Rückkehr in das Ausland möglich macht, vollständig verrufen. Diess würde das Zuströmen von französischem Gold befördern.

2) Die Ausprägung in Silber wird in Deutschland nicht nur gänzlich eingestellt, sondern auch mit dem allmählichen Einzuge der vorhandenen Silbermünzen vorgegangen. Besondere Rücksicht wäre dabei auf diejenigen Münzsorten zu nehmen, welche alsbald ohne Störungen des Verkehrs entbehrt werden können, um die spätere Tarifrung der Münzen möglichst zu vereinfachen. Zu diesen würden z. B. die Kronenthaler gehören. Ferner wäre zu beachten, dass auch andere ältere Münzen, wie die 12löthigen Thaler, der Affinirung unterworfen werden müssen, was viel Zeit erfordern wird.

3) Ebenso werden die älteren Goldmünzen deutschen Geprägs, vor Allem diejenigen mit einem festen Curs, eingezogen und in neue Vereinsgoldmünzen umgeprägt; weiteres Material zu letzteren wird der

Umtausch von Silber gegen Gold im Auslande liefern, welcher nach Zulass der Handelsverhältnisse zu bewerkstelligen wäre.

4) Die Goldmünzen, welche der Vereinbarung entsprechen, erhalten einen ihren Umlauf begünstigenden Curs bei sämtlichen öffentlichen Cassen, welcher in längeren, zu verabredenden Perioden nach bestimmten Grundsätzen regulirt wird, soferne sich überhaupt das Bedürfniss dazu zeigt. Die Einräumung eines Cassencurses dürfte wesentlich dazu beitragen, die Werthsschwankungen der Goldmünzen auf engere Grenzen als seither zurückzuführen.

5) Es ist zu gestatten, dass bei Verausgabung von Vereinsgoldmünzen der ihnen aufgeprägte Werth im Verhältniss von 1 Gulden Gold = $\frac{2}{3}$ Thaler = $1\frac{1}{6}$ Gulden südd. beigelegt und hienach auch die Zurückerstattung der Zahlung in Gold verlangt wird.

6) Wenn die Vereinsgoldmünzen einen hinlänglich grossen Theil des Geldumlaufs bilden und sich im Verkehre eingebürgert haben, so ist der Zeitpunkt gekommen, die Werthrelation zwischen Silber und Gold zu fixiren, indem man gleichzeitig zur Einführung der neuen Rechnungsmünze schreitet. Von der Erfahrung und den Zeitumständen wird es abhängen, ob diese Operation, bei welcher die Goldmünzen für alle Zeit auf ihren Nennwerth gesetzt werden, eine Tarifrung der Silbermünzen nach einem andern, als dem oben angegebenen Maassstabe nöthig macht. Stände z. B. zu jener Zeit die Werthrelation auf 1:15,5, d. h. würde das Zehnguldenstück in Gold ein Agio von nahezu $12\frac{1}{2}$ per mille geniessen, so wäre der Thaler auf 1,48 Neugulden, der süddeutsche Gulden auf etwa $84\frac{1}{2}$ Neukreuzer zu tarifiern.

7) Mit der Annahme der Goldwährung und der neuen Münzeinheit müsste die Einlösung der seitherigen Silber- und Kupfermünzen in Verbindung mit deren Umprägung in Scheidemünzen nach dem neuen Systeme ihren raschen Fortgang nehmen, um die widerwärtigste Zeit des Umlaufs tarificirter Münzen möglichst abzukürzen. Zuerst an die Reihe kämen bei diesen Einzügen die kleinsten Theilmünzen und diejenigen Sorten, welche in das neue System am wenigsten passen; andererseits wären dieselben vorzugsweise in solche neue Münzstücke umzuwandeln, deren der Verkehr am meisten bedürftig ist.

8) Um die Einlösung zu erleichtern, könnten Münzscheine in der neuen Währung ausgegeben werden, welche in dem Maasse, als die Umprägung fortschreiten würde, wieder zurückzuziehen wären.

9) Der Maassstab für die Tarifrung der Courant-Silbermünzen müsste auch auf alle Verbindlichkeiten Anwendung finden, welche in der früheren Silberwährung eingegangen worden sind und nachher in der neuen Valuta erfüllt werden. Wie weit es möglich sein wird, ein-

fache, für die Umrechnung bequeme Verhältnisse festzusetzen und ob vielleicht zur Ausgleichung von lästigen Bruchtheilen für verschiedene Leistungen auch verschiedene Verhältnisszahlen zu bestimmen wären, ohne damit ein fühlbares Unrecht zu begehen, wird der künftigen Erwägung anheimzustellen sein.

10) Endlich möchte es sich empfehlen, zur Ausführung aller dieser Massregeln und damit die im Interesse der einzelnen deutschen Staaten höchst wünschenswerthe Uebereinstimmung erzielt wird, für die Dauer des Münzreformgeschäfts eine permanente Münzcommission niederzusetzen, welche auf den Grund der abgeschlossenen Verträge die nöthigen Anordnungen zu treffen und deren Vollzug zu überwachen hätte.

Es liegt nicht in der Absicht dieser Schrift, die vorstehenden Vorschläge weiter zu verfolgen, denn dazu fehlt auch bis jetzt jede sichere Grundlage; es soll nur ein Versuch sein, um auf die Schwierigkeiten der deutschen Münzreform aufmerksam zu machen, welche sehr häufig unterschätzt werden. Hat doch erst auf dem Hamburger volkswirtschaftlichen Congress ein Redner ausgesprochen, dass er den Süddeutschen höchstens ein Jahr Zeit zur Einziehung ihres sämtlichen Courantgeldes geben und ihnen vorschlagen würde, einfach die künftige norddeutsche, noch ganz unbekannte Münzeinheit anzunehmen!

Bei der Münzreform in Holland in den Jahren 1845—1849 erforderte der Einzug und die Umprägung der alten Silbermünzen im Werthe von 83,863,350 Gulden mit Aufbietung aller Kräfte volle 4 Jahre Zeit und wenn man sich dagegen auf die Schweiz beruft, in welcher die Einlösungsoperation in den Jahren 1851 und 1852 innerhalb 13 Monaten beendet wurde, so ist nicht zu übersehen, dass der Einlösungswerth der Schweizer Münzen nur 15,032,417 Fr. 90 Cent., die Summe der Neuausprägungen 17,414,764 Fr. 70 Cent. betrug und dass dem kleinen Lande sowohl die französischen Münzstätten und Affiniranstalten, als auch das umlaufende französische Geld, welches gesetzlichen Cours in der Schweiz erhielt, sehr zu Hilfe kamen. In Deutschland handelt es sich dagegen um den Einzug ausserordentlich grosser Silbermassen und um sich davon einen Begriff zu machen, darf man nur von den Ausprägungsziffern Einsicht nehmen, welche aus der neueren Zeit in Tafel V und VI zusammengestellt sind.

Tafel V.

Staten.	Ge
Bayern . . .	à 1
Württemberg.	à 1
Baden . . .	1
Hessen-Darm-	10
stadt . . .	5
Hessen-Hom-	
burg . . .	
Nassau . . .	
Frankfurt . .	1
Hohenzollern.	à 1
Sachsen-Mei-	
ningen . . .	
Sachsen - Co-	
burg-Gotha.	
Schwarzburg-	
Rudolstadt,	
Oberherr-	
schaft . . .	

Ausprägungen der süddeutschen Staaten von 1837—1866 incl.

Goldstücke.	Betrag.		2 Thlr.		1 Thlr.		2 fl.		1 fl.		1/2 fl.		6 kr.		3 kr.		1 kr. in Silber.		1 kr. in Kupfer.		Kleine Kupferstücke.		Zusammen.			
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.				
Kronen 6 fl. 16 kr.	47,140	48	9,333,226	—	34,273,652	45	26,379,900	33,164,809	6,669,053	30	428,043	—	440,764	—	977,510	—	—	—	—	—	278,686	—	111,992,785 3			
Ducaten 5 3/4 fl.	2,310,902	—	2,211,107	30	10,940,014	45	8,559,144	11,782,572	3,719,663	30	889,706	—	290,090	—	357,101	26	—	—	—	—	76,887	17	41,137,188 28			
Ducaten.	156,666	15	2,195,693	30	4,432,508	30	4,159,678	5,302,118	3,178,215	30	597,807	24	243,365	27	—	—	—	334,026	32	30,074	31	20,630,153 39				
fl.- und fl.-Stücke	277,810	—	6,249,495	—	5,093,124	—	1,873,900	3,171,700	735,750	—	649,794	—	156,031	—	137,336	—	—	—	—	—	21,743	—	18,366,683 —			
—	—	—	—	—	66,372	—	21,000	70,150	28,130	—	5,700	—	760	—	800	—	—	—	—	—	—	—	192,912 —			
—	—	—	919,663	30	799,044	45	529,682	1,593,438	910,377	—	170,712	30	56,901	12	11,058	30	93,000	27	2,440	25	5,086,318 19					
Ducaten fl. 36 kr.	10,001	36	15,511,804	—	4,806,508	—	2,192,878	1,899,120	395,101	30	310,642	54	83,452	18	204,328	35	—	—	—	13	33,611	13	25,447,448 6			
—	—	—	—	—	—	—	—	50,470	26,320	—	3,841	15	—	—	—	—	525	—	—	—	—	—	81,156 15			
—	—	—	204,750	—	353,115	—	333,796	598,149	275,977	30	35,054	30	22,655	—	10,608	—	6,359	—	—	—	23,025	30	1,863,489 30			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,936	—	17,898	36	—	—	—	—	—	—	—	—	38,834 36			
—	—	—	—	—	—	—	1,000	163,500	78,340	—	17,450	—	8,250	—	—	—	10,152	—	—	—	12,299	—	290,991 —			
2,802,520	39	36,625,739	30	60,764,339	45	44,050,978	57,796,026	16,016,928	30	3,129,687	33	1,320,167	33	1,698,742	31	444,062	59	922,829 fl. 55 kr.	—	—	478,766	56	225,127,959 56			
97,390,079 fl. 15 kr.																	6,148,597 fl. 37 kr.									
117,863,932 fl. 30 kr.																										

Was speciell Süddeutschland betrifft, so betragen die Ausprägungen von 1837—1866 incl.:

Gold	2,802,520 fl. 39 kr.
Zweithaler- und Einthalerstücke	97,390,079 » 15 »
Guldenmünzen	117,863,932 » 30 »
Scheidemünzen in Silber	6,148,597 » 37 »
» in Kupfer	922,829 » 55 »
Zusammen	225,127,959 fl. 56 kr.

Den jetzigen Umlauf alter und neuer Scheidemünzen süddeutschen Geprägs haben wir früher auf 22 Millionen Gulden veranschlagt und ebenso wurde angegeben, dass noch etwa 10 Millionen Gulden in Kronenthalern vorhanden sein werden. Wie viel der Umlauf von groben Thaler- und Guldenmünzen beträgt, ist auch nur annähernd sehr schwer zu bestimmen. Nimmt man für erstere 80 Millionen, für letztere 90 Millionen Gulden an, so kann man die Abnützung dieser Münzen und den Verlust beim Einzug folgendermassen berechnen:

80	Mill. fl. in Thalern, mittlere Umlaufszeit 5 Jahre à 0,03 % jährliche Abnützung	120,000 fl.
90	Mill. fl. in Guldengeld, mittlere Umlaufszeit 20 Jahre à 0,05 % jährliche Abnützung	900,000 fl.
10	Mill. fl. in Kronenthalern, wegen ihres Goldgehalts ohne Verlust einzuziehen.	
20	Mill. fl. Sechs- u. Dreikreuzerstücke à 15 % Verlust	3,000,000 fl.
1 1/4	Mill. fl. Einkreuzerstücke in Silber à 30 % Verlust	375,000 fl.
3/4	Mill. fl. in Kupfermünzen à 80 % Verlust . . .	600,000 fl.
202	Mill. fl.	4,995,000 fl.

Zu diesem Verluste kämen noch die Kosten der Umprägung, welche mit der Ueberwerthung der neuen Scheidemünzen zu vergleichen sind. Würde auf die Verausgabung von Zweiguldenstücken (5 Franken) in Gold verzichtet werden, was in mehrfacher Beziehung räthlich sein dürfte, so wäre keinesfalls mit 6 Franken pr. Kopf Scheidemünze auszureichen, sondern etwa 15 Franken = 6 fl. österreichisch = 7 fl. süddeutsch in Rechnung zu nehmen, also auf 10 1/2 Mill. Einwohner 73 1/2 Mill. Gulden. Um von dieser Summe die Münzen in Silber und Kupfer auszuscheiden, ist anzuführen, dass im neuen Münzgesetz von Griechenland 2 Drachmen (Franken) pr. Kopf Bronzemünzen festgesetzt und in Frankreich bis Ende 1866 auf eine Bevölkerung von 38 Mill. Einwohner neue Bronzemünzen geprägt worden sind 59,300,000 Fr. oder pr. Kopf 1,56 Fr., was für Süddeutschland 7 1/2 Mill. Gulden ergeben würde. Gegenwärtig sind aber nur ungefähr 5 1/2 Mill. Gulden in Dreikreuzer-, Einkreuzer- und kleinen Kupferstücken vorhanden,

welche künftig durch neue Kupfermünzen zu ersetzen wären, und da auch die Schweiz nur etwas über 1 Frank pr. Kopf in 10-, 5-, 2- und 1-Rappenstücken ausgeprägt hat, so dürfte vorerst die geringere Summe genügen. Für diese Kupfer- oder Bronzemünzen berechnen wir nach Abzug der Ausprägungskosten, welche in der Schweiz mit dem Metall durchschnittlich 4,35 Fr. pr. Kil. oder 1 fl. pr. Pfd. betragen haben, einen reinen Gewinn von 50 Procent, indem wir ein Ausbringen von 2 fl. pr. Pfund annehmen.

Endlich ist noch zu bemerken, dass die Ausprägungskosten für die Schweizer Silbermünzen im Durchschnitt 2,95 Fr. pr. Kil. oder $1\frac{1}{2}$ Procent waren, was auch bei Ausmünzungen im grossen Maassstabe vollständig ausreichen sollte; von der Ueberwerthung der Silbermünzen mit 7 Procent würde daher noch ein reiner Ueberschuss von $5\frac{1}{2}$ Procent übrig bleiben.

Man erhält unter diesen Voraussetzungen

Gewinn von $5\frac{1}{2}$ Mill. fl. Kupfermünzen à 50 %	.	2,750,000 fl.
» » 68 » » Silbermünzen à $5\frac{1}{2}$ %	.	3,740,000 fl.
		<u>6,490,000 fl.</u>

also gegenüber von dem Einlösungsverlust noch einen Ueberschuss von $1\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, woraus jedenfalls hervorgehen dürfte, dass, wenn auch anderseits die Ausprägung der neuen Goldmünzen wieder weitere Kosten erfordert, doch die ganze Münzreform in Süddeutschland kaum mit Opfern für die Staatscassen verbunden sein wird.

Am Schlusse unserer Arbeit angelangt, dürfen wir nicht verhehlen, wie die Aufgabe derselben eine zu umfangreiche und schwierige ist, als dass wir glauben könnten, in genügend erschöpfender Weise alle bei der Frage der internationalen Münzeinigung zu berücksichtigenden Verhältnisse erläutert zu haben. Ebenso wenig vermessen wir uns, mit den für die deutsche Münzreform gemachten Vorschlägen dem besseren Urtheil anderer Sachverständiger vorgreifen zu wollen. Unsere nächste Absicht war, für die weiteren Erörterungen einiges sorgfältig geprüftes Material zu liefern und überhaupt das Interesse des Publicums anzuregen, welches der Münzfrage so nahe steht und dessenungeachtet sich bis jetzt kaum öffentlich kund gegeben hat. Wenn es uns gelungen ist, dazu beizutragen, dass die Sache mehr als seither in Fluss kommt, so haben wir unseren Zweck vollkommen erreicht.

welche häufig durch neue Kupferminen zu ersetzen waren, und da auch die Schmelze nur etwa 1 Frank pr. Kopf in 10-15-20 und 1-Hauptstädten ausgeprägt hat, so dürfte vorerst die geringere Summe genügen. Für diese Kupfer- oder Bronze-Münzen berechnen wir nach Abzug der Ausprägungskosten, welche in der Schmelze mit dem Metall durchschnittlich 1.50 Fr. pr. Kll. oder 1.11 Fr. pr. Pfl. betragen haben, einen reinen Gewinn von 50 Prozent, indem wir ein Ausbringen von 2.11 Fr. Pfl. annehmen.

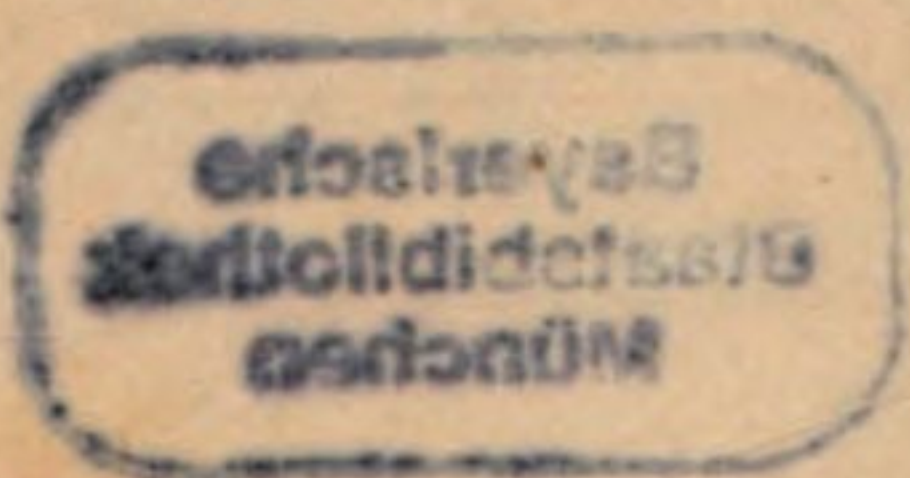
Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Ausprägungskosten für die Schweizer Silbermünzen im Durchschnitt 2.50 Fr. pr. Kll. oder 1.50 Fr. Pfl. betragen, was auch bei Ausprägungen im grossen Massstabe vollständig anzuwenden sollte; von der Ueberwerthung der Silbermünzen mit 1 Prozent würde daher noch ein reiner Ueberschuss von 5.11 Prozent übrig bleiben.

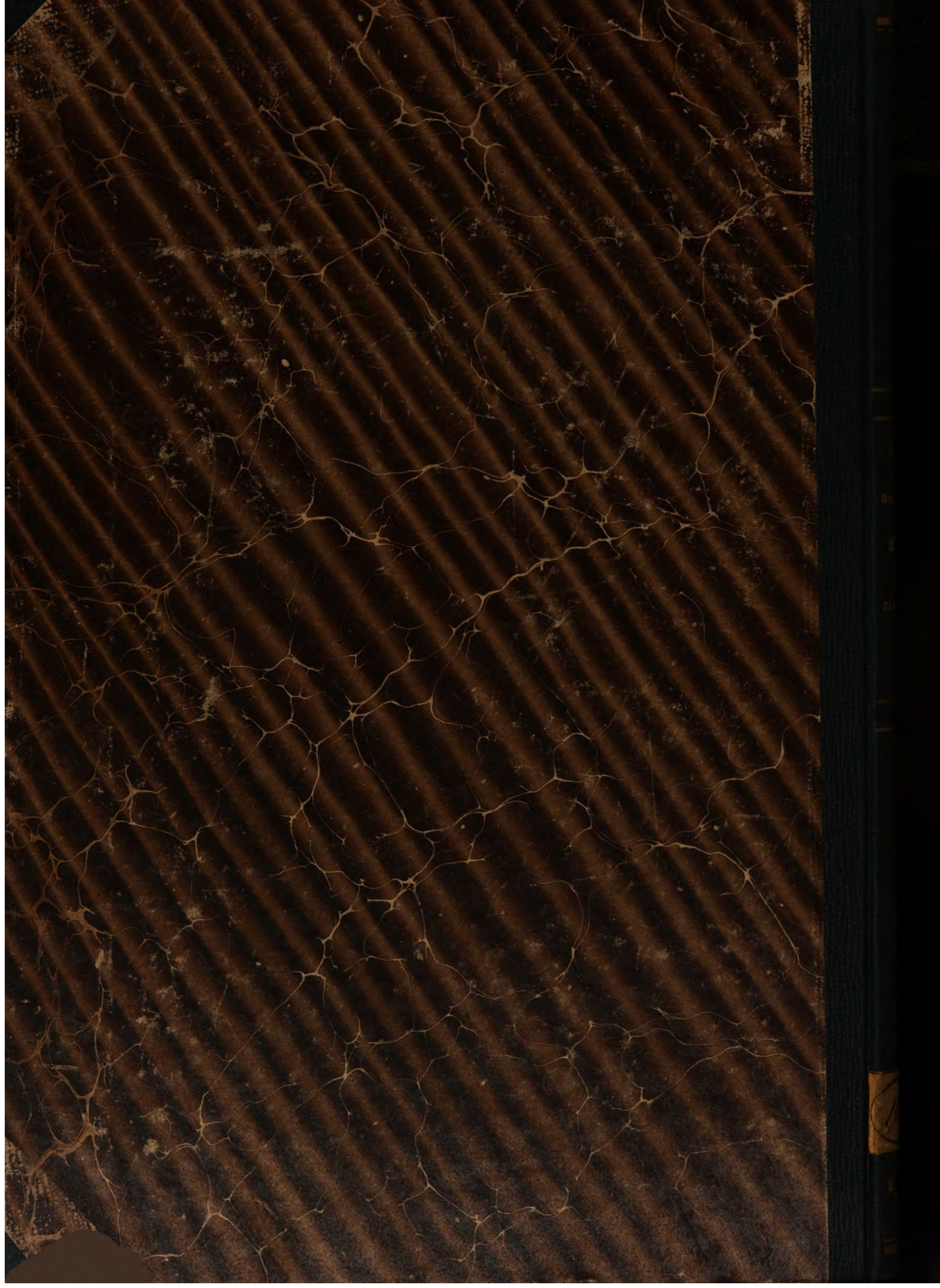
Man erhält unter diesen Voraussetzungen

Gewinn von 5.11 Mill. d. Kupfermünzen zu 50%	2,555,000 R.
» » » Silbermünzen zu 5.11%	2,740,000 R.
Gesamt	5,295,000 R.

also gegenüber von dem Einkommensverlust noch einen Ueberschuss von 1.5 Millionen Franken, woraus jedenfalls hervorgehen dürfte, dass, wenn auch anders als die Ausprägung der neuen Goldmünzen wieder weitere Kosten erfordert, doch die ganze Münzreform in Süddeutschland kaum mit Opfern für die Staatskassen verbunden sein wird.

Am Schlusse unserer Arbeit angelangt, dürfen wir nicht verhehlen, wie die Aufgabe derselben eine zu umfangreiche und schwierige ist, als dass wir glauben könnten, in genügend erschöpfender Weise alle bei der Frage der internationalen Münzeinigung zu berücksichtigenden Verhältnisse erschöpfend zu haben. Ebenso wenig vermessen wir uns, mit den für die deutsche Münzreform gemachten Vorschlägen dem besondern Urtheil anderer Sachverständiger vorzulegen zu wollen. Unsere nächste Absicht war, für die weiteren Fortsetzungen einiges Material gesammelt zu haben und überhaupt das Interesse der Publikation zu wecken, welche der Münzfrage so nahe steht und deren Lösung sich als jetzt kaum eigentlich noch gegeben hat. Wenn es uns gelungen ist, dazu beizutragen, dass die Sache mehr als bisher in Fluss kommt, so haben wir unseren Zweck vollkommen erreicht.





Xeller, Friedrich

Die Frage der internationalen Münzeinigung und der Reform des deutschen Münzwesens mit besonderer Rücksicht auf Süddeutschland

Stuttgart 1869

BHS IX 56

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10708659-2